



Konrad
Adenauer
Stiftung

DAMIT IHR HOFFNUNG HABT

POLITIK IM ZEICHEN DES „C“

Hans-Gert Pöttering (Hrsg.)

ISBN 978-3-941904-46-0





*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Umschlagfoto: © picture-alliance / Ref: 265, Foto: Sébastien Désarmaux Godong
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-941904-46-0

INHALT

- 9 | GELEITWORT
Angela Merkel
- 11 | GELEITWORT
Hans-Gert Pöttering
- 17 | I. KOMPASS UND FUNDAMENT:
DAS „C“ IN DER POLITIK**
- 19 | RELIGION UND POLITIK, WAHRHEIT UND
INTERESSEN, WERTE UND ENTSCHEIDUNGEN
Norbert Lammert
- 23 | DAS CHRISTLICHE MENSCHENBILD – EIN KOMPASS
FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN
Volker Kauder
- 28 | CHRISTLICHER GLAUBE UND POLITIK
Robert Zollitsch
- 34 | WEGWEISER FÜR EINE POLITIK IN
CHRISTLICHEM GEIST
Hermann Barth
- 41 | II. NEUTRALITÄT UND BEKENNTNIS:
RELIGION IM ÖFFENTLICHEN RAUM**
- 43 | CHRISTLICHES BEKENNTNIS IN DER POLITIK
Thomas de Maizière
- 49 | CHRISTLICHE POLITIK UND DIE SCHAFFUNG
VON „HEIMAT“ ALS INTEGRATIONSZIEL
Peter Altmaier

- 55 | „ÖFFENTLICHE RELIGION: „DAMIT IHR HOFFNUNG HABT“
Paul Nolte
- 61 | WAS ERWARTET DAS GRUNDGESETZ VON DEN KIRCHEN?
ZUR ROLLE DER RELIGION IN DER GESELLSCHAFT UNTER
DEN BEDINGUNGEN DER WELTANSCHAULICH-RELIGIÖSEN
NEUTRALITÄT DES STAATES
Christian Waldhoff
- 69 | III. SUBSIDIARITÄT UND SOLIDARITÄT:
ZUKUNFT DES SOZIALSTAATES**
- 71 | CHRISTLICHER GLAUBE: KRAFTQUELL MEINER
POLITISCHEN ARBEIT
Christine Lieberknecht
- 76 | VOM MEHRWERT DES CHRISTLICHEN
Reinhard Marx
- 82 | CHRISTLICH INSPIRIERTE POLITIK VOR DEN
HERAUSFORDERUNGEN DES REFORMBEDARFS
UNSERES SOZIALSTAATES
Ingrid Fischbach
- 88 | IN DIESEM ZEICHEN WIRST DU SIEGEN! WIRKLICH?
Joachim Fetzer
- 95 | IV. WOHLSTAND UND NACHHALTIGKEIT:
DER WEG AUS DER KRISE**
- 97 | WAS DER MENSCH WIRKLICH BRAUCHT
RELIGION UND WERTE ALS GRUNDLAGE
POLITISCHEN HANDELNS
Wolfgang Schäuble
- 101 | POLITIK IST GELEBTE ZUKUNFTSVERANTWORTUNG!
Norbert Röttgen

- 108 | GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN DER KIRCHE
Johannes Friedrich
- 114 | DAS „C“ IN DER POLITIK AUS UNTERNEHMERISCHER
PERSPEKTIVE
Marie-Luise Dött
- 121 | V. FORTSCHRITT UND BEWAHRUNG:
DAS CHRISTENTUM ALS MOTOR DER INNOVATION**
- 123 | WER SICH SELBST TREU BLEIBEN WILL,
MUSS SICH VERÄNDERN
Annette Schavan
- 128 | MIT HERZ UND HOFFNUNG:
WENN LIEBE POLITISCH WIRD
Eckhard Nagel
- 134 | NACHHALTIGKEIT: EINKLANG UND CHANCEN
BEI BEWAHRUNG UND AUFBRUCH
Tanja Gönner
- 138 | RESPEKT VOR DER SCHÖPFUNG IST ENTSCHEIDEND
FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE UMWELTPOLITIK
Maria Flachsbarth
- 145 | VI. EINHEIT UND VIELFALT: WAS DIE
GESELLSCHAFT ZUSAMMENHÄLT**
- 147 | ÖKUMENE, ZUSAMMENHALT, GEMEINWOHL
PERSPEKTIVEN EINES CHRISTDEMOKRATEN
Hermann Gröhe
- 153 | NEBENEINANDER ODER MITEINANDER LEBEN?
DAS INTEGRATIONSLAND DEUTSCHLAND
Maria Böhmer
- 161 | DER CHRISTLICHE BEITRAG ZU EINER
ZUKUNFTSFÄHIGEN KULTUR
Alois Glück

167 | POLITISCH HANDELN VOR GOTT

Günther Beckstein

**173 | VII. LEISTUNG UND GERECHTIGKEIT:
DIE MEHRUNG DER TALENTE**

175 | POTENZIALE ERKENNEN: GLEICHE CHANCEN
FÜR JEDE UND JEDEN

Jan-Hendrik Olbertz

180 | CHRISTLICHE BILDUNG ALS UNVERZICHTBARER BESTANDTEIL
GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

Thomas Rachel

187 | ZUKUNFT BRAUCHT FAMILIEN
FAMILIEN SORGEN FÜR DIE GRÖSSTE SOLIDARITÄT IN
UNSERER GESELLSCHAFT – DESWEGEN BRAUCHEN SIE
UNSERE UNTERSTÜTZUNG

Hermann Kues

193 | POLITIK AUS CHRISTLICHER ÜBERZEUGUNG
WAS TRÄGT MEIN ENGAGEMENT IN DER POLITIK UND WELCHE
INSPIRATION ZIEHE ICH AUS DEM CHRISTLICHEN GLAUBEN
FÜR MEINE POLITISCHE ARBEIT?

Karl Schiewerling

**199 | VIII. FREIHEIT UND BINDUNG:
WERTE IN DER DIGITALEN KULTUR**

201 | FAMILIENPOLITIK IM ZEICHEN DES „C“
POLITIK FÜR DEN ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT

Kristina Schröder

207 | DAS WICHTIGSTE ABER IST DER MUT

Julia Klöckner

212 | CHRISTLICHE KOMMUNIKATION IM DIGITALEN ZEITALTER

Bernhard Felmberg

**219 | IX. VERNUNFT UND VERANTWORTUNG:
DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT**

221 | DIE CHRISTLICHE BOTSCHAFT VOM HEIL FÜR ALLE MENSCHEN
HOFFNUNG UND HERAUSFORDERUNG AUCH FÜR DIE POLITIK

Stephan Ackermann

228 | WERTE LEITEN UNS

Philipp Mißfelder

233 | AUF DER SEITE DER STARKEN

Arnold Vaatz

239 | HOFFNUNG IST KONKRET

Martin Hein

246 | HERAUSGEBER UND AUTOREN

250 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



Foto: Andreas Herzau

GELEITWORT

Über Jahrhunderte hinweg befehdeten und bekriegten sich christliche Glaubensgeschwister der verschiedenen Konfessionen. Viel zu lange haben wir uns auf das Trennende konzentriert, anstatt auf das Gemeinsame zu blicken. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann ein neues Kapitel der ökumenischen Verständigung aufgeschlagen.

Die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) ist damit von Anfang an und auf das Engste verknüpft. Denn mit der Union wurde ausdrücklich eine schichtenübergreifende und interkonfessionelle parteipolitische Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten begründet, die noch kurz zuvor undenkbar gewesen wäre. Die Idee der Volkspartei fand in ihr einen Ausdruck.

Seither wurde für die Verständigung zwischen den Kirchen und christlichen Konfessionen in den letzten Jahrzehnten so große Fortschritte erzielt, dass man heutzutage fast vergessen könnte, dass es einmal Zeiten gegeben hat, in denen der Blick für die gemeinsam zu bewältigenden Herausforderungen nicht wie selbstverständlich im Vordergrund gestanden hat. In vielen wichtigen, uns heute betreffenden Fragen äußern sich beispielsweise die beiden großen Kirchen schon seit langem immer wieder in Form von gemeinsamen Worten und Verlautbarungen. Gerade an der Basis, also auf kirchengemeindlicher sowie kommunaler Ebene, funktioniert das Miteinander vorbildlich und reibungslos. Das Bewusstsein, dass uns mehr eint als trennt, hat sich inzwischen in umfassender Weise durchgesetzt.

Schon der 1. Ökumenische Kirchentag (2003) in Berlin war der bisher größte Kirchentag, den es je in Deutschland gegeben hat. Er war, seinem Motto („Ihr sollt ein Segen sein“) getreu, tatsächlich auch ein Segen für dieses Land. Er konnte viele neue Akzente setzen, bisweilen auch einmal bewusst den Finger in noch verbleibende offene Wunden legen, aber vor allem viele neue Anregungen und Anstöße für unsere gemeinsame Glaubensverantwortung geben.

Auch beim 2. Ökumenischen Kirchentag in München werden sich wieder Hunderttausende von Christinnen und Christen über die Konfessionsgrenzen hinweg versammeln, um nicht nur über ihren Glauben miteinander ins Gespräch zu kommen, sondern auch um gemeinsam Gott zu loben und miteinander zu feiern. Dann wird, da bin ich mir ganz sicher, wieder etwas von der lebendigen und lebendig machenden Hoffnung spürbar werden, die uns allesamt verbindet und eint, nämlich unser gemeinsamer Glaube an Jesus Christus.

„Damit ihr Hoffnung habt. Christ sein in der Gesellschaft – Christ sein für die Gesellschaft“ – dieses Kirchentagsmotto verstehe ich als Zuspruch und Aufforderung zugleich. Unser gemeinsamer Glaube gibt uns Kraft und Orientierung, er motiviert und verpflichtet uns aber gleichermaßen dazu, diese Hoffnungsperspektive nicht nur unter uns lebendig zu erhalten, sondern auch an unsere Nächsten weiterzugeben. Das, was wir selbst segensreich empfangen haben, nimmt uns wiederum in die Verantwortung und Pflicht, es auch an andere weiterzugeben. Wenn wir uns am christlichen Menschenbild orientieren, ist damit zugleich auch der Aufruf zum politischen Engagement in der Mitte unserer Gesellschaft verbunden. Als Christinnen und Christen dürfen wir niemals abseits stehen, sondern sind immer in der Mitte des Hier und Jetzt gefragt.

Möge uns auch dieser große 2. Ökumenische Kirchentag für die Aufgaben und Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen, neue und tragfähige Impulse und Perspektiven vermitteln.

Berlin, im April 2010



*Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin
Vorsitzende der CDU Deutschlands*



GELEITWORT

„1:0 für Gott“ titelte eine Berliner Boulevardzeitung, als 2003 gleichzeitig zum Schluss des Ökumenischen Kirchentages das DFB-Pokal-Endspiel in Berlin ausgetragen wurde. Diese Resonanz in den Medien zeigt, dass Kirchentage markante Ereignisse im kirchlichen, aber auch im öffentlichen Leben der Bundesrepublik

Deutschland sind. Die Katholikentage können auf eine gut 150jährige, der Deutsche Evangelische Kirchentag kann auf eine 60jährige Geschichte zurückblicken. 2003 fand in Berlin der Erste Ökumenische Kirchentag statt. In diesem Jahr feiern wir in München den Zweiten Ökumenischen Kirchentag. Diese Christentreffen haben im Laufe der Zeit unterschiedliche Schwerpunkte gehabt und sind mancherlei Wandlungen unterworfen gewesen. Dies gilt sowohl für ihre inhaltliche Ausrichtung als auch für die Größe des Ereignisses und der Anzahl der teilnehmenden Gläubigen. Während manche Versammlungen großen Arbeitskongressen mit einigen tausend Interessierten glichen, kamen beim Schlussgottesdienst des Ersten Ökumenischen Kirchentages 200.000 Menschen zusammen. Derartige, auch medial vermittelte Höhepunkte verweisen auf den Charakter des Glaubensfestes, der die Kirchentage mit ihren Gottesdiensten und liturgischen Feiern prägt. Das Interesse der Medien unterstreicht den Öffentlichkeitsanspruch des Christentums. Zwar beruht Glaube zunächst auf einer persönlichen Entscheidung, aber er ist deswegen keineswegs eine Privatsache, die außerhalb der Gesellschaft und ohne Wirkung auf sie besteht.

Ein zweites wichtiges Kennzeichen der Kirchentage ist die „Zeitansage“, die die Christentreffen immer wieder versuchen. Aus wachsender, kritischer Zeitgenossenschaft verstehen sie sich als Seismographen für die Fragen, die in unserer Gesellschaft virulent sind und bieten die Chance, über Themen zu sprechen, die die Menschen bewegen.

Der Zweite Ökumenische Kirchentag steht unter dem Leitwort „Damit ihr Hoffnung habt“. Dieser Satz fordert Christen zum Bekenntnis heraus, worin der Kern dieser Hoffnung liegt. Er fordert sie heraus, ihren Standort zu bestimmen und Zeugnis zu geben von der Botschaft und den Ansprüchen, die der Glaube ihnen in ihrem privaten und öffentlichen

Leben stellt. Dabei entwickelt das Christentum in einigen Fällen eine revolutionäre gesellschaftskritische Kraft, die Neues sucht und die sich nicht abfinden will mit dem, was besteht oder nur konservativ bewahren will. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, bedienen sich Christen oft auch der prophetischen zugespitzten Rede. Doch lässt sich aus dem Evangelium keine konkrete Politik ableiten, so dass um die Wege zur Umsetzung der biblischen Forderungen immer wieder gerungen werden muss. Schon in der Bibelexegese können sich die Geister scheiden, so dass es zwischen den Konfessionen, aber auch innerhalb der Konfessionen selbst zu unterschiedlichen Auffassungen kommen kann. Gemeinsam ist aber allen widerstreitenden Positionen, dass sie ein Menschenbild vertreten, das von der christlich-jüdischen Tradition geprägt ist. Dessen unverwechselbares Kennzeichen ist die Gottebenbildlichkeit jedes Menschen, die ihren Ausdruck in der jedem Menschen eigenen Würde findet. Diese ist in Artikel 1 des Grundgesetzes verankert. Sie ist Richtschnur allen politischen Handelns und bietet Orientierung für eine Politik aus christlicher Verantwortung. Darin besteht große Übereinstimmung zwischen allen christlichen Konfessionen.

Eines der ersten großen ökumenischen Projekte in der Politik war die Gründung der Christlich-Demokratischen Union. Nach den Schrecken des menschenverachtenden totalitären Regimes der Nationalsozialisten und der Katastrophe des Weltkriegs kamen Christen der verschiedenen Konfessionen an vielen Orten in Deutschland zusammen, um „in Besinnung auf die Werte des Christentums“ auf einer bewusst christlichen Grundlage ein neues Gemeinwesen aufzubauen. Der Berliner Gründungsauftrag von 1945 bekennt, dass eine „Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen (könne), wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen.“ Die Kölner Leitsätze riefen zum Aufbau auf dem „unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur“ auf.

Diese christliche fundierte Zielsetzung der Union bedeutet aber nicht, dass nicht auch in anderen Parteien und Zusammenschlüssen, christliche Grundsätze und Positionen vertreten werden. Einen Monopolanspruch wollten weder die Gründergeneration noch spätere Mitglieder aus der christlichen Grundlegung ableiten. Ohnehin ist das „C“ in der 60jährigen Geschichte der Union immer wieder Gegenstand der Diskussion gewesen und wird in unterschiedlicher Weise betont. Das hängt vor allem mit dem Wandel der Gesellschaft zusammen. Konnte noch Konrad Adenauer in

einer Zeit weitgehend kirchlich geprägter Milieus auf eine kirchlich gebundene Grundströmung der Gesellschaft bauen, ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine zunehmende religiöse Pluralisierung und Säkularisierung zu beobachten. Trotz einer vor allem in Feuilletons beschworenen Rückkehr des Religiösen scheinen sich „Selbstverständlichkeiten einer christlich geprägten Gesellschaft zu verflüchtigen“, wie die Orientierungshilfe zum Ökumenischen Kirchentag schreibt. Das vielfach beobachtete Interesse an Religion drückt sich zumindest nicht in Kirchlichkeit aus, denn in beiden großen Kirchen ist trotz einiger Wiedereintritte der Mitgliederrückgang nicht zu übersehen.

In diesem Kontext ist auch das „C“ im Namen einer Volkspartei häufiger begründungsbedürftig. Da sind einmal diejenigen, die das „C“ streichen lassen wollen, weil sie es nicht mehr verwirklicht sehen und behaupten, dass die Partei den aus dem „C“ folgenden Ansprüchen nicht gerecht werde. Andere halten es aufgrund der vor allem in Ostdeutschland, aber auch in Großstädten weitgehend entchristlichten Gesellschaft für nicht mehr zeitgemäß. Immer weniger Mitglieder der Union kommen aus kirchlichen Verbänden, immer weniger blicken auf eine kirchliche Praxis zurück. Doch auch religiös Unmusikalische und Nichtchristen können erkennen, dass christliche Grundsätze für die Gestaltung von Politik wesentlich sind, auch wenn sie die Folgerungen aus dem christlichen Menschenbild im Einzelnen anders begründen. Es gilt zu zeigen, wo christlich geprägte Positionen einleuchtender sind als andere Möglichkeiten und dass die verschiedenen Ausprägungen christlich begründeter Politik, mit ihrem sozialen, liberalen und konservativen Schwerpunkt, entscheidend zum Gelingen von politischem Handeln beitragen kann und beigetragen hat. Dies zeigt nicht zuletzt die Bilanz der Regierungsjahre unter christlich-demokratischer Kanzlerschaft und die Resonanz der christlich geprägten Parteien innerhalb der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Zur Vergewisserung, was hinter dem „C“ steht, was es bedeuten kann, haben wir im vorliegenden Band ein Tableau von neun Themenfeldern eröffnet, in denen aus unterschiedlichen Perspektiven die Rolle des Christlichen für die Politik beschrieben und in denen deutlich wird, wie das „C“ sich in der konkreten Politik auswirken kann. Dabei geht es um grundsätzliche Erwägungen genauso wie die praktische Entfaltung in bestimmten Politikfeldern, die Aufschluss über die Prägekraft des Christlichen in unserer Gesellschaft geben.

Zu jedem Themenkomplex haben wir jeweils vier Persönlichkeiten gebeten, aus einer politischen oder aus einer kirchlichen, beziehungsweise einer wissenschaftlichen Sicht den Gegenstand zu behandeln. So werden die Gesprächssituation zwischen Kirche und Politik gespiegelt und die unterschiedlichen Ansätze markiert. Besonderen Wert haben wir auf die ökumenische Ausgewogenheit gelegt, so dass in jedem Quartett möglichst je ein evangelischer und ein katholischer Politiker zu Wort kommt sowie je ein evangelischer oder katholischer Geistlicher beziehungsweise Wissenschaftler oder Verbandsvertreter. Die Beiträge verdeutlichen viele Facetten zwischen wissenschaftlicher Analyse und persönlichem Zeugnis. Gerade auch die persönlichen Bekenntnisse zeigen, dass das „C“ nicht schmückendes Beiwerk für eine ansonsten pragmatische Politik ist, sondern dass die eigene christliche Begründung konstitutiv für eine bestimmte, von persönlichen Überzeugungen getragene Politik ist. Diese Aufrichtigkeit zeigt sich auch dann, wenn Kritik und Enttäuschung an der Haltung der Kirche geäußert wird. Der Aufbau der Kapitel reflektiert die Atmosphäre der Debatten bei Kirchentagen, wo es sowohl um persönliches Bekenntnis als auch um sachliche Analyse geht.

Das Spektrum der aufgegriffenen Themen reicht von der grundsätzlichen Bedeutung des Christlichen für die Politik, in der das „C“ Kompass, Fundament und Richtschnur ist, bis zu konkreten Einzelheiten in bestimmten Politikfeldern und der christlichen Hoffnung, die auch in schwierigen Lebenssituationen Orientierung gibt. Deutlich wird in dem ersten Kapitel gesagt, dass die Ansprüche und Bereiche der Religion sowie der Politik nicht identifiziert werden dürfen. Dieser Herausforderung, die Grenzen zwischen dem einen und anderen zu sehen und in jedem Einzelfall neu zu justieren, müssen wir uns immer wieder stellen und in Debatten fair bewältigen.

Das zweite Kapitel beschreibt den Raum, in dem sich dieses Ringen um den richtigen Weg abspielt. Durch die fortschreitende Säkularisierung und zunehmende Pluralisierung der Lebenswelten und Lebensstile, stellt sich die Frage, welche Förderung den verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Öffentlichkeit gewährt werden soll. Diese Frage richtet sich einerseits an das Staatskirchenrecht und seine Entwicklungsmöglichkeiten, sie richtet sich andererseits aber auch an die Gesellschaft, in welcher Weise sie mit Neutralität und Bekenntnis umgehen will, welche Toleranz sie gegenüber fremden Lebensentwürfen aufbringt und wo sie Grenzen zieht. Was bedeutet zum Beispiel christ-

liche Identität unter den Bedingungen religiöser, weltanschaulicher und kultureller Vielfalt?

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Frage der Gerechtigkeit und der Zukunft unseres Sozialstaates. In den letzten Wochen ist häufig gesagt worden, dass sich hinter der Wirtschaft- und Finanzkrise eine Wertekrise verberge, dass der Gesellschaft das rechte Maß verloren gegangen sei. Daher lohnt eine Besinnung auf Grundüberzeugungen, die auf die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, sozialer Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung zurückgehen. Welche Folgerungen daraus in der konkreten Politik zu ziehen sind, ist Gegenstand der Debatte, die auch das vierte Kapitel behandelt, das Wege aus der Krise beschreibt. Hier treffen Situationsanalyse und Vorschläge zur Bewältigung aufeinander, die durch ihre unterschiedlichen Perspektiven bestechen.

Im fünften Komplex zum Thema Fortschritt und Bewahrung geht es um das „C“ in neuen Forschungsbereichen. Wo wirkt sich das Christliche fortschrittsmotivierend aus, wo werden Potenziale gesehen und gesucht, Innovationen voranzutreiben, neue Wege zu beschreiten und wo werden Grenzen gesehen, weil andere Güter beeinträchtigt werden? Insbesondere Abwägungen im Bereich der Umweltpolitik, aber auch der Medizin und in den Biowissenschaften sind hier angesprochen.

Ein sechstes wichtiges Feld betrifft den Zusammenhalt der Gesellschaft. Was sind in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft in Zeiten von Zuwanderung und kultureller Verschiedenheit die zusammenführenden einigenden Faktoren? Welche Elemente machen eine Zustimmung zum Gemeinwesen bei gleichzeitig zunehmender Individualisierung denkbar über alle sozialen Milieus hinweg, jenseits von unterschiedlichen Lebensaltern, Lebensentwürfen sowie Einkommensgruppen und ermöglichen ein gelingendes Zusammenleben? Welche Kultur des Miteinanders muss gepflegt werden, damit der soziale Friede gewahrt bleibt?

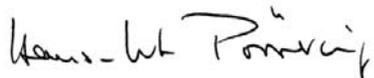
Eine Antwort liegt im siebten Kapitel, wo es auch darum geht, gerechte Zugänge zu Bildung zu gewährleisten. Das Ziel der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit ist unumstritten, nicht aber die Wege, wie dieses erreicht werden soll.

Die Erörterung der Veränderungen unserer Gesellschaft durch die neuen Kommunikationsmedien ist Gegenstand des achten Kapitels. Während ein Teil der Gesellschaft die Neuerungen, die sich aus der Dynamik der Fortschritte in der digitalen Technik ergeben, gar nicht kennt, nutzen sie andere schon lange. Wo liegen die Vorteile, wo sind Nachteile verborgen für das Zusammenleben in der Gesellschaft? Wo werden Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen, die die rasanten Entwicklungen nicht mitbekommen? Welche Wertekonflikte können hier entstehen?

Abgeschlossen wird der Band durch Überlegungen zu Deutschlands Aufgaben in der Welt, die sich in Zeiten der Globalisierung noch einmal deutlich erweitert haben. Den Schwerpunkt bilden Fragen der Friedensethik, die mit Einsätzen der Bundeswehr verbunden sind, aber auch die Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit. Beide Bereiche sind eng verbunden und im Einzelfall nur schwer voneinander zu trennen. Der letzte Aufsatz geht noch einmal auf das Leitwort des Kirchentages zurück und bildet mit seinem Hinweis auf die alles tragende Hoffnung eine Klammer zum ersten grundsätzlichen Kapitel.

Die vorliegenden Texte sind zwar aus Anlass des Kirchentages verfasst worden, sie weisen aber über diesen hinaus und geben Orientierung für weitere Debatten über die Auswirkungen des mit dem „C“ verbundenen Anspruchs in der konkreten Politik.

Berlin, im April 2010



*Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.*

I. KOMPASS UND FUNDAMENT: DAS „C“ IN DER POLITIK

RELIGION UND POLITIK, WAHRHEIT UND INTERESSEN, WERTE UND ENTSCHEIDUNGEN

Norbert Lammert

„Seid immer bereit zu antworten, wenn euch jemand nach einer Erklärung für eure Hoffnung fragt. Aber tut es taktvoll und in Verantwortung vor Gott, als Leute, die ein gutes Gewissen haben.“ Dieser Rat aus dem 1. Brief des Petrus scheint mir auch eine Richtschnur für den Umgang christlicher Politiker mit ihrem Glauben zu sein. Denn das Verhältnis von Religion und Politik wird nicht nur von einigen Gemeinsamkeiten, sondern auch von Unterschieden geprägt.

Die Politik handelt von Interessen, die im strengen Wortsinn nicht wahrheitsfähig sind, der Glaube handelt von Wahrheiten, die nicht abstimmungsfähig sind. Politik ist etwas anderes als Religion und gewiss nicht die schlichte Verlängerung von Religion mit anderen Mitteln. Deshalb ist die Politisierung religiöser Überzeugen ebenso sorgfältig zu vermeiden wie die theologische Überhöhung politischer Positionen.

Zweifellos sind christliche Werte eine ganz wesentliche Quelle jener gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen unserer Gesellschaft, ohne die auch die Regeln dieser Gesellschaft und ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf Dauer keinen Bestand hätten. Ohne unser geistig-religiöses

Erbe wären „Wert und Würde des Menschen als eine universell gültige Idee des Rechts“ (Kardinal Ratzinger) weder im Grundgesetz noch in der Grundrechtscharta der Europäischen Union kodifiziert worden. Die Religion ist nicht die einzige, aber wohl eine unverzichtbare Quelle von Werten in einer Gesellschaft, von Überzeugungen, die über die eigene Person hinaus Geltung beanspruchen. Dies muss ganz grundsätzlich auch für die Politik gelten. Politik ohne ein festes Fundament von Überzeugungen, aus denen heraus sich ein Gestaltungsanspruch herleiten lässt, ohne verbindliche Orientierung also, ist die Selbstinszenierung von Macht.

Dieses Fundament von Überzeugungen und Werten bedarf freilich stetiger Pflege. Wie der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Marx, zu Recht festgestellt hat, gehört zu einer Politik, die das Adjektiv christlich für sich in Anspruch nimmt, die enge Beziehung zu den Kirchen und der intensive Dialog mit ihren Repräsentanten. Dabei sollte die Auseinandersetzung durchaus auch kritisch sein dürfen und auch von den Vertretern der Kirchen wie der Parteien gesucht werden. Mein Verständnis von der Rolle der Kirchen in einer modernen Welt und schon gar in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ist nicht der Rückzug ins Spirituelle. Die Kirchen sollen ihre Botschaften einbringen in die Geschäftigkeit der Gesellschaft. Das muss knirschen – nicht ständig, aber es muss knirschen dürfen, auch und gerade innerhalb einer Partei, die das „C“ im Namen trägt. Damit war übrigens nie gemeint, dass die Partei die Glaubensdogmatik der Kirchen in Politik zu übersetzen hat. Das Wort „Christlich“ stellt vielmehr einen Bezug auf Werte und Normen dar, die sich auch vernunftrechtlich begründen lassen und nicht exklusiv christlich sind – der Schutz der Menschenwürde, die Menschenrechte, der Schutz von Ehe und Familie.

Auch heute sind die wirklich großen Fragen – jedem vordergründigen Eindruck zum Trotz – im Kern religiöse Fragen: Die Frage nach Leben und Tod, nach Gut und Böse, nach Schuld und Vergebung, nach Freiheit und Verantwortung, nach Frieden und Völkerverständigung. Sie sind in der säkularisierten Gesellschaft freilich von den Kirchen ebenso wenig alleine zu beantworten wie von den Regierungen oder Parlamenten. Die Politik handelt nur in ganz seltenen Fällen von den letzten Dingen des Lebens, und die „vorletzten“ Angelegenheiten der Welt sind nicht das typische Aufgabenfeld der Kirchen, die sich gleichwohl in die Welt und ihre Probleme einmischen müssen, wenn sie die Menschen und ihren Auftrag ernst nehmen wollen. Aber die letzten wie die vorletzten Dinge

müssen, wenn sie denn zur politischen Entscheidung vorliegen, in Parlamenten entschieden werden, in demokratischen Entscheidungsprozessen, an denen sich politisch engagierte Christen in persönlicher Verantwortung beteiligen. Wir haben gerade in der jüngeren Vergangenheit Erfahrungen gemacht, dass dieses Spannungsverhältnis nicht nur eine Herausforderung theoretischer Art ist, sondern eine sehr konkrete. Die Diskussion um die Beratung von Schwangeren im Zusammenhang mit dem Paragraphen 218 Strafgesetzbuch, die zu erheblichen Konflikten zwischen der katholischen Kirche und politisch engagierten Katholiken geführt hat, zeigt dies ebenso nachdrücklich wie das Ringen um ethisch vertretbare Nutzungen der modernen Gentechnologie.

Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder politische Fragen gegeben, in denen katholische Laien zu amtskirchlichen Vorgaben auf Abstand gegangen sind und amtskirchliche Forderungen als „Grenzüberschreitungen“ zurückgewiesen wurden. Zwischen kirchlicher Verkündigung, die aus christlicher Sicht ethische Grundfragen des Politischen anspricht, und der Autonomie politisch handelnder Laien (wie sie das apostolische Schreiben *Christifideles Laici* von Papst Johannes Paul II. deutlich angesprochen und erkannt hatte), die in eigener Verantwortung und Sachkompetenz politische Entscheidungen treffen müssen, besteht ein Spannungsfeld, das zu akzeptieren und auszuhalten es gilt, wie jüngst zum Beispiel die Diskussion um die Bewertung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan durch die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands gezeigt hat.

Für Christen bleibt indes Politik immer auch etwas Vorläufiges und Relatives. Christliche Politiker werden, bei allem notwendigen „Streben nach Macht als unvermeidlichem Mittel“, wie Max Weber zutreffend schrieb, immer auch eine letzte Distanz zu ihr wahren. Politik aus christlichem Engagement wird nie „die Macht lediglich um ihrer selbst willen, ohne inhaltlichen Zweck“ (Max Weber) anstreben. Politische Ideologien mit umfassenden Weltanschauungscharakter und eben solchen Erlösungsansprüchen weist das christliche Menschenbild zurück, denn es kennt die grundsätzliche Anfälligkeit des Menschen gegenüber moralischen und sachlichen Irrtümern.

Für den christlichen Politiker, der in der aufgeklärten Religion lebt und zugleich dem Gemeinwesen dient, ist die lebendige kulturelle Verbindlichkeit des christlichen Menschenbildes in der heutigen Gesellschaft alles

andere als erschöpft. Es geht hierbei nicht etwa allein um die besondere Verantwortung für die Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaates, es geht vor allem darum, den öffentlichen Diskurs offen zu halten für die Fragen, die den grundlegenden Stellungnahmen zu unserem Leben vorausliegen und die der Staat ebenso wenig beantworten kann, wie sie durch Mehrheitsentscheidungen beantwortet werden können. Für diese Fragen ist es gewiss notwendig, in Staat und Politik ein Bewusstsein dafür zu erhalten, dass moralische Letztbegründung und die Grundorientierungen für unser Leben, unsere Ethik, nicht in letzter Instanz allein durch gesellschaftliche Übereinkunft begründet werden können. Dieses „Offenhalten“ fundamentaler Fragen ist im Übrigen auch ein Garant dafür, dass sich das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und der Staat selbst weiterentwickeln; die richtige Balance zwischen Freiheit und Ordnung muss in modernen Gesellschaften immer wieder neu „vermessen“ werden.

Dass wir heute weltweit Formen der Wiederbelebung der Religion erleben, die auch Anlass zu großer Besorgnis geben, muss nicht näher erläutert werden. Aber es bestätigt zugleich die überragende Relevanz von Religion. Aufgeklärte Religionen als herausragende Vermittler ethischer Standards – wer anders als sie könnte für Prinzipien wie Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Gewaltlosigkeit oder Gleichberechtigung im eigentlichen Sinne des Wortes „glaubhaft“ eintreten? Wenn diese nicht von Religionen vermittelt werden, ist die Wahrscheinlichkeit überschaubar gering, dass sie überhaupt dauerhaft vermittelt werden können. Je eher es gelingt, solche Orientierungen zu finden, desto besser.

Die Wahrung des je Besonderen und die Wahrnehmung des Gemeinsamen ist daher der angemessene Weg zu einem aufgeklärten Verhältnis von Politik und Glaube, Parteien und Kirchen und zu einer Politik im Zeichen des „C“, die Hoffnung macht. Immer wieder vom Scheitern bedroht und immer wieder von Neuem gefordert.

DAS CHRISTLICHE MENSCHENBILD – EIN KOMPASS FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN

Volker Kauder

Welche Bedeutung hat das Christentum für mich als Politiker und für CDU und CSU im Besonderen? Diese Frage wird wohl jedem Politiker gestellt, der sich für eine Partei entscheidet, die das „C“ im Namen trägt.

Zunächst einmal: Meine Entscheidung, Politiker zu werden, war stark durch meinen christlichen Glauben beeinflusst. Christentum und politisches Engagement gehören in meinem Verständnis eng zusammen. „An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen!“, mit diesen Worten fordert der Apostel Johannes die Glieder der christlichen Gemeinde auf, durch ihr Handeln Zeugnis ihres christlichen Glaubens abzulegen. Denn das Christentum ist eine der Welt zugewandte Religion. Als Christen wissen wir, dass nur Gott uns erlösen kann. Auch auf eine wirklich gerechte Welt können wir erst nach seiner Wiederkehr auf Erden hoffen. Dennoch ist uns der Dienst am Nächsten als wichtigste Aufgabe aufgetragen: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“, dies ist die Elle, an der Christus die Menschen am jüngsten Tag messen wird. Auch wenn wir als Christen wissen, dass absolute Gerechtigkeit nur von Gott kommen kann, sind wir doch aufgerufen, gegen Unrecht und Ungerechtigkeit einzuschreiten und so unseren kleinen Teil zur Verbesserung unserer Welt zu leisten.

Ein solcher Einsatz kann viele Facetten haben. Er besteht in kleinen Akten der Nachbarschaftshilfe, im Engagement in der Kirchengemeinde oder im Elternbeirat, aber auch in der Politik. Wer in die Politik geht, ohne den Anspruch zu haben, die Situation von Menschen zu verbessern, sollte seine Entscheidung überdenken.

Der Antrieb für eine solche Politik kann unterschiedliche Quellen haben, der Christ wird sie in seinem Glauben finden. Die christliche Lehre bietet aber mehr für die Politik als bloße Motivation zum Dienst am Nächsten: Sie liefert mit dem christlichen Menschenbild zugleich Fundament und Kompass einer christlich inspirierten Politik.

Geprägt ist dieses Menschenbild vom Spannungsverhältnis von Kreativität und Kreatürlichkeit. Der Mensch ist, so lehrt uns die biblische Schöpfungsgeschichte, nach dem „Bilde Gottes“ geschaffen worden. Dank dieser Gottesähnlichkeit ist er begabt mit menschlicher Würde und Teilhaber an der göttlichen Kreativität. Und er ist, auch das entnehmen wir der Bibel, genauer gesagt dem Galaterbrief des Neuen Testaments, „zur Freiheit berufen“, zunächst und vor allem, um aus freier Entscheidung in eine Gemeinschaft mit Gott treten zu können. Ohne diese Freiheit wäre dem Menschen die wahre Erwidering der Liebe Gottes nicht möglich. Die Voraussetzung für diese Entscheidung für Gott ist die sittliche Begabung des Menschen, seine Fähigkeit, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Daraus erwächst die Verantwortung, ohne die sich Freiheit nicht denken lässt. Dieses Spannungsverhältnis von Freiheit und Verantwortung beschreibt Martin Luther mit seinem berühmten Diktum: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“ Wichtigster Orientierungsmaßstab des ethischen Handelns aus eigener Verantwortlichkeit, das Luther mit dem Bild des dienstbaren Knechtes beschreibt, ist die voraussetzungslose Menschenwürde jedes einzelnen. Denn die Gottesähnlichkeit ist jedem Menschen zu Eigen, unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer oder sozialer Herkunft. Als Geschenk Gottes gilt sie uneingeschränkt von Beginn des menschlichen Lebens bis zu seinem Ende. Sie ist Selbstzweck und verbietet damit jegliche Verzweckung des menschlichen Lebens. Sie ist unverfügbar und unveräußerlich. Kein Mensch kann sie einem anderen absprechen oder zuerkennen, denn jeder Mensch ist nur gottähnlich, keiner jedoch gottgleich. Gleichzeitig macht ihn das fehlbar und schulfähig.

In diesem Menschenbild verbindet sich also der liberale Glaube an die Freiheitsbefähigung des Menschen mit einer christlich-konservatives Denken prägenden Skepsis gegenüber dem grenzenlosen Optimismus, dass der Mensch seine Freiheit auch immer zum Wohle Aller gebrauchen wird.

Was heißt das für die konkrete Politik? Zunächst einmal muss eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik den Rahmen schaffen, der ein würdevolles Leben in Freiheit ermöglicht, ohne diese Freiheit absolut zu setzen. Denn die individuelle Freiheit des Einen hat ihre Grenzen in der Freiheit und Würde des Anderen. Wegen der Fehlbarkeit des Menschen wäre es naiv anzunehmen, diese Grenzziehung erfolgte automatisch durch die Selbstbeschränkung des Einzelnen. Sie verlangt vielmehr einen übergeordneten staatlichen Ordnungsrahmen, der die Gemeinschaft mit anderen durch die Einhegung der individuellen Freiheit erst möglich macht. Im modernen Staat ist Freiheit daher immer als in Ordnung gesicherte Freiheit zu verstehen. Die Setzung dieses Ordnungsrahmens, der dem Spannungsfeld von Individualität und Gemeinschaft gerecht werden muss, erfolgt unter Beachtung der beiden prägenden Kriterien der katholischen Soziallehre, der Subsidiarität und Solidarität. Das Prinzip der Subsidiarität wird gültig in der maßgeblichen päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo Anno* von 1931 formuliert. Danach darf „dasjenige, was der Mensch aus eigener Initiative [...] leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden.“ Subsidiarität ist in diesem Verständnis also ein Schutzprinzip freiheitlicher und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung gegen die Gefahren kollektivistischer Vereinnahmung und Bevormundung. Sie ist gleichermaßen Ausdruck des Vertrauens in die individuelle Freiheitsbefähigung des Menschen als auch der Skepsis gegenüber ideologischen Großentwürfen. Denn die Fehlbarkeit des Menschen impliziert notwendigerweise die Fehlbarkeit der Politik, die ebenfalls das Werk von Menschen ist. Somit wird die Einsicht in die menschliche Fehlbarkeit zum besten Schutz vor den Versuchungen des Totalitären.

Dagegen stärkt die strikte Einhaltung der Subsidiarität die liberale Ordnung einer Gemeinschaft. Sie ist die Voraussetzung für eine im besten Sinne bürgerliche Gesellschaft. Dies gilt allerdings nur dann, wenn sie verbunden ist mit der Gewährung von Solidarität für diejenigen, die aus eigener Kraft nicht zu einem Leben in Würde im Stande sind. In diesem Sinne geht auch die Solidarität vom Grundsatz eigenverantwortlicher Le-

bensgestaltung in Gemeinschaft mit anderen aus. Ziel des solidarischen Handelns darf jedoch nicht die dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr muss es darum gehen, dem in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Eine Gesellschaft, die in diesem Sinne auf Subsidiarität setzt und Solidarität gewährt, die folglich jedem ein Leben in selbst verantworteter Freiheit gemäß seinen Anlagen und Talenten ermöglicht, ist eine gerechte Gesellschaft. Sie zu erreichen und zu bewahren, ist Aufgabe christdemokratischer Politik.

Dementsprechend nimmt in der christdemokratischen Sozialpolitik die Belebung des Arbeitsmarktes einen zentralen Platz ein. Denn einerseits schafft der Einzelne mit seiner Arbeit die Voraussetzungen für ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit, weil er sich unabhängig macht von der Unterstützung durch Andere. Das gilt auch dann, wenn er einer so gering entlohnten Beschäftigung nachgeht, dass er zusätzlich auf staatliche Leistungen angewiesen ist. Denn auch in diesem Fall entlastet er die Solidargemeinschaft um den selbst erwirtschafteten Betrag. Folglich erfüllt er mit seiner Tätigkeit eine sittliche Verpflichtung. Zugleich erhält er die Chance, sich durch seiner eigenen Hände Arbeit zu beweisen und dadurch in eine Tätigkeit aufzusteigen, die ihn von staatlichen Transfers unabhängig macht. Das ist eine Frage der Würde.

Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität wird eine am christlichen Menschenbild ausgerichtete Politik selbstverständlich nicht in Frage stellen. Sie nimmt jedoch deren Dauerhaftigkeit nicht hin, weil sie keine Aktivierung, sondern das Gegenteil bewirkt. Und sie wird die Leistung dieser Transfers streng an das Vorliegen von Bedürftigkeit koppeln. Das verlangt die Solidarität auch dem Not leidenden Empfänger ab, der die solidarische Hilfe seinerseits als Ansporn begreifen muss, ihrer möglichst bald nicht mehr zu bedürfen.

Eine entscheidende Rolle bei der Befähigung zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung kommt der Bildung zu. Sie befähigt zur Ausübung einer anspruchsvollen Beschäftigung und eröffnet die Chance zum individuellen Aufstieg. Deshalb finden wir uns nicht mit dem Befund ab, dass die Bildungschancen in hohem Maße vom sozialen Umfeld bestimmt werden, stattdessen müssen wir alles daran setzen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen.

Eine umfassende Bildung von Qualifikationen und Persönlichkeit ist keine Aufgabe der Schulen und Universitäten allein. Unersetzlich ist die Familie, die im Mittelpunkt aller christdemokratischer Politik steht. Als Idealmodell der gelebten Subsidiarität und Solidarität einerseits und Ort der Vermittlung Gemeinschaft ermöglichender Werte andererseits kommt ihr im doppelten Sinne die Rolle des Rückgrats der Gesellschaft zu. Keine andere Institution führt bereits im Kindesalter an die Notwendigkeit von gegenseitigem Respekt, Rücksichtnahme und Verantwortung heran. Deshalb greift eine Definition zu kurz, die Familie ausschließlich an das schiere Vorhandensein von Kindern knüpft. Ohne das Moment gegenseitiger Verantwortungsübernahme, die ihre Voraussetzungslosigkeit aus der verwandtschaftlichen Beziehung gewinnt, kann zwar eine Kommune, aber keine Familie bestehen. Die Liebe und Zuwendung, die der junge heranwachsende Mensch in der Familie erfährt und die seine Personwerdung ganz maßgeblich prägt, kann keine staatliche Institution ersetzen.

Unser Ansatz ist von einer tiefen Skepsis gegenüber dem Machbarkeitswahn einer Politik geprägt, die von der Götzenverehrung der Rationalität getragen ist. Nicht alles, was machbar ist, darf auch möglich sein. Das gilt auch für unser Verhältnis zur Schöpfung. Wenn sich unsere umweltpolitischen Überlegungen an der Bewahrung der Schöpfung orientieren und sich dadurch legitimieren, leiten wir damit keine kalkulierte Hinwendung zu einer politischen Mode ein, sondern führen Umweltpolitik auf ihren eigentlichen christdemokratischen Kern zurück. Anders als die Parteien der Linken lehnen wir jedoch auch beim Umweltschutz den Weg der Gängelung und Bevormundung ab. Der auf Freiheit und Eigenverantwortung setzenden Idee des christlichen Menschenbildes entspricht es vielmehr, durch Aufklärung und Anreizsetzung zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.

Das christliche Menschenbild ist der entscheidende Orientierungsmaßstab christdemokratischer Politik. Es ist der Kompass, an dem sich unsere Entscheidungen ausrichten. Mit diesem Kompass in der Hand muss auf jede Frage aufs Neue nach einer passenden Antwort gesucht werden. Denn das christliche Menschenbild determiniert in den seltensten Fällen eine ganz bestimmte Lösung in einer politischen Sachfrage. Es leitet uns aber bei allen politischen Entscheidungen.

CHRISTLICHER GLAUBE UND POLITIK

Robert Zollitsch

In ihrem Amtseid schwören der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundesminister, ihre „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen, seinen Nutzen [zu] mehren [...] und Gerechtigkeit gegen jedermann [zu] üben“ (Artikel 56 Grundgesetz). Auch Abgeordnete und andere Politiker stehen in der gleichen Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen dem Wohl des Gemeinwesens und damit den Menschen zu dienen. Die politische Tätigkeit ist also durch Gemeinwohl – und gerechtigkeitsbezogene Pflichten definiert – und damit an ethische Kategorien gebunden. Hier wird deutlich: Für eine politische Entscheidung sind nicht nur umfassende Sachkompetenz, Allgemeinbildung und Spezialwissen erforderlich; es braucht auch ein ethisch geprägtes Bewusstsein der handelnden Politiker.

Die freiheitliche Demokratie, so hat es Roman Herzog einmal formuliert, braucht Menschen, „deren Solidarität auch diejenigen umfasst, die für sie nicht nützlich werden können und deren Vernunft nicht nur von kalter Rationalität und Effizienzorientierung geprägt ist, sondern auch von einer *raison de coeur*, von Herzensbildung“, denn „technische Intelligenz allein [garantiert] kein menschenwürdiges Leben“. ¹ Politische Entscheidungen erhalten zwar ihre Legitimation durch die demokratische Willensbildung und ihre Mehrheitsfähigkeit. Daraus lässt sich aber nicht zwingend etwas über ihre ethische Qualität ableiten. Freiheitliche Institutionen, „so klug sie auch entworfen sein mögen, können nicht aus

sich heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung demokratischer Politik gewährleisten“. ²

Auch in einem weltanschaulich neutralen Staat sind Politiker auf vorpolitische Quellen angewiesen, die sie bei der ethischen Begründung der politischen Entscheidungen, der angewandten Mittel und der zu erstrebenden Ziele leiten. Sie müssen mit Hilfe ihres Gewissens, dem allein sie verpflichtet sind, zwischen den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Interessen entscheiden. Dieses Gewissen ist jedoch von kulturellen und religiösen Normen und Werten geprägt. Eine dieser vorpolitischen Quellen stellt der christliche Glaube dar. Der Anspruch des „C“ in der Politik ist bei weitem nicht nur eine Quelle der Motivation, Verantwortung zu übernehmen und Politik zu betreiben, sondern der christliche Glaube will zugleich handlungsleitende Orientierung geben.

CHRISTLICH GEPRÄGTE POLITIK IN EINER SÄKULAREN GESELLSCHAFT

Dass dies in einer säkularisierten Gesellschaft nicht ohne Widerspruch bleibt und immer wieder argumentativ zu begründen ist, zeigen die zunehmenden Diskussionen über das „C“ in der Politik. Gerade in einer säkularen Gesellschaft wird Religion immer stärker zu einem Anstoß, der zu gesellschaftlichen Debatten herausfordert. Obwohl Katholiken und Protestanten in Deutschland zwei Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen, gehört inzwischen ein beachtlicher Bevölkerungsteil keiner Konfession, einer anderen oder keiner Religion an. Nicht wenige stehen dem christlichen Glauben indifferent oder auch ablehnend gegenüber. Es zeigen sich Tendenzen, den christlichen Glauben und damit zentrale Elemente unserer abendländischen Kultur aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Ethische Gewissheiten sind im Zuge der Säkularisierung und weltanschaulichen Pluralisierung teilweise zerbrochen, so dass immer weniger Klarheit und Übereinstimmung über grundlegende ethische Orientierung besteht, die für das gesellschaftliche Miteinander und die Stabilität der Gesellschaft essentiell ist. Religiöse Indifferenz und gesellschaftliche Säkularisierung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik für ihre Gemeinwohl- und Gerechtigkeitsorientierung ethischer Kriterien und Tugenden bedarf, die oftmals religiös geprägt sind. Diesem Erfordernis haben Christen „durch die Einheit und Kohärenz zwischen Glauben und Leben“ ³ und durch das Einbringen christlicher Ressourcen in Gesellschaft und Politik zu entsprechen.

Christliche Politiker und Parteien, die in ihrem Namen das „C“ führen, stehen in einer besonderen Verantwortung, die ethischen Schätze des christlichen Glaubens zu heben und deren Bedeutung für die Gestaltung von Politik zu verdeutlichen. Dieser wertvolle Schatz darf gerade bei der Suche nach neuen Wählerschichten in einer säkularisierten Gesellschaft nicht verloren gehen, wenn das „C“ in seiner Bedeutung nicht entleert werden soll. Auch wenn die ethischen Leitlinien des christlichen Glaubens Orientierung für alle Menschen guten Willens bieten und damit über parteipolitische Grenzen hinausgehen, so ist der Anspruch, aus dem christlichen Glauben heraus Politik zu gestalten, natürlich ein zentraler Gegenstand von Debatten über das Selbstverständnis von Parteien, die sich selbst als „christlich“ bezeichnen und sich damit einen besonderen Anspruch auferlegen. Seit jeher gehören innerhalb dieser Parteien Debatten über das „C“ zu einer regelmäßig wiederkehrenden Selbstvergewisserung. Sie sind jedoch mehr als das: Das Evangelium ist kein Parteiprogramm und der christliche Glaube erlaubt oft keine einfachen Ableitungen für konkrete Entscheidungen. Er ist vielmehr eine Richtschnur und muss in Antworten auf aktuelle politische Fragen übersetzt werden. Auch die Katholische Soziallehre als sozialetischer Kompass ist kein Schema, aus dem diese Entscheidungen nur abgelesen werden müssen. Sie selbst unterliegt einer ständigen Fortschreibung und Aktualisierung. Die Botschaft des Evangeliums muss unter den Zeichen der Zeit konkretisiert werden, um fruchtbar in der Gesellschaft wirken zu können. Debatten um das „C“ sind deshalb keine reinen Rituale, sondern notwendig, um den eigenen politischen Kurs regelmäßig am eigenen christlichen Anspruch auszurichten.

CHRISTLICHER GLAUBE ALS ETHISCHER KOMPASS FÜR DIE POLITIK

Welches ethische Fundament leitet sich aus dem christlichen Glauben für die Politik ab? Grundlegend sind das christliche Menschenbild und das biblische Gebot der Gottes- und Nächstenliebe. Nach dem christlichen Verständnis vom Menschen ist jede Person Ebenbild Gottes und Träger einer unveräußerlichen Würde. Der Mensch ist Individual- und Sozialwesen, von Gott berufen, in verantworteter Freiheit die Welt zu gestalten. Die Liebe, die dem Menschen in Jesus Christus geschenkt wird, ist dabei eine schöpferische Kraft. Auf institutioneller Ebene findet sie Ausdruck im Einsatz für das Gemeinwohl, das ebenso „ein Erfordernis von Gerechtigkeit“⁴ ist. Der Dienst am Gemeinwohl und an Gerechtigkeit

setzt ein Ja zum Menschen und zu seiner Würde voraus. Dies erfordert eine stete Bereitschaft, sich den politischen Herausforderungen zu stellen und um Entscheidungen zu ringen, die primär nicht den Partei- oder anderen Partikularinteressen dienen, sondern der Würde des Einzelnen und dem Gemeinwohl.

Die Katholische Soziallehre hat in der Sozialverkündigung der Kirche ausgehend vom christlichen Menschenbild das Doppel-Gebot der Gottes- und Nächstenliebe in den Sozialprinzipien Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl entfaltet. Während Solidarität als Verpflichtung zu Ausgleich und gegenseitiger Hilfe verstanden wird, gilt die Subsidiarität als das Prinzip der Freiheitsgewährleistung: Es geht vom Vorrang des Einzelnen und der kleinen Gemeinschaften vor größeren und stärkeren gesellschaftlichen Gruppen aus, die gleichzeitig zu deren temporärer Unterstützung verpflichtet sind. Das Gemeinwohl als Sozialprinzip ist zwar nicht erst heute auch global zu verstehen. Seine über die nationale Gesellschaft hinausgehende Bedeutung wird jedoch in einer globalisierten Welt in stärkerem Maß mitzubedenken sein. Mit diesen Prinzipien will die Katholische Soziallehre „helfen, dass das, was recht ist, jetzt und hier erkannt und dann auch durchgeführt werden kann“. Sie will der „Gewissensbildung in der Politik dienen und helfen, dass die Hellsichtigkeit für die wahren Ansprüche der Gerechtigkeit wächst und zugleich auch die Bereitschaft, von ihnen her zu handeln, selbst wenn das verbreiteten Interessenlagen widerspricht“.⁵ Dabei sind die Sozialprinzipien ethisch begründete Sicherungsmechanismen für die Menschenwürde und die Grundrechte. Darauf verweist auch der sozialetische Grundsatz, wonach die menschliche Person „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und [sein] muss“.⁶ Daher ist es Aufgabe der Menschheit, „eine politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, die immer besser im Dienst des Menschen steht und die dem Einzelnen wie den Gruppen dazu hilft, die ihnen eigene Würde zu behaupten und zu entfalten“.⁷

DIE DOPPELTE VERANTWORTUNG CHRISTLICHER POLITIKER

Jesus Christus selbst hat deutlich gemacht, dass die Kirche und ihre Gläubigen einen Sendungsauftrag haben, die Welt mitzugestalten: „Ich habe euch erwählt und dazu bestimmt, dass ihr euch aufmacht und Frucht bringt und dass eure Frucht bleibt“ (Joh 15,16). Christen sind

jenseits aller ethnischen, religiösen und kulturellen Grenzen zum Dienst am Menschen berufen. Deshalb hat Papst Johannes Paul II. in seinem nachsynodalen apostolischen Schreiben *Christifideles laici* darauf hingewiesen, dass Christen „nicht darauf verzichten, sich in die ‚Politik‘ einzuschalten, das heißt, in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und systematischen Förderung des *Allgemeinwohls* dienen“. Auch Egoismus und Korruption sowie „die verbreitete Meinung, die Politik sei ein Bereich unbedingter moralischer Gefährdung, [...] [rechtfertigen] auf keine Weise [...] die Abwendung der Christen von den öffentlichen Angelegenheiten“.⁸ Damit stehen Christen in einer doppelten Verantwortung für die Politik – als Christen und als Staatsbürger.

Der christliche Glaube ist geprägt von der Hoffnung auf eine neue Erde und einen neuen Himmel. Denn als Christen haben wir „hier keine bleibende Stadt, sondern suchen die künftige“ (Hebr 13,14). Diese Glaubenswahrheit schützt vor einer Überforderung der Politik, aber auch vor Enttäuschung und Verzweiflung in der politischen Praxis. Die christliche Hoffnung auf die zukünftige Heilsvollendung ermöglicht eine gewisse Grundgelassenheit beim politischen Handeln, so dass man weniger versucht wird, an den eigenen Unzulänglichkeiten und denen der Welt zu scheitern. Gleichwohl enthebt die Hoffnung den Christen nicht von einem engagierten Handeln im Hier und Jetzt. Sie ist vielmehr „Hoffnung auch für die Erde“⁹ und schafft gleichzeitig ein Bewusstsein für die Unvollkommenheit dieser Welt. Die wertplurale Realität ist für Christen Herausforderung und Aufgabe zugleich, denn „auf das Größere und Endgültige hoffend, dürfen und müssen wir Christen auch ins Vorläufige, in unsere Staatenwelt hinein Hoffnung tragen.“¹⁰ Von dieser Aufgabe spricht das Motto des 2. Ökumenischen Kirchentages „Damit ihr Hoffnung habt“ in besonderer Weise; es ermutigt geradezu auch zur politischen Sendung der Christen in der Welt.

- 1| Herzog, Roman, Rede auf Schloss Eringerfeld/Stadt Geseke zum 40jährigen Jubiläum der Bischöflichen Studienstiftung „Cusanuswerk“ (2. Juni 1996), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Roman Herzog. Reden und Interviews (2/2), Bonn 1996, 607-617, 614.
- 2| Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Demokratie braucht Tugenden (Gemeinsame Texte 19), Bonn, 2006, 16.
- 3| Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Kongregation für die Glaubenslehre. Lehmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 158), Bonn 2002, 19.
- 4| Papst Benedikt XVI., Enzyklika Caritas in Veritate, (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 186), Bonn 2009, 7.
- 5| Ebd. 28a.
- 6| Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, Gaudium et spes, 25.
- 7| Ebd. 9.
- 8| Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Nachsynodales Apostolisches Schreiben Christifideles laici von Papst Johannes Paul II. über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 87), Bonn 1991, 42.
- 9| Ratzinger, Joseph, Werte in Zeiten des Umbruchs, Freiburg im Breisgau 2005, 66.
- 10| Ebd.

WEGWEISER FÜR EINE POLITIK IN CHRISTLICHEM GEIST

Hermann Barth

„Was bedeutet die christliche Botschaft für die Politik?“
Diese Frage kann man sehr unterschiedlich beantworten.
Insbesondere kommt es darauf an, wie der Begriff der
christlichen Botschaft inhaltlich gefüllt wird.

DIE CHRISTLICHE BOTSCHAFT ALS GEISTLICHER TROST

Vielfach wird „christliche Botschaft“ bedeutungsgleich mit
„Evangelium“ verwendet, ist also ein anderer Ausdruck
für die „Gute Nachricht“, dass Gott sich der Welt erbarmt
und in Jesus Christus die Sünden der Welt auf sich nimmt.
Legt man dieses Verständnis zugrunde, dann geht es in
der christlichen Botschaft um des Menschen Elend und des
Menschen Erlösung, um den Glauben als das Sich-Verlassen
auf Gott allein und, wie der Apostel Paulus in Römer 8, 38f
schreibt, um die Gewissheit, „dass weder Tod noch Leben,
weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwär-
tiges noch Zukünftiges ... uns scheiden kann von der Liebe
Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn“.

Was bedeutet eine so geartete christliche Botschaft für die
Politik? Zumindest eine Relativierung, eine die Maßstäbe
zurechtrückende und darin tröstliche Relativierung. Die

Macht der Politik reicht nicht über das Vorletzte hinaus. Die im Glauben
erlangte Gewissheit, die das Herz fest macht, braucht die Politik weder
hervorzubringen noch kann sie sie in Frage stellen oder gar zunichte
machen. Das ist auch der große Herzenstrost für all die Menschen, die
ohnmächtig erleiden müssen, was ihnen widrige gesellschaftliche Verhält-
nisse oder gar eine zum Unrechtssystem pervertierte politische Macht
antun. Mit dem Apostel Paulus können sie ihre Lage in paradoxer Weise
so beschreiben: „als die Sterbenden und siehe, wir leben; als die Ge-
züchtigten, und doch nicht getötet; als die Traurigen, aber allezeit fröh-
lich; als die Armen, aber die doch viele reich machen; als die nichts
haben, und doch alles haben“ (2. Korinther 6, 9). Ja, die Gewissheit,
niemals tiefer als in Gottes Hand fallen zu können, besiegt sogar die
Angst vor dem Erleiden des Todes und verwandelt verzagte Menschen
in tapfere Zeugen Jesu Christi. Man kann die entsprechenden Verse Paul
Gerhardts nicht häufig genug singen und singen lassen:

*„Unverzagt und ohne Grauen soll ein Christ, wo er ist, stets sich
lassen schauen.*

*Wollt ihn auch der Tod aufreiben, soll der Mut dennoch gut und fein
stille bleiben.*

*Kann uns doch kein Tod nicht töten, sondern reißt unsern Geist aus
viel tausend Nöten,*

*schließt das Tor der bittern Leiden und macht Bahn, da man kann gehn
zu Himmelsfreuden“*

(EG 370, 7-8).

DIE CHRISTLICHE BOTSCHAFT ALS MORALISCHER MASS- STAB UND KULTURPRÄGENDE KRAFT

Es ist mit Recht als ein Zeichen der Selbstsäkularisierung gedeutet wor-
den, dass die evangelische Kirche über lange Zeit das Glaubenthema
hinter moralische Appelle zurücktreten ließ. In dieser Hinsicht ist eine
nachhaltige Kurskorrektur gelungen. Darum habe ich mit Bedacht das
geistliche Verständnis der christlichen Botschaft – und was es für die
Politik bedeutet – an die erste Stelle gerückt. Das heißt aber nicht, dass
überall dieselben Anforderungen gelten. Die Aufgaben der Politik sind
nicht die der Kirche, und die Aufgaben der Kirche sind nicht die der Poli-
tik. Gerade in der Politik liegt es nahe, die christliche Botschaft für mora-
lische Maßstäbe und eine kulturelle Prägung der Gesellschaft in Anspruch
zu nehmen.

Dies um so mehr, als das Neue Testament selbst vormacht, wie aus Glaubensaussagen moralische Maßstäbe gewonnen werden und ein kulturprägender Impuls entsteht. Eines der eindrucklichsten Beispiele ist das 2. Kapitel des Philipperbriefs. In seinem Mittelpunkt steht der so genannte Christushymnus (V. 5-11), der in mythologischer Sprache beschreibt, wie Jesus Christus sein Gott gleiches Wesen aufgab und die Niedrigkeit des Menschseins annahm und wie am Ende seines Weges die Huldigung der ganzen Schöpfung stand. Was ursprünglich Doxologie war, also Lobpreis und Ehrerbietung für Jesus Christus, wird im Zusammenhang des ganzen Kapitels zum Ausgangspunkt für den Appell, so demütig gesinnt zu sein wie Jesus: „Seid so unter euch gesinnt, wie es der Gemeinschaft in Christus Jesus entspricht“ (V. 5). „In Demut achte einer den andern höher als sich selbst“ (V. 3).

DIE UNBESTIMMTHEIT DES CHRISTLICHEN IN DER POLITIK

Das Christliche in der Politik hat mit Notwendigkeit etwas Unbestimmtes und Vages. Die Klarheit des christlichen Bekenntnisses ist ihm fremd. Und das muss ja so sein, wenn, wie im Falle der Unionsparteien, die Formel von einer Politik im Zeichen des „C“ zu einer Losung werden soll, unter der sich eine große Volkspartei versammeln kann.

Die Unbestimmtheit des Christlichen in der Politik entspricht der großen Spannweite, in der – wie die Kirchenmitgliedschaftserhebungen der EKD wiederholt gezeigt haben – Mitglieder unserer evangelischen Kirche den Satz weiterführen: „Es gehört *unbedingt* zum Evangelisch-Sein, dass man ...“. Die höchsten Werte haben Formulierungen wie: „dass man getauft ist“ oder „dass man sich bemüht, ein anständiger und zuverlässiger Mensch zu sein“ oder „dass man seinem Gewissen folgt“. Die niedrigsten Werte hingegen erzielen die Formulierungen: „dass man die Bibel liest“ und „dass man sich an der Botschaft Jesu orientiert“. Im Vordergrund steht der ethische Aspekt des Christseins, also die Frage, was ich tun soll, nicht aber die Frage, wie ich selig werden und das ewige Leben erlangen kann.

Dass die Rede vom Christlichen in der Politik eine Konzentration auf den ethischen Aspekt vornimmt, wird dort besonders deutlich, wo in diesem Zusammenhang das Bild vom Kompass oder vom Wegweiser verwendet wird: Dem „C“ wird zugetraut, dass es zeigt, wo es „lang geht“. Von ihm wird erwartet, dass es die Richtung anzeigt und Orientierung gibt.

DIE POLITISCHEN PARTEIEN UND IHR UNTERSCHIEDLICHES VERHÄLTNISS ZUM CHRISTLICHEN

Das „C“ gehört freilich nicht einer einzigen politischen Partei. Dass die Orientierung der Politik am Christlichen vorrangig mit den Unionsparteien identifiziert wird, hat einen schlichten Grund: Sie tragen das „C“ im Namen. Daraus entsteht immer wieder der Einwand, wer das „C“ für die eigene Partei in Anspruch nehme, der bestreite den Mitgliedern und den Mandatsträgern anderer politischer Parteien die Berufung auf die christliche Gesinnung. Dieser Kritikpunkt leuchtet freilich nicht recht ein. Es spricht überhaupt nichts dagegen, wenn Angehörige unterschiedlicher Parteien zu verstehen geben, dass sie auch als Politiker mit Ernst Christen sein wollen und das Christliche als Fundament ihrer politischen Urteilsbildung ansehen. Allerdings gibt es in ihrem Verhältnis zum Christlichen einen unübersehbaren Unterschied zwischen den Unionsparteien und den übrigen politischen Parteien. Die ersteren definieren ihre Partei als von christlichem Geist bestimmt und geprägt; die letzteren hingegen siedeln die Orientierung am Christlichen in der individuellen Sphäre an. Der Weg der Unionsparteien stellt eine Selbstverpflichtung dar, sich als politische Gruppierung im ganzen auf die Orientierung am Christlichen ansprechen und an ihr messen zu lassen. Das lässt sich sogar mit dem Gedanken vereinbaren, dass in ihnen nicht nur jüdische Mitglieder aktiv sind, sondern mittlerweile auch muslimische, ja, selbst Personen, die religiös unmusikalisch sind und keiner Religionsgemeinschaft angehören. Dazu ist es erforderlich, den mit dem „C“ gemeinten christlichen Geist so allgemein-kulturell zu fassen, dass auch Juden, Muslime und Agnostiker in diesem Bereich ihre Heimat finden können. Freilich wird dabei die gewisse Vagheit, die dem „C“ in der Politik ohnehin anhaftet, noch stärker spürbar und wirksam werden. Das macht aber auch bewusst, dass sich die Nähe einer politischen Partei, ihrer Programmatik und ihres Personals zu den Kirchen nicht daran entscheidet, ob sie das Christliche im Namen trägt.

WEGWEISER FÜR EINE POLITIK IN CHRISTLICHEM GEIST – DAS BEISPIEL DER ZEHN GEBOTE

Die Zehn Gebote sind sozusagen der klassische Wegweiser für eine Politik in christlichem – oder genauer: in jüdisch-christlichem – Geist. Sehr hilfreich sind die Auslegungen, die sich in den Katechismen finden, allen voran in Luthers Kleinem Katechismus und im Heidelberger Katechismus.

Exemplarisch soll die Bedeutung der Zehn Gebote für die Politik an drei Geboten aufgewiesen werden; dabei halte ich mich an die Zählung der Gebote, wie ich sie im Konfirmandenunterricht gelernt habe, und füge in Klammern die in der lutherischen und der römisch-katholischen Tradition übliche Zählung bei.

Das vierte (3.) Gebot: „Gedenke des Sabbattages, dass du ihn heiligest.“

Im Gebot der Sabbathheiligung heißt „heiligen“ wie sonst: absondern, aus den gewöhnlichen Dingen herausheben. Den Sonntag heiligen bedeutet demnach: ihn von den übrigen sechs Tagen unterscheiden. Ohne Sonntag gibt es nur Werkstage. Das Gebot Gottes sagt in aller Klarheit, worin sich Alltag und Feiertag unterscheiden sollen: „Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tage ist der Sabbat des Herrn, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt.“ Im Gebot der Feiertagsheiligung geht es der Sache nach um die heilsame Unterbrechung der täglichen Arbeit und Daseinsvorsorge. Die Heiligung des Sonntags, ja schon die bloße Existenz des Sonntags erinnern daran: Der Mensch definiert sich nicht allein über seine Arbeit, der Mensch ist nicht einfach das, was er aus sich macht. Aber der Mensch definiert sich nur zu gern über seine Arbeit und seine Leistung. „Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ sind ein Stachel im Fleisch. Sie stören und verunsichern. Es ist menschlich nur zu verständlich, dass der heilsame Charakter dieser Verunsicherung verkannt und die als Störung empfundene Unterbrechung abgeschwächt oder beseitigt wird.

Wer die Auffassung verträte, die Zeit werde allein durch den Gebrauch geheiligt, der hätte den Sonntag, jedenfalls argumentativ, bereits preisgegeben. Würde die Zeit allein durch den Gebrauch geheiligt, dann bekämen diejenigen recht, die das Gebot der Sonntagsheiligung im Zeichen zunehmender Individualisierung schon dadurch als erfüllt ansehen, dass jeder genügend arbeitsfreie Zeit bekommt und den arbeitsfreien Tag nach eigenem Belieben wählt. Im jüdisch-christlichen Verständnis aber ist der Sabbat oder der Sonntag als heilige Zeit, die ebenso heilsam wie störend wirkt, vorgegeben. Der Sonntag ist vorgegebene heilige Zeit, das findet im gesetzlichen Schutz des Sonntags seinen wirksamen Ausdruck. Aber die heilsame Unterbrechung der täglichen Arbeit, die damit intendiert ist,

kann im individuellen Gebrauch sowohl angeeignet als auch verspielt werden.

Das achte (7.) Gebot: „Du sollst nicht stehlen.“

Der Heidelberger Katechismus teilt seine Aussagen zum achten Gebot in zwei Fragen ein, zuerst: Was verbietet Gott in diesem Gebot? Dann: Was gebietet dir Gott in diesem Gebot?

Die erste Antwort, die der Heidelberger Katechismus gibt, lautet: „Gott verbietet nicht allein den Diebstahl und Räuberei, die die Obrigkeit straft; sondern Gott nennt Diebstahl auch alle bösen Stücke und Anschläge, womit wir unsers Nächsten Gut an uns zu bringen gedenken, es sei mit Gewalt oder Schein des Rechts wie durch unrechtes Gewicht, Elle, Maß, Ware, Münze, Wucher oder durch irgendein Mittel, das von Gott verboten ist, dazu auch allen Geiz und unnütze Verschwendung seiner Gaben.“ Um zu verstehen, wie wenig altertümlich es ist, was da gesagt wird, fehlt eigentlich nur der Begriff der Gier, der in der jüngsten Zeit in der christlichen Rede von Tugenden und Lastern auf dem Gebiet des Wirtschaftens neue Aufmerksamkeit gefunden hat.

Die Antwort auf die zweite Frage heißt: Gott gebietet in diesem Gebot, „dass ich meines Nächsten Nutzen, wo ich kann und darf, fördere, ihm gegenüber so handle, wie ich wollte, dass man mit mir handelte, und treulich arbeite, damit ich dem Bedürftigen in seiner Not helfen könne.“

Das neunte (8.) Gebot: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“

Luther beginnt alle Auslegungen der einzelnen Gebote mit der Frage: „Was ist das?“ Und lässt dann hier die Antwort folgen: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unsern Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder seinen Ruf verderben, sondern sollen ihn entschuldigen und Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.“ Was wäre das für eine politische Kultur, die sich an dieser Auslegung orientierte!

II. NEUTRALITÄT UND BEKENNTNIS: RELIGION IM ÖFFENTLICHEN RAUM

CHRISTLICHES BEKENNTNIS IN DER POLITIK

Thomas de Maizière

I.

Das Wort Gottes ermutigt zum praktischen Handeln. Als evangelischer Christ bin ich überzeugt, dass aus dem Glauben die Tat fließt. Wer glaubt, der handelt aus freien Stücken und zur Freude Gottes. Wer glaubt, der stellt sich in den Dienst des Nächsten, um Gutes zu bewirken. Der Glaube macht frei – frei zu guten Werken.

Die höchste Form der Freiheit können wir in der freiwilligen Bindung erreichen. Ehe und Familie gehören hierher und eben auch der Glaube. Verantwortung, die jemand aus einem festen Glauben übernimmt, ist wertvoll für uns alle. Eine im Glauben gebundene Freiheit kann aber nur dann wirken, wenn sie sich nicht auf einen moralischen Hochsitz begibt, sondern in der Lebenswirklichkeit steht und für den Wandel offen ist, den wir erfahren. Dann wird der Glaube fruchtbar für das Zusammenleben.

Dagegen droht eine bindungslose Freiheit, eine Freiheit ohne Maß und Verantwortung die Grundlagen unseres Zusammenlebens zu schwächen, im Extremfall sogar zu zerstören. Je mehr bindungslose Freiheit es in der Gesellschaft gibt, desto mehr muss der Staat eingreifen, ausgleichen, ordnen, unter-

binden. Dagegen ist eine Freiheit, die sich durch Gemeinwohlorientierung und Nächstenliebe freiwillig bindet, geeignet, staatlichen Handlungsbedarf gar nicht oder nur im geringeren Umfang entstehen zu lassen. Bindungslose Freiheit führt also in der Konsequenz nicht zu mehr, sondern zu weniger Freiheit. Im christlichen Glauben und Bekenntnis dagegen liegt eine wichtige Quelle für nachhaltige Freiheit.

II.

Christliches Bekenntnis und Politik – darin liegt jedoch immer auch die Gefahr des Missverständnisses und des Irrtums. Das beginnt schon mit dem Einzug Jesu in Jerusalem. Er kam, um zu predigen und die Menschen zu Gott zu führen. Einige aber dachten, er käme, um König der Juden zu werden.

Deshalb ist es wichtig daran zu erinnern: Die christliche Botschaft kündigt von einem Reich, das nicht von dieser Welt ist. Die Bibel enthält kein Parteiprogramm. Ebenso wenig ist sie ein Selbstbedienungsladen, aus dem sich jeder dies oder das nehmen kann, was ihm beliebt.

Christliches Bekenntnis ist nicht an eine bestimmte Partei oder politische Strömung gebunden. Es kann zu ganz unterschiedlichen politischen Positionen führen. Gleichwohl sind CDU/CSU die einzigen Parteien in unserem Land, für deren Arbeit der christliche Glaube prägend ist. Wir setzen uns für die christlichen Wertgrundlagen ein und wollen sie in unserer freiheitlichen Gesellschaft bewahren und erneuern.

III.

Das grundlegende Verhältnis zwischen Staat und Religion ist in Deutschland unumstritten: Es ist in unserer Verfassung gut geregelt. Unser Staat ist religiös und weltanschaulich neutral. Er soll – in den Worten des Bundesverfassungsgerichts – „eine Heimstatt aller Bürger sein, für Gläubige aller Religionen und Konfessionen und auch für diejenigen Menschen, die sich zu keiner Religion bekennen“.

Ein Dialog zwischen dem Staat sowie den Kirchen und Religionsgemeinschaften liegt dennoch im Interesse aller. Dies gilt auch für die Bereitschaft zur Kooperation bei praktischen Fragen. Ob es etwa um die Organisation des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen oder die Einrich-

tung von Kindergärten und Schulen in Trägerschaft einer religiösen Gemeinschaft geht: die Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften ist notwendig und erwünscht. Denn Religionsgemeinschaften sind Träger von Werten und wertgebundenem Engagement für andere. Darauf ist unser Staat angewiesen. Denn er kann beides nicht selbst hervorbringen und soll es – um der Freiheit willen – auch nicht.

IV.

Die religiöse Neutralität des Staates bedeutet nun aber nicht, dass die Inhaber öffentlicher Ämter ihr religiöses Bekenntnis an der Garderobe ihres Arbeitszimmers abgeben müssten. Das würde auch nicht gehen: Denn das Handeln von Repräsentanten des Staates wie von Politikern insgesamt speist sich, wo immer jemand seine Verantwortung für das Gemeinwohl ernst nimmt, aus einem Kraftzentrum, in dem Leitbilder, geformt aus Werten, Bindungen und Überzeugungen, eine tragende Rolle spielen. Das muss nicht zwingend etwas mit dem christlichen Glauben zu tun haben. Aber der christliche Glaube ist auf diesem Gebiet in unserer Kultur besonders prägend geworden und hält Antworten bereit, die nach wie vor den meisten Menschen besonders wichtig sind. Und das ist schön und wertvoll.

Das enthebt uns in der Politik allerdings nicht von der Aufgabe, als Grundlage für eine Entscheidung die bestmögliche Kenntnis der konkreten Lage und der Handlungsmöglichkeiten anzustreben – mit dem für einen politisch Verantwortlichen notwendigen Blick auf dasjenige, was mehrheitsfähig und umsetzbar ist.

Arbeit am Sachverhalt, die Analyse der Wirklichkeit, die Prüfung des Machbaren – all dem können Christen in politischer Verantwortung nicht ausweichen, indem sie auf ihren Glauben verweisen. Aber dieselbe Lagebeschreibung kann zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen, und hier, bei der Frage, was darüber entscheidet, welchen Weg wir einschlagen, sind wir wieder auf der Ebene der Leitbilder. Sie geben den Entscheidungen eine Richtung. Mein Leitbild ist das christliche Menschenbild. Dem versuche ich zu entsprechen.

V.

Vom Menschenbild hängt es ab, welche Bedeutung und welchen Sinn wir dem Leben und unserem Handeln geben: Geht es uns um Ego-Interessen – sei es materieller Wohlstand, Macht oder Konsum – oder geht es uns um eine ganzheitliche Entwicklung, in der sich die Nächstenliebe entfalten kann und in der wir unsere eigenen Begabungen und Fähigkeiten auch in den Dienst der Gesellschaft stellen?

Vom Menschenbild hängt es ferner ab, ob jemand in seinem Gegenüber eine Person mit eigenem Gesicht und eigener Würde erkennt oder ob er andere auf eine funktionelle Rolle und Bedeutung für die eigenen Interessen reduziert. Das prägt auch das gesellschaftliche Klima.

Das christliche Menschenbild ist hierbei ebenso zeitlos wie modern: Weil der Mensch nach Gottes Bild geschaffen ist, hat er eine unantastbare Würde, die ihm nicht erst von der Gesellschaft zuerkannt werden muss. Um diese Würde in allen ihren Dimensionen zu schützen, sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Eckpfeiler jeder Politik in christlicher Verantwortung. Sie können sich nur in einer verfassten Ordnung entfalten, die sich die Gesellschaft selbst gibt, um zu verhindern, dass Einzelne die Würde anderer verletzen und die eigene Freiheit missbrauchen.

VI.

Der moderne Staat, der das Zusammenleben in einer religiös vielfältigen Gesellschaft zu organisieren hat, wird Recht und inneren Frieden nur wahren können, wenn er seine Entscheidungsautonomie auch gegen überzogene religiöse Ansprüche verteidigt, sollten sie seine Grundlagen infrage stellen.

Und noch etwas anderes sollten wir sehen: Am Ende wird auch für eine Politik im Zeichen des „C“ wohl ein unauflösbarer Unterschied bleiben zwischen der reinen Lehre und der Lebenswirklichkeit, die uns schon allein aufgrund ihrer Vielfalt und Dynamik politische Kompromisse abnötigt. Auch Person und Amt, Glauben und Handeln werden sich wohl nie vollständig zur Deckung bringen lassen.

Während Glaube von ewigen Wahrheiten handelt, die nicht abstimmungs-fähig sind, geht es in der Politik um zeitbedingte Anliegen, die Mehrheiten

finden müssen. Politische Entscheidungen können daher den religiösen Überzeugungen nur insoweit und so lange Rechnung tragen, wie sie Akzeptanz in einer pluralen Gesellschaft finden, es sei denn, es geht um wirkliche Gewissensfragen. Da gibt es keine Kompromisse – selbst wenn man unterliegt.

Das sollte für Christen kein Grund zur Resignation oder gar Politikverachtung sein, sondern zusätzlichen Ansporn geben, sich im Zeichen des „C“ einzumischen. Für mich ist der christliche Glaube gerade dies: eine Quelle der Inspiration und der Motivation für mein politisches Handeln.

VII.

Als Christen glauben wir, dass wir als Empfänger der Liebe Gottes berufen sind, die empfangene Liebe weiterzugeben und Netzwerke der Nächstenliebe zu knüpfen. Für mich als Politiker ist dieser Glaube Ansporn und Verpflichtung, mich mit ganzer Kraft für das Gemeinwohl der Menschen in unserem Land einzusetzen. Glaube entfremdet nicht von der Welt. Er ist vielmehr Quelle für die Kraft zum Dienst am Anderen.

Zum christlichen Glauben gehört für mich ganz wesentlich ein Leben in Zuversicht und Fröhlichkeit. Pessimismus und Griesgrämigkeit sind keine christlichen Tugenden. Ich freue mich deshalb, dass der Ökumenische Kirchentag 2010 in München unter dem Leitwort „Damit Ihr Hoffnung habt“ steht.

Christen setzen auf eine Hoffnung, die nicht enttäuscht wird, auf die Verheißung eines erfüllteren Lebens. Die christliche Hoffnung aus dem Tugenddreiklang „Glaube, Hoffnung, Liebe“ wird getragen durch den Glauben. Er gibt dem Christen Gewissheit, dass die Hoffnung begründet ist, er lässt den Christen in keiner Lebenslage ohne Hoffnung sein. Die christliche Hoffnung gibt Mut und Kraft, sich auch dann für die Überwindung schlechter Lebensbedingungen und Zustände einzusetzen, wenn es fast aussichtslos erscheint.

Hoffnung ist ein unersetzbarer Katalysator für menschliches Leben, weil ein Leben ohne Hoffnung uns keinen Antrieb ließe, das Leben zu gestalten. Ein Leben ohne Hoffnung – dann würde die Welt zum Jammertal und Rückzug in die Innerlichkeit wäre die angemessene Haltung. Das ist aber nicht mein Verständnis christlicher Verantwortung. Politik sollte daher

Menschen in ihren Hoffnungen bestärken, ohne eine übertriebene Erwartungshaltung zu schüren, und sie sollte sie ermutigen, ihr eigenes Leben und das Zusammenleben in der Gesellschaft selbst in die Hand zu nehmen.

Dafür reicht es nicht, dass die Politik sich auf den „glücklichen Zufall“ verlässt. Vielmehr muss sie zeigen, dass ihre Träger – Politiker, Parteien und Regierungen – kluge Ansätze haben, um gute Rahmenbedingungen für die Menschen in unserem Land zu schaffen. Dazu gehören sachlich überzeugendes Handeln und persönlich glaubwürdiges Verhalten. Das ist es, woran Politik sich messen lassen muss: Gute Bedingungen dafür zu schaffen, dass in unserem Staat Kräfte wirken können, die die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens erhalten und erneuern.

Aber auch in einer C-Partei gibt es nicht nur eine legitime Art, Christ zu sein und in christlicher Verantwortung zu handeln. Das verbietet schon der Unionsgedanke. Das Christliche kann nur dann eine integrative Klammer sein und bleiben, wenn es Offenheit im Glauben zulässt und auch die Sicht von Andersgläubigen und Nichtgläubigen einschließt. Es steht uns weiterhin gut an, uns in christlicher Tradition um alle gesellschaftlichen Schichten und deren Anliegen zu kümmern, ohne Polarisierung, ohne Polemik, als Träger von Argumenten und Hoffnung gleichermaßen.

Je mehr Menschen christliche Grundüberzeugungen in Gesellschaft und Politik hineinbringen, desto mehr Hoffnung besteht für eine gemeinwohlorientierte Politik in unserem Land. Es ist Ziel der Politik der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer Gesellschaft zu bewahren. Es ist Ziel der Kirchen, den Glauben stark und die christlichen Werte lebendig zu halten. Deswegen gehen wir Hand in Hand.

CHRISTLICHE POLITIK UND DIE SCHAFFUNG VON „HEIMAT“ ALS INTEGRATIONSZIEL

Peter Altmaier

Die Frage, ob und wie das Christentum in praktischer Politik festzumachen sei, ist alt, heiß umstritten und führt immer zu den zentralen Begriffen „Bergpredigt“ und „Gerechtigkeit“. Man kann die Bergpredigt durchaus politisch lesen, es ist aber Konsens, dass man mit ihr nicht einfach Politik machen kann. Das Christentum eignet sich weder zur Legitimation noch zur Ausübung politischer Herrschaft. Aber es eignet sich als politischer Orientierungsrahmen, der die Würde aller Menschen einer Gesellschaft zur unabdingbaren Grundnorm staatlicher Ordnung macht. Die Zumutung dieser Norm an die Politik besteht in ihrem Anspruch, alle an den Möglichkeiten der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Der Anspruch des Christentums auf Gerechtigkeit, die Idee einer gerechten Teilhabe aller durchziehen die biblischen Texte und die Texte der christlichen Tradition: „Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie werden satt werden“ (Matthäus 5,6). Dieser Satz ist hochpolitisch, denn aus ihm geht hervor, dass Gerechtigkeit ein sozialer Zustand ist, den der Einzelne allein nicht herstellen kann. Gerechtigkeit ist ein Ziel, das in unserem europäischen Gesellschaftsmodell zwischen Subsidiarität und Solidarität ständig neu austariert wird. In den europäischen Gesellschaften ist nicht vorstellbar, dass sich Politik ihrer christlichen, meta-

physischen und ethischen Wurzeln entledigt. Die historischen Debatten um das Selbstverständnis und die Wertebasis der europäischen Sozialstaaten spielen heute in den Identitätsbildungsprozessen der Europäischen Union eine grundlegende Rolle, denn die modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten sind aus komplexen Kooperations- und Kriegskonstellationen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften entstanden. Die europäischen Sozialstaatsmodelle sind unzweifelhaft durch religiös vermittelte Wohlfahrtsimpulse und sittliche Normen geprägt, was nicht verdrängen soll, dass erst das spannungsreiche Verhältnis von Aufklärung und Christentum zu einem sozialen und gleichzeitig liberalen Verständnis von Marktwirtschaft geführt hat, das sich normativer sittlicher Bedingtheiten bewusst ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Bedeutung das Christliche in der heutigen sozialen, wirtschaftlichen Wirklichkeit überhaupt noch hat. Die letzten dreißig Jahre waren in Deutschland von einer fortschreitenden Säkularisierung geprägt: Wiedervereinigung, Zuwanderung, demographische Entwicklung, Globalisierung haben das Religiöse schrittweise aus unserer kulturellen Umgebung herausgelöst. Das Religiöse hat sich für viele Menschen zu einem autonomen Glaubens-„Inhalt“ verabsolutiert und ist deshalb anfällig, fundamentalistisch überhöht zu werden. Das betrifft – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – alle Religionen und wird deshalb eminent politisch. Die kulturell immer weiter sich entwurzelnden monotheistischen Religionen haben ja ihre Wahrheitsansprüche nicht aufgegeben, im Gegenteil: Ihre Absolutheitsansprüche stehen nicht nur jeweils sich selbst kontradiktorisch gegenüber, sondern auch der modernen Welt an sich. Wenn man Religionsfreiheit als Religionspluralismus denkt, kommt man beim Islam wie beim Christentum an scheinbar unüberwindbare Hindernisse. Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Islamkonferenz auch eine befriedende, Toleranz und Koexistenz stiftende Funktion. Es kann in dieser Konferenz nicht nur um die Anschlussfähigkeit des Islam an eine dialogisch gewordene europäische Identität gehen, um die Frage, ob der Islam sich als kompatibel mit den politischen Traditionen der Aufklärung erweist. Es geht nicht nur um die Bringschuld der Anderen, sondern auch um die Anerkennung einer Religion. Erst eine Integrationspolitik, der gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Integration gelingt, wird Deutschland und Europa das Tor einer friedlichen, gerechten Zukunft öffnen.

Der wahrscheinlich einzig sinnvolle Ansatzpunkt einer erfolgreichen Integrationspolitik ist der Heimatbegriff. Migration und Integration in der globalisierten Welt können nur zu aller Vorteil gelingen, wenn die Fremde als Heimat erfahrbar ist. Die Globalisierung mit der durch sie verursachten kontroversen Heimat hatte ja einen historischen Vorläufer, nämlich die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. An ihr und an ihren sozialen Folgen lässt sich nahezu spiegelbildlich die Metamorphose des Heimatbegriffs und die Umdeutungen des Heimatgefühls in der heutigen globalisierten Welt erkennen. Vor der Industrialisierung war Heimat das Dorf, die Stadt, in der man sich durch Handwerk und mit Handel ernährte. Also war Heimat eher ein engerer Lebensbereich, allerdings nicht für den Adel und den Klerus, die in ein überregionales kulturelles Milieu eingebunden waren. Sie und das aufgeklärte Bürgertum dachten und fühlten kosmopolitisch, reisten durch Europa und integrierten sich problemlos in ihre jeweilige Umgebung. Im Gegensatz zu damals bietet heute die Globalisierung allen gesellschaftlichen Schichten die Chance zu Weitläufigkeit und Welterfahrung, allerdings ohne die Garantie von Heimerfahrung. War Heimat damals an Haus und Besitz gebunden, so hatte der Besitzlose ohne eigenes Haus eigentlich keine Heimat, nicht einmal ein Bleibe-recht in Dorf und Stadt. Diese Heimatlosen waren sozial Ausgeschlossene, Wanderarbeiter und Tagelöhner. Auch für heutige Verhältnisse ist interessant, dass das damalige dörfliche Recht einen Versorgungs- und Fürsorgeanspruch im Alter und bei Schicksalsschlägen vorsah. Die Gemeinde war in der Pflicht, die im Dorf Lebenden mitzuversorgen, wenn sie krank, bedürftig oder alt waren: Eine aus heutiger Sicht kommunitaristische Struktur.

Die sozialen Umwälzungen im frühen 19. Jahrhundert bedeuteten für viele Menschen eine Verlusterfahrung, da das starke Bevölkerungswachstum vorerst zu weitverbreiteter Armut führte. Die Industrialisierung formte die seit Jahrhunderten von der bäuerlichen Kultur geprägte Landschaft um und verursachte eine bis dahin nie gekannte Veränderung der Umwelt. Es war die Zeit, in der sich Kleinstädte in Ballungsgebiete verwandelten, die Lebensräume sich urbanisierten. Die Parallelen zur heutigen Wirkung der Globalisierung sind deutlich.

Der damalige Heimatverlust hatte psycho-soziale Wirkungen, die auch heute an Tendenzen sozialer Einigelung von Migrantengruppen sichtbar werden. Der Verlust der vertrauten Umgebung, das Gefühl des Unbehagenseins als Reminiszenz an eine idealisierte, vergangene Heimat

entwickelte und entwickelt das romantisch-tragische Gefühl einer verlorenen Geborgenheit. Das ist der Grund, warum Heimat konservativ besetzt ist. Das Heimatgefühl war im 19. Jahrhundert die konservative Reaktion auf die Folgen der industriellen Revolution, heute ist der Wunsch nach Heimat die Reaktion auf die grundlegend gewandelte globalisierte Gesellschaft, die nicht nur von den Migranten als eine den Menschen weitgehend individualisierende und entwurzelnde Struktur empfunden wird.

Es ist die aus dieser Empfindung abgeleitete Emotionalisierung der Heimat, die vorgestellte, imaginierte Rückerinnerung an eine bessere Vergangenheit, die nach wie vor das deutsche Heimatgefühl bestimmt, und die es Ausländern, Migranten so schwer macht, das deutsche Heimatgefühl nachzuvollziehen.

Schon der einflussreiche Psychologe, Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger hatte zu Beginn der Weimarer Republik dieses Heimatempfinden als ein „geistiges Wurzelgefühl“ umschrieben. „Indem wir das Leben der Heimat verstehen lernen, lernen wir uns selbst verstehen.“ An dieser auch heute noch akzeptierten Heimatdefinition bricht sich allerdings die Identitätssuche der Menschen, die im Zuge der Globalisierung und der Migration ebendieses Heimatgefühl, die Heimerfahrung verloren haben, weil sie nur noch in ihrer Erinnerung existiert. Das Anpassungs-, das Integrationsproblem der in Deutschland aufgrund von Globalisierung und Migration Entwurzelten liegt auch daran, dass das Nationale in Deutschland als Identifikationsobjekt besonders schwierig einzuverleiben ist.

Im 19. Jahrhundert bildete sich im territorial zersplitterten Deutschland ein Begriff von Nation, der sich an der Leitkultur gemeinsamer kultureller Überlieferung, gemeinsamer Abstammung und gemeinsamer Sprache ausrichtete, wogegen Frankreich mit seiner Staatsraison Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auskam. Das Wort des Verfassungspatriotismus kommt vielen bei uns immer noch nur mühsam über die Lippen, weil unser Grundgesetz gerade mal sechzig Jahre alt, das deutsche Volk aber „tausend Jahre“ alt sei.

Die Deutschen hatten nach 1945, ihres unbefleckten Heimatgefühls beraubt, eine einmalige Integrationsleistung vollbracht, indem sie unzählige Flüchtlinge und Vertriebene integrierten. Diese Integration und das sie begleitende „Wirtschaftswunder“ verursachten allerdings so starken so-

zialen Wandel und soziale Mobilität, dass traditionelle Sozialmilieus sich allmählich aufzulösen begannen: eine Entwicklung, die heute noch anhält und die Volksparteien bedrängt.

Es ist nachvollziehbar, dass in diesem wirtschaftlichen Wandlungsprozess, den man auch zweite Moderne nennen kann, und in der heutigen Globalisierung als dritter Moderne eine starke Sehnsucht nach Heimat aufkommt. Sie kollidiert aber nach wie vor mit der gleichzeitigen Heimatsehnsucht der Migranten und vor allem der „Gastarbeiter“, die schon per definitionem nicht dazugehörten, weil sie eben nur „Gast“ sein sollten. An dieser gemeinsamen Heimatsuche zeigt sich die Gleichheit aller vor der Globalisierung. Nur führt leider die Identitätssuche der Einheimischen und der Migranten oft in kulturelle Abschottung. Das gilt wohl gemerkt für die deutsche wie etwa für die türkische Massenkultur. Zwischen beiden gibt es bisher nur geringe Verschränkungen. Die auffälligste ist wohl der deutsch-türkische Jugendslang der Straße und der Schulhöfe: ein Sprach-Hybrid, der soziales Außenseitertum demonstrieren will, aber keine Integrationsbereitschaft.

Integration ist ja auch ein politischer Kampfbegriff, der entweder als Assimilation oder als *melting pot* missdeutet wird. In den nächsten Jahren werden wir sicherlich keinen Schmelztiegel erleben. Das Konzept des *melting pot* ist schon in Amerika gescheitert. Es hat etwas Gewalttätiges, Egalitäres, Diktatorisches. Eine total assimilierte Gesellschaft wäre nicht demokratisch. Sie funktionierte nicht und provozierte vor allem Gegenreaktionen.

Das wahrscheinlichere Gegenmodell zum *melting pot* hat schon Goethe formuliert: „Die höchste Kultur aber, welche diesen letzten Zeiten gegönnt sein möge, erwiese sich wohl darin, daß alles Würdige, dem Menschen eigentlich Werte, in verschiedenen Formen neben einander müßte bestehen können und daß daher verschiedene Denkweisen, ohne sich verdrängen zu wollen, in einer und derselben Region ruhig neben einander fortwandeln.“ Diese Definition eines Multikulturalismus klingt schön, nur äußert er sich heute in den Ballungsräumen in Segregation. Kulturelle Vielfalt erhöht zwar die Differenzierung und die Qualität eines Gemeinwesens, hat aber nur verbindende Wirkung, wenn sie nicht Zeichen für berührungsfreie Parallelgesellschaften ist.

Tatsächlich ist Heimat in der Fremde möglich, sie muss nur gewollt sein, und zwar vom Emigranten und von der aufnehmenden Gesellschaft. Das gilt für den Münchner, den es ins preußische Berlin verschlagen hat wie für den Anatolier, der richtig emigriert und den Kulturschock Europas auf sich nimmt. Wenn aber sein erster Reflex die Verfrachtung der anatolischen Heimat nach Neukölln ist, geht die Verheimatung in der Fremde schon schief, bevor sie überhaupt begonnen werden kann. Segregation als Zielvorstellung für den Aufenthalt in der Fremde führt zu Isolation und sozialer Entgrenzung. Heimatgefühl kann sich so nicht einstellen, auch nicht in den künstlichen Parallelwelten türkischer Heimatvereine.

Ein möglicher Integrationspunkt könnte auf der Tatsache beruhen, dass heute Heimatbewusstsein ein Regionalbewusstsein ist, das die Region als einen Erfahrungsraum wertschätzt, der mit seinen unverwechselbaren Merkmalen Identifikation stiftet und den Bürgern ermöglicht, sich in diesem Raum vertraut, also heimisch zu fühlen. Hier kommen die Gesellschaft und das Potenzial christlich orientierter Politik ins Spiel:

Eine intensive, emotionale Beziehung zu seiner neuen „Heimat“ wird der Migrant nur haben, wenn diese Beziehung Menschen einschließen kann, Eltern, Spiel- und Schulkameraden, Lehrer, Vereinsmitglieder, mit denen er positive Erfahrungen verbindet. Das umfasst auch die öffentliche Verwaltung, den Staat im Allgemeinen.

Eine der lapidarsten, klarsten Definitionen der Heimat stammt von Aristophanes: „Da, wo es mir gut geht, ist mein Vaterland.“ Wobei das Gute, was die Heimat ausmacht, nicht nur in einem vollen Bauch besteht. Erst wenn überall in der deutschen, in der europäischen Heimat in diesem Sinne Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht sind, kann sich der Mensch, auch der Fremde, dort wirklich zu Hause fühlen.

ÖFFENTLICHE RELIGION: „DAMIT IHR HOFFNUNG HABT“

Paul Nolte

Viele zehntausend Menschen machen sich im Mai voller Hoffnung auf den Weg nach München, um am 2. Ökumenischen Kirchentag teilzunehmen. Die Kirchen, die Messehallen, die vielen anderen Veranstaltungsorte, auch die Straßen und Plätze der bayerischen Hauptstadt werden gut gefüllt sein. Denn die Christen aus Deutschland und aus aller Welt suchen hier nicht zuerst die Stille des privaten Gebets, nicht die persönliche Grenzerfahrung oder die individuelle Zwiesprache mit Gott – auch wenn das für viele zweifellos eine wichtige Rolle in der täglichen Glaubenserfahrung spielt.

Vor allem kommen die Menschen deshalb nach München, weil sie hier eine große Gemeinsamkeit und Gemeinschaft des Christentums, des Protestantismus und Katholizismus, erfahren können. Sie machen sich auf die Reise, weil sie über Fragen des Glaubens ebenso wie, ganz selbstverständlich, über weltliche Fragen hören, streiten und Flagge zeigen wollen: über Krieg und Frieden, über die soziale Lage in Deutschland und auf dem ganzen Globus, auch über die Lage der Religion in unserer Gesellschaft. Über mangelnde Aufmerksamkeit werden sie sich dabei kaum zu beklagen haben. Heerscharen von Journalisten begleiten die Veranstaltung und machen sie zu einem medialen „Event“. Denn

was auf dem Ökumenischen Kirchentag diskutiert wird, interessiert nicht nur die Christen und ist nicht nur für die kirchlichen Presseorgane bestimmt. Was hier zur Debatte steht, beeinflusst die Öffentlichkeit und gestaltet die Politik. Überhaupt: Viele Politiker werden dabei sein, und nicht wenige davon sich als teilnehmende Christen verstehen.

All das ist so selbstverständlich, dass wir die grundsätzlichen Fragen kaum noch in aller Schärfe stellen: Fragen, die in unterschiedlicher Weise das Verhältnis von Religion und Öffentlichkeit betreffen, zumal der öffentlichen Bedeutung des Christentums am Beginn des 21. Jahrhunderts. Warum versammeln sich Christen immer wieder nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern *als* eine Öffentlichkeit? Sie bleiben nicht allein und auch gemeinsam nicht hinter verschlossenen Türen. Warum adressieren sie dabei Themen *der* Öffentlichkeit? Sie versammeln sich nicht nur zur religiösen Praxis, zu Gottesdienst, Bibelarbeit, Gebet – auch das ganz gewiss –, sondern um den Finger in Wunden der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung zu legen (was umso mehr schmerzt, wenn es zugleich Wunden der Kirche sind). Und warum findet all das so viel Aufmerksamkeit *in* der Öffentlichkeit? Sicher, die Medien berichten auch über die Jahresversammlungen von Vereinen und Interessenverbänden. Aber die Kirchentage scheint eine besondere Faszination, eine ungewöhnliche Aura der politisch-moralischen Bedeutsamkeit zu umgeben.

Diese Beobachtungen stehen im Gegensatz zu der These, nach der Religion zumal in modernen, in aufgeklärten Gesellschaften immer mehr zur Privatsache geworden und in diesem Zustand der Privatisierung auch besser aufgehoben sei. Man muss die empirische und die normative Dimension dieser These, man muss die Erfahrung und die Erwartung unterscheiden. Tatsächlich ist es schwer bestreitbar, dass ein Zug zur Privatisierung des Glaubens und der religiösen Praxis die Geschichte des Christentums während der letzten hundert oder auch zweihundert Jahre fundamental geprägt hat – jedenfalls in Europa. Gerade der Protestantismus hat sich oftmals als machtvollere Triebkraft dieser Privatisierung gezeigt – mit durchaus ambivalenten Folgen für seine eigene Substanz: Die Rechtfertigung und die Freiheit des Christenmenschen wurden dem Individuum zugewiesen und seinem ganz persönlichen Ringen mit Gott. Daraus entstand, folgt man Max Weber, eine Ethik der aktiven Weltbeherrschung, die den Glauben zugleich weltwirksam machte wie selten zuvor, ihn aber zugleich in die Innerlichkeit einschloss.

So ist denn auch, über den Protestantismus hinaus, die moderne Säkularisierung – verstanden als Entkirchlichung, als Trennung von Kirche und Staat, als Frömmigkeitsverlust – immer wieder mit einem Prozess der Privatisierung des Religiösen verknüpft worden. Aus der historischen Erfahrung wurde manchmal eine Erwartung und auch eine politische Norm abgeleitet: Religion und Öffentlichkeit, das ist demnach unter modernen Bedingungen eine bestenfalls überlebte Verbindung, eher sogar eine gefährliche, weil Glaubensüberzeugungen doch keine Ansprüche auf Geltung in der „säkularen“ Öffentlichkeit erheben dürften. „Religion ist Privatsache“, so lautet bis heute – in der Fortschreibung sozialistisch-„freidenkerischer“ Motive des späten 19. Jahrhunderts – die Kurzformel derjenigen, die Religion als individuelle Überzeugung und Praxis gestatten, aber aus den öffentlichen Zonen unserer Gesellschaft möglichst fernhalten wollen.

Beides jedoch – „Erfahrung“ wie „Erwartung“ eines Verschwindens von Religion aus der Öffentlichkeit – steht seit einiger Zeit auch in Europa wieder auf dem Prüfstand. *Auch* in Europa, weil in allen anderen Regionen der Welt die öffentliche Präsenz von Religion schon länger zugenommen hat. Das müssen Atheisten zur Kenntnis nehmen, die einen europäischen Weg in die Säkularisierung nicht mehr als Lokomotive globaler Religionsentwicklung anpreisen können. Das müssen aber auch europäische Christen registrieren, denen kulturell anders geprägte Formen der „öffentlichen Religion“ nicht immer behagen mögen: ob es nun um den Islam zwischen Nordwestafrika und Pakistan geht oder um evangelikale Bewegungen in den USA. Die Folge dieser Beobachtung wird kaum sein können, Religion umso kräftiger aus den Öffentlichkeiten zu verdrängen. Erstens ist das vollkommen unrealistisch. Und zweitens hat hinter solchen Versuchen nicht selten die *Freiheit* der Religion gelitten – und nicht nur die Freiheit der *Religion*. Die Konsequenz muss vielmehr heißen, unser eigenes – europäisches, deutsches – Modell eines öffentlichen Christentums kritisch zu reflektieren und seine Vorzüge, wo wir sie zu erkennen glauben, gegen andere Spielarten dieses Verhältnisses zu verteidigen.

Damit geht es zugleich um die Erwartung, um die Norm einer religionsfreien Öffentlichkeit und öffentlichkeitsfreien Religion. Richtig ist: Die europäische Geschichte hat uns über viele Jahrhunderte schmerzhaftes Lehren mitgegeben und hat im Namen der Religion, im Zeichen des Glaubens erhobene Ansprüche auf öffentliche Verbindlichkeit und zumal

auf politische Herrschaft diskreditiert. Unbestreitbar ist mittlerweile aber auch, dass die radikale Forderung nach einer Privatisierung von Religion selber ihren historisch-ideologischen Ort hat und nicht mehr im Zeichen einer quasi-objektiven Fortschrittslogik auftreten kann. Noch wichtiger, sie beruht auf einigen Verwechslungen und Missverständnissen, die wir inzwischen klarer als noch vor wenigen Jahrzehnten sehen können. Das gravierendste dieser Missverständnisse ist die Ineinssetzung von Öffentlichkeit und Staat. Öffentlichkeit konstituiert sich vor dem Staat, vor allem: unabhängig von ihm – staatliche und verstaatlichte Öffentlichkeit ist Scheinöffentlichkeit, die aus der freiheitlichen Gesellschaft herausführt. Deshalb steht die Öffentlichkeit von Religion der religiösen Neutralität des Staates, erst recht der Trennung von Kirche und Staat, keineswegs entgegen. Und „öffentlich“ ist keineswegs ein Gegenbegriff zu „säkular“, so als habe auf dem Marktplatz der Meinungen und Argumente nur derjenige das Recht aufzutreten, der vorher seine religiöse Identität, seine Glaubensüberzeugungen, seine Frömmigkeit in der Umkleidekabine gelassen habe.

Aber die öffentliche Dimension von Religion erschöpft sich deshalb noch nicht in der Zubilligung, kompatibel mit anderen Sphären der Welt zu sein. Vielmehr ist Religion ihrem Wesen nach eine „res publica“, eine öffentliche Angelegenheit – auch und gerade das Christentum in der Gegenwart Europas. Warum? Darauf lassen sich verschiedene Antworten geben.

Erstens ist Religion ein zentraler, aller historischen Erfahrung nach nahezu unabdingbarer Bestandteil der Gemeinschaftskultur menschlicher Gesellschaften. Religion vergemeinschaftet, sie führt Menschen zusammen: im Kultus, aber auch im profanen sozialen Handeln. Das soziale Netzwerk der christlichen Kirchen, wie es von der Jugendarbeit in den Gemeinden bis zur Diakonie in der Altenpflege reicht, vom Gottesdienst bis zum Entwicklungsdienst in anderen Kontinenten, ist ein Beispiel dafür – ein nach wie vor sehr lebendiges Beispiel, denn in welchem anderen Namen schließen sich so viele Menschen immer wieder so eng zusammen? Das ist nicht altmodisch, sondern gerade in individualisierten Gesellschaften ein Stück notwendiger Solidarität.

Zweitens ist Religion eine machtvolle Ressource, eine moralische Antriebsfeder der praktischen Weltgestaltung. Das Christentum ist seit zweitausend Jahren nicht „weltflüchtig“, sondern will die Welt gestalten

und verändern. Nicht zuletzt dieser Auftrag ist es, der sich in den Kirchentagen, in der Laienbewegung, in der jüngeren Generation immer wieder so eindrucksvoll manifestiert. Das aber heißt nichts anderes als: Das Christentum drängt an die Öffentlichkeit; es kann sich mit einer Rolle in der privaten Glücksfindung von Menschen nicht zufrieden geben; es beansprucht immer wieder ein politisches Mandat. Dieses Mandat, dieser Anspruch auf Einmischung in alle Dinge gründet nicht auf einer überlegenen wissenschaftlichen Erkenntnis oder auf einer allumfassenden Ideologie, sondern auf der Verbindung von transzendentaler Erfahrung und moralischem Rigorismus: Da ist eine andere, jenseitige Quelle des Handelns, die zur radikalen Befragung der weltlichen Verhältnisse drängt – heute sind das Fragen nach Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und ihrer Verankerung in der eigenen Lebensführung. In modernen Gesellschaften, zweifellos auch im Zeichen der Aufklärung, sollten Christen gelernt haben, die Fragen radikal zu stellen, die Antworten aber zu zivilisieren. Denn Religion muss auch darin „Öffentlichkeit“ sein, dass sie sich an die Spielregeln eines fairen Diskurses hält und nicht das Recht des vermeintlich Überlegenen bedingungslos und schließlich mit Gewalt für sich beansprucht.

Schließlich darf eine *dritte* Dimension nicht vergessen werden: Religionsfreiheit, das bedeutet historisch wie gegenwärtig vor allem das Recht, Religion in der Öffentlichkeit frei ausüben zu dürfen. Dieses Recht aber ist nicht irgendein Grundrecht, das unseren anderen grundlegenden Freiheiten noch angehängt worden ist nach dem Motto: zuerst Pressefreiheit, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung – ach ja, und die Religion soll für die, die ihr anhängen, dann auch möglichst frei sein. Die Religionsfreiheit steht vielmehr am Anfang und im Zentrum der modernen Freiheitsrechte überhaupt. Die Meinungsfreiheit ist also keine Antwort auf die Dogmen der Religion; ganz im Gegenteil. Die Freiheit des Gewissens, der Überzeugung und das öffentliche, auch gemeinschaftliche Eintreten dafür – das hat der allgemeinen Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit immer wieder die Bahn bereitet. Und in vielen Ländern der Erde ist die Gewährung der Religionsfreiheit noch heute eine Art Lackmustest dafür, ob es in ihnen überhaupt demokratisch und freiheitlich zugeht. Ob es eine Öffentlichkeit gibt, entscheidet sich also nicht zuletzt an der Öffentlichkeit der Religion!

Damit ihr Hoffnung habt: Das Motto des 2. Ökumenischen Kirchentages kann man auch in diesem Sinne verstehen. Es spricht die Menschen nicht als Einzelne an, sondern im Plural. Es geht nicht um „meine“ ganz private Hoffnung allein, sondern um die Hoffnung in Gemeinschaft, in gemeinsamer Verantwortung. Und die Hoffnung der Christen richtet sich nie auf die Erlösung allein, jedenfalls nicht im Sinne einer Erlösung in der Abwendung von der Welt. Sie richtet sich in die Welt, sie leidet an der Welt und drängt in ihr an die Öffentlichkeit – als Hoffnung, dass es in dieser Welt um Gottes willen besser werden möge.

WAS ERWARTET DAS GRUNDGESETZ VON DEN KIRCHEN?

ZUR ROLLE DER RELIGION IN DER GESELLSCHAFT UNTER DEN BEDINGUNGEN DER WELTANSCHAULICH-RELIGIÖSEN NEUTRALITÄT DES STAATES

Christian Waldhoff

1.

Das Grundgesetz knüpft an die Tradition säkularer Staatlichkeit an. Die Legitimation der Staatsgewalt erfolgt nicht religiös, sondern rein innerweltlich. Spätestens mit der Revolution von 1918/19 und der Neukonstituierung durch die Reichsverfassung von Weimar zeigt sich dies auch in den Verfassungstexten: An die Stelle des monarchischen Prinzips, dem letztlich der Gedanke des Gottesgnadentums zugrunde lag, tritt das Prinzip der Volkssouveränität, wie es heute in Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) zum Ausdruck kommt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Nach dem Untergang des protestantischen Staatskirchentums durch diese Revolution 1918/19 stellte sich die Frage nach dem Verhältnis des demokratischen Verfassungsstaats zu Religion und Weltanschauung. Das Ergebnis war ein Verfassungskompromiss, der in den Art. 135 ff. der Reichsverfassung von Weimar (WRV) seinen Niederschlag fand: Nach Artikel 137 Abs. 1 WRV besteht keine Staatskirche, nach zahlreichen anderen Bestimmungen dieser Verfassung sind jedoch enge Kooperationen zwischen Staat

und Kirchen vorgesehen: So besitzen die christlichen Großkirchen von Haus aus den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, der Staat stellt sich für die Erhebung von Kirchensteuern zur Verfügung, der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen findet unter inhaltlicher Mitverantwortung der Kirchen statt, Theologische Fakultäten sind ordentliche Fakultäten an den staatlichen Universitäten und Hochschulen, die Seelsorge in der Bundeswehr und in den Strafanstalten ist gesichert – um nur die wichtigsten Formen des Zusammenwirkens zu erwähnen. Damit war gerade nicht das aus Frankreich seit 1905 bekannte laizistische Modell einer kategorialen Trennung von Staat und Kirche durchgeführt und Religion zur Privatsache erklärt, sondern – wie ein berühmter Kirchenrechtler es formuliert hat – eine „hinkende Trennung“ zwischen Staat und Kirche installiert. Staat und Kirche sind zwar im Ausgangspunkt voneinander unabhängig zu denken, sie kooperieren jedoch auf zahlreichen Feldern. Der Staat erkennt damit den Kirchen einen Öffentlichkeitsauftrag zu, hebt sie bewusst und gezielt aus sonstigen Vergemeinschaftungen wie Vereinen, Gesellschaften u. ä. heraus. Zu diesem Weimarer Kulturkompromiss zählt auch die prinzipielle Gleichstellung der Weltanschauungsgemeinschaften, in denen sich vorrangig Religionskritiker organisieren. Diesen Weimarer Kirchenkompromiss hat das Grundgesetz übernommen, die Weimarer Kirchenartikel sind vollgültige Bestandteile unserer Verfassung.

Die Säkularität des Staates hat sich in Deutschland seit der Reformation nicht zuletzt durch eine paritätische Ausbalancierung der großen Konfessionen durchgesetzt und nicht – wie v. a. in den romanischen Ländern Süd- und Südwesteuropas sowie in Lateinamerika mit ihren homogenen katholischen Gesellschaften – durch einen militanten Atheismus und Antiklerikalismus. Dieser weitere deutsche „Sonderweg“ ist in das treffend als „Reformationsfolgenrecht“ (Hans Michael Heinig) apostrophierte Staatskirchenrecht der beiden demokratischen deutschen Verfassungen überführt worden. Dieses Modell besitzt in Europa heute Vorbildcharakter, denn das Staatskirchentum hat sich überlebt und die Grenzen der *Laïcité* zeigen sich in Frankreich. Das Bundesverfassungsgericht verbindet in ständiger Rechtsprechung mit dem Befund der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates die Feststellung, die Trennung zwischen Staat und Kirchen sei eine „positive“, eine „fördernde Trennung“, d. h. der Staat erkennt die Funktion und die Leistung von Religion und Kirchen für die grundgesetzliche Ordnung, für das Gemeinwesen an und bietet entsprechende Förderoptionen, er darf sich nur nicht mit einer bestimmten Religion oder Konfession identifizieren.

2.

Unausgesprochen liegt dieser religionspolitischen Entscheidung die Prämisse zugrunde, die der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Ernst-Wolfgang Böckenförde in seinem vielzitierten Satz auf den Punkt gebracht hat: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Es lohnt sich, das berühmte Diktum vollständig wiederzugeben; Böckenförde fährt nämlich fort: „Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszangs und autoritativen Gebots, zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ Eine – nicht die einzige – dieser „Voraussetzungen“ ist die Religion. Der weltanschaulich-religiös neutrale Staat greift auf die „Resource“ Religion zurück, da er deren Leistungen weder prästieren kann noch will. Er besitzt weder die Zuständigkeit, noch die Fähigkeit sich in transzendentalen Fragen zu äußern oder zu entscheiden. Die religiöse „Wahrheitsfrage“ bleibt – anders als im „christlichen Staat“ des 19. Jahrhunderts – für den Staat tabu.

Die Entfaltung von Religion und Weltanschauung sind im freiheitlichen Verfassungsstaat der Gesellschaft überantwortet. Auch wenn die Kirchen den Rechtsstatus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen, sind sie doch nicht Teil des Staates, sondern der gesellschaftlichen Sphäre zuzuordnen. Nur totalitäre Regime haben es sich angemaßt, diese Fragen nach den letzten Dingen autoritativ selbst zu beantworten, ihre (vermeintliche) Kompetenz an diejenige des Individuums zu setzen. Dies kann durch die Verbindlicherklärung einer bestimmten Religion wie in frühen Formen des Staatskirchentums geschehen, es kann aber auch in religionsfeindlicher Ausrichtung durch entsprechende Indoktrination in Schule und Gesellschaft, letztlich durch die Bekämpfung von Kirche und Religion erfolgen. Die Beispiele dezidiert religionsfeindlicher Politik aus der deutschen Geschichte und aus der deutschen Teilung – Kulturkampf; NS-Kirchenpolitik; DDR-Religionspolitik – sind bekannt und müssen nicht erneut referiert werden. Der Staat des Grundgesetzes stellt demgegen-

über mit seinem Staatskirchenrecht bzw. Religionsverfassungsrecht den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften als Angebot bestimmte Formen der Kooperation und auch Privilegierung zur Verfügung. Die Religionsgemeinschaften sind dann frei, davon Gebrauch zu machen oder nicht. Gleichzeitig gilt für alle Bürger individuelle Religionsfreiheit, durch ein Grundrecht rechtlich abgesichert und damit einklagbar. So garantiert der Staat etwa über die sog. negative Religionsfreiheit, dass jedem Bürger der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft möglich ist – auch wenn diese (sei es der Islam oder die Katholische Kirche) nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Lehre eine Lösung von ihrem Glauben nicht akzeptieren und nicht akzeptieren können. Das Grundrecht der Glaubens- und Religionsfreiheit (Artikel 4 Absätze 1 und 2 GG) dient vorrangig dem Schutz des Individuums und von Minderheiten, das institutionelle Staatskirchenrecht (Artikel 140 GG und die dadurch aufgenommen Bestimmungen der WRV) wendet sich vorrangig an Religionsgemeinschaften, d. h. Zusammenschlüsse natürlicher Personen zur gemeinsamen Religionsausübung.

Das skizzierte Religionsverständnis des Grundgesetzes kommt besonders deutlich in der Garantie eines in konfessioneller Verantwortung liegenden Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen zum Ausdruck (Artikel 7 Absatz 3 GG). Der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach steht in staatlicher Verantwortung, die Inhalte werden jedoch von den Religionsgemeinschaften – in der Praxis also von den christlichen Kirchen – (mit-)verantwortet. Diese haben auch bei der Auswahl der Religionslehrer ein Mitspracherecht. Gerade dadurch wird die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates nicht nur nicht gefährdet, sie wird letztlich gesichert, denn der Staat muss sich inhaltlich mit keiner Religion identifizieren. Diese Gefahr bestünde jedoch, wenn es in alleiniger staatlicher Verantwortung Ethikunterricht oder sonstige Belehrung über Moral- und Existenzfragen gäbe. Ein neutrales Fach Religionskunde vermöchte den Mehrwert, den der konfessionelle Religionsunterricht verspricht, nicht zu leisten.

3.

Die christlichen Kirchen haben von diesem insgesamt vielfältigen Angebot von Anfang an Gebrauch gemacht – ja es ist nicht übertrieben festzustellen, dass die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes letztlich auf die Kirchen zugeschnitten waren und sind. Gleichwohl steht

das skizzierte System in doppelter Weise unter Druck: Können die Kirchen die Erwartungen, die dieses staatskirchenrechtliche System an sie stellt, dauerhaft angesichts von Schrumpfung und Schwächung ausfüllen? Muss nicht auch nichtchristlichen Religionsgemeinschaften – vorrangig also dem Islam – die Teilhabe an diesem System gewährt werden, soll es nicht auf Dauer delegitimiert werden?

Beide Anfragen sind ernst zu nehmen. Das staatskirchenrechtliche System des Grundgesetzes als Weiterentwicklung der entsprechenden Weimarer Regelungen ist auf kraftvolle Volkskirchen ausgerichtet. Sollte eine weitere Schwächung der volkscirchlichen Strukturen eintreten, könnten die Kirchen das staatliche Angebot womöglich nicht mehr (richtig) wahrnehmen, sie würden die Erwartungen, die dieser Teil des Verfassungsrechts an sie stellt, womöglich nicht mehr erfüllen.

Auch wenn die angesprochenen Vorschriften historisch auf die christlichen Kirchen zugeschnitten waren, sind sie als Angebot für nichtchristliche Religionen offen zu halten. Alles andere wäre mit der weltanschaulich-religiösen Neutralität unvereinbar. Hier stellt sich freilich das Problem, dass manche Regelung einfach nicht „passt“, weil es – etwa beim Islam – an der von den staatskirchenrechtlichen Vorschriften vorausgesetzten mitgliedschaftlich strukturierten Religionsgemeinschaft oder an einem verbindlichen Lehramt fehlt. So entsteht ein veritables Dilemma: Der Staat darf, will er kulturkämpferische Positionen vermeiden, keinen größeren Druck auf diejenigen Religionsgemeinschaften ausüben, die seine Angebote annehmen möchten, sich dazu aber noch verändern müssen; der Staat darf sich nicht „seiner“ Religionsgemeinschaften „zu-rechtschneiden“. Historisch betrachtet haben sich freilich sowohl Staat wie auch die Kirchen durch und wegen ihrer Kooperation verändert. Die Interaktion zwischen diesen beiden Sphären war stets mit Wechselwirkungen in beiden Richtungen verbunden. Nicht nur wegen der Kulturkampfverfahren aus der Bismarck-Ära sind hier jedoch Vorsicht und Zurückhaltung geboten. Veränderungen müssen aus den Religionsgemeinschaften selbst hervorgehen – ob und wie weit dies geschieht, ist eine noch offene Frage. Politik und Rechtsordnung befinden sich hier in einer Experimentierphase – die Versuche, Vorformen islamischen Religionsunterrichts zu installieren, sind das prominenteste Beispiel.

4.

Die Erwartung des Grundgesetzes an Kirchen und Religionsgemeinschaften ist es, diesen Öffentlichkeitsauftrag wahrzunehmen und auszufüllen. Dabei ist unter veränderten gesellschaftlichen und religionssoziologischen Bedingungen nicht nur Tatkraft, sondern auch Kreativität vonnöten. Mit einer gewissen Pointierung könnte man sagen, dass die Erwartungen an Religion und Religionsgemeinschaften in einem derart anspruchsvollen verfassungsrechtlichen System letztlich größer sind als in einem behüteten staatskirchlichen oder in einem kämpferischen laizistischen Modell des Verhältnisses von Staat und Religion. Die Aufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften besteht für die Zukunft darin, diesen Rahmen auch wirklich auszufüllen. Die juristische Verteidigung des Systems als solchem stellt nur einen – freilich wichtigen – Nebenaspekt dar. Gelegentlich vernehmbare Rufe nach einem „christlichen Staat“ erscheinen vor dem skizzierten Hintergrund anachronistisch. Rein empirisch wird das Christentum trotz schrumpfender Kirchen und demographisch expansiverem Islam auch langfristig Mehrheitsreligion in der deutschen Gesellschaft bleiben. Dass beachtliche Teile der deutschen Rechtsordnung religiös, und d. h. vorrangig christlich geprägt sind, tritt hinzu. Gleichwohl errichtet das Grundgesetz keinen „christlichen Staat“, sondern eine Verfassungsordnung, die in einem weltanschaulich-religiös neutralen Sinn Religion positiv und fördernd gegenübersteht. Die Anstrengungen der Christen beider Konfessionen sollten sich nicht in eine christliche Umin-terpretation des Grundgesetzes verrennen, sondern den durch das Grundgesetz vorgegebenen Rahmen in und durch ihre Kirchen kraftvoll – d. h. mit Selbstbewusstsein und Selbstverständnis – ausfüllen.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

- *Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt: Suhrkamp-Verlag 1991, S. 92-114 (zuerst veröffentlicht 1967).*
- *Hans Michael Heinig / Christian Walter (Hrsg.): Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht? Ein begriffspolitischer Grundsatzstreit, Tübingen: Mohr Siebeck Verlag 2007.*

- *Burkard Kämper / Hans-Werner Thönnies (Hrsg.): Die Verfassungsordnung für Religion und Kirche in Anfechtung und Bewahrung (= Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, 42), Münster: Aschendorff-Verlag 2008 (mit folgenden Beiträgen: Wolfgang Huber, Kirche und Verfassungsordnung; Christian Waldhoff, Die Zukunft des Staatskirchenrechts; Udo Di Fabio, Christentum und Rechtskultur als Grundlage des Staatskirchenrechts).*
- *Christian Waldhoff: Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität: Erfordern weltanschauliche und religiöse Entwicklungen Antworten des Staates? Gutachten D zum 68. Deutschen Juristentag, München: C.H. Beck-Verlag 2010 (im Erscheinen).*

III. SUBSIDIARITÄT UND SOLIDARITÄT: ZUKUNFT DES SOZIALSTAATES

CHRISTLICHER GLAUBE: KRAFTQUELL MEINER POLITISCHEN ARBEIT

Christine Lieberknecht

Der Sohn eines bekannten Dirigenten leitete in einem viel beachteten Sinfoniekonzert ein großes Berliner Orchester. Sein Vater, der diesem musikalischen Ereignis beigewohnt hatte, wurde anschließend gefragt, mit welchen Gefühlen er die Aufführung seines Sohnes verfolgt habe. Er antwortete: „Glauben Sie mir: Da vorn bist du in Gottes Hand“.

Damit war gesagt: Das Wahrnehmen von Verantwortung für andere oder für ein „Projekt“, also unser ganzes Tun und Lassen, steht unter der „Schirmherrschaft“ Gottes. Wir sind – vor allem, wenn wir uns irgendwo und irgendwann „nach vorn“ gestellt sehen – in Gottes Hand, auch wenn uns diese Tatsache nicht immer bewusst wird.

Der Mensch, der glaubt, dass Gott allgegenwärtig ist, legt mit dem, was er tut, Zeugnis von Gott und damit auch von der Kraft des Heiligen Geistes ab. Mein Vertrauen auf Gottes Hilfe ist für mich der Kraftquell meines Verhaltens im politischen Meinungsstreit. Dieses Grundvertrauen ist die Basis meines politischen Denkens und Handelns. Meine Erfahrungen im politischen Alltag besagen, dass Gott sein Werk tut, wo der Mensch sich vom Glauben an seine Liebe tragen lässt. Glücklicherweise stimmen Gottes Wege nicht immer

mit denen überein, die wir gern einschließen oder die wir in unserer Schwäche für die günstigsten oder gar richtigen halten.

Sicher befinde ich mich als politisch Handelnde in Sachzwängen. Aber sie dürfen nicht das Alleinige sein und ich tue gut daran, mich nicht von ihnen treiben oder von schönem Schein beeinflussen zu lassen. Ich muss wissen, woher ich meine Kraft für mein Handeln beziehe. Ich muss in der Lage sein, den Blick auf Gottes Wort und Willen zu richten, sonst fehlt mir das Wesentliche, nämlich Vertrauen in Gottes Gegenwart. Wenn ich diesen Glauben nicht hätte, würde ich mich auf schwankendem Boden bewegen, ohne rechtes Vertrauen in meine eigene Kraft, die von Gott kommt.

Mein christlicher Glaube gibt mir Energie und Lebenslust und Lebensmut als Voraussetzung für meine Art des politischen Handelns. Er gibt mir die nötige Kraft, für meine Familie und für die vielfältigen Aufgaben in der Gesellschaft einzutreten. In der Welt steht nicht alles zum Guten. Das war so, das ist so und das wird so sein. Der Glaube an Gottes Güte erfüllt mich, wenn ich für Gottes Willen offen bin, mit Fröhlichkeit und Zuversicht.

Jedes Amt, das verantwortlich betrieben wird, bedarf einer gehörigen Portion Weisheit. Wenn mir Weisheit zufließt, dann hoffe ich: Sie kommt von Gott. Die Weisheit, die ich meine, geht nicht unbedingt aus mehr oder weniger umfanglichem Fach- und Sachwissen oder besonderer Klugheit hervor, sondern hat ihren Urgrund in der liebenden Haltung zum mir von Gott geschenktem Leben, das ohne meine Mitmenschen nicht zu denken ist. Weisheit, wie ich sie verstehe, ist eine Gesinnung, die es mir ermöglicht, im Dienste Gottes zu handeln, der sich, wie Dietrich Bonhoeffer 1943 nach seiner Verhaftung an seine Braut schrieb, „im Verborgenen als Liebe offenbart“.

Jeden Tag stellen sich im politischen „Geschäft“ neue, womöglich auch schwierig zu beantwortende Fragen. Menschen drängen auf rasche Entscheidungen. Vieles, so behaupten sie, müsste längst entschieden sein. Es gibt aber auch andere, für mich existenzielle Fragen. Sie betreffen meine Beziehungen zu Gott: Hast du in deinem Terminkalender Zeit für Gott gelassen? Wo ist der Raum, den du für Gott frei gehalten hast, damit dein Denken und Fühlen nicht eine falsche Richtung einschlägt? Wie erkenne ich Gottes Wille, wenn ich an der Richtigkeit wichtiger poli-

tischer Entscheidungen zweifle? Wie erhalte ich mir die Freiheit, Probleme mit Gelassenheit zu betrachten, Gottes Botschaft durch den Lärm des Alltags und erregter Diskussionen zu hören?

Der Apostel Paulus hat Christen drei Begriffe genannt, die das Zentrum des Glaubens bilden: Glaube, Hoffnung und Liebe (1. Kor 13,13). Diese drei Tugenden sehe ich als Voraussetzung nicht nur für christliche Lebensführung allgemein, sondern auch für kraftvolles, politisches Handeln. Sie fassen die Lehre Jesu zusammen. Ich bin gerufen, im Sinne dieser drei Maximen Entscheidungen zu treffen und dadurch meinen Mitmenschen zu dienen.

Richtungweisend ist für mich das christliche Menschenbild. Jesus hat es uns vorgelebt als Prinzip der Liebe. Gott liebt seine Schöpfung. Er schuf den Menschen nach seinem Bilde (1. Mose 1,26). Er soll sich als göttliches Ebenbild erweisen. Wir erleben täglich, wie schwierig das ist und wie nötig wir Gottes Liebe haben, besonders, wenn wir „vorn“ unseren Dienst tun. Wenn du „vorn“ stehst und in dir Glaube, Hoffnung und Liebe leben, kannst du dich in Gottes Hand wissen. Gottes Liebe und meine Liebe zu Gott, das sind die beiden Eckpfeiler, aus denen christliches Handeln entsteht (Markus 12,30).

Meine Liebe zu Gott soll im politischen Denken und Handeln erkennbar sein. Ich handle im christlichen Sinne gerecht, wenn ich die Weisungen Gottes produktiv-erfinderisch und bezogen auf die Notwendigkeit politischer Entscheidungen befolge und meine politischen Ämter mit Verstand, mit der mir von Gott gegebenen Vernunft und mit Kritikfähigkeit ausfülle.

Mein Bild vom politischen Handeln, das sich der Wahrung christlicher Werte und ihrem Schutz verpflichtet weiß, ist wesentlich geprägt vom Begriff der Freiheit als Grundsatz ethischer Verantwortung. Paulus schrieb an die Galater: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit. So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen“ (Gal 5,1). Paulus mahnt uns zum Glauben, „der durch die Liebe tätig ist“ (Gal 5,6). In Gottes Hand zu sein, bedeutet, dass ich mir Gottes Hilfe gewiss bin und bereit bin, mich einer solchen Erfahrung zu öffnen.

Der politische Alltag ist nicht selten geprägt durch Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen. Kontroversen zwischen unterschiedlichen Auffassungen sind wichtig und notwendig, um auf demokratische Weise

Konsens zu erreichen und Ausgleich zwischen konkurrierenden Meinungen herzustellen. Das Ringen um eine wahrheitsbestimmte Wirklichkeitssicht kostet Kraft, gehört aber nach meinem Erleben zu den Glücksmomenten menschenwürdiger, politischer Verständigung.

Verständigung im politischen Raum gelingt, wenn der Kampf der Gegensätze mit Vernunft und Toleranz geführt wird. Ich vertraue auf die Rechtfertigung meines politischen Handelns aus Gnade und Glaube. Meine Hoffnung ist, dass mein öffentliches Wirken dazu beiträgt, das Menschliche, eine dem Menschen und seiner Existenz dienende Wirklichkeit, zu erhalten und zu stabilisieren. Gottes Wille hat dem Menschen die Kraft verliehen, einander zu vertrauen und politische Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.

Politisch Verantwortliche stellen sich, wenn sie aus christlichen Motiven handeln, mit Mut den Forderungen des Tages. Sie dramatisieren nicht, sondern behalten den Überblick. Sie verlieren nicht den Humor. Humor, so scheint mir, ist eine der möglichen Ausdrucksformen christlichen Verhaltens. Befreiender Humor stahlt Güte aus, wirkt in Auseinandersetzungen deeskalierend und ermöglicht ein entspanntes Verhältnis zu noch ungelösten politischen Problemen. Wo Humor ist, da ist innere Freude und, wie mir scheint, letztlich auch Glaube an Gottes Güte und Kraft, die uns im Glauben zufließen.

Der Mensch trägt nicht nur Verantwortung für sein eigenes Leben in der Gesellschaft, sondern auch für Gottes Schöpfung insgesamt. Gottes Schöpfung ist eine für das Wiederkommen Christi zu bewahrende Welt, in der die Menschen gut leben können. Meine Glaubenshoffnung ist, dass sich Gott dem Menschen immer wieder versöhnend zuwendet und der von ihm geschaffenen Welt die Treue hält. Immer brauchen wir Ideen, um die Gesellschaft und die Welt für Gottes Wirken offen zu halten. Deshalb darf eine dem Menschen verpflichtete Politik nicht Mauern errichten gegen das, was über Jahrtausende als Gottes Wille erkannt wurde.

Als Politikerin weiß ich mich in Gottes Hand. Aber handeln muss jeder, der sich politisch betätigt, selber. Christen haben demokratisches Handeln und Eintreten für Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit auch zu DDR-Zeiten nie ganz verlernt. Allerdings frage ich mich manchmal, wie wir Christen vierzig Jahre lang Unwahrheit und Unrecht ertragen konnten. Wahr aber ist auch, dass viele Menschen aufbegehrten und

schließlich dazu beitragen, demokratische Freiheiten zu erstreiten. Manche meiner christlichen Schwestern und Brüder verwiesen 1989 auf die vierzigjährige Wüstenwanderung der Israeliten und die Ankunft in einem Lande, „darin Milch und Honig fließt“ (z. B. 2. Mose 3,8; 3,17). Die christlichen Kirchen haben über die Jahre der Diktatur hinweg mit Gebeten und überzeugenden Glaubenshaltungen dazu beigetragen, dass in den heutigen östlichen Bundesländern Menschen leben, die sich ihrer christlichen Wurzeln bewusst geblieben sind.

Thüringen ist ein vom Christentum geprägtes Land. Allerorten stoßen wir auf christlich-kulturelle Vergangenheit und Gegenwart – und auch auf atheistische Grundhaltungen. Christen und Nichtchristen beziehen ihre Werte sowohl aus christlichen Traditionen, wie auch aus philosophischen Ideen der Aufklärung. Ich weiß und erlebe es täglich, dass Liebe, Übernahme von Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität, Ehrlichkeit und Familiensinn Werte sind, die uns allen am Herzen liegen. Ich erlebe täglich wunderbare Beispiele von Wahrheits- und Nächstenliebe. Wir stehen in einer Folge von Generationen, die über Jahrhunderte hinweg Wert darauf gelegt haben, gemeinwohlorientierte Menschen zu werden und zu erziehen.

Christen haben viele Möglichkeiten, ihren Glauben als Kraftquelle für ihr politisches Wirken zu erfahren. Wir feiern Gottesdienste und pflegen die Gemeindegarbeit in den Kirchen. Wir haben „das Buch der Bücher“, aus dem wir Kraft schöpfen. Seit meiner Oberschulzeit lese ich täglich die „Losungen“ der Herrnhuter Brüdergemeinde. Sie sind mir unentbehrliche, geistliche Hilfe, um meinen Alltag zu bewältigen.

Menschen, nicht nur Christen, sondern auch Nichtchristen, die sich politisch betätigen, rufen auf zu Frieden unter den Menschen und zur Bewahrung der Schöpfung.

Alexander Solschenizyn, der russische Nobelpreisträger für Literatur, sagte zur Frage nach den Möglichkeiten, die Schöpfung zu bewahren: „Wir werden keine Lösung finden, ohne die Umkehr des Menschen zum Schöpfer aller Dinge.“

VOM MEHRWERT DES CHRISTLICHEN

Reinhard Marx

Viele politische und gesellschaftliche Debatten, die dieser Tage um den Sozialstaat geführt werden, drehen sich im Kern doch um die Frage nach der Bedeutung von unaufgebaren Werten in unserem marktwirtschaftlichen, ja in unserem gesamten gesellschaftlichen System. Wie viel ist uns denn Solidarität „wert“ und können wir uns das noch leisten? Wie viel können und wollen wir für die Gesellschaft leisten? Ist bezahlte Arbeit mehr wert als unbezahlte Arbeit? Wer eher auf den eigenen Vorteil bedacht ist und für wen die Idee aufgeht, dass stets der Erfolgreichere und Stärkere gewinnen möge, verlangt – zumindest für sich selbst – Freiheit ohne Verantwortung, und mag der Überzeugung sein, dass auch die Gemeinwohlorientierung an Grenzen kommen muss. Genau das ist aber heikel, denn soziale Gerechtigkeit und Solidarität lassen sich nicht einfach verrechnen.

Die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, die im Grunde auch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind – Solidarität, Subsidiarität, soziale Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung –, sind nicht 1:1 mit Leistungen und Finanztransaktionen zu verrechnen. Und vor allem stehen diese Werte nicht nur auf der Soll-Seite der Bilanz und bedeuten damit primär Ausgaben und Belastungen, sondern sie sind ebenso auf der Haben-Seite zu verzeichnen und markieren – auch ökonomisch und langfristig – Gewinn. Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns seit dem Herbst 2008

beschäftigt, hat noch einmal gezeigt, dass eine zu einfache Rechnung nicht aufgeht, die eine Gewinnorientierung vom Gemeinwohl und von Werten ablöst. Es gibt keinen wirtschaftlichen Bereich, der moralisch neutral oder gar moralfrei sein könnte. Wirtschaft wird von Menschen gestaltet, hat immer einen Gemeinschaftsbezug und mit den Bedürfnissen von Menschen zu tun. Es ist prinzipiell unerheblich, ob wir hier eine nationale oder eine globale Perspektive einnehmen, aber je komplexer die Strukturen und Zusammenhänge sind, umso stärker und gefestigter muss die Wertorientierung sein.

„Die Vorstellung, in einer Ordnung der Freiheit könne jeder ohne Rücksicht auf das Ganze seinen Interessen nachgehen, weil die Regeln aus eigener Kraft im Stande seien, einen vernünftigen Ausgleich zu bewirken, ist zwar weit verbreitet [...]. Aber sie ist illusionär. Freiheitliche Institutionen, so klug sie auch entworfen sein mögen, können nicht aus sich heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung [...] gewährleisten“.¹ So heißt es im Gemeinsamen Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Demokratie braucht Tugenden“ mit Blick auf das demokratische System. Gerade deshalb verpflichtet die Soziale Marktwirtschaft die Marktakteure zu persönlicher Verantwortung und moralischem Handeln. Sie tragen auch als Bürger Verantwortung für die Ausgestaltung der Rahmenordnung, und ihre moralische Sensibilität ist notwendig, um Strukturen zu benennen und aufzuheben, die ethisch bedenklich sind und das Gemeinwohl gefährden.

GEGRÜNDET AUF WERTEN

Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf grundlegenden Werten, die dem christlichen Menschenbild entsprechen: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Verantwortlichkeit und Teilhabe sind Grundsätze, die für Christen wie Nichtchristen gleichermaßen zugänglich und universal einsichtig sind. Sie bilden damit eine tragfähige Basis für eine Wirtschaftsordnung, die nicht neben einer Gesellschaftsordnung existiert, sondern Teil einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist. Sie bezieht politische und soziale Ziele in ihr Konzept mit ein und entfaltet eine gesellschaftsprägende Wirkung.

Bereits die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben klar vor Augen gehabt, dass dieses System ein offenes Gefüge wirtschaftlicher Verhaltensweisen, gesellschaftlicher Regeln und staatlichen Handelns ist. Sie haben auf die Zusammenhänge zwischen individuellem Streben und sozialer Verantwortung, Privateigentum und seiner Sozialpflichtigkeit, vor allem aber auch zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Demokratie hingewiesen. Es ist evident, dass aus dem unterschiedlichen ökonomischen Erfolg der Marktakteure wirtschaftliche Ungleichheit erwächst. Zugleich basiert das demokratische System auf der politischen Gleichheit der Bürger. In diesem spannungsvollen Zueinander spiegelt sich das christliche Menschenbild wider, das einerseits von der gleichen Würde aller Menschen ausgeht, andererseits jeden einzelnen verpflichtet, individuelle Begabungen einzubringen, wodurch unweigerlich Ungleichheit entsteht. Diese mehrdimensionale, fruchtbare Spannung durch sozialen Ausgleich zu halten ist kulturelle Leistung und bleibender, gesellschaftlicher Auftrag der Sozialen Marktwirtschaft zugleich.

Damit dieser Auftrag erfüllt werden kann, braucht es auch einen starken Staat, der dem Solidaritätsprinzip entsprechend die Interessen aller wahren muss und am Gemeinwohl orientiert ist. Zugleich soll der Staat gemäß dem Subsidiaritätsprinzip dem Einzelnen, den kleineren Gemeinschaften, wie Familie, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen ein Höchstmaß an Kompetenz und Handlungsspielraum geben, deren Selbstbestimmungsrecht nicht beschneiden und Eigenverantwortung einfordern. Das Zueinander von Solidarität und Subsidiarität gehört zu den Grundlinien der Katholischen Soziallehre, die maßgeblichen Anteil an der Entstehung und Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hatte.

GESCHENKT, NICHT GESCHULDET

Ich möchte aber auch noch einmal daran erinnern, dass die grundlegenden Werte, die die Soziale Marktwirtschaft auch im Innern zusammenhalten, nicht einfach delegiert werden können, weder an den Staat, noch an die so gern und oft genannten „Verantwortlichen“ in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Vielmehr sind sie Aufgabe aller, ausgehend von der gleichen Würde aller Menschen. „Solidarität bedeutet, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen.“² Darauf hat auch Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Caritas in veritate* noch einmal hingewiesen.

Dahinter steht ein sehr grundlegender Gedanke: Ein Gemeinwesen lebt nicht nur von dem, was wir einander schulden, sondern entscheidend auch von dem, was wir einander schenken. Zu Solidarität, gelebter Verantwortung, Nächstenliebe, sozialer Gerechtigkeit ist man auch durch staatliche Gesetze verpflichtet. Das ist aber nicht hinreichend und allein darauf zu setzen, würde zu kurz greifen und einem Staat Tor und Tür öffnen, der im Widerspruch zur Freiheit stünde. Es würde unserem christlichen Menschenbild widersprechen, das doch gerade in der Freiheit des Menschen seine Grundlage hat. Es geht um verantwortete Freiheit, zu der nur der einzelne Mensch fähig ist und die zugleich tragendes Fundament von Gemeinschaft ist.

„Der moralische Schatz der Menschheit ist nicht da, wie Geräte da sind, die man benutzt, sondern ist als Anruf an die Freiheit und als Möglichkeit für sie da“, so Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Spe salvi*.³ Benedikt XVI. führt dazu aus, dass Strukturen erforderlich und notwendig sind, diese aber niemals die Freiheit des Menschen ersetzen können. Damit Strukturen in einer Gemeinschaft funktionieren, braucht es die freie Zustimmung der Einzelnen zu dieser Ordnung. Gerade diese freie Zustimmung ist aber nicht durch einen Automatismus zu erreichen, so als ob man für die Beste aller Welten nur die richtigen Strukturen, Prozesse und Institutionen finden müsste. Weder ein Freiheits-Automatismus noch der Reflex zur Resignation dürfen uns aber lenken. Verantwortete Freiheit verlangt von jedem Einzelnen ständiges Bemühen und setzt ein lebenslanges Verändern und Lernen voraus. Auch mit Blick auf die Gesellschaft muss sich jede Generation immer wieder neu der Herausforderung stellen, eine gute Ordnung zu schaffen und in allen relevanten Fragen die richtigen Entscheidungen zu treffen, die unbedingt die Gleichheit der Würde aller Menschen wahren.

HOFFNUNG, DIE TRÄGT

„So ist zwar der stete Einsatz dafür nötig, dass die Welt besser wird, aber die bessere Welt von morgen kann nicht der eigentliche und genügende Inhalt unserer Hoffnung sein.“⁴ Diesen Schluss zieht Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Spe salvi*. Was also kann Christen, die Verantwortung tragen in Politik und Wirtschaft, leiten und inspirieren? Es geht ja nicht um eine bloß additive und schmückende Zulieferung von Werten aus dem christlichen Glauben, ganz so als sei die christliche Überlieferung ein „Erfahrungs- und Zitate-Steinbruch“ für alle Lebenslagen.

Verantwortete Freiheit in alltäglichen Entscheidungsprozessen gedeiht auf dem Nährboden von Hoffnung und geschenktem Vertrauen. Die inspirierende Kraft des christlichen Glaubens entspringt der Erfahrung der Nähe Gottes im eigenen Leben. Es ist die Erfahrung, dass Gott der tragende Grund unseres Lebens ist und aus der kleinlichen und egoistischen Sorge um sich selbst und die eigene Zukunft befreit und den Blick weitet. Um kreativ und innovativ denken und handeln zu können, braucht es eine innere Freiheit, die der christliche Glaube eröffnen kann, und eine Hoffnung, die aus Quellen schöpft, die menschliche Möglichkeiten übertreffen. Das Heil liegt nicht in menschlichem Können und dem technisch Machbaren. Individuelle und gemeinschaftliche Fähigkeiten und Kompetenzen allein vermögen zwar keine hoffnungsvolle Perspektive zu eröffnen, aber es darf auch kein Talent vergeudet werden. „Niemand ist überflüssig“, so hat es Papst Benedikt XVI. einmal gesagt. Dass nicht alle Menschen die gleichen Talente haben, ist ebenso augenfällig wie die Erkenntnis, dass man verschiedene Talente nicht gegeneinander ausspielen darf. Politik muss gleiche Startbedingungen für alle ermöglichen, damit die gegebene Ungleichheit nicht ausschließt, sondern Chancen eröffnet werden, gemeinsam eine bessere Welt zu erreichen. Nicht die Ungleichheit der Talente und das monetäre Ergebnis werden im „Gleichnis vom anvertrauten Geld“ (vgl. Mt 25, 14-30) beurteilt, sondern der Umgang mit den Talenten ist das Entscheidende, der Einsatz nach den eigenen Möglichkeiten. Der Gott, der will, dass Menschen leben, und der ja selbst als Mensch zur Welt gekommen ist, hat die Menschen mit allen erdenklichen Talenten beschenkt. Aber vor allem mit der Gabe zu glauben, zu hoffen und zu lieben.

Christen und Christinnen sind Realisten, die die Welt und sich selbst weder schön reden noch schwarz malen müssen. Sie sind skeptisch gegenüber allen Heilsverheißungen, die nur auf Machbarkeit setzen. Genauso aber haben sie Vertrauen in den Menschen, dass er in Freiheit Verantwortung übernehmen und die Welt so gestalten kann, dass alle Menschen teilhaben können.

Zusammenfassend und weiterführend gilt das Wort von Papst Benedikt XVI. aus seiner Enzyklika *Caritas in veritate*: „Ohne Gott weiß der Mensch nicht, wohin er gehen soll, und vermag nicht einmal zu begreifen, wer er ist.“⁵ Hier steckt im Tiefsten der „Mehrwert“ des Christlichen.

- 1| *Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.): Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens, Hannover-Bonn 2006 (Gemeinsame Texte 19), S. 16.*
- 2| *Enzyklika „Caritas in veritate“ von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen gottgeweihten Lebens, an die christgläubigen Laien und an alle Menschen guten Willens über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit. 29. Juni 2009 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 186, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Bonn 2009, 38.*
- 3| *Enzyklika „Spe salvi“ von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die gottgeweihten Personen und an alle Christgläubigen über die christliche Hoffnung. 30. November 2007 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 179, hrsg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Bonn 2007, 24.*
- 4| *Spe salvi 30.*
- 5| *Caritas in veritate 78.*

CHRISTLICH INSPIRIERTE POLITIK VOR DEN HERAUSFORDERUNGEN DES REFORMBEDARFS UNSERES SOZIAL- STAATES

Ingrid Fischbach

1. PERSÖNLICHE IMPULSE FÜR CHRISTLICH MOTIVIERTE SOZIALPOLITIK

Christdemokratische Politik vollzieht sich heute vor dem Hintergrund einer pluralen, weitgehend säkularen Gesellschaft, in der das Christentum zwar noch präsent, aber keine unhin- terfragte Selbstverständlichkeit mehr ist. Das Christentum ist eine von vielen Stimmen, die sich im Diskurs um „gutes politisches Handeln“ bzw. in Debatten um konkrete Sachfra- gen erhebt. Dabei scheint der Glaube bzw. ein gesellschaft- liches Engagement aus der Motivation des christlichen Glau- bens heraus zunehmend begründungspflichtig zu werden.

Für mich persönlich ist es hingegen genau umgekehrt: mein Glaube ist für mich die Selbstverständlichkeit, aus der heraus all meine Handlungen und Entscheidungen begründet sind. Dies gilt im Übrigen sowohl für das Private als auch das Politische in meinem Leben. Mein persönlicher Glaube und eine aktive Einbindung in ein religiöses Leben in der katho- lischen Kirche haben mich überhaupt erst zu den Aufgaben motiviert, die ich übernommen habe: sei es meine Mitglied-

schaft in der Union oder auch mein Ehrenamt als Präsidentin des Katho- lischen Deutschen Frauenbundes. Sicher spielt auch meine Erziehung eine wichtige Rolle. Jetzt empfinde ich es als großes Glück, dass ich mich bei schwierigen Entscheidungen, die ich im Rahmen meines Mandates immer wieder fällen muss, auf ein festes Wertgefüge stützen kann, das mir Halt und Orientierung gibt. Es überrascht mich deshalb, wenn Men- schen, denen ich als Politikerin begegne, mich fragen, warum ich einer *christlich*-demokratischen Partei zugehöre, warum ich als Christin Politik mache und ob sich daraus besondere Implikationen für mein Handeln ergeben? Das Christentum verpflichtet doch bereits aus seinem Wesen heraus zu gesellschaftlichem Engagement, also zum politischen Handeln im weitesten Sinne. Ich meine daher, die christliche Stimme sollte sowohl in der Politik als auch im gesellschaftlichen Alltag immer als eine laute und kraftvolle Stimme vernehmbar sein. Dies ist zum einen damit be- gründet, dass Inhalte, die aus dem christlichen Glauben gespeist sind, dauerhaft gültig sind und relevant bleiben. Zum anderen kommt aus dem Christentum ein Impuls, der über egoistische Ansätze hinausgeht: Er ist immer auch eine anwaltschaftliche Stimme derer, die sich weniger prominent in den Diskurs einbringen können, weil sie am Rande der Gesellschaft stehen und eine entsprechend schwächere oder gar keine Lobby haben. Bei dieser Anwaltschaft können wir ganz verschiedene Schwerpunkte setzen: mir persönlich ist es ein besonderes Anliegen, meine Stimme für die Familien, das heißt Kinder und ihre Eltern, die Generation der Großeltern und für Frauen, zu erheben. Ich meine, dass auf diese Bevölkerungsgruppen (neben vielen anderen) bei der unauf- schiebbaren Reformierung unseres Sozialstaates besonders achtgegeben werden muss.

Natürlich ist mir dabei bewusst, dass sich aus dem Glauben, den Inhalten der Offenbarung Gottes, nicht eins zu eins konkrete Handlungsoptionen für politische Fragestellungen ableiten lassen. Der Glaube bietet auch kein Allheilmittel gegen unlösbare Dilemmata, mit denen ich in der Politik immer wieder konfrontiert bin. Aber mein christlicher Glaube gibt mir Orientierung und ist gleichsam moralischer Maßstab – so gibt er mir für konkrete Entscheidungen durchaus eine Richtung vor, auch wenn diese sich manchmal darauf beschränkt, dass sich gewisse Optionen von vorn- herein ausschließen. Inhaltliche Elemente des christlichen Glaubens helfen auch, die richtigen Fragen zu stellen und Probleme aus einem gewissen Blickwinkel heraus anzugehen. Beispielsweise sind wir in den Maßnahmen, die wir zur Überwindung der weltweiten Finanz- und Wirt-

schaftskrise ergreifen müssen, natürlich gezwungen zu fragen, ob wir die Bürden, die der Staat jetzt auf sich schultert, den kommenden Generationen gegenüber überhaupt verantworten können? Oder ob Einsparungen einseitig zu Lasten der Ärmsten der Armen gehen. Grundwerte, die der christliche Glaube mit sich bringt, wie die Nächstenliebe oder der Ruf nach der Option für die Armen sind dabei wichtige Eckpfeiler zur Orientierung.

2. IMPLIKATIONEN DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES FÜR EIN CHRISTLICH-DEMOKRATISCHES VERSTÄNDNIS DES SOZIALSTAATES

Es ist bereits aus meinen persönlichen Überlegungen ersichtlich geworden, dass sich aus christlichen Glaubensinhalten Implikationen für ein bestimmtes Verständnis des Sozialstaates ergeben. Diese beruhen zum einen auf den Prinzipien, die uns aus der katholischen Soziallehre traditionell bekannt sind und die für die Grundsatzprogrammatische Union von ihrer Gründung an eine ungebrochen wichtige Rolle spielen. Namentlich sind dies die Personalität, die Subsidiarität und die Solidarität. Die Prinzipien selbst werden nur einsichtig, wenn sie vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes verankert werden, das auch das Fundament christlich-demokratischer Politik bildet. Auf dem christlichen Menschenbild gründet auch ein bestimmtes Verständnis von dem Verhältnis, in dem Bürger und staatliche Institutionen zueinander stehen:

Der Mensch ist von Gott, der ihn geschaffen hat, in die Freiheit gerufen. Diese Freiheit stellt ihn jedoch nicht in einen Raum der absoluten Beliebigkeit, sondern ruft den Menschen in die Verantwortung gegenüber seinem Ursprung und seiner Umwelt. Die Verantwortung des Menschen ist vielfältig: Sie besteht gegenüber dem Schöpfergott, gegenüber der Natur, die dem Menschen als Lebensraum anvertraut wurde, sowie gegenüber dem Nächsten. Zudem ist der Mensch gerufen, die Verantwortung und Sorge für sich selbst zu übernehmen. Da der Mensch sich nicht selbst erschaffen hat, obliegt es ihm, die Freiheit, die ihm geschenkt wurde, gegenüber all den genannten Instanzen verantwortlich auszuüben.

Daraus folgt: Aufgabe einer Politik, die auf diesem Menschenbild fußt, ist es zunächst, dem Menschen seine Verantwortungsübernahme auf all diesen Ebenen zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend zu gestalten.

Dabei ist zu beachten, dass für das Menschsein ein Spannungsverhältnis konstitutiv ist, nach dem der Mensch einzigartig ist und das Recht auf seine freie Entfaltung hat – und gleichzeitig als soziales Wesen in einen unauflösbaren Zusammenhang mit anderen gestellt wurde. Seine freie Entfaltung muss also mit den Bedürfnissen und der Freiheit der anderen vereinbar sein. Das heißt auch: jeder Mensch ist einzigartig, aber gleichwertig mit seinen Mitmenschen. Gemeinsam ist ihnen allen die unteilbare und unveräußerliche Würde als Mensch. So folgt für mich aus dem christlichen Menschenbild: Unsere Politik ist verpflichtet, für ihre Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen herzustellen und Nachteile da auszugleichen, wo es für die Möglichkeit gleichberechtigter Teilhabe aller notwendig ist.

3. HERAUSFORDERUNGEN AN DEN SOZIALSTAAT DURCH DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass uns die katholische Soziallehre mit ihrer Gemeinwohlorientierung und den Prinzipien der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität ein bewährtes Instrumentarium zu Überlegungen für die Sozialpolitik an die Hand gibt. Wir sind aus verschiedenen Gründen gezwungen, diesen Prinzipien eine neue Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Zum einen stehen wir vor aktuellen Krisenphänomenen, die uns nicht nur zu schnellen Maßnahmen im letzten Jahr gezwungen haben, sondern uns weiterhin vor zahlreiche Herausforderungen stellen, denen wir nachhaltig und umsichtig begegnen müssen. Zum anderen ist die Reform unserer Sozialsysteme angesichts der demographischen Entwicklung und der hohen Zahl von Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, aus der heraus sie ihren Lebensunterhalt vollständig bestreiten können, unumgänglich.

Die aktuelle Debatte, die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundlagen der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze angestoßen wurde, ist nur ein Beispiel dafür, dass wir dringend fundierte Überlegungen brauchen, was Solidarität und Subsidiarität im 21. Jahrhundert in unseren sozialpolitischen Überlegungen konkret bedeuten. Um beide in ein ausgewogenes Verhältnis zu setzen, kommen wir nicht umhin, uns auch die Frage zu stellen, was soziale Gerechtigkeit für uns bedeutet. Es versteht sich von selbst, dass wir diese Überlegungen auf der politischen Bühne nicht alleine leisten können, sondern dass hier primär die Sozialethik gefragt ist, Grundsatzüberlegungen und theoretische Anstöße zu geben.

4. EINE ÜBERLEGUNGSSKIZZE ZUR GERECHTIGKEIT ZWISCHEN GENERATIONEN UND GESCHLECHTERN

Abschließend möchte ich daher nur in einigen rudimentären Worten an zwei Punkte anknüpfen, die ich im Rahmen meiner bisherigen Ausführungen stark gemacht habe: Wir brauchen eine Politik, die Menschen zur Verantwortungsübernahme befähigt. Mir als Familien- und Frauenpolitikerin liegt besonders die Verantwortungsübernahme innerhalb von Familien am Herzen, die Verantwortung zwischen den Geschlechtern, zwischen Müttern und Vätern, zwischen Frauen und Männern und zwischen den Generationen. Es ist mir dabei bewusst, dass „Verantwortung“ noch keinen inhaltlichen Gehalt an die Hand gibt, sondern nur die Zielorientierung vorgeben kann: Dem Gedanken der Subsidiarität folgend, können wir zwei Elemente ergänzen. Zum einen geht es darum, seitens des Staates die Familie als Einheit zu stärken, damit in ihr die Solidarität ihrer Mitglieder untereinander gelebt werden kann und damit die Familie ihre unersetzbaren Leistungen weiter übernehmen kann wie beispielsweise die Erziehung von Kindern, die auch das Vermitteln von Vertrauen in den anderen und Grundwerte des sozialen Miteinanders umfasst oder – soweit das möglich ist – die Versorgung kranker oder pflegebedürftiger Familienangehöriger. Damit kommen wir zum anderen Element: Jede und jeder einzelne innerhalb des Familiengefüges muss außerdem dazu befähigt werden, seine Aufgaben nicht nur innerhalb der Familie, sondern auch seine Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben wahrnehmen zu können. Ich denke dabei beispielsweise an die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit für Mütter oder – eine ganz zentrale Querschnittsaufgabe unserer Politik – Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung für alle Kinder. Dazu gehört auch, dass familien- und sozialpolitische Maßnahmen Eltern bedarfsgerecht unterstützen, von der frühkindlichen Bildung bis hin zu schulischer und beruflicher Ausbildung ihrer Kinder.

Außerdem kann die Übernahme von Verantwortung in Familien meines Erachtens nicht erreicht werden, ohne dass wir ein Mindestmaß an Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen schaffen. Dies betrifft einen angemessenen Ausgleich für Frauen, die wegen ihres Einsatzes für die Familie auf eine kontinuierliche Erwerbsbiographie verzichten haben und entsprechend weniger in die Rentenkasse eingezahlt haben.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern bedeutet auch, dass Lasten und Ressourcen gerecht verteilt werden. Was Generationengerechtigkeit *nicht* bedeutet, ist, dass die jüngeren und die älteren Mitglieder unserer Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden sollen, wie es in Debatten um die Rentenanpassung oder auch medizinische Leistungen leider immer mal wieder geschieht. Generationengerechtigkeit schaffen zu wollen bedeutet, sich für ein friedliches und unterstützendes Miteinander einzusetzen – eine Atmosphäre, in der generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernommen werden kann.

Wie das im Konkreten aussehen kann und ausgestaltet werden muss, darüber werden wir in den nächsten Jahren sicher noch viel diskutieren. Die christliche Sozialethik kann dazu wichtige Impulse geben.

IN DIESEM ZEICHEN WIRST DU SIEGEN! WIRKLICH?

Joachim Fetzer

DIE ZEITEN ÄNDERN SICH

Es gibt eine ältere Version für Politik „im Zeichen des ‚C‘“: Eine Engelserscheinung soll dem Feldherrn Konstantin verkündet haben: „In hoc signo vinces.“ Der Feldherr ließ – der Legende nach – das Christus-Monogramm auf die Feldstandarten anbringen. Und tatsächlich hat er bei der Schlacht an der Milvischen Brücke im Jahre 312 unserer Zeitrechnung die Herrschaft über das römische Reich errungen. In diesem Zeichen wirst Du siegen. Ein Christus-Monogramm als Hoffnungszeichen im entscheidenden Kampf. Damit begann dasjenige Zeitalter, welches bis heute die konstantinische Ära genannt wird.

Ob ein solcher öffentlichkeitswirksamer Bezug auf das „C“ auch heute noch zur Herrschaft verhelfen kann? Wenn die Milvische Brücke im Wahlkampf liegt? Dies ist eine Frage an die modernen Auguren in der Wahl- und Meinungsforschung. Der Sozial- und Wirtschaftsethiker muss feststellen, dass die heutige Situation von der konstantinischen Ära grundverschieden ist. Diese Zeit ist Vergangenheit und das heißt: sie gilt nicht mehr und bleibt doch prägend.

DAS ENDE DES KONSTANTINISCHEN MODELLS ...

Das theologische Denken im Horizont der konstantinischen Ära vom 4. bis 20. Jahrhundert¹ setzt die Vorherrschaft des organisierten Christentums in der Gesellschaft als gegeben (oder als wieder anzustreben) voraus. Dies gilt nicht nur für das Mittelalter. Auch die nachreformatorische Friedensformel *cuius regio, eius religio* ist eine Variante dieses Prinzips und sie ist nach wie vor wirksam in der Sehnsucht nach räumlicher, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Heimat und Identität: „Wir lassen die Kirche im Dorf und die Moschee in Istanbul“ auf einem Wahlplakat appelliert an genau diese Einheit von politisch-rechtlicher Region (*cuius regio*) und Religion (*eius religio*). Theologie im konstantinischen Modell ist aber auch eine Funktion christlicher Kirche, so unterschiedlich der Kirchenbegriff dabei gefasst sein mag. Die Theologie und die Theologen nehmen den Gestus einer hoheitsvollen Verkündigung ein, „als befänden (sie) sich auf einem ontologischen Gipfel, außerhalb oder oberhalb der begrenzten Perspektive historischer und sozialer Standorte. [...] Der religiöse Glaube wird in eine Art Wissen verwandelt, und der Gläubige in Gott.“²

Politisch ist die konstantinische Ära in Europa mit der französischen Revolution 1789 oder – in Deutschland – mit dem Ende des Kaiserreiches 1918 zu Ende gegangen. Allerdings mag manchen die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg und mithin die Zeit, in der wichtige Weichenstellungen unseres Staatswesens getroffen wurden, wie ein Revival dieser großen christlich-politischen Ära unter demokratischen Vorzeichen vorgekommen sein. Dann wird das Ende dieser Epoche mit anderen Entwicklungen in Verbindung gebracht, sei es mit „Pluralisierung“ oder „Globalisierung“ oder (für Politik-Insider) einfach mit dem Umzug von Regierung und Parlament von Bonn nach Berlin.

Jetzt wird unabweislich spürbar, dass in einer kulturell globalisierten und gleichzeitig regional pluralisierten Gesellschaft Theologie und Sozialethik neue Herausforderungen haben. Die hoheitsvolle Verkündigung kann unter pluralistischen Bedingungen ungewollt zu Formen der aggressiven Fundamentalisierung führen. Eine Alternative hierzu bietet sich nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geradezu an: Die Suche nach einer politischen Weltautorität³ oder die Formulierung eines verbindenden Weltwirtschaftsethos.⁴ Sind dies wirklich zukunftsweisende Wege? Oder sind es Versuche, das konstantinische Modell zu verlängern? Dies muss hier offen bleiben.

... UND DER ZWANG ZUR HÄRESIE

Orientierung an christlichen Traditionen in einer (nicht nur notgedrungen, sondern überzeugt) weltoffenen und demokratischen Politik ist angesichts des konstantinischen Erbes ein nicht einfacher Balanceakt. Wer sich politisch auf christliche Traditionen beruft, kann diese nicht mehr als gemeinsamen Bezugspunkt voraussetzen, sondern trifft eine bewusste Auswahl aus verschiedenen möglichen Orientierungsmustern. Die Merkmale der persönlichen Identität, die „Erzählung“ der individuellen und kollektiven Herkunft, die familiären Rollenmuster, die Wahl der Religionszugehörigkeit oder das Muster der eigenen Patchwork-Religiosität sind zunächst eigene Gestaltungen und erst sekundär Bindungen. Damit verbindet sich einerseits Freiheit, andererseits die Qual der Wahl oder der „Zwang zur Häresie“ (Peter L. Berger). Das griechische Wort *hairesis* bedeutet „Wahl“, „der Häretiker ist einer, der die Tradition nicht gesamt aufnimmt, sondern darin herumstößt, dieses auswählt und jenes nicht. [...] Die moderne Situation macht aus uns allen Häretiker, in diesem Sinn: Auch eine Orthodoxie – ja, gerade eine Orthodoxie – ist heute kein Schicksal mehr, sondern eine Option, Resultat einer mehr oder weniger freien Wahl.“⁵

DAS ERBE DER KONSTANTINISCHEN ÄRA ...

Religiöse Traditionen des Christentums aufzunehmen und an ihrer politischen – auch: wirtschaftspolitischen – Institutionalisierung zu arbeiten, ist eine (weiterhin mögliche und sinnvolle) Option. Die Vergangenheit des konstantinischen Modells bedeutet aber auch, dass diese Vergangenheit die Gegenwart prägt, ohne Gegenwart zu sein. Nicht nur politische, sondern auch ökonomische Verhältnisse sind von den christlichen Traditionen durchzogen.⁶

Die Herausbildung eigenständiger Körperschaften (darunter moderne Kapitalgesellschaften) jenseits der Institutionen Familie und Staat könnte in der Geschichte der Kirche und Kirchen ihr kulturgeschichtliches Vorbild gehabt haben. Das ist kaum jemandem bewusst. Dass Arbeits- und Berufsorientierung oder gar der „Geist des Kapitalismus“ protestantische oder katholische Traditionen aufgenommen haben, ist breit diskutiert worden.⁷ In den Konzeptionen der Sozialen Marktwirtschaft lassen sich leicht christliche Denkweisen rekonstruieren.⁸ Die EKD-Denkschrift *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive* kann daher die

Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Geist des christlichen Glaubens in Verbindung bringen.⁹ Vor allem aber sind es die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, mit welchen sich die christliche Vorstellung der Nächstenliebe, der Gottesebenbildlichkeit jedes Menschen und der besondern Zuwendung Gottes zu den Schwachen verbunden hat.

Für die sozialetische und politische Diskussion liegt hierin eine methodische Gefahr. Die Verkörperung christlicher Traditionen in konkreten Institutionen kann leicht zu einer auch gedanklichen Identifizierung und dann zu Fehlschlüssen führen. Ist die sozialversicherungsrechtliche Absicherung von Lebensrisiken *eine mögliche* Form, das leistungsunabhängige Lebensrecht jedes Menschen auch tatsächlich zu sichern, so ist damit nicht gesagt, dass es die *einzig mögliche* Form ist. Und es ist auch damit zu rechnen, dass es zu irgendeinem historischen Zeitpunkt *keine adäquate* Form mehr sein kann.

Die „Interdependenz der Ordnungen“ (Walter Eucken) bedeutet, dass die Ordnungen des Rechts, der Politik, der Wirtschaft und der Kultur und Religion sich wechselseitig beeinflussen und stabilisieren. Dann muss aber gefragt werden, ob soziale Institutionen noch haltbar und sinnvoll sind, wenn sich kulturelle und politische Voraussetzungen so massiv geändert haben wie mit dem Ende der konstantinischen Ära.

... UND DIE NEUFASSUNG CHRISTLICHER TRADITIONEN

Wirtschaftspolitische Institutionen sind nicht auf ewig Träger des Geistes, der sie hervorgebracht hat. Gut gemeint ist daher in der Politik nicht immer gut gemacht. Methodisch wichtig: Kulturell homogene persönliche Orientierungen dürfen nicht mehr vorausgesetzt werden. Politische Regeln müssen davon absehen, ob die Menschen im Geltungsbereich dieser Regeln die Einstellungen teilen, welche zur Einführung dieser Regeln bewogen haben. Moralische Imperative müssen grundsätzlich in Anreize übersetzt werden.¹⁰ Dann verändert sich manch traditionelle sozialetische Argumentation. Drei Beispiele seien genannt:

Erstens: Gerade nach der Finanzkrise wurde der vermeintlichen oder tatsächlichen Gier die Tugend der Mäßigung und des Maßhaltens entgegengesetzt. Das entspricht der traditionellen abendländischen Ethik, welche versucht, das Individuum über pädagogische Maßnahmen in die

Werteordnung der Gesellschaft hineinzusozialisieren. Doch die politische Aufgabe ist keine pädagogische, sondern besteht darin, solche Strukturen zu schaffen, welche es zumindest erschweren, Risiken auf andere abzuwälzen. Vieles spricht dafür, dass die zahlreichen staatlichen Interventionen dafür eher noch größere Anreize gesetzt haben. Niemand sollte erstaunt sein, wenn individuelle Lernprozesse nicht zur Mäßigung führen. Analoges gilt im Bereich der Grundsicherung: Die Strukturen der Unterstützungsleistungen und der Grundsicherung müssen, wenn sie denn Rechtsanspruch sind, ganz nüchtern in ihrer Anreizwirkung betrachtet werden. Es ist ein Kategorienfehler, diejenigen als Schmarotzer oder anderswie zu diffamieren, die einfach versuchen, in den gegebenen sozialrechtlichen Strukturen ihr Leben einzurichten. Das Schamgefühl, welches Menschen bewegt, nur in größter Not von öffentlicher Unterstützung Gebrauch zu machen, darf politisch nicht vorausgesetzt oder erwartet werden. Denn das wäre eine Politik, deren Regeln nur funktionieren, wenn alle Bürger die gleichen Haltungen teilen – die Idee des konstantinischen Modells. Der legale Gebrauch rechtlicher Systeme sollte daher nicht als Missbrauch bezeichnet werden.

Zweitens: In Marktwirtschaften verlaufen manchen Grenzlinien zwischen gut und böse an anderen Stellen. Solidarität bezeichnet z. B. die latente Reziprozitätserwartung unter den Mitgliedern einer Gruppe. Solidarität heißt: Wir gehören zusammen, sitzen in einem Boot und unterstützen uns wechselseitig. Diese Gruppensolidarität ist aber auch fragwürdig. Unter dem vermeintlichen Mantel der Solidarität unter Kollegen lassen sich z. B. Preisabsprachen legitimieren, die den Wettbewerb abmildern oder beschränken. Preisabsprachen sind aber keine Branchensolidarität, sondern Regelbruch und Diebstahl mit anderen Mitteln. Solidarität, die im christlichen Verständnis immer über die jeweils einem nahestehenden *peer-groups* hinausgeht, muss heute als Achtung vor denjenigen Strukturen verstanden werden, welche die Menschheit insgesamt vernetzen. Insofern gilt: Die Achtung des Wettbewerbs ist ein Akt der Solidarität oder auch: Nächstenliebe mit anderen Mitteln.¹¹

Drittens: Subsidiarität heißt im Kern „Befähigung zur Eigenverantwortung.“¹² Es „gehört nach christlichem Verständnis zur Würde des Menschen, Verantwortung für sich selbst, für das eigene Leben, für die eigenen Angehörigen tragen zu dürfen und zu sollen, wo und soweit dies möglich ist.“¹³ Dieses Prinzip wird oft als Argument gegen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens herangezogen. Richtig daran ist,

dass ein durch Grundeinkommen ermöglichtes Leben jenseits der Arbeit nicht im Horizont christlicher Ethik steht.

Allerdings: Bei entsprechender Ausgestaltung kann ein solches System sehr wohl einen großen Beitrag zu mehr Subsidiarität leisten und eklatante Ungerechtigkeiten und Spaltungen der gegenwärtigen Situation überwinden.¹⁴ Man sieht dies aber nur, wenn man die Anreizwirkungen vergleicht.

WORAUF HABEN WIR HOFFNUNG?

Christliche Sozialethik und noch mehr eine daran sich orientierende Politik im Zeichen des „C“ bedeutet heute anderes als während der konstantinischen Ära, aber auch anderes als in den drei Jahrhunderten davor.

Politik im Zeichen des „C“ muss die lebendige Erinnerung an die konstantinische Ära in Rechnung stellen. Es gibt dorthin aber kein Zurück: Weder in die 1950er und 1960er Jahre noch ins Mittelalter, aber auch nicht in die missionarische Situation der frühen Christenheit.

Politik im Zeichen des „C“ muss und kann kompatibel sein zu einer pluralistischen Gesellschaft mit unterschiedlichsten Wertorientierungen. Die Übersetzung christlicher Traditionen in die Sprache der Anreize ist dafür ein (!) wichtiges Hilfsmittel.

Politik im Zeichen des „C“ ist eine mögliche Option geworden: nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wer hat die Hoffnung, dass man in diesem Zeichen siegen kann?

1| Vgl. Charles McCoy: *Götter ändern sich*, München 1983, S. 23-25.

2| Ebd., S. 24f.

3| Papst Benedikt XVI.: *Enzyklika Caritas in Veritate*, 67 (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 186, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz), Bonn 2009.

4| Hans Küng et al.: *Globales Wirtschaftsethos*, siehe <http://www.globaleconomicethic.org>.

5| Peter L. Berger: *Pluralistische Angebote: Kirche auf dem Markt*, in: Synode der EKD, *Leben im Angebot*, Gütersloh 1994, S. 40.

- 6| Vgl. Joachim Fetzer: *Verhalten und Verhältnisse. Christliche Traditionen in ökonomischen Institutionen*, in: Nutzinger, Hans G. (Hrsg.): *Christliche, jüdische und islamische Wirtschaftsethik*, Marburg 2003, S. 45-104.
- 7| Zum Beispiel Max Weber: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 1920* und Michael Novak: *Die Katholische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, Trier 1996.
- 8| Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen: *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft*, Gütersloh 1994.
- 9| *EKD-Denkschrift, Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*, Gütersloh 2008, Leitgedanke 2, S. 12.
- 10| So die zentrale These von Karl Homann.
- 11| Vgl. Johannes Hackmann, *Konkurrenz und Nächstenliebe*, in: *ORDO*, Bd. 45, Stuttgart 1994, S. 271.
- 12| So das 1997 erscheinende gemeinsame Wort von EKD und DBK „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.“, dort Nr. 27. In diesem Sinne auch die *EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“* von 2006. Der Untertitel lässt sich auch einfach als „Subsidiarität und Solidarität“ lesen.
- 13| So formuliert in Bernhard Vogel (Hrsg.): *Im Zentrum: Menschenwürde, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2006*.
- 14| Vgl. Joachim Fetzer: *Subsidiarität durch solidarisches Bürgergeld*, in: Michael Borchard: *Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee*, Stuttgart 2007, 163-188.

IV. WOHLSTAND UND NACHHALTIGKEIT: DER WEG AUS DER KRISE

WAS DER MENSCH WIRKLICH BRAUCHT

RELIGION UND WERTE ALS GRUNDLAGE POLITISCHEN HANDELNS

Wolfgang Schäuble

Neue Straßen oder neue Schulen, soziale Erleichterungen für Geringverdiener oder mehr Unterstützung für Familien, eine umweltpolitische Initiative oder die Förderung von Spitzenforschung: Politiker werden regelmäßig mit Forderungen konfrontiert, was die Gesellschaft brauche. Meistens kosten diese Forderungen den Staat, den Steuerzahler, Geld, das für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung steht. Gerade wenn die Anliegen grundsätzlich berechtigt sind, ist es für verantwortungsvolle Politiker, insbesondere verantwortungsvolle Finanzpolitiker, nicht immer einfach, zu entscheiden. Denn nicht nur die Einnahmen des Staates sind begrenzt. Auch die Ansichten darüber, was wir nun wirklich brauchen, gehen weit auseinander. Davon zeugen Diskussionen in den Medien ebenso wie Debatten im Bundestag. In einer pluralistischen Gesellschaft unterscheiden sich die Auffassungen darüber, was für das Gemeinwesen unabdingbar ist, beinahe zwangsläufig. Es gehört zu den wichtigen Merkmalen der Demokratie, dass die notwendigen Auseinandersetzungen und gelegentlich auch der Streit über diese Fragen für die Öffentlichkeit transparent ausgetragen werden – in den Medien und natürlich im Parlament, wo die Vertreter verschiedener Parteien grundsätzliche Optionen und Ansätze zur Geltung bringen.

Hinter diesen öffentlichen Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit stehen Vorstellungen, wie unsere Gesellschaft aussehen sollte, stehen die grundlegenden Fragen nach dem, was uns wie wichtig ist, was wir wirklich brauchen. Auf diese Fragen gibt es keine einfachen, keine leichten Antworten. Nach meiner Erfahrung lassen sich auch aus dem christlichen Glauben nur selten fertige Antworten auf gesellschaftliche Fragen ableiten. Der christliche Glaube ist keine „Wundertüte“, aus der sich jederzeit Komplettlösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zaubern lassen.

Trotzdem brauchen wir Religion, weil religiöse Werte für unser individuelles und gemeinschaftliches Leben von Bedeutung sind und uns Orientierung geben. Werte sind nicht nur Beigaben, für die wir uns interessieren, wenn alle anderen Probleme schon gelöst sind, sondern sie sind das Fundament, auf dem alle konkreten – und durchaus wichtigen – Einzelentscheidungen erst ihren Sinn erhalten. Sie bieten unserer Existenz die Wurzeln, die uns vor einem unsteten und prinzipienlosen Leben bewahren. Sie sind, in einer Formulierung des kanadischen Philosophen Charles Taylor, eine wichtige „Quelle des Selbst“. Sie geben uns gewissermaßen die Bodenhaftung, die wir gerade dann nicht verlieren dürfen, wenn wir als einzelne und als Gesellschaft hoch hinaus wollen.

Versteht man Religion und Glaube in dieser Weise, dann nimmt ihre Bedeutung in einer Welt, die national und global immer komplexer strukturiert ist, nicht ab, sondern eher zu. Die Globalisierung, also die zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtungen, hat Auswirkungen auf unseren gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhalt, die immer stärker sichtbar werden. Alte Gewissheiten verlieren ihre Glaubwürdigkeit, alte Grenzen verschwinden. Auch wenn wir – gerade in Deutschland – dem nicht nachtrauern sollten, so sehen wir doch auch, dass der Verlust ideologischer Gewissheiten für einzelne wie für die Gesellschaft insgesamt oft mit großer Verunsicherung einhergeht, mit dem Zweifel daran, was eigentlich überhaupt noch richtig und gültig ist.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat – bei all ihren komplexen Ursachen und Auswirkungen – deutlich gemacht, wie sehr sich unsere westlichen Gesellschaften gerade in den drei letzten Jahrzehnten von der Gier nach einer Steigerung des rein materiellen Besitzes haben leiten lassen, häufig und fast zwangsläufig um den Preis des Verlustes der Beziehung zu Gott und den Mitmenschen.

Dabei ist für sich genommen nichts gegen das Beziehen hoher Einkommen einzuwenden; aber wenn die Maximierung der Bezüge ein Eigenleben annimmt, wenn die Vergabe von Krediten zum Selbstzweck wird und Banken wie Anleger in ihrer Gier nach immer höheren Renditen in fragwürdige Geschäfte investieren, dann kommt es zu Krisen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen – übrigens auch und gerade auf die legitimatorischen Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – wir nun alle zu tragen haben.

Welche Orientierungshilfe kann da Religion, kann der christliche Glaube geben? Grundlegend für unseren Glauben ist der Bezug auf Gott. Dabei kommt es aus meiner Sicht entscheidend darauf an, dass wir Menschen wissen, dass wir mit unserem eigenen Leben und Tun in der Verantwortung vor einer Autorität stehen, die wir nicht selbst eingesetzt haben. Da ist etwas, das von uns nicht gemacht, aber von uns zu respektieren ist. Wir beziehen uns auf ein Wesen, das größer ist als wir selbst. Dass bedeutet auch, dass es bei allem, was wir wollen und tun, nicht nur um uns selbst geht. Diese Einsicht hat weit reichende Folgen für politisches und gesellschaftliches Handeln. Der Bezug auf Gott nötigt uns dazu, unsere eigenen Grenzen zu bedenken und zu respektieren. Wissen um Unverfügbares ist eine wichtige Vorkehrung gegen technokratischen Machbarkeitswahn und Allmachtsfantasien der wirtschaftlich und politisch Mächtigen.

Ein christlicher Bezug auf Gott hat zudem unmittelbare Folgen für unser Menschenbild. Unsere Verantwortung vor Gott ist nie losgelöst von unserer Verantwortung für den Mitmenschen. Das Doppelgebot der Liebe, das uns im Neuen Testament auf Grundlage der jüdischen Überlieferung als Zusammenfassung aller religiösen Gebote aufgegeben wird, verbindet nicht zufällig die Liebe zu Gott mit der Liebe zum Nächsten. Beides, der Respekt vor Gott, der uns an unsere Grenzen erinnert, und die Achtung für die unbedingte Würde des Menschen, sind für mich grundlegende Elemente des christlichen Glaubens, die helfen, politisches Handeln zu orientieren und auch ökonomische Exzesse zu begrenzen.

Wir Christen sind nicht naiv und wissen, dass der Mensch ein zwiespältiges Wesen ist, bei dem Größe und Anmaßung immer zwei Seiten derselben Medaille sind. Es gehört zu unserem Wesen, dass uns Grenzen gesetzt sind, aber wir neigen dazu, diese Grenzen zu ignorieren und zu versuchen, sie zu überschreiten.

Im politischen Tagesgeschäft, das oft durch den kurzatmigen Rhythmus von Medienzyklen und Wahlkämpfen, von dem Druck durch Meinungsumfragen und durch taktische Erwägungen bestimmt ist, ist es oft nicht leicht, die Grenzen wie die Beschränkungen des Menschen im Blick zu behalten. Gerade deshalb sind aus meiner Sicht Religion und Glauben in der Welt von heute von so großer Bedeutung. Denn der christliche Glaube, sein Gottes-, Welt- und Menschenbild, bietet angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wichtige Orientierungen. Es ist notwendiger denn je, dass wir Christen uns aktiv, aber ohne moralischen Dünkel, an der Diskussion politischer und ökonomischer Fragen, in den Parteien und Vereinen, auch im eigenen Unternehmen, beteiligen und uns um verantwortliche Antworten bemühen.

POLITIK IST GELEBTE ZUKUNFTS- VERANTWORTUNG!

Norbert Röttgen

Für den Soziologen Ulrich Beck steht das Projekt der Moderne für den menschlichen Versuch, Raum und Zeit zu komprimieren. Man könnte hinzufügen, dass moderne Gesellschaften dazu neigen, zunehmend auch Inhalte zu komprimieren. So gesehen ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch erste Meldungen über kolossale Schieflagen auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt im Sommer 2007, ein durch und durch modernes Phänomen. Zwar hat die mediale Wucht der Ereignisse im Laufe der Zeit etwas abgenommen, doch die Krise ist nach wie vor als Begründung für Politik und politisches Handeln allgegenwärtig und scheinbar alternativlos.

Nach den Turbulenzen im Zusammenhang mit der Insolvenz der Bank Lehman Brothers habe ich im Oktober 2008 vor dem Deutschen Bundestag von der Finanz- und Wirtschaftskrise als einer elementaren Vertrauens- und Verantwortungskrise gesprochen. Wie können wir legitimieren, dass Staaten in aller Welt durch vielfältige Maßnahmen tief in das nationale und internationale Wirtschaftsgeschehen eingreifen und dabei substantielle Risiken eingehen und zugleich enorme Belastungen für zukünftige Generationen in Kauf nehmen? In meiner damaligen Rede habe ich den Jesuiten Friedhelm Hengsbach zitiert, um den teilweise

öffentlichen Charakter von Finanzmärkten hervorzuheben. Mit anderen Worten: Die Stabilität und die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut und der Staat beziehungsweise die Politik stehen in der Pflicht, dieses öffentliche Gut und das eng damit verbundene Gemeinwohl unter allen Umständen und gegen alle Gefahren zu schützen.

Das Leitwort des diesjährigen ökumenischen Kirchentages lautet „Damit ihr Hoffnung habt“. Aufbauend auf dieser Hoffnung und dem Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten lässt sich aus meiner Sicht nach knapp drei Jahren Dauerkrise ein anderes weitergehendes Politikverständnis entwickeln. Ein Verständnis, das Politik nicht mehr nur als Abwehrkampf versteht, um Schlimmeres zu verhüten, sondern vielmehr als konstruktive, gemeinsam wahrgenommene und gelebte Zukunftsverantwortung.

WAS HABEN WIR EIGENTLICH AUS DER KRISE GELERNT?

Die Krise hat viele vermeintliche Gewissheiten in Frage gestellt. Im Rückblick wird klar, dass es auch die eine oder andere warnende Stimme gegeben hat. Doch es ist müßig, über die Fehler der Vergangenheit zu diskutieren, ohne darüber nachzudenken, was wir aus diesen Fehlern für unser zukünftiges Handeln lernen können. Die nachfolgenden Thesen sind mögliche Ansatzpunkte für eine Neubewertung beziehungsweise Neuorientierung unserer Politik, also unserem Weg aus der Krise.

Gewinnmotiv hat seine Unschuld verloren

Das Streben nach persönlichem Gewinn ist eines der Fundamente unserer Wirtschaftsordnung. Allerdings hat sich in der Krise auch gezeigt, dass dieses Streben eine dunkle Seite haben kann. Wenn Bankberater mit starrem Blick auf ihre eigenen Provisionen ihren Kunden bestimmte Finanzprodukte verkaufen, die überhaupt nicht zum Risikoprofil des jeweiligen Kunden passen, dann verkehrt sich die positive Kraft des Gewinnstrebens ins Negative. In der Krise haben viele Akteure zudem die Erfahrung gemacht, dass das eigene moralische Handeln ganz schnell zum Nachteil werden kann. Getreu dem Motto: „Wenn ich es nicht mache, dann macht es eben ein anderer“, wurde die eigene Ethik zum handfesten Wettbewerbsnachteil.

Kurzfristige Effizienz keine Garantie für nachhaltigen Erfolg

Die zunehmende Ausrichtung von Unternehmensentscheidungen auf den Shareholder Value fand ihren Niederschlag unter anderem in der Verknüpfung von Gehältern und Aktienkursen. Doch was der Theorie nach zu einem langfristig stabilen Unternehmenserfolg führen sollte, hat sich in der Praxis so nicht bestätigt. Stattdessen war die Krise von einer beispiellosen Kurzfristigkeit und Kurzsichtigkeit vieler Beteiligter geprägt. Fehlendes Risikobewusstsein hat zu einem System geführt, das Außenstehenden mitunter nicht mehr vermittelbar ist. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass es ausgerechnet die Finanzmärkte waren, denen Staaten in aller Welt zu Hilfe eilen mussten. Denn sie galten jahrzehntelang als *das* Musterbeispiel für einen effizienten Markt, in dem alle verfügbaren Informationen und Risiken verarbeitet werden. Im Rückblick hat sich dieser Glaube an die eigene Einzigartigkeit und Unersetzbarkeit als eine der größten Schwachstellen erwiesen.

Forderung nach immer höheren Renditen und Wachstumsraten zu einseitig

Vom menschlichen Streben nach Gewinn war schon die Rede. Gleichzeitig ertönt in regelmäßigen Abständen der Ruf nach immer höheren Kapitalrenditen und Wachstumsraten – auch seitens der Politik. Doch auch wenn Kapitalrenditen auf lange Sicht höher liegen können als gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten, so sind Renditen von zwanzig Prozent und mehr nur zu erzielen, wenn man sehr hohe Risiken eingeht. Zum Vergleich: Entwickelte Volkswirtschaften haben ein langfristiges, so genanntes Potenzialwachstum von einem bis drei Prozent. In manchen Fällen handelt es sich also eher um unkalkulierbare Wetten auf die Zukunft als um seriöse Investitionsentscheidungen. Jedenfalls sind die Zeiten eines Wachstums um des Wachstums willen unwiederbringlich vorbei.

Wir befinden uns demnach in einer tiefen Umbruchphase, in der unsere bisherigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und nicht zuletzt ökologischen Vorstellungen auf eine harte Bewährungsprobe gestellt werden. Wie könnte unser Weg aus der Krise in eine hoffentlich lebenswerte und nachhaltige Zukunft aussehen?

DIE GRUNDLAGEN FÜR NEUEN WOHLSTAND UND NACHHALTIGKEIT

Ein viel diskutierter Bestseller der vergangenen Jahre war Gabor Steingarts *Weltkrieg um Wohlstand – Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*. Auf mehreren hundert Seiten errichtet der Autor eine eindrucksvolle Drohkulisse. Das Fazit lautet, dass der Westen sich mit gleichen (kriegerischen) Mitteln wehren müsse, um sein Scheitern zu verhindern. Einen etwas anderen Weg zeigt dagegen Jan Roß in seinem Buch *Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Weltherrschaft* auf. Aus seiner Sicht entscheidet sich unser zukünftiger Wohlstand nicht so sehr auf der Ebene der Nationalstaaten oder Regierungen, sondern auf der Ebene der Bürger. Denn der autoritäre Staatskapitalismus in Ländern wie Russland oder China könne als Alternative zur westlich geprägten Demokratie den Westen strategisch und wirtschaftlich gehörig in die Enge treiben, doch gleichzeitig fehle ihm etwas ganz Grundlegendes: Er habe keine Ordnung zu bieten, in der die Bedürfnisse und die Lebenschancen des Einzelnen im Mittelpunkt stehen.

Weder Wohlstand noch Fortschritt einer Gesellschaft lassen sich verordnen. In den Marktwirtschaften des Westens, Deutschlands sozial-ökologische Marktwirtschaft ausdrücklich mit eingeschlossen, steht folgerichtig immer das Schicksal und die Entwicklung des Einzelnen im Mittelpunkt mehrheitsfähiger gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Ziele. Die Umweltpolitik hat früher als andere Politikfelder die Notwendigkeit erkannt, dass wir bei der Lösung aktueller Probleme auf einen Wandel unserer politischen Kultur und Handlungsperspektive angewiesen sind.

Gelebte Zukunftsverantwortung

Eine saubere Umwelt als geradezu klassisches öffentliches Gut ist ohne ein konstituierendes normatives Element überhaupt nicht denkbar. Deshalb kann es nicht weiter überraschen, dass beide Kirchen bei der Entstehung der Umweltbewegung in Deutschland, aber auch in anderen Ländern und Regionen, eine so tragende und prominente Rolle gespielt haben. Dieses normative Element begegnet uns heutzutage etwa im Rahmen der Klimaschutzverhandlungen, wenn es um Fragen der Gerechtigkeit, der Schuld und der internationalen Solidarität geht. Ausgehend von einem modernen Ökologiebegriff, der die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt thematisiert, muss unsere Politik

den Anspruch haben, ökonomische Funktionalität, moralisches Urteil und ökologisches (Ge)Wissen miteinander in Beziehung zu setzen. Wie gelebte Zukunftsverantwortung in der Praxis aussehen kann, belegen eindrucksvoll über 1000 gemeinsame Energie- und Klimaprojekte der deutschen Kirchen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. „Die Menschheit hat nur Zukunft, wenn die Schöpfung Zukunft hat“, so der Tenor einer Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz zur Umwelt- und Energiepolitik aus dem Jahre 1980. Präziser kann man die ethischen, die christlichen Grundlagen von Nachhaltigkeit nicht zusammenfassen.

Blick auf langfristige Effizienzen

Die Umweltpolitik ist gekennzeichnet durch komplexe Abwägungs- und Verhandlungsprozesse zwischen kurzfristigen Nutzungsinteressen und langfristigen systemischen Dimensionen. Themen wie beispielsweise Artenvielfalt – 2010 ist das Internationale Jahr der Biodiversität – oder Klimawandel weiten ganz automatisch den zeitlichen Betrachtungshorizont aller Beteiligten. Im Zentrum umweltpolitischer Debatten stehen schon lange nicht mehr voneinander entkoppelte Einzelinteressen, sondern die Widerstands- und Überlebensfähigkeit eines Systems als Ganzes. Dieser geübte Blick auf systemische Risiken und Chancen weist der Umweltpolitik eine Schlüsselrolle beim Aufbau neuer zukunftsgerichteter politischer Strukturen zu. Das Überdenken unserer Lebens- und Wirtschaftsweise ist ein Langfristprojekt, das sich im Einzelfall ganz bewusst (zu) kurzfristigen Effizienzüberlegungen entzieht. Deshalb sollten wir keine unnötigen Widersprüche zwischen technologischer und ökonomischer Effizienz einerseits und einer möglichst breiten Diskussions- und Teilhabekultur andererseits konstruieren. Stattdessen ist und bleibt demokratische Mitwirkung ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Nachhaltigkeitsstrategie.

Neues Verständnis von Wachstums- und Fortschrittsprozessen

Wie können wir Wachstum, Fortschritt und Wohlfahrt jenseits des Bruttoinlandsprodukts (BIP) messen? Das Bundesumweltamt hat im Februar 2010 einen richtungweisenden Forschungsbericht vorgelegt, in dem ein alternativer Nationaler Wohlfahrtsindex vorgestellt wird. Die Bandbreite der vorgeschlagenen Indikatoren reicht von den öffentlichen Ausgaben für das Gesundheits- und das Bildungswesen bis hin zu den Kosten für

Alkohol- und Drogenmissbrauch und den gesellschaftlichen Ausgaben zur Kompensation von Umweltschäden. Die Botschaft ist klar: Wir brauchen auch weiterhin eine wachstumsorientierte Politik, aber gleichzeitig brauchen wir ein neues tiefergehendes Verständnis von Wachstum, Fortschritt und Wohlfahrt. Dabei sollte sich die Entkopplung unseres Wachstums vom Energie- und Ressourcenverbrauch auch in unserem Verständnis von Wachstumsprozessen widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die Anfänge der Ökonomie als Wissenschaft, als Wachstum oftmals mit der Metapher eines wachsenden Baumes beschrieben wurde, der viele starke und schwache Äste hat, dessen Blätter ihre Farbe wechseln und der sich vor allem im Einklang mit seiner Umwelt entwickelt.

CHRIST SEIN IN DER GESELLSCHAFT – CHRIST SEIN FÜR DIE GESELLSCHAFT

Ein paar Worte zur Nachhaltigkeit von Politik insgesamt, denn die Kriseninszenierung verleitet mitunter dazu, die Rolle und den Einfluss von Politik und Politikern zu überzeichnen, positiv wie negativ. Krise, das steht für Entscheidungsfindung unter existentiellen Zeitdruck, hohe Unsicherheiten und manchmal auch für Atemlosigkeit und regelrechte Schockstarre. Dieses Bild begünstigt seinerseits das Entstehen eines geradezu heroischen Politik- beziehungsweise Politikerverständnisses. Trotz aller verständlichen Sehnsucht nach der persönlichen Dimension von Politik ist es nur in ganz seltenen Fällen eine Einzelperson, die eine Krise erfolgreich bewältigt. In aller Regel braucht es die kontinuierliche und geduldige Arbeit von vielen auf allen Ebenen einer Gesellschaft, um Veränderungsprozesse anzunehmen und erfolgreich zu prägen. Ganz allgemein gesprochen muss Politik in Zukunft trotz der anfangs erwähnten Allgegenwärtigkeit der Krise auch wieder ohne Krise begründbar sein.

In der Hektik des Alltags fällt es schwer, den Überblick darüber zu behalten, was wirklich in der Krise ist und was nicht. Persönliche Verbindlichkeit, wertgebundenes Handeln und das, was der Philosoph Rüdiger Safranski einmal mit dem Begriff der „emphatischen Ortsfestigkeit“ des Menschen umschrieben hat, sind es gewiss nicht. Ganz im Gegenteil.

Dabei beziehe ich meine eigene Verbindlichkeit sowohl mir selbst als auch meinen Mitmenschen gegenüber aus einer Reihe von Grundüberzeugungen. Zum einen erfahre ich Christ sein als eine transformatorische Kraft, die den Ausgleich zwischen Veränderung und Bewahrung sucht. Eine Kraft, bei der es in erster Linie um den Erhalt und das Erleben von gemeinsamen Überzeugungen, Normen und Werten geht und nicht so sehr um das Durchsetzen eigener Ziele oder der eigenen Person. Darüber hinaus ist Christ sein für mich eine ausgesprochen kontinuierliche Kraft. Christ zu sein bedeutet eine nachhaltige innerliche Bereicherung. Was nicht heißen soll, dass es nicht auch mal Phasen der Unzufriedenheit und des In-Frage-Stellens gibt. Die gibt es immer wieder, doch sie sind integraler Bestandteil eines persönlichen Entwicklungs- und Reifeprozesses als Sohn, als Ehemann, als Familienvater, als Freund und nicht zuletzt auch als Mitglied der christlichen Gemeinschaft. Schließlich erlebe ich Christ sein als eine stille Kraft. Obwohl Veranstaltungen wie beispielsweise die Kirchentage zehntausende Menschen zusammenbringen und begeistern, so wirkt Christ sein zunächst bei jedem einzelnen von uns in aller Stille und auf eine bedächtige individuelle Art und Weise.

Über die Krise, ihren Ursprung, ihre Entwicklung und ihre Konsequenzen ist in den vergangenen Monaten vieles geschrieben und gesagt worden. Ich bin überzeugt, dass mittlerweile der Zeitpunkt gekommen ist, unser Augenmerk wieder stärker auf unseren gemeinsamen Weg und die mögliche Zukunft unserer Gesellschaft zu richten – mit der Verantwortung und zugleich mit der Hoffnung als Christ für und in dieser Gesellschaft.

GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN DER KIRCHE

Johannes Friedrich

„Damit ihr Hoffnung habt.“ Unter diesem aus 1. Petrus 1, Vers 3 entnommenen Motto steht der Ökumenische Kirchentag 2010 in München. Hoffnung gehört untrennbar zum Menschen dazu. Ohne Hoffnung gäbe es keine Perspektiven, Visionen und höhere Zielvorstellungen. „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, heißt es in einem Sprichwort. Damit wird ausgedrückt, wie elementar die Hoffnung unser Menschsein begleitet.

Doch fällt es nicht immer ganz leicht diese Hoffnung angesichts von Wirtschaftskrisen, Kriegen, internationalem Terrorismus und Bedrohungen aufrecht zu erhalten. Was sagen die Kirchen zu diesen und anderen Problemen unserer Gesellschaft? Was bedeutet die Haltung der Kirchen für den einzelnen Christen? Auf diese und vergleichbare Fragen will ich hier eingehen.

Die Gesellschaft und ihre Werte befinden sich in einem steten Wandel: Die Probleme werden immer komplexer und die Zusammenhänge immer undurchschaubarer. In einem solchen Umfeld wird häufig der Ruf nach Werten und nach den Kirchen als Stifterinnen von Werten laut. Doch das kommt den Kirchen nicht zu. Es ist vielmehr ihr Auftrag, anhand der biblischen Botschaft die Werte der Gesellschaft

zu interpretieren und kritisch zu prüfen. Herausnehmen aus dem gesellschaftlichen Diskurs können sie sich nicht. Christen haben teil an der Sendung der Jünger. Das besagt, dass die Kirche und dass die Christen in die Welt gesandt sind, um in ihr Verantwortung zu übernehmen. So heißt es zutreffend in der EKD-Denkschrift *Das rechte Wort zur rechten Zeit* (Nr. 10, S.19): „Um Gottes und der Menschen willen nehmen Christenmenschen Verantwortung für die Welt wahr: Im Licht ihrer Gottesbeziehung befragen und gestalten sie die Wirklichkeit [...] Sie erkennen in der Welt – [...] trotz der Realität der Sünde und des Bösen – Gottes gute Schöpfung... für die der Mensch als Gottes Ebenbild besondere Verantwortung trägt.“

Luthers Erklärung zum Ersten Glaubensartikel im Kleinen Katechismus hält die Christen an, für die Welt und ihre Gaben dankbar zu sein. Dies bestimmt auch das Verhältnis des christlichen Glaubens zur Gesellschaft. Nur weil die Kirchen diese Welt schätzen und Hoffnung für sie haben, können sie ihr ein kritisches Gegenüber sein. Ziel ist eine Gesellschaft, die friedlich zusammenlebt, in der das Böse und die Bösen keine definitive Macht haben, so dass die Werte, die das Reich Gottes kennzeichnen, ein Stück vorweg ihre Geltung entwickeln können.

Lutherische Theologie hat seit der Reformation versucht, den mittelalterlichen Dualismus von Kirche als Bereich Gottes und Welt als Bereich der Gottesferne zu überwinden. Deshalb weist Martin Luther in seiner Schrift *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam schuldig sei* (1523) dem Staat eine eigene Würde zu. Im Raum der *Kirche* erfährt der Mensch, dass er vor Gott gerecht ist aus Gnade durch den Glauben wegen Jesus Christus. Dieses Evangelium auszurichten und in Wort und Sakrament erfahrbar zu machen, das ist die Aufgabe der Kirche. Dem *Staat* kommt zu, für Recht zu sorgen, Frieden zu schaffen und dem Bösen zu wehren. Der Christ soll in beiden Bereichen engagiert sein: als Staatsbürger und als Bürger des Reiches Gottes. Der Staat verdient zunächst Vertrauen, dass er das Rechte tut, um Frieden zu schaffen, dem Bösen zu wehren und für die Wohlfahrt seiner Bürger zu sorgen. Dafür hat er als Grund- und Sittengesetz die Zehn Gebote sowie praktische Vernunft. Der Christ als Staatsbürger muss prüfen, ob der Staat dieser seiner Verantwortung vor Gott gerecht wird und ob konkret die Maßnahmen und Mittel diesen Zielen dienen. Weil sich Gott für den Menschen engagiert, haben Christen in der Nachfolge ihres Herrn kein anderes Ziel als das Engagement für den Menschen.

Die Rolle der Kirchen ist dabei, den Christen die Gewissen zu schärfen. Unter dieser Voraussetzung lassen Sie mich zu zwei konkreten Herausforderungen Stellung nehmen.

In einer Welt von Menschen, die ihrem Wesen nach Sünder sind, kann man nicht erwarten, dass hier von Natur aus eine Kultur der Barmherzigkeit herrscht. Im Gegenteil, die Starken werden stets eine Front gegenüber den Schwachen bilden, die Reichen gegenüber den Armen, die Erfolgreichen gegenüber den Verlierern. Besonders schwach ist dabei jenes Leben, das seine Rechte noch nicht oder nicht mehr selbst ins Spiel bringen kann, also das werdende ungeborene und das sterbende. Darum ist es Aufgabe der Christen, sich zu Anwälten für den Schutz des werdenden und des sterbenden oder auch des behinderten Lebens zu machen.

Im Bereich des werdenden Lebens ist über das ethische Problem des Schwangerschaftsabbruchs zu sprechen. Dieser Fall zeigt, dass Kirchen bei gleichem Ziel unterschiedliche Wege gehen können. Das Ziel haben evangelische Kirchen und römisch-katholische Kirche gemeinsam erklärt. Uns allen geht es darum, Leben zu retten.

Nach evangelischer Überzeugung aber gelingt das am besten, wenn wir im System der gesetzlichen Beratung bleiben, damit wir den Frauen zur Seite stehen können, die in die Beratung kommen. (Nur) so können sich Wege finden lassen, sich im Konfliktfall für das Leben des Kindes zu entscheiden.

Wer werdendes Leben abtreiben will, wird heute immer einen Weg finden. Aber wenn durch die Schwangerenkonfliktberatung in all den Jahren nur ein einziges Leben gerettet worden wäre, wäre das bereits ein Erfolg, der sich gelohnt hätte. Ich weiß aber definitiv, dass durch die Beratung hunderte von Kindern gerettet wurden.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Problematik der Spätabtreibungen. Nach geltender Rechtslage können Schwangerschaftsabbrüche auch nach der 12. Schwangerschaftswoche straffrei bleiben, sofern eine medizinische oder kriminologische Indikation vorliegt. Medizinische Indikation heißt: Die Fortsetzung der Schwangerschaft würde die Gesundheit der schwangeren Frau gefährden. De facto wird es aber so angewandt, dass viele Abtreibungen erfolgen, nur weil die Pränatal-

diagnostik ergibt, dass das Kind im Mutterleib möglicherweise oder tatsächlich behindert oder krank ist.

Erfahrungsberichte zeigen, dass Frauen dabei oft in eine sehr bedrängende Situation unter größtem Zeitdruck geraten. Kaum liegt der Befund vor, wird ihnen eine rasche Entscheidung über die Abtreibung nahegelegt. In den meisten Fällen ohne eingehende Beratung, ohne Kenntnisse darüber, dass der Befund auch unzutreffend sein könnte, ohne Kenntnisse dessen, was es heißt, für ein behindertes Kind Verantwortung wahrzunehmen, ohne Kenntnisse auch davon, dass es vielfältige Hilfen gibt, – und betroffene Mütter und Väter, die ihr behindertes Kind über alles lieben und als großes Geschenk erleben.

Während der Herbsttagung der Landessynode 2008 haben die kirchleitenden Organe unserer Landeskirche die gemeinsame Stellungnahme „Ja zum Leben“ verabschiedet. Es ist ein sehr differenziertes Wort. Kurz gefasst forderten wir zwei rechtliche Ergänzungen. Erstens: Ein Schwangerschaftsspätabbruch sollte in Zukunft nicht ohne intensive Beratung möglich sein und zwar sowohl durch den Arzt als auch durch eine anerkannte Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle. Und zweitens: Nach der Mitteilung des pränataldiagnostischen Befundes ist eine obligatorische Mindestbedenkzeit von drei Tagen einzuhalten. Mit beiden Forderungen wollten wir dem skandalösen Umstand entgegenwirken, dass sich Frauen völlig überhastet und unaufgeklärt genötigt fühlen, innerhalb weniger Stunden einer Abtreibung zuzustimmen. Ich füge hinzu: Es ist und bleibt eine Gewissensentscheidung der Frau, ob sie es für sich als völlig unzumutbar empfindet, ein Kind mit Behinderung zur Welt zu bringen. Niemand kann diese Gewissensentscheidung abnehmen. Aber die Gesellschaft kann und muss dafür Sorge tragen, dass einer Frau alle Chancen eröffnet werden, sich für das Kind zu entscheiden. Dazu gehören auch optimale Hilfen in der Betreuung, in integrierten Kindertagesstätten und Schulen, in Ausbildung und am Arbeitsplatz.

An dieser Stelle ist dem Einsatz der christlichen Politikerinnen und Politiker über Parteigrenzen hinweg zu danken. Die Bundestagsdebatte vom 13. Mai 2009 hat gezeigt, wie verantwortungsvoll sie sich die Forderungen der Kirchen zu eigen gemacht haben, so dass im geänderten Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 26. August 2009 große Fortschritte zum Wohl der Kinder und ihrer Eltern und so zur Humanität der Gesellschaft erzielt werden konnten.

Ein weiteres wichtiges ethisches Thema ist das Thema „Sterben in Würde“. Für nicht wenige Menschen in unserem Land ist damit das vermeintliche Recht gemeint, über sein eigenes Leben zu verfügen.

Mir ist es sehr wichtig, ganz entschieden dem irreführenden Begriff der sogenannten „aktiven Sterbehilfe“ zu widersprechen. In Wahrheit ist damit ja entweder die Tötung auf Verlangen gemeint oder der assistierte Suizid. Tötung oder Selbsttötung ist aber keine Hilfe, sondern Ergebnis fehlender Hilfe und Ausdruck von Ausweglosigkeit. Ich werbe sehr dafür, überall, wo von „aktiver Sterbehilfe“ gesprochen wird, deutlich darauf hinzuweisen, dass Tötung gemeint ist. Einer rechtlichen Freigabe und Tötungserlaubnis aber dürfen wir Christen niemals zustimmen. Es ist aufschlussreich, dass die Anhängerschar solcher Verfahren mit zunehmendem Lebensalter zahlenmäßig geringer wird. Dies zeigt: Unsere Gesellschaft verlernt, mit dem Sterben zu leben. Da wir alle auf die Vermeidung von Leid aus sind, können wir Leiden und Leid anderer immer weniger mit ansehen. Wir weichen ihm aus, ob es uns selbst oder andere betrifft. So halten viele ihre Befürwortung der Tötung auf Verlangen oder des assistierten Suizids für Barmherzigkeit. Sie bemerken nicht, dass sie eigentlich egoistische Motive haben und damit über anderes Leben entscheiden. Tod und Sterben, Krankheit und Behinderung gehören zum Leben wie das Verfehlen einer Prüfung oder der Bruch einer Freundschaft. Wir müssen lernen, mit Krisen zu rechnen, und deren äußerste ist der Tod.

Dabei verkenne ich nicht, wie schrecklich und nahezu unerträglich es sein kann, einen Verwandten leiden zu sehen. Aber selbst Jesus Christus blieb das Kreuz nicht erspart, warum sollte es uns anders gehen? Weil wir aber wissen, dass Christus sich der Kranken und Behinderten, der Verzweifelten und Enttäuschten, der Armen und der Menschen am Rande der Gesellschaft angenommen hat, wissen wir uns als Christen in der Nachfolge gerade zu ihnen gesandt. Weil sie Gott nicht egal sind, sind sie uns nicht egal. Nicht nur in unserem privaten Umfeld, sondern auch in unserem politischen Engagement. „Seid Ihr euch im klaren, dass Ihr mit Forderungen nach Tötungserlaubnis über das Leben anderer Menschen verfügen wollt?“ Das ist die kritische Frage der Kirchen an die Politik, und sie wird sehr wohl gehört.

An diesen beiden Beispielen, die sich mit Fragen nach Anfang und Ende des Lebens beschäftigen, soll deutlich werden, wie Kirche dazu aufgefordert ist, Position zu beziehen und sich in die Wertediskussionen aktiv einzubringen.

Unsere Gesellschaft braucht Orte der Werte- und Gewissensbildung, unsere Gesellschaft braucht Hoffnung. Dafür steht das gemeinsame Zeugnis und Engagement der Kirchen. Nicht um ihrer selbst willen und nicht als Rivalinnen des Staates, sondern als dessen Gewissen für mehr Menschlichkeit. Unsere Gesellschaft braucht dieses kritische Gegenüber, um nicht ihr „Humanum“ und damit nicht sich selbst zu verlieren. Und – auch wenn die Kirchen den Regierenden damit manchmal lästig fallen – sie sind sich sehr wohl ihrer wichtigen Aufgabe bewusst.

DAS „C“ IN DER POLITIK AUS UNTERNEHMERISCHER PERSPEKTIVE

Marie-Luise Dött

Christen, die sich „im Zeichen des ‚C‘“ politisch engagieren, finden Orientierungshilfe in der Christlichen Gesellschaftslehre. Das dürfte niemanden überraschen. Weniger bekannt ist, dass zentrale Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auf dieser Lehre beruhen, speziell auf der Katholischen Soziallehre mit ihrem realistischen Menschenbild.

Die Katholische Soziallehre geht davon aus, dass Gott dem Menschen die Fähigkeit mitgegeben hat, mit Hilfe seiner natürlichen Vernunft die Würde der menschlichen Person und die damit verbundenen „Baugesetze“ des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erkennen. Deshalb wenden sich die Sozialzykliken der Päpste auch nicht nur an gläubige Christen, sondern an „alle Menschen guten Willens“. Auch wer die biblische Gottebenbildlichkeit des Menschen nicht akzeptiert, kann die Grundsätze der Katholischen Soziallehre akzeptieren.

Nach dem obersten Grundsatz dieser Lehre muss der Mensch stets „Ursprung, Träger und Ziel“ aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein. Die Gesellschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Und für diese Gesellschaft formuliert die Soziallehre drei klassische Baugesetze, allen voran das *Subsidiaritätsprinzip*, das drei Dimensionen hat:

1. Die *subsidiäre Kompetenz*: Jede einzelne Person und kleinere gesellschaftliche Einheit (etwa Familien oder Unternehmen) hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, all das selbst zu tun, was in ihren Kräften steht.
2. Die *subsidiäre Assistenz*: Wenn sich die Kräfte in der kleinsten Ebene als zu schwach erweisen, soll die übergeordnete gesellschaftliche Ebene durch gezielte „Hilfe zur Selbsthilfe“ eingreifen, mit dem Ziel die eigene Leistungsfähigkeit zu stützen und nach Möglichkeit wieder voll herzustellen.
3. Die *subsidiäre Reduktion*: Wenn die Hilfe zur Selbsthilfe ihr Ziel erreicht hat, die „Subventionen“ also der Not gewehrt und eigene Regenerationskräfte angeregt haben, dann müssen sie wieder eingestellt werden.

Das *Solidaritätsprinzip* setzt bei der Ungleichheit an, die in jeder Gesellschaft vorhanden ist. Es verlangt, dass keiner, der sich nicht mehr zu helfen vermag, seinem Schicksal überlassen wird, so dass er ein Leben in Würde nicht mehr zu führen vermag. Welches Niveau hier angemessen ist, lässt sich nicht absolut festlegen, sondern muss immer neu justiert werden.

Drittes Baugesetz ist das *Gemeinwohlprinzip*. Es umfasst die Summe jener notwendigen Werte, Strukturen und Verhaltensweisen, die unabdingbar sind, damit eine Gesellschaft nicht auseinander fällt. Welche Strukturen und Institutionen dies sind, muss immer wieder neu verhandelt werden.

Die Krise unseres Sozialstaates hat ihre Ursache darin, dass wir vom Subsidiaritätsprinzip nur noch den zweiten Satz übrig gelassen, den ersten und vor allem den dritten aber vergessen haben. Die Expansion der sozialstaatlichen Umverteilungsmasse wurde mit einer enormen Ausweitung von Steuern, Abgaben und Staatsverschuldung finanziert.

Die langfristige Sicherung des Sozialstaats verlangt, das aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis von Solidarität und Subsidiarität neu zu vermessen. Alle sozialstaatlichen Leistungen müssen anhand folgender drei Maximen überprüft werden:

1. Welche bisherigen Sozialleistungen sind durch zumutbare Eigenleistungen zu ersetzen?
2. Welche Solidarleistungen sind um der Würde und der damit zusammenhängenden sozialen Rechte willen auch in Zukunft unverzichtbar?
3. Welche zusätzlichen Solidarleistungen sind – trotz der geringer gewordenen Gesamtverteilungsmasse – von der sozialen Gerechtigkeit gefordert?

DIE ZENTRALE ROLLE DES UNTERNEHMERS

Eine zentrale Rolle im Modell der Sozialen Marktwirtschaft und der Katholischen Soziallehre spielt die Person des Unternehmers, der die Freiheiten des Systems kreativ nutzt und damit den Wohlstand aller mehrt. Papst Johannes Paul II. hat diesen Unternehmer in der Enzyklika *Centesimus annus* gewürdigt: „Gerade die Fähigkeit, die Bedürfnisse der anderen Menschen und die Kombination der geeignetsten Produktionsfaktoren für ihre Befriedigung rechtzeitig zu erkennen, ist eine bedeutende Quelle des Reichtums in der modernen Gesellschaft. [...] (Es gilt) einen solchen Produktionsprozess zu organisieren, seinen Bestand zu planen, dafür zu sorgen, dass er, unter Übernahme der notwendigen Risiken, der Befriedigung der Bedürfnisse positiv entspricht. [...] Wesentlich zu dieser Arbeit [...] (gehört) die Bedeutung der wirtschaftlichen Initiative und des Unternehmertums“ (32).

An der Person des Unternehmers lässt sich eine zentrale Fehlentwicklung festmachen, die die aktuelle Wirtschaftskrise ausgelöst hat: der Mangel an Verantwortung. Für die Väter der Sozialen Marktwirtschaft war das Haftungsprinzip eines der konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung. Schließlich ist es eine alte Erkenntnis, dass wir Menschen mit unserem eigenen Geld viel vorsichtiger umgehen als mit dem anderer. Die Verbindung von Haftung und Eigentum ist idealtypisch in der Person des Eigentümer-Unternehmers manifestiert, der persönlich im Unternehmen mitarbeitet und zudem mit seinem Privatvermögen für dieses haftet.

Gegen dieses Ideal ist gleich zweifach verstoßen worden: Seit Jahren verfolgen wir mit Unmut Manager, die zwar hohe Gehälter beziehen, aber im Falle grober Fehler nicht etwa mit ihrem Eigentum haften sondern mit hohen Abfindungen das Unternehmen verlassen. Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) fordert schon seit langem eine Managerhaftung in Höhe eines Jahresgehaltes bei persönlich nachzuweisenden Fehlern. Inzwischen hat die Politik dies aufgegriffen und in ein Gesetz gegossen.

Der zweite Verstoß gegen das Prinzip der Verantwortung hat zur Bankenkrise geführt. Hier haben Banken ihre Immobilienkredite nicht mehr selbst verwaltet, sondern gebündelt weiterverkauft und damit die Verantwortung abgeschoben. Somit hatten sie auch kein Interesse mehr daran, die Schuldner sorgfältig auszusuchen.

Die Lösung für diese Probleme liegt auf der Hand: Wir müssen Entscheidung und Haftung wieder an einer Stelle verknüpfen.

Aus aktuellem Anlass muss ich noch eine weitere Gefahr erwähnen, die unserem System schon in den Jahren vor der Krise „von innen“ drohte: Ich meine die vielen Skandale um Schmiergeldzahlungen, Lustreisen von Betriebsräten oder Steuerhinterziehungen prominenter Wirtschaftsführer.

Das Problem sind nicht die volks- oder betriebswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Exzesse. Diese sind eher marginal. Sondern es geht darum, dass jeder neue Skandal die Zustimmung zu unserem Wirtschaftssystem untergräbt. Wie kann ich den sprichwörtlichen kleinen Leuten noch erklären, sie sollten den Gürtel enger schnallen und brav ihre Steuern zahlen, wenn jede Woche ein neuer Skandal auftaucht?

Dazu fällt mir eine Passage ein, die unser heutiger Papst im Jahr 1985 bei einem vom BKU mitorganisierten Symposium in Rom gehalten hat. „Die Marktregeln funktionieren nur dann, wenn ein moralischer Grundkonsens besteht und sie trägt“, sagte Joseph Kardinal Ratzinger damals.

DIE 10 GEBOTE FÜR UNTERNEHMER

Doch wie lässt sich solch ein Grundkonsens erneuern? Eine mögliche Antwort sind die biblischen Zehn Gebote, die seit Jahrtausenden eine einfache und anschauliche Leitlinie für ethisches Verhalten bieten. Der BKU hat diese Vorlage aufgegriffen und „Zehn Gebote für Unternehmer“ formuliert. Diese haben im Juli 2009 indirekt einen prominenten Fürsprecher bekommen: Papst Benedikt XVI., der in seiner Sozialenzyklika *Caritas in veritate* beschreibt, in welchem Geist die verantwortlichen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft handeln sollen, um das Gemeinwohl zu fördern. „Nur mit der vom Licht der Vernunft und des Glaubens erleuchteten Liebe ist es möglich, Entwicklungsziele zu erreichen, die einen menschlicheren und vermenschlichenderen Wert besitzen“ (9).

Und mit unseren Zehn Geboten versuchen wir, den einzelnen Akteuren in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik einfache Orientierungshilfen für die tägliche Arbeit an die Hand zu geben.

Der Papst stellt in der Enzyklika zunächst klar: „Die Kirche hat keine technischen Lösungen anzubieten und beansprucht keineswegs, sich in die staatlichen Belange einzumischen. Sie hat aber zu allen Zeiten und unter allen Gegebenheiten eine Sendung der Wahrheit zu erfüllen für eine Gesellschaft, die dem Menschen und seiner Würde und Berufung gerecht wird“ (9). Weiter formuliert er die Einsicht, „dass die Zustimmung zu den Werten des Christentums ein nicht nur nützliches, sondern ein unverzichtbares Element für den Aufbau einer guten Gesellschaft und einer echten ganzheitlichen Entwicklung des Menschen ist“ (4).

Damit meint der Papst die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, der nur in seiner Beziehung zu Gott seine wahre Bestimmung finden kann. Und er meint einen Menschen, der frei und solidarisch Verantwortung übernimmt. Ganz realistisch mahnt er aber an, „die Erbsünde auch bei der Interpretation der sozialen Gegebenheiten und beim Aufbau der Gesellschaft zu beachten: Zu übersehen, dass der Mensch eine verwundete, zum Bösen neigende Natur hat, führt zu schlimmen Irrtümern im Bereich der Erziehung, der Politik, des gesellschaftlichen Handelns und der Sittlichkeit“ (34).

Weiter erinnert er daran, dass jede wirtschaftliche Entscheidung eine moralische Konsequenz hat (37). Und er warnt davor, die Entwicklung allein der Technik zu überlassen, „denn auf diese Weise würde ihm die Orientierung fehlen“ (14).

Benedikt mahnt auch, das Wirtschaftsleben nicht auf Geschäftsdenken zu reduzieren. Der Einzelne dürfe sich nicht nur von egoistischen Interessen leiten lassen. Denn dann könnten sich auch an sich gute Mittel in schadenbringende verwandeln. „Daher muss sich der Appell nicht an das Mittel, sondern an den Menschen richten, an sein moralisches Gewissen und an seine persönliche und soziale Verantwortung“ (36).

Und genau hier passen unsere Zehn Gebote gut hinein, von denen ich stellvertretend drei vorstelle:

1. Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.

Spiele dich nicht als Herrgott auf und halte dich nicht für allwissend oder allmächtig. Höre auf dein Gewissen und auf deine Mitarbeiter. Sei kritisch dem Zeitgeist gegenüber und orientiere dich an bleibenden Werten.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein schrieb einmal: „An Gott glauben heißt sehen, dass das Leben einen Sinn hat.“ Gott ist nicht Gegenstand unserer Projektion oder Konstruktion, sondern Grundlage des Lebens, die Wirklichkeit, die allem Denken und Handeln vorausgeht und es trägt.

Diese Wirklichkeit, Reich Gottes genannt, ist eben keine politisch-ökonomische Größe. Und jeder Versuch, „den Himmel auf Erden“ herstellen zu wollen, hat (nach Karl R. Popper) stets die Hölle hervorgebracht. Dies haben die gottlosen ideologischen Konstrukte und totalitären Systeme des letzten Jahrhunderts deutlich genug bewiesen.

2. Gebot: Du sollst den Namen Gottes nicht verunehren.

Missbrauche Gott und die religiösen Symbole nicht zu Werbezwecken. Rede nicht von höchsten Werten, wenn du nicht danach handelst. Verstecke deine Geschäftsinteressen nicht hinter hohen moralischen Ansprüchen.

Auf die „Verunehrung“ des Göttlichen Namens treffen wir heute oft in der Werbung: Da kommt ein Mineralwasser aus der „Quelle des Lebens“, eine bestimmte Kosmetik schenkt „neues Leben“. „43 Millionen Menschen weltweit glauben an uns“, behauptet eine Versicherung. Ich denke, allein diese Beispiele beinhalten viele kritische Fragen zum zweiten Gebot.

7. Gebot: Du sollst nicht stehlen.

Achte das geistige und materielle Eigentum anderer. Spreche ihnen nicht die Möglichkeit ab, bessere Leistungen zu bringen. Lass dich nicht korrumpieren durch Vorteile, die nicht in deiner Leistung begründet sind, und führe auch andere nicht in Versuchung. Sei treu in kleinen wie in großen Dingen.

Auch die Kirche erkennt heute an, dass das Eigentum in privater Verfügung einen unentbehrlichen Ordnungsfaktor im Wirtschaftsleben darstellt. Die Eigentumslehre der Kirche stammt von Thomas von Aquin. Dieser Theologe wies schon im Mittelalter darauf hin, dass ein jeder „mehr Sorge darauf verwendet, etwas zu beschaffen, was ihm allein gehört, als etwas, was allen oder vielen gehört; denn weil jeder die Arbeit scheut, überlässt er das, was die Gemeinschaft angeht, den anderen; wie das so vorkommt, wo viele Diener beisammen sind.“

Von diesen scheinbar altmodischen Grundsätzen ist es nur ein kleiner Schritt zur aktuellen Finanzmarktkrise. Wie weiter oben bereits beschrieben, ist hier ohne Verantwortung mit fremdem Geld spekuliert worden.

Schließen möchte ich mit dem Hinweis, dass das Engagement von Christen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bereits in der ersten Enzyklika des heutigen Papstes – „Gott ist Liebe“ – gefordert wird. Darin stellt Benedikt XVI. einerseits klar, dass es auf Erden keine gerechte Staatsordnung geben könne, die den Dienst der Liebe überflüssig machen kann, denn: „Der totale Versorgungsstaat, der alles an sich zieht, wird letztlich zu einer bürokratischen Instanz, die das Wesentliche nicht geben kann, das der leidende Mensch – jeder Mensch – braucht: die liebevolle persönliche Zuwendung.“

Dennoch fordert der Papst vom Staat klar das Streben nach Gerechtigkeit ein: „Die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates ist zentraler Auftrag der Politik. Ein Staat, der nicht durch Gerechtigkeit definiert wäre, wäre nur eine große Räuberbande“, schreibt Benedikt XVI. Die Aufgabe, für eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft zu wirken, delegiert er an uns alle, an die gläubigen Laien. Diese seien als Staatsbürger berufen, „persönlich am öffentlichen Leben teilzunehmen. Sie können daher nicht darauf verzichten, sich einzuschalten in die vielfältigen und verschiedenen Initiativen auf wirtschaftlicher, sozialer, gesetzgebender, verwaltungsmäßiger und kultureller Ebene, die der organischen und institutionellen Förderung des Gemeinwohls dienen.“

Ich wünsche uns allen, dass wir die Tage des Ökumenischen Kirchentages in München nutzen, um hierfür konstruktiv um den richtigen Weg zu ringen.

V. FORTSCHRITT UND BEWAHRUNG: DAS CHRISTENTUM ALS MOTOR DER INNOVATION

WER SICH SELBST TREU BLEIBEN WILL, MUSS SICH VERÄNDERN

Annette Schavan

Die Christlich-Demokratische Union muss als Volkspartei überzeugen. Damit verbietet sich die Alternative Wechselwähler versus Stammwähler, so beliebt sie auch sein mag. Sie verbietet sich ebenso wie die Konzentration auf diese oder jene gesellschaftliche Gruppe, denn die CDU ist keine Klientelpartei. Eine Volkspartei muss selbstverständlich die Mitte im Blick haben. Sie fischt nicht an den Rändern. Sie besetzt keine Nischen. Deshalb gehört zur Gründungsgeschichte der CDU ausdrücklich der Anspruch, sich an alle Gruppen in der Gesellschaft zu wenden. Das ist nicht das Ergebnis von Modernisierung. Das gehört zum Gründungsimpuls.

Die CDU ist ein großes ökumenisches Projekt, keine katholische oder evangelische Partei. Die Gründungsväter und -mütter wendeten sich an jene, die alte Bahnen und bisherige Denkweisen verlassen wollten. Alte Denkweisen waren damals geprägt von der Trennung gesellschaftlicher Gruppen ebenso wie der Konfessionen. Diese Trennungen wollten die Gründungsmitglieder überwinden. Sie waren davon überzeugt, dass das Christentum die einzige geistige Kraft gegen alles Totalitäre ist. Eugen Gerstenmaier hat die Gründung der CDU auf die Formel gebracht: „Die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“ Viele

Gründungsmitglieder waren Verfolgte der Nazibarbarei. Von daher kam auch ihre Entschlossenheit, eine Volkspartei zu gründen, die jeder Hybris des Staates widersteht. Sie wussten, dass Politik die Gestaltung des Öffentlichen ist. Sie betrifft die Sorge um öffentliche Güter und jenes Wertefundament, das eine Gesellschaft trägt, prägt und zusammenhält. Zusammenhalt stiften weder rein technokratische noch materialistische Politikentwürfe. Dazu gehören Überzeugungen und ein Wertefundament, das Identität stiftet. Konrad Adenauer hat die CDU beschrieben als „eine große Volkspartei und eine Partei, die auf den ethischen Grundsätzen des Christentums beruht.“

Eine Volkspartei muss neben der Gestaltung des politischen Alltags über ihre Überzeugungen sprechen und darüber, wie sie diesen Überzeugungen gerecht wird. Seit ihrer Gründung hat sich die CDU deshalb immer auch mit dem Verhältnis von Tradition und Modernität beschäftigt.

Die Erfahrung lehrt, dass jeder Institution Traditionsbildung in dem Maße gelingt, in dem sie den Grundsatz befolgt: Wer sich selbst treu bleiben will, muss sich verändern. Dieser Zusammenhang ist vielfach beschrieben worden. Wer Traditionsbildung erfolgreich fortsetzen will, muss dem Neuen Raum geben. Wir kennen solche Diskussionen auch aus dem Kontext der Traditionsbildung in den Kirchen. Christen müssen sich weder auf alles Neue stürzen, nur weil es anders ist, noch dürfen sie den Eindruck erwecken, die jeweilige Gegenwart mehr zu lieben als die Zukunft. Zu damit verbundenen Erfahrungen hat Papst Johannes XXIII. zur Eröffnung des Konzils im Oktober 1962 formuliert: „In der täglichen Ausübung unseres Hirtenamtes verletzt es uns, wenn wir manchmal Vorhaltungen von Leuten anhören müssen, die zwar voll Eifer, aber nicht gerade mit einem sehr großen Sinn für Differenzierung und Takt begabt sind. In der jüngsten Vergangenheit bis zur Gegenwart nehmen sie nur Missstände und Fehlentwicklungen zur Kenntnis. Sie sagen, dass unsere Zeit sich im Vergleich zur Vergangenheit nur zum Schlechteren hin entwickle. Sie tun so, als ob sie nichts aus der Geschichte gelernt hätten, die doch eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als ob bei den vorausgegangenen ökumenischen Konzilien Sinn und Geist des Christentums, gelebter Glaube und eine gerechte Anwendung der Freiheit der Religion sich in allem hätten durchsetzen können. Wir müssen diesen Unglückspropheten widersprechen, die immer nur Unheil voraussagen, als ob der Untergang der Welt unmittelbar bevorstünde.“ Mir scheint, dass wir in den Debatten um das „C“ im Namen der Partei nicht selten eine vergleichbare Erfah-

rung machen. Beweislastig sind immer die, die verändern. Im Recht wägen sich jene, die dem Neuen misstrauen. Der Papst hat im Konzil die Kirche aufgefordert, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und im Licht des Evangeliums zu deuten. Dahinter steht die theologische Überzeugung: „Jede geschichtliche Epoche, jede Gesellschaft trägt die Möglichkeit zu einer neuen Inkarnation des Evangeliums in sich“ (Heimbach-Steins in Anlehnung an Marie-Dominique Chenu). Zeichen der Zeit sind zu unterscheiden von allgemeinen Trends, die in der Regel so schnell verschwinden, wie sie gekommen sind. In jeder Institution aber gelingt Traditionsbildung nur in dem Maße, wie sie wandlungsfähig ist. Der Wandel darf sich nicht an Trends und deren Beliebigkeit ausrichten. Er muss orientiert sein an den Zeichen der Zeit. Genau dies beschreibt auch die Wandlungsnotwendigkeit und Wandlungsbereitschaft einer Volkspartei wie der CDU.

Das „C“ steht nicht für Beharrungsvermögen. Das führt zum Traditionsbruch. Renate Köcher hat kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eine Umfrage kommentiert, wonach die Bürgerinnen und Bürger sehr genau unterscheiden zwischen „christlich“ und „konservativ“. „Christlich“ habe eine positive Konnotation, „konservativ“ dagegen eine eher negative Konnotation. Die Umfrage zeigt weiter, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die CDU mit christlichen Werten in Verbindung bringt und sich zugleich für eine Politik pragmatischer Lösungen ausspricht. Darin wird die klassische Spannung zwischen Maßstab und Erfolg in der Politik deutlich. Klaus Hemmerle hat 1967 in seinem Buch „Unterscheidungen“ über diesen Zusammenhang geschrieben: „Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden.“ Und er sagt weiter: „Denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“ Er beschreibt die Politik als eine Kunst der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, die in ihrer Heterogenität von der Politik eine Gestaltung spannungsreicher Verhältnisse verlangt – zwischen Idee und Wirklichkeit, Maßstab und Erfolg, Individualisierung und Gemeinwohl sowie Autorität und Partizipation. Er beschreibt ein politisches Selbstverständnis, das nicht menschliches Heil, menschliche Würde und menschliche Freiheit schaffen will, sondern darum weiß, dass diese der Politik vorgegeben sind. Wenn Überzeugungen in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen sollen, dann braucht es dazu eine Mehrheit. Kompromisse sind nicht per se Verrat an Überzeugungen. Es gibt so etwas wie die ethische Würde des Kompromisses. Manchmal ist der Kompro-

miss zwingend, um durch Zustimmung zum kleineren Übel das größere Übel zu vermeiden. Und dann gibt es eben auch jene Themen, bei denen neue Wege gegangen werden müssen, um sich selbst treu zu bleiben.

Das Zweite Vatikanische Konzil spricht davon, dass Katholiken in Sachfragen zu unterschiedlichen Auffassungen kommen können. Deshalb gibt es zu zahlreichen Sachfragen eine Pluralität der Auffassungen unter Christen. Die Verschiedenheit der Standpunkte geht nicht entlang der Konfessionen, betrifft evangelische und katholische Christen gleichermaßen. Deshalb sollten sich jene, die eine bestimmte Auffassung für falsch halten, nicht gleich dazu hinreißen lassen, diese andere Auffassung als Vernachlässigung des Christlichen zu werten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Familienpolitik. Wer Krippenplätze und Ganztagschulen befürwortet, will damit weder bewirken, dass Eltern ihre Erziehungsaufgaben an den Staat abgeben, noch misstraut er diesen Eltern. Unter Christdemokraten sollte Konsens darüber bestehen, dass bei unterschiedlichen Auffassungen in der Sache doch eine gleiche Grundüberzeugung angenommen werden kann. Es gibt schwerlich einen Grund dafür anzunehmen, dass jene, die neue Wege gehen, das gemeinsame Wertefundament weniger ernst nehmen, als die, die bisherige Wege für richtig halten.

Die Überzeugungskraft des Christlichen in der CDU ergibt sich nicht in erster Linie aus ihrem Programm. In allen Grundsatzprogrammen der CDU steht der Satz: „Aus dem christlichen Glauben lässt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten.“ Dieser Satz trägt der Tatsache Rechnung, dass es in Sachfragen unter Christen unterschiedliche Standpunkte geben kann. Der Bezug auf das Christentum ist vor allem ein Bezug auf Grundsätze der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik sowie auf ein christliches Verständnis vom Menschen als Geschöpf. In einer solchen Sicht des Menschen steht die personale Würde eines jeden Einzelnen im Vordergrund. Für die Ordnungsprinzipien, die sich für den Aufbau der Gesellschaft aus der Soziallehre ergeben, stehen die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität. Damit ist der Vorrang der kleinen Einheit vor der großen Einheit gemeint und das Bekenntnis zu Solidargemeinschaften, die Sorge dafür tragen, dass niemand im Fall von Alter und Krankheit allein gelassen wird.

Letztlich lebt das Christentum von der Nachfolge. Eine Nachfolge, die sich nicht aus diesem oder jenen Prinzip ergibt. Eine Nachfolge, die sich aus dem persönlichen Glauben des Einzelnen an Gott als den Schöpfer ergibt.

So will ich auch darüber Rechenschaft geben: Gott bewahrt mich vor Optimismus und Pessimismus. Er ist Grund meiner Hoffnung und jenes Vertrauens, dass nicht nur Sinn hat, was ich verstehen kann.

Gott ist mir nicht selbstverständlich. Ich bin Suchende geblieben. Bewegt von einer zweitausendjährigen Geschichte des Christentums und neugierig darauf, wie Gott mit uns heute seine Geschichte fortschreibt.

Gott ist mir nicht Joker für Glück und Gelingen. Dann hätte ich beim Blick in diese zerrissene Welt das Suchen schon aufgegeben und auch, von ihm zu reden. Ich suche ihn bei den Opfern.

Gott ist verlässlich, daran glaube ich. Nichts, was dem Leben schadet und ihm Grenzen setzt, verschwindet einfach. Der Tod kann nicht übersprungen werden. Aber im Tod öffnet Gott uns die Tür zu neuem Leben und an den Grenzen lässt er uns wachsen.

Gott schenkt mir die Freiheit, nicht abhängig zu werden von Akzeptanz und Ablehnung anderer, von Triumph und Niederlage. Solche Freiheit schafft Gelassenheit.

Viele in der Christlich-Demokratischen Union glauben in solcher oder vergleichbarer Weise an Gott. Dieser Glaube stiftet Zusammenhalt. Gleichwohl ist Politik auf der Grundlage des „C“ nicht allein auf der Basis eines so beschriebenen Glaubens denkbar, viel mehr auf dem Fundament der ethischen Überzeugungen von der Würde des Menschen, seiner Freiheit und Fähigkeit zur Verantwortung möglich. So steht bereits im CDU-Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1978: „Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“

MIT HERZ UND HOFFNUNG: WENN LIEBE POLITISCH WIRD

Eckhard Nagel¹

*„Politik ist angewandte Nächstenliebe,
angewandte Liebe zur Welt.“
Hannah Arendt*

Immer dann, wenn eine Gesellschaft von einer Krise nachhaltig erschüttert wird, eröffnen sich Chancen für gesellschaftspolitischen Wandel. Oft sind Krisen Vorboten des Fortschritts: Man muss erkennen, dass der bisherige Kurs nicht unverändert fortgesetzt werden kann und wird empfänglich für innovative Ideen oder altbewährte Orientierungshilfen. Ein Beispiel ist die unter Christen nicht unumstrittene Gründung der CDU als eine neue interkonfessionelle Partei direkt nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur in Deutschland. Das „C“ im Parteinamen stand dabei nicht nur für eine damals revolutionäre ökumenische Ausrichtung, sondern machte vor allem deutlich, dass es nach dem Schrecken des Holocaust auch darum gehen musste, das christliche Menschenbild als Richtschnur des Handelns in der deutschen Politik der Nachkriegszeit zu verankern.

Mit einer ganz anderen Art der Krise sind wir gegenwärtig konfrontiert: nämlich mit der weltweiten Finanzkrise, die im Frühsommer 2007 begann. Auch diese Krise kann als eine

Wertekrise bezeichnet werden – eine Krise, in der es eben nicht bloß um monetäre Werte geht, sondern im Grundsatz um moralische Werte. Die prekäre Situation der Weltwirtschaft hat ein erhöhtes Bewusstsein dafür geschaffen, dass eine Politik mit klaren und transparenten Wertvorstellungen auf Dauer der einzige Weg sein wird, um Schleichwege, die sich als Sackgassen entpuppen, zu vermeiden und gesellschaftlichen Fortschritt zu erzielen. In dieser Diskussion spielen gerade auch christliche Überzeugungen eine wichtige Rolle. So betonte Wolfgang Huber, dass klar geworden sei, dass nicht „alles Vertrauen nur auf Geld, Wachstum und Steigerung des eigenen Profits“ gelegt werden könne. Er machte auch schon früh darauf aufmerksam, dass die Rede von der „Krise als Chance“ nicht zu einer bloßen Formel verkommen dürfe,² sondern dass es darum gehen müsse, deutliche Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen.

Das war im April 2009. Und doch haben die Worte Hubers nichts von ihrer Aktualität verloren. Derzeitig spiegelt sich die anhaltende Wertediskussion in der Debatte um den Ankauf der sogenannten „Steuersünder-CD“ wider. Nicht nur weil es sich eingebürgert hat, den christlich konnotierten Sündenbegriff auf den finanzpolitischen Bereich zu übertragen, wird an dieser Stelle deutlich, dass Christinnen und Christen eine Botschaft für die Politik bereithalten. Glaube erschöpft sich nicht im moralischen Appell. Ein solches Verständnis von Religion als bloßer Wertelieferantin in Krisenzeiten würde zu kurz greifen. Der christliche Glaube versorgt die Menschen auf der einen Seite mit der Hoffnung auf Wandel, mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und auf der anderen Seite versorgt er die Menschen mit eben jener Kraft, die benötigt wird, um das Erhoffte Wirklichkeit werden zu lassen. Dieser Zusammenhang zwischen christlicher Hoffnung und konkretem Handeln ist von zentraler Bedeutung. Dietrich Bonhoeffer sagte über diese Verknüpfung: „Nicht unserer Hoffnungen werden wir uns einstmals zu schämen haben, sondern unserer ärmlichen und ängstlichen Hoffnungslosigkeit, die Gott nichts zutraut, die in falscher Demut nicht zugreift, wo Gottes Verheißungen gegeben sind.“ In diesen Worten scheint zweierlei auf: dass wir „zugreifen“ sollen in der Krise und dass die Kraft für unser christliches Tun aus dem Vertrauen auf Gottes Handeln erwächst.

Bonhoeffer war es auch, der vom „Beten und Tun des Gerechten“ sprach. Seine Biographie verdeutlicht auf eindruckliche Weise, wie das politische Handeln eines Christen aussehen kann. Sein christliches Gewissen for-

derte ihn dazu auf, entgegen vermeintlich gültiger Normen (NS-Gesetze) zu handeln – um der Menschen willen. Durch die Gründung der Bekennenden Kirche (BK) leistete er aktiven Widerstand gegen die Politik des NS-Regimes. Damit wurde die seit der Reformation von protestantischer Seite vertretene Idee der Zwei-Reiche-Lehre, aus der in den folgenden Jahrhunderten häufig eine Legitimation der Autorität des Staates unabhängig von seiner Konstitution entstanden war (so auch von prominenten Lutheranern wie Paul Althaus oder Friedrich Gogarten zu Beginn der NS-Herrschaft vertreten)³ aufgehoben. Der Theologe Ernst Wolf, ebenfalls ein Mitglied der BK, vertritt in seiner posthum erschienenen Sozialethik die Ansicht, dass die dem Christenmenschen aufgetragene Mitsorge um das öffentliche Wohl sich zunächst darin bewährt, dass eine Einübung des Christen in die Demokratie als Lebensform versucht wird.⁴ Dass dies nicht unbedingt heißen muss, eine christliche Partei ins Leben zu rufen, verdeutlicht die Position eines weiteren Mitglieds der BK: Karl Barth war zum Beispiel gegen die Gründung einer christlichen Partei und sagte das dem rheinischen Katholiken Konrad Adenauer auch mehrmals deutlich. Er wollte eine Trennung von Kirche und Staat gewährleisten. Gleichwohl betonte Barth, dass für Christinnen und Christen im politischen Ringen um das Wohl der Menschen kein anderer Maßstab gelten könne, als der in Jesus geoffenbarte Gotteswille.

Damals wie heute stellt sich die Frage: Woher schöpfen politisch engagierte Christen die Kraft, Widerstand zu leisten, wenn gegen den in Jesus geoffenbarten Gotteswillen offensichtlich verstoßen wird, wenn das politische Handeln der Zeit nicht mit den Grundprinzipien eines christlichen Menschenbildes vereinbar ist oder zu sein scheint? Wie finden Christinnen und Christen, die das von Dietrich Bonhoeffer geforderte „Tun des Gerechten“ in der Politik umsetzen wollen, einen gangbaren Weg? Die Antwort auf diese Fragen, die hier vorgeschlagen werden soll, lautet: durch Glaube, Liebe und Hoffnung. Kraft und Orientierung schenken uns: der Glaube an einen Gott, der sich in Jesus als ein Gott der Liebe offenbart hat; die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in der Menschenrechte geachtet werden und in der alles Menschenmögliche getan wird, um die uns anvertraute Schöpfung zu bewahren; und nicht zuletzt die Liebe zur Welt, zur Menschheit, zum Einzelnen als ein zentraler Antrieb für das politische Handeln. Denn in der aktiven Liebe wird unser Glauben und Hoffen konkret.

Wie der Hoffnung, so wird auch der Liebe oft nicht genug zugetraut. Besonders nicht in der Politik. Dies liegt möglicherweise an zwei Missverständnissen: Zum einen ist es eine weit verbreitete Meinung, dass Politik per se ein liebloses Unterfangen sei, ein bloßer Konkurrenzkampf zwischen Machtgierigen. Zum anderen begegnet man häufig der Auffassung, dass die Liebe etwas Weltfremdes sei, ein romantisches Gefühl, das uns „benebelt“, ja vielleicht sogar handlungsunfähig macht. Diesem Politikverständnis sowie diesem Liebesbegriff sei hier widersprochen.⁵ Vielmehr soll herausgestellt werden, dass die Liebe in der Politik mitreden kann und soll; dass es dabei nicht um eine Romantisierung der Lebenswirklichkeit geht, sondern, ganz im Gegenteil, dass die Liebe uns Kraft und Richtung geben kann in einer Welt, die von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen geschüttelt wird. Die christliche Liebe ist pragmatisch; sie fordert zum Handeln auf, bringt uns in Bewegung und tritt mutig in Aktion. Insofern ist die Liebe ein wichtiger Motor auch für unser politisches Handeln. Ein Beispiel für diese unromantisch-praktische Dimension der uns von Gott geschenkten Liebe wurde bereits angesprochen: Bonhoeffer setzte dem nationalsozialistischen Unrechtsregime sein „Nein aus Liebe“ entgegen. Die Liebe kann „Nein“ sagen, wenn die Umstände dies erfordern.

Ein anderes Beispiel für die in Aktion drängende Liebe ist Solidarität. Liebe, die politisch wird, heißt Solidarität; zumindest wäre das eine starke und stimmige Deutung von Solidarität – eine Deutung, die erklärt, warum es aus christlicher Sicht kein funktionierendes gemeinschaftliches Leben ohne solidarische Liebe geben kann. Egal ob es nun eine Dorfgemeinschaft, ein Nationalstaat oder die Weltgemeinschaft ist: Solidarität ist die Grundlage des guten Zusammenlebens von Gemeinschaften. So besehen, ist Solidarität nicht nur eine moralische Maxime oder eine vom Gesetzgeber verordnete Haltung, sondern ein von Liebe getragener Prozess mit einer vorrangigen Option für die Armen und Benachteiligten in der Gesellschaft. Solidargemeinschaften sind ungleich kraftvoller und krisenresistenter, wenn sie aus einem Bewusstsein der Nächstenliebe leben. Solidarität realisiert ein Gleichgewicht durch gegenseitiges Aufeinander-Achten. Dieses Gleichgewicht kann Grundlage dafür sein, dass der Einzelne sich mit der Gemeinschaft identifiziert und einem christlichen Menschenbild auch im politischen Kontext Nachdruck verleiht. Die solidarische Liebe wird zäh, hartnäckig und geduldig sein, wenn der Umsetzungsprozess langwierig ist. Denn: Die Liebe gibt die Hoffnung nie auf! Sie wird Widerstände überwinden und selbst Widerstand leisten,

wenn ihr Ziel in Gefahr gerät oder verraten wird. Kurz: Es geht um Politik mit Herz. Zu einer solchen Politik, die nicht zum Selbstzweck wird, sondern die Nächsten im Blick behält, ruft auch die EKD in ihrer Demokratie-Denkschrift auf: Christinnen und Christen können „die Kraft der Liebe in die politische Wirklichkeit einbringen“, d. h. sie sollen „besonders sensibel sein, vor allem, wo es um das Eintreten für Schwache geht; sie sollen die von ihnen erkannte Wahrheit über den politischen Ehrgeiz stellen.“⁶

Hiermit ist jedoch auch eine mögliche Problematik angesprochen, die uns in einer Politik aus christlicher Verantwortung begegnet: Wem bzw. welcher Wahrheit ist der gewählte christliche Politiker primär verpflichtet? Ist er als Christ zuerst Gott und dem eigenen Gewissen verpflichtet oder zuerst den Wählern, die er vertritt? Zwar basiert unsere Verfassung auf einem christlichen Gottes- und Menschenbild. Aber es gilt dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Menschen in unserer pluralen Gesellschaft für ihre ethischen Urteile nicht unbedingt auf christliche Grundwerte zurückgreifen. Kann und will das „C“ in der Politik Anderen eine eindeutige Handlungsanleitung sein? Diese Frage kann mit „Nein“ beantwortet werden. Das ist schon allein daran abzulesen, dass sich zum Beispiel eine evangelische von einer katholischen Ethik punktuell unterscheidet, auch wenn es große Gemeinsamkeiten gibt. Es ist eine Chance, dass wir in einer multireligiösen und wertpluralen Gesellschaft leben. Dies fördert die Diskussionskultur und ermöglicht es, dass auch jene Parteien, die ein „C“ in ihrem Namen führen, Nicht-Christen in ihren Reihen integrieren können.

Deshalb ist es wichtig, dass die Religiosität von Politikern nicht zur reinen Privatsache erklärt wird, sondern jeweils transparent wird, auf welche Weise der Glaube ihr politisches Programm prägt. Dies würde auch die Selbstverständlichkeit christlicher Werte wieder erhöhen, die laut einiger Soziologen unserer Gesellschaft abhanden kommen könnte. Es geht darum, die Aktualität dieser Tugenden auch dadurch zu demonstrieren, dass Politikerinnen und Politiker sich trauen, Glaube, Liebe und Hoffnung wieder ins Gespräch zu bringen – als Motoren des Wandels und nicht als altmodische oder utopische Vorstellungen. Dies ist ein starkes Argument für das „C“ in der Politik. Zudem sind christliche Tugenden anschlussfähig an andere Wertesysteme: Glaube, Liebe und Hoffnung sind Grundkoordinaten des menschlichen Daseins. Eine Politik, die sich an diesen anthropologischen Konstanten orientiert, ist nicht nur eine Politik von Christen für Christen, sondern eine Politik von Menschen für Menschen. Eine Politik mit Herz und Hoffnung!

- 1/ *Unter Mitarbeit von Florian Jeserich und Andrea Roth.*
- 2/ *Ärzte kennen die populäre Rede von der „Krankheit als Chance“, die in manchen Fällen auf ähnliche Weise Gefahr läuft, den Leidensdruck des Patienten nicht zu lindern, sondern vielmehr zu überspielen. Immer wenn das geschieht, haben wir den Ernst der Lage nicht erkannt.*
- 3/ *Paul Althaus (1888-1966) war ein protestantischer Theologe, der aufgrund seiner zunächst unkritischen Haltung zum Nationalsozialismus umstritten war. Sein Zeitgenosse, der lutherische Theologe Friedrich Gogarten (1887-1967), war Anfang des 20. Jahrhunderts Mitbegründer der Dialektischen Theologie in Deutschland.*
- 4/ *Vgl. Ernst Wolf, Sozialethik: Theologische Grundfragen, Göttingen 1975, S. 337.*
- 5/ *Ausführlich wird der Liebesbegriff entfaltet in: Eckhard Nagel / Katrin Göring-Eckardt: Aber die Liebe... Christsein aus ganzem Herzen, Freiburg i.Br. 2010.*
- 6/ *EKD, Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie: Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Gütersloh 1990, S. 23-24.*

NACHHALTIGKEIT: EINKLANG UND CHANCEN BEI BEWAHRUNG UND AUFBRUCH

Tanja Gönner

*„Alles Leben steht unter dem Paradox, dass wenn es beim
Alten bleiben soll, es nicht beim Alten bleiben darf.“*

*Franz von Baader (1765-1841),
deutscher katholischer Theologe und Philosoph*

Unsere Welt und die Gesellschaften unserer Erde sind in einer Zeit zunehmender Internationalisierung einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Durch neue Kommunikationsmedien wird die Welt zum globalen Dorf. Mit den wirtschaftlich aufstrebenden so genannten Schwellenländern sind neue und bedeutende Wirtschafts- und Handelsnationen entstanden. Wirtschaftsmächte, die trotz globaler Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin zumindest rein quantitativ enorme Wachstumsraten aufweisen. Neben den Chancen, die die neuen Entwicklungen bringen, werden aber auch die negativen Folgen zunehmend sichtbar. Nicht nur, dass alte Gräben fortbestehen und die Klüfte zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, zwischen Arm und Reich, zwischen Wohlstand und Hunger, zwischen moderner Gesundheitsversorgung und Seuchengefahren wachsen. Das weltwirtschaftliche Wachstum hat noch einen anderen Preis: Die begrenzten Umweltressourcen wie sauberes Wasser, Energie und Rohstoffe werden zunehmend knapp.

Ein Schlüssel, die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern und Fehlentwicklungen gegenzusteuern, liegt in modernen innovativen und neuen Umwelttechnologien. Der technische Fortschritt eilt pausenlos voran, so dass die Dogmen von heute morgen schon ihre Gültigkeit verloren haben können.

Die Erfahrung von Wandel prägt die moderne Lebenswelt rasanter denn je. Nicht nur allmähliche Veränderungen, sondern der Zwang zu Reformen und die ständige Suche nach Innovationen in einem globalen Wettbewerb bestimmen das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft. Innovationen werden als unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunft, die Bewahrung von Lebensstandards und die Stabilität der Gesellschaftsordnung betrachtet und deshalb gezielt und in hohem Tempo angestrebt. Dabei werden Innovationen heute vor allem im Bereich der Technik gesucht und wahrgenommen. Die Kritik an naiver Technikgläubigkeit hat einer differenzierteren Sicht Platz gemacht, in der die Lösung drängender Probleme wieder vor allem von neuen, „intelligenten“ Techniken erhofft wird. Auf der anderen Seite stehen Verunsicherung und Zukunftsängste breiter Bevölkerungskreise angesichts des Veränderungsdrucks auf bis dahin selbstverständlich tragende Strukturen. Eine gewisse Haltlosigkeit breitet sich aus, da sich viele Menschen durch die ständigen Veränderungen entwurzelt fühlen und die vertrauten Eckpunkte im Leben scheinbar jeder Zeit zur Disposition stehen. Dies zeigt, wie wichtig die Einbettung von Technik und Innovationen in einen gesellschaftlichen Kontext ist. In einer Entwicklung immer kürzer werdender Zeitzyklen gewinnen Halt und Orientierung an Werten zunehmend an Bedeutung.

Genau an diesem Punkt setzt christlich geprägtes Politikverständnis an. Es handelt sich um eine Politik, die ihr Fundament auf den christlichen Grundwerten aufbaut: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Grundlage muss auch im Wandel der Zeiten bewahrt bleiben. Dabei hat Bewahrung nichts mit Stillstand zu tun. Denn Stillstand führt auf die Dauer zum Verlust dessen, was man bewahren möchte. Wir brauchen Fortentwicklung und eine realistische Einschätzung unserer Gegenwart. Das bedeutet nicht, dass man dem Zeitgeist hinterherläuft und seine Werte der gerade vorherrschenden Stimmung anpasst. Nicht umsonst hatten sich die Kommissionsmitglieder der CDU zur Erstellung eines neuen Grundsatzprogrammes das Zitat aus dem ersten Brief des Paulus an die Thessalonicher gewählt: „Prüfet alles, das Gute bewahret.“ Denn

nur, wenn sich die Menschen ein Fundament und eine geistige Heimat bewahren, haben sie Kraft und Halt genug, sich dem Wandel zu stellen und den Herausforderungen unserer Zeit neue Impulse und Antworten entgegen zu setzen.

Im Bereich des Umweltschutzes wird dieser Einklang zwischen Bewahrung und Fortschritt besonders deutlich. Die meisten Menschen haben heute begriffen, dass der Umweltschutz zumindest als Maßnahme zur Erhaltung unserer Lebensgrundlage notwendig ist. Der christliche Gedanke „der Bewahrung der Schöpfung“ geht aber viel weiter und bringt einen tiefen Respekt vor dem Leben mit sich. Nach christlichem Verständnis wurde uns die Schöpfung zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut. Der Mensch, seine Einbindung in die Natur, seine Verantwortung gegenüber sich selbst und dem Mitmenschen ist ein zentrales Anliegen der christlichen Schöpfungslehre. Dies gilt auch für das Recht auf eine intakte Umwelt und die Anerkennung eines über den unmittelbaren Nutzen hinausgehenden Eigenwertes von Natur, Umwelt und Mitgeschöpfen. Als fester Bestandteil christlich-demokratischer Politik ist daher nachhaltiges Handeln als übergeordnetes Leitbild eine ethische Option, die Fragen und Probleme der Natur und Umwelt, der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit vernetzt. Diese vielschichtige Dimension zielt auf eine Neuorientierung der gesellschaftlichen und kulturellen Grundwerte. Sie hat auch die Reflexion der individuellen Lebensgestaltung und die Einübung und Förderung sozialer Kompetenzen zum Gegenstand. Als Konservative wollen wir langfristig denken und unseren Kindern und Enkelkindern eine Welt hinterlassen, die lebenswert ist.

Damit dies gelingt, muss die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die ökologisch sinnvolles Verhalten und verantwortliches Wirtschaften unter sozial gerechten Gesichtspunkten in eine dauerhafte Balance bringen. Hierzu gilt es einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, der Grundlage für die Lebensführung des Einzelnen, der Wirtschaftsordnung und für eine ökologisch orientierte Politik sein kann: Denn Umweltverantwortung ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern auch ureigene Sache des Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt.

Dieser christliche Ansatz der Solidarität ist nicht nur eine ethische Verpflichtung. Er ist auch ein Motor für Innovation, für eine Weiterentwicklung in technischer und kultureller Hinsicht. Nachhaltiges Wirtschaften

bietet eine enorme Chance, es schafft Arbeitsplätze und hilft bei der Sicherung von Marktpositionen. Auch in wirtschaftlich schwierigen Phasen schaffen wir so die Möglichkeiten für Wachstum und Fortschritt. Auf diese Weise ist aus einer bewahrenden Geisteshaltung der Keim für den Fortschritt der Zukunft erwachsen.

RESPEKT VOR DER SCHÖPFUNG IST ENTSCHEIDEND FÜR EINE ZUKUNFTS- ORIENTIERTE UMWELTPOLITIK

Maria Flachsbarth

Die Bewunderung für Gottes Natur, das Erstaunen darüber, wie sich aus einem Samen eine Pflanze, aus einer Knospe ein Blatt und aus einem Zellhaufen ein Mensch oder Tier entwickeln kann, hat mich immer fasziniert. Woher „weiß“ die Zelle, an welchen Ort und mit welcher Funktion sie in einem ausgewachsenen Lebewesen sein wird, wer hat sich den genetischen Bauplan der Zellen und die Naturgesetze, nach denen die Welt funktioniert, ausgedacht? Die Natur, deren Teil wir Menschen sind, ist in ihrer Größe, Schönheit und der Komplexität ihrer naturgesetzlichen Regeln für mich immer auch ein Hinweis auf die Existenz Gottes gewesen. Die Achtung vor seiner Schöpfung steht gewissermaßen am Beginn meines persönlichen Werdegangs und prägt mich bis heute: Mein Interesse für Biologie hat den Anstoß dazu gegeben, dass ich Veterinärmedizin studiert habe.

Es ist daher nur folgerichtig, dass mir im Rahmen meiner politischen Arbeit als Bundestagsabgeordnete die Bewahrung der Schöpfung, der verantwortungsbewusste Umgang mit den begrenzten Ressourcen unserer Erde, besonders am Herzen liegt. Aus diesem Grund engagiere ich mich vor allem auf dem Gebiet der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik. Für dieses Engagement und mein gesamtes politisches Handeln

ist mein christlicher Glaube das Fundament, das mich trägt. Mein Glaube ist die Leitplanke, an der entlang ich meine Entscheidungen ausrichte.

Solche Leitplanken sind nicht nur für jeden einzelnen Menschen wichtig, sondern jedes gesellschaftliche Zusammenleben bedarf eines Kanons an Werten, die von allen geteilt werden – unabhängig davon, ob die Werte von den einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft aus einer religiösen Motivation oder aus anderen Gründen heraus mitgetragen werden. Unsere Verfassung ist maßgebend von Werthaltungen geprägt, die auf dem christlichen bzw. christlich-jüdischen Erbe fußen. Am offensichtlichsten ist dies beim Respekt vor der Würde, der Gleichwertigkeit und der Unversehrtheit jedes Menschen. Unabdingbar gehört zu dem grundlegenden Kanon an gemeinsamen Werthaltungen nach meiner Überzeugung aber auch die Achtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG ALS UREIGENER AUFTRAG DER CHRISTDEMOKRATIE

Im christlichen Verständnis ist die gesamte Natur als Schöpfung Gottes anzusehen, die uns genau wie unser eigenes Dasein als Geschenk anvertraut wurde. In der biblischen Sprache der Schöpfungsgeschichte heißt es: „Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“ (Gen 2,15). Dem Menschen ist mit dem Zuspruch, er solle über die Erde, die Tiere und Pflanzen herrschen (vgl. Gen 1,28ff) zugleich die Pflicht zur Bewahrung aufgetragen: die Gaben der Erde sind maßvoll zu nutzen und der Umgang mit den Mitgeschöpfen muss verantwortungsbewusst sein. Es versteht sich von selbst, dass diese Verantwortung auch den Aspekt umfasst, die Ressourcen gerecht zu verteilen und zu nutzen – sowohl zwischen den Völkern als auch gegenüber den kommenden Generationen.

Auch wer den christlichen Glauben als Motivationsgrund für den Respekt vor der Schöpfung nicht mitvollziehen kann oder möchte, ist schon allein durch sein Menschsein zum Respekt vor seiner Umwelt verpflichtet. Es ist eine unumstößliche Tatsache, dass der Mensch mit seinen physischen Bedürfnissen auf die natürlichen Lebensgrundlagen angewiesen ist. Deshalb müssen wir mit den Ressourcen der Erde maßvoll umgehen, um uns selbst und unseren Nachkommen das Überleben zu sichern. Das Maßhalten ist somit kein (ausschließlich) altruistischer Impetus, sondern ein Gebot der Klugheit.

Daher gilt: Der Einsatz für die Umwelt ist sowohl eine Frage der Rationalität, die sich durch ein anthropologisches Selbstinteresse des Menschen bedingt, als auch eine Frage der Moral, begründet aus dem Respekt gegenüber einer Natur, die dem Menschen überantwortet ist (vgl. aus christlicher Sicht begründet durch den Auftrag aus Gen 2,15) und der Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen.

2. DIE PFLICHT ZUM ERHALT UNSERER NATÜRLICHEN LEBENSGRUNDLAGEN – AUF DEM WEG IN EINE „REGENERATIVE“ ZUKUNFT

Die Brisanz umweltpolitischer Herausforderungen ist inzwischen bekannt: die Weltbevölkerung und mit ihr der Bedarf an Rohstoffen und Energie wächst unaufhaltsam an. Während heute ca. 6,8 Milliarden Menschen die Erde bevölkern, werden es bis 2050 vermutlich ca. neun Milliarden Menschen sein. Es ist offensichtlich, dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nur erhalten können, wenn die „alten“ Industrie-Nationen, deren Wohlstand vor allem auf der Nutzung fossiler Rohstoffe basiert, nun auch eine Vorreiterrolle dabei übernehmen, wirksame Maßnahmen für den Umweltschutz zu ergreifen. Das Klima ist nicht länger mehr nur eine Frage des Schicksals, sondern wird durch menschliches Eingreifen verändert. Der weiteren Erderwärmung können wir nur durch ehrgeizige Klimaschutzziele Einhalt gebieten. So sind sich fast alle maßgeblichen Wissenschaftler einig, dass der von Menschen verursachte Ausstoß von CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent reduziert werden muss. Dazu braucht es die internationale Zusammenarbeit, zu der 1997 mit dem Kyoto-Protokoll ein erster Meilenstein gelegt wurde. Die schwierigen Verhandlungen der Weltklimakonferenz von Kopenhagen 2009 dürfen jetzt nicht zur Resignation führen, sondern müssen Impuls sein, zielstrebig auf dem eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Es bleibt unsere Messlatte, die Erderwärmung auf zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Der internationale Emissionshandel ist auf dem Weg zu diesem Ziel ein entscheidender – weil marktwirtschaftlicher – Schritt. Denn durch dieses Instrument werden bislang externe Kosten, wie die Belastung der Atmosphäre mit CO₂, internalisiert und bilden sich in den Produktionskosten ab. Dieser Mechanismus muss international immer mehr Akzeptanz finden, weil ohne große Nationen wie z. B. China, Russland und Indien Klimaschutz nicht gelingen kann.

2.1 Umweltschutz ist eine Frage der globalen und intergenerationalen Gerechtigkeit

Die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, heißt auch, dass wir Verantwortung für eine gerechte globale Verteilung der Nahrungsgrundlagen, sauberen Trinkwassers und der Rohstoffe übernehmen müssen. Hierzu können Grundelemente der Katholischen Soziallehre Orientierung geben. Ich denke dabei an die Gerechtigkeit und die Solidarität, die es in der Umweltpolitik mehr als in anderen Politikfeldern auf globaler und intergenerationaler Ebene zu berücksichtigen gilt, sowie an das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Ganz außer Frage ist der Klimaschutz somit auch eine Frage der Friedensbewahrung: das Szenario, dass Menschen, die auf Grund des veränderten Klimas zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen sind, massenhaft auf unserer dicht bevölkerten Erde ein neues Zuhause suchen müssen, ist ernst zu nehmen.

Spätestens seitdem 1992 in Rio das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung festgehalten wurde, können wir den Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr leugnen. Diesen Zusammenhang hat der Heilige Vater in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2010 „Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung“ in Erinnerung gerufen:

„Die Umwelt muss als eine Gabe Gottes an alle verstanden werden, und ihr Gebrauch bringt eine Verantwortung gegenüber der ganzen Menschheit mit sich, insbesondere gegenüber den Armen und gegenüber den zukünftigen Generationen. [...] Wie könnte man gleichgültig bleiben angesichts von Phänomenen wie dem globalen Klimawandel, der Desertifikation, der Abnahme und dem Verlust der Produktivität von großen landwirtschaftlichen Gebieten, der Verschmutzung von Flüssen und Grundwasser, dem Verlust der Biodiversität, der Zunahme von außergewöhnlichen Naturereignissen und der Abholzung in tropischen Gebieten. Wie könnte man das wachsende Phänomen der sogenannten ‚Umweltflüchtlinge‘ übergehen: Menschen, die aufgrund der Umweltschäden ihre Wohngebiete – oft auch ihr Hab und Gut – verlassen müssen und danach den Gefahren und der ungewissen Zukunft einer zwangsmäßigen Umsiedlung ausgesetzt sind? Wie könnte man untätig bleiben angesichts der schon bestehenden und der drohenden Konflikte um den Zugang zu den

natürlichen Ressourcen? All diese Fragen haben einen weitreichenden Einfluss auf die Umsetzung der Menschenrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Leben, auf Nahrung, Gesundheit und Entwicklung. [...]”¹

Der Papst spricht einen ganzen Kanon von Herausforderungen an, denen wir uns in internationaler Zusammenarbeit sowie in einem engen Zusammenspiel von Umwelt- und Entwicklungspolitikern stellen müssen.

2.2 Innovative Schritte zum Ausbau erneuerbarer Energien sind gefragt

Ich möchte mich in meinen folgenden Ausführungen auf einen Aspekt konzentrieren: Wir brauchen einen strukturellen Wandel in der Energiepolitik. Öl, Gas und Uran sind endlich – wir tun gut daran, über ihren intelligenten Ersatz nachzudenken. Hans Jonas hat schon 1979 im Blick auf die fossilen Brennstoffe darauf hingewiesen, dass sie „notorisch begrenzt, nicht erneuerbar, und schon bei der gegenwärtigen Verbrauchsrate (die hauptsächlich nur einem Bruchteil der Menschheit, den entwickelten Industrieländern, zugute kommt) mit Riesenschritten ihrer Erschöpfung entgegengehend“ sind.² Die Nutzung erneuerbarer Energien in Verbindung mit innovativer Speichertechnologie für Strom und Wärme wird ein Teil der Lösung sein.

Außerdem sind die knappen Rohstoffe, die wir vor allem energetisch nutzen, auch wertvolles Ausgangsmaterial für die stoffliche Nutzung. Unsere Kinder und Kindeskiner werden beispielsweise aus dem Rohstoff Mineralöl nutzbringende und innovative Produkte herstellen können, wenn wir ihnen noch genug von diesem Rohstoff übrig lassen und ihn nicht längst schon in unseren Heizungen und Motoren verbrannt haben.

Zur nachhaltigen Veränderung sind strukturelle Maßnahmen gefragt, bei denen der Ausbau und die technologische Weiterentwicklung erneuerbarer Energien im Mittelpunkt stehen. Eine Energiepolitik, die den Anforderungen der Zukunft und der Bewahrung der Schöpfung Rechnung trägt, muss dabei folgendes Zieldreieck verwirklichen: Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Unter diesen Gesichtspunkten sollen erneuerbare Energien mittelfristig den Hauptanteil in einem dynamischen Energiemix übernehmen. Konkret heißt das: Eine zukunftsweisende Energiepolitik muss Rahmenbedingungen setzen, die eine Umstellung auf weitgehend heimische, regenerative Energien er-

möglicht. Dabei kommt es darauf an, dass Qualitätseinbußen in Bezug auf Versorgungssicherheit und Verfügbarkeit sowie inakzeptable Preissteigerungen für Industrie und private Verbraucher vermieden werden. Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) bietet dazu einen stabilen Rahmen; allerdings muss noch mehr als bislang in den qualitativen und quantitativen Ausbau entsprechender Netze und in Speichertechnologien investiert werden. Aufgabe der Politik ist es, die Energiepolitik so zu gestalten, dass sie die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger bekommt und dass der Industriestandort Deutschland eine verlässliche und preiswerte Energieversorgung als unabdingbare Voraussetzung für die Sicherheit von zahlreichen Arbeitsplätzen behält. In diesem Zusammenhang ist aber auch darauf hinzuweisen, dass mit dem Ausbau erneuerbarer Energien aktuell in Deutschland 300 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, viele davon in strukturschwachen Gebieten; weltweit arbeiteten 2006 etwa 2,4 Milliarden Menschen neu im Bereich der erneuerbaren Energien.

2.3 Klimaschutz in christdemokratischer Verantwortung

Wir dürfen nicht verhehlen: Gute Umwelt- und Klimapolitik hat auch ihren Preis – letzten Endes wird sie sich aber um ein Mehrfaches auszahlen: nicht nur auf der wirtschaftlich-materiellen Ebene, sondern vor allem in einer nachhaltig gesicherten Lebensqualität – für uns selbst und für unsere Kinder und Kindeskiner. Dies zu erreichen, ist die ureigene Aufgabe einer verantwortungsvollen und christdemokratischen Umweltpolitik, die dem Auftrag gerecht wird, die Zukunft zu gestalten und dabei gleichzeitig die Schöpfung zu bewahren.

- 1/ *Benedikt XVI.: Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. zur Feier des Weltfriedenstages 1. Januar 2010 Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung*, siehe: http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/messages/peace/documents/hf_ben-xvi_mes_20091208_xliiii-world-day-peace_ge.html (entnommen am 08.03.2010).
- 2/ *Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt/M. 1984², S. 333.*

VI. EINHEIT UND VIELFALT:
WAS DIE GESELLSCHAFT
ZUSAMMENHÄLT

ÖKUMENE, ZUSAMMENHALT, GEMEINWOHL

PERSPEKTIVEN EINES CHRISTDEMOKRATEN

Hermann Gröhe

„Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Wie finden wir die richtige Balance zwischen Einheit und Vielfalt?“ Diese Fragen sind für mich Kernfragen aller Politik. Und die Antwort auf diese Fragen beschreibt das, worum sich Politik in unserer Gesellschaft vorrangig kümmern muss.

Allerdings nicht nur die Politik. Alle gesellschaftlichen Gruppen und jeder Bürger an seinem Ort können und müssen ihren Beitrag leisten. Gerade den Kirchen kommt eine besondere Autorität im Eintreten für Brüderlichkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu. Es ist eine gute Sache, dass der diesjährige Zweite Ökumenische Kirchentag schon in seinem Leitwort ein starkes Signal der Bündelung der Kräfte von Katholiken und Protestanten für diese Gesellschaft sendet.

Der Wunsch nach einer solchen Bündelung der Kräfte der beiden großen christlichen Konfessionen in unserem Land stand auch an der Wiege der Christlich-Demokratischen Union. Nach Überzeugung ihrer Gründer tat die Besinnung auf eine christliche Tradition not, die vom Nationalsozialismus mit Füßen getreten worden war, sich in Teilen aber auch hatte missbrauchen lassen. Ein beherzter Neuanfang war

erforderlich. Gräben sollten überwunden werden, die in der Zeit der Weimarer Republik die Demokratie so verhängnisvoll geschwächt hatten: Gräben zwischen Konfessionen und Landsmannschaften, Gräben zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Es entstand die Idee einer Volkspartei, die sich auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen an alle Menschen in unserem Volk wandte, Frauen und Männer, Alt und Jung zur gemeinsamen Gestaltung unseres Gemeinwesens einlud. So entstand eine wertgebundene und moderne Volkspartei.

Konrad Adenauer hat in einer Rede zum CDU-Programm von Neheim-Hüsten am 6. März 1946 formuliert: „Wir nennen uns Christlich-Demokratische Union, weil diese Grundsätze, die sich auf dem geistigen Boden des abendländischen Christentums entwickelt haben, das Fundament unserer ganzen Arbeit sind, und weil wir Christen aller Bekenntnisse zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen wollen.“

Die CDU ist ein gelungenes ökumenisches Projekt, das auf die Entwicklung der Ökumene im allgemeinen ausgestrahlt hat und ausstrahlt. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Frage, wie dieser Zusammenhalt zu gewährleisten sei, wird gerade von der CDU seit jeher gestellt. Der Mensch ist im christlichen Verständnis immer zugleich Individuum und Sozialwesen. Er ist zur Freiheit berufen und zugleich auf Gemeinschaft angelegt. Er ist auf solidarisches Miteinander angewiesen und ausgerichtet.

Deshalb hat die Christdemokratie immer gefragt: Wie kann sich der einzelne Mensch frei entfalten? Aber gleichzeitig: Wie schaffen wir es, dass die Gesellschaft zusammenhält, dass soziale Verantwortung herrscht? Wir schaffen es, wenn Folgendes gewährleistet ist und gelebt wird:

- Gemeinsame Grundwerte und eine gemeinsame politische Kultur.
- Eine wirklich solidarische Ordnung neben der Wettbewerbsordnung des Marktes.
- Die tatsächliche Möglichkeit für jeden, durch eigene Leistung etwas zu erreichen und aufzusteigen.
- Das verantwortungs- und maßvolle Verhalten von wirtschaftlichen oder politischen Eliten.

- Das verantwortungsvolle Mithandeln aller Bürger in diesem Gemeinwesen, wozu bei Zuwanderern die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache gehört.
- Der Dienst von Menschen für Menschen und das gute Miteinander der Generationen.

Wenn Freiheit verantwortlich gelebt wird, hält eine Gesellschaft zusammen. Politik vom christlichen Menschenbild her muss versuchen, dafür gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Für Christdemokraten ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft der beste Rahmen für sozialen Zusammenhalt. Stark durch die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik geprägt, hat sie beides im Blick: Freiheit und soziale Verantwortung. Nicht zuletzt die Weltwirtschaftskrise hat uns gelehrt, dass wir diese Ordnung national stärken und international überhaupt erst konsequent verankern müssen.

Das haben auch die beiden großen Volkskirchen in wertvollen Papieren und Stellungnahmen der letzten Zeit dringlich vor Augen geführt.

So hat der Papst in seiner Sozialzyklika *Caritas in Veritate* betont, dass es auch in der Wirtschaft immer darum gehen muss, die ganzheitliche Entwicklung des Menschen zu fördern. Für eine neue weltweite Orientierung am Gemeinwohl hält der Papst eine „echte politische Weltautorität“ für erforderlich, Institutionen gemeinsamer Verantwortung, die sich gerade mühsam herauszubilden beginnen. Aber *Caritas in Veritate* mahnt zu Recht: „Die zusammengewachsene Wirtschaft unserer Zeit eliminiert die Rolle der Staaten nicht, sie verpflichtet die Regierungen vielmehr zu einer engeren Zusammenarbeit untereinander.“

Dieses Ziel einer Globalisierung der Sozialen Marktwirtschaft erörtert auch das Papier einer Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz „Auf dem Weg aus der Krise“. Besonders wertvoll für die Politik sind hier auch die Passagen, die sich mit der notwendigen Rückführung der Staatsverschuldung nach der Krise und mit den möglichen Nebenwirkungen und Fehlanreizen der Krisenbekämpfung befassen. In der Tat besteht die Gefahr, dass das ordnungspolitische Prinzip der Haftung durch die Krisenhilfe gerade nicht gestärkt wird.

Oder ich denke an das „Wort des Rates der EKD zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“ („Wie ein Riss in einer hohen Mauer“), das die Ursache der Krise in einem „Mangel an Verantwortung bis hin zur Verantwortungslosigkeit“ auf allen gesellschaftlichen Ebenen sieht – von der Politik über die Unternehmen bis hin zu den Anlegern. Die „Mentalität des schnellen Geldes“ habe nicht nur in den Banken geherrscht. Die EKD empfiehlt eine Stärkung des verantwortlichen Umgangs mit Risiken, mehr Haftung und Anreize für längerfristiges Denken.

Alle diese kirchlichen Stellungnahmen verbindet eine Botschaft, die gehört werden muss, wenn unser Land, aber auch die Gemeinschaft der Staaten einen guten Weg in die Zukunft gehen sollen, nämlich die Botschaft, dass die Soziale Marktwirtschaft beides braucht: Regeln und Werte, Rahmenordnung und Moral, die Beachtung ökonomischer Funktionsgesetze und das Ethos des Individuums. Der einzelne Marktteilnehmer hat eine Verantwortung, die er nicht auf schlechte Regeln abwälzen kann. Um noch einmal den Papst zu zitieren: „Der Bereich der Wirtschaft ist weder moralisch neutral noch von seinem Wesen her unmenschlich und antisozial. Er gehört zum Tun des Menschen und muss, gerade weil er menschlich ist, nach moralischen Gesichtspunkten strukturiert und institutionalisiert werden.“

Protestanten und Katholiken haben in sozusagen intellektueller Ökumene Politik und Gesellschaft in der Krise wichtige Orientierung gegeben.

Das Fundament der politischen Arbeit der CDU, von dem Konrad Adenauer 1946 sprach: das sind Werte, die sich wesentlich dem christlichen Glauben – und damit der jüdisch-christlichen Tradition –, der antiken Philosophie, dem Humanismus und der Aufklärung verdanken. Doch das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der menschlichen Würde, zum Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung und zum Anspruch der Menschen auf Gerechtigkeit und Solidarität wird auch von vielen Menschen anderer religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung geteilt. Auch sie laden wir ein, auf der Grundlage dieser gemeinsamen Überzeugungen in der CDU mitzuwirken. Dass zunehmend auch Menschen muslimischen Glaubens dieser Einladung folgen, verbreitert die Möglichkeiten, unseren Grundüberzeugungen Wirksamkeit zu verschaffen.

Aber zunächst gilt: Für die allermeisten in der CDU – auch für mich ganz persönlich – ist der christliche Glaube das Fundament unseres politischen

Handelns. Ich kann mir ein unpolitisches Christsein nicht vorstellen. Wer von der Menschenfreundlichkeit Gottes, die sich in Jesus Christus zeigt, ergriffen ist, wird motiviert, für eine menschlichere Welt zu arbeiten.

Deshalb grenzt auch die christliche Botschaft nicht aus, sondern lädt ein. Eine Partei, die von dieser Botschaft spürbar getragen ist, kann anziehen und begeistern, weil sie den einzelnen Menschen ins Zentrum ihrer Bemühungen stellt und nicht Ideologien oder Kollektive, in denen der einzelne Mensch nur eine austauschbare Größe ist.

Gewiss: Auch als Folge der kirchenfeindlichen Politik in der DDR und der Säkularisierung ist ein Traditionsabbruch in Teilen der Gesellschaft zu beklagen. Gerade deshalb brauchen wir ein gutes Miteinander von Protestanten und Katholiken, um die weitere Erosion religiösen Lebens in unserem Land zu stoppen und die christlichen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung zu festigen. Diese Grundlagen zu stärken, ist ein gemeinsames Anliegen der CDU und der Kirchen. Deshalb treten wir als CDU nachdrücklich für den Religionsunterricht an unseren Schulen ein, lehnen es entschieden ab, christliche Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen oder den Sonn- und Feiertagsschutz einer weiteren Kommerzialisierung zu opfern.

Der christliche Glaube und eine auf ihm fußende Ethik geben uns Orientierung für unser Handeln: Es geht um die Achtung der gleichen Würde eines jeden Menschen, Ermutigung und Befähigung der Menschen zur Verantwortung, Gestaltung staatlicher Hilfe wo immer möglich als Hilfe zur Selbsthilfe, Schutz des menschlichen Lebens, Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Wahrung der Schöpfung, nicht zuletzt die besondere Wertschätzung für Ehe und Familie.

Diese Orientierungen müssen im Leben zur Geltung gebracht werden. Dabei können aber auch Christen unterschiedlicher Meinung sein. Was dient dem Frieden in einer bestimmten politischen Situation am besten? Ist eine Lage gegeben, in der militärische Gewalt als *ultima ratio*, als letztes Mittel, erlaubt ist, um dauerhaften Frieden zu schaffen? Oder: Was dient dem Schutz des Lebens ungeborener Kinder am besten? Welchen Beitrag kann das Strafrecht leisten? Welchen Beitrag, welche Beratung? Oder: Wie helfen wir Armen am besten, sich selbst zu helfen und eigene Kräfte für ein eigenverantwortliches Leben zu entwickeln?

Ethische Orientierung und die bestmögliche Erfassung der konkreten Lage müssen hier zusammengebracht werden. Und bei widerstreitenden Interessen und Zielen hat auch das Bemühen um einen fairen Kompromiss moralische Qualität. Wo solche Kompromisse notwendig werden, vermisst manch einer die Eindeutigkeit. Doch einfache Antworten führen eben oft in die Irre!

Wer politischen Grundüberzeugungen Geltung verschaffen will, muss gesellschaftliche Realitäten wahrnehmen. Zum Beispiel in der Familienpolitik. Wir stehen an der Seite der Familie! Dies ist auch heute ein zentraler Grundsatz christlich demokratischer Politik. Doch an der Seite der Familie zu stehen, bedeutet im Jahr 2010 etwas anderes als 1980 oder 1960. Tragen wir dem nicht Rechnung, lassen wir die Familien im Stich. Nur wo wir Veränderungen aufnehmen, bereit sind, dazu zu lernen – wie wir dies etwa bei schulischen Ganztagsangeboten getan haben – , bleiben wir unserem Grundsatz treu, an der Seite der Familie zu stehen.

Ich würde mir von unseren Kirchen neben der gewissensschärfenden Mahnung immer wieder auch ein Wort der Ermutigung wünschen für die, die christlichen Überzeugungen in der Politik Geltung verschaffen wollen. Ich wünsche mir von ihnen den spürbaren Respekt davor, wie schwer wir uns oft die Entscheidung machen – vom Afghanistan-Einsatz bis zur Stammzellforschung.

Bemühen allein genügt allerdings nicht. In der Politik gibt es faule Kompromisse, falsche Entscheidungen, Scheitern und Schuld. Da ist es mir auch persönlich wichtig zu wissen, dass auch unserem politischen Handeln – in Anlehnung an die Barmer Theologische Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934 – der „Anspruch und Zuspruch“ des Evangeliums gilt. So gibt der christliche Glaube unserem Handeln nicht nur Motivation und Orientierung, sondern auch das Vertrauen, das wir vor, in und nach allem Entscheiden und Handeln von Gott getragen werden. Das bewahrt uns vor Selbstüberschätzung oder Zynismus beim Blick auf die eigenen Grenzen, verhindert angesichts realer Bedrohungen lähmende Angst und befreit uns zur Übernahme von Verantwortung mitten im Leben.

NEBENEINANDER ODER MITEINANDER LEBEN?

INTEGRATIONS-LAND DEUTSCHLAND

Maria Böhmer

Menschen sind verschieden und entwickeln sich unterschiedlich. Nur eine freiheitliche Gesellschaft bietet den Menschen die Chance auf die Entfaltung ihrer unterschiedlichen Talente und Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Die Vielfalt, die aus der Freiheit entspringt, ist somit zugleich Grundlage und Ergebnis einer freiheitlichen Gesellschaft wie der unsrigen.

FREIHEIT BRAUCHT REGELN

Kaum ein Land hat in den letzten Jahrzehnten einen größeren Zuwachs an ethnischer, kultureller und sprachlicher Vielfalt erlebt als Deutschland. Je größer die Vielfalt, umso wichtiger ist die gemeinsame Grundlage, auf der wir in dieser Vielfalt zusammenleben.

Ausgangspunkt aller Regeln, die unser Zusammenleben ordnen, ist das Grundgesetz. Das Grundgesetz ist Ausdruck unserer Tradition, nicht nur der Rechtstradition, auch der kulturellen Tradition. Es ist der Kompass für das Zusammenleben in unserem Land.

Im Grundgesetz finden sich die Freiheit der Religionsausübung ebenso wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das Grundgesetz verbietet Diskriminierung jeglicher Art, es schützt Ehe und Familie und nimmt die Eltern in besondere Pflicht für die Erziehung ihrer Kinder. An erster Stelle aber steht die Unantastbarkeit der Würde des Einzelnen.

Auf der Wertordnung des Grundgesetzes basiert unsere Gesellschaft. Auf dieser Grundlage leben die Menschen in Deutschland miteinander. Diese Wertordnung gibt uns den Bezugsrahmen für jeden Menschen, der in unserem Land leben möchte.

FREIHEIT BRAUCHT AUGENMASS

Einen besonderen Rang nimmt dabei die Freiheit des Einzelnen ein. Je größer die Freiheit, umso wichtiger sind aber auch der Ausgleich, das Maßhalten und die gegenseitige Rücksicht. In einer Familie entspricht auch nicht die Addition der Maximalwünsche sämtlicher Familienmitglieder gleichzeitig dem Wohl aller.

So stellt auch das Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft höhere Ansprüche an den Einzelnen. Denn seine Freiheit findet ihre Grenzen nicht nur in den Rechten des Anderen. Freiheit bedarf außerdem der Selbstbeschränkung: Wer in einer Gruppe zusammenleben möchte, muss gelegentlich auch unsichtbare Grenzen respektieren und wird vernünftigerweise seine Rechte nicht immer ausreizen. Das beginnt bereits in der Familie, im Freundes- und Kollegenkreis, aber auch auf der gesellschaftlichen Ebene.

DIE BEDEUTUNG DER RELIGION

Die Kultur des Abendlandes ist untrennbar verbunden mit dem Christentum. Abendländische und christliche Traditionen beeinflussen unseren Alltag, unsere Musik, Literatur und Architektur, bestimmen unseren Wochen- und unseren Jahresrhythmus. Die christliche Soziallehre gehört zu den tragenden Säulen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft. Auch dem Grundgesetz liegt das christliche Menschenbild zugrunde.

Unsere christlich-abendländische Kultur ist etwas Besonderes, ja Einzigartiges, und etwas Bewahrenswertes – unabhängig von der Religionszu-

gehörigkeit und der Einstellung des Einzelnen zum Glauben. Die Herausforderung der Integration ist deshalb zunächst eine kulturelle, keine religiöse.

Dennoch ist es nicht möglich, Religion und Kultur voneinander zu trennen. Religion spielt für die Integration eine besondere Rolle. Denn viele Zuwanderer stammen nicht nur aus Regionen mit einem anderen religiösen Hintergrund. Ein interreligiöser und interkultureller Dialog zwischen Menschen mit starker und Menschen ohne oder nur geringer religiöser Bindung stellt eine Herausforderung dar, auf die wir uns einstellen müssen. Dass die religiöse Bindung in Deutschland über lange Zeit nachgelassen hatte, hat die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft eher geschwächt. Umgekehrt gilt: Wenn – wie es scheint – das Bedürfnis nach Religion und Glauben in den letzten Jahren wieder zunimmt, kann dies eine Chance für mehr Integration sein.

DIE NEUAUSRICHTUNG DER INTEGRATIONSPOLITIK

In den vergangenen Jahren hat die Integrationspolitik der Bundesregierung wie wenige andere Politikfelder eine grundlegende Neuausrichtung erfahren: Als aktivierende und nachhaltige Integrationspolitik stärkt sie die Potenziale der Zuwanderer anstatt sich auf ihre Defizite zu konzentrieren. Gleichzeitig verlangt sie von den Migranten – im Sinne eines ausgewogenen Förderns und Forderns – sich auf dieses Land aktiv einzulassen und seine Rechtsordnung zu akzeptieren und zu respektieren. Die Integration wird für alle Seiten verbindlicher gestaltet, etwa durch konkrete Selbstverpflichtungen des Staates wie auch von gesellschaftlicher Seite und den Migranten selbst. Für diese Politik stehen insbesondere der Nationale Integrationsplan und die Deutsche Islamkonferenz.

Integrationspolitik braucht die Mitarbeit aller und unterstützt zugleich das Engagement derer, die mitwirken. Nur so können die Potenziale der Zuwanderer erkannt und eingebracht werden. Nur so ist Integrationspolitik auch verlässlich und authentisch.

Der Fokus der politischen Arbeit richtet sich dabei auf die wesentlichen Grundlagen der Integration: Sprache, Bildung, Gleichberechtigung und Integration in den Arbeitsmarkt.

Durch die Anbindung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung im Bundeskanzleramt hat die Bundesregierung die Bedeutung der Integration für die Zukunft unseres Landes auch institutionell aufgewertet. Denn Integration ist eine gesellschaftliche Schlüsselaufgabe. Sie ist auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, aber auch gesellschaftlich zu einem echten Querschnittsthema geworden.

WIR MÜSSEN NACHHOLEN UND AUFHOLEN

Lange haben wir es versäumt, für die Zuwanderer mit ihren Stärken und Fähigkeiten offen zu sein. Lange haben wir es aber auch versäumt, den Rahmen für die Integration zu definieren und Migranten systematisch zu fördern. Deshalb müssen wir jetzt aufholen und die Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft stärken. Dabei müssen wir unser Augenmerk stärker auf die nachholende Integration richten, also auf die Integration derer, die zwar schon lange bei uns, aber noch zu wenig mit uns leben.

Wir stehen vor einer wichtigen Aufgabe: Rund 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien leben in unserem Land. Die demographischen Prognosen sagen einen deutlichen Anstieg in den nächsten Jahrzehnten voraus.

DIE MENSCHEN HINTER DER DEFINITION

Menschen mit Migrationshintergrund sind nach der gebräuchlichen Definition Menschen, die selbst zugewandert sind, sowie diejenigen, von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde. Über den Grad ihrer Integration oder über ihr subjektives Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland sagt eine solche Definition freilich nichts aus.

So sind von diesen rund 15 Millionen Menschen rund 4,8 Millionen in Deutschland geboren und 8,3 Millionen sind deutsche Staatsbürger. Viele von ihnen fühlen sich hier so heimisch als hätten ihre Familien seit Jahrhunderten hier gelebt. Da die Zuwanderung nach Deutschland inzwischen besser gesteuert wird, wird der Anteil derer abnehmen, die im Ausland geboren wurden und bis zu ihrer Ankunft in Deutschland noch wenig Kontakt mit diesem Land hatten. Ansteigen wird die Zahl derjenigen, die hier geboren werden und aufwachsen und auch die Kultur sowie

die Traditionen ihrer Eltern pflegen und bewahren möchten, ein nachvollziehbares Anliegen.

WORAUF ES ANKOMMT

Integrationswille und gegenseitiger Respekt sind die Grundbedingungen für das Zusammenwachsen und schließlich auch den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Das Integrationsland Deutschland will das Interesse und die Neugierde der Zuwanderer an und Respekt vor unserer Kultur, unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung, unseren Traditionen und Wertvorstellungen stärken. Eine essentielle Voraussetzung dafür ist, dass Interesse am und Respekt vor dem Anderen bereits in der Mehrheitsgesellschaft überzeugend vorgelebt werden: Wir müssen zeigen, was für uns wichtig und bewahrenswert ist. So können wir als Gemeinschaft die Anziehungskraft entfalten, die es für eine erfolgreiche Integration braucht.

Wer möchte schon zu einer Gruppe gehören, die sich ihrer selbst nicht gewiss ist und wenig Identifikationspotenzial bietet? Es sind zudem diese Bindungskräfte einer Gesellschaft, die viele Zuwanderer gerade suchen. Sie selbst stammen oftmals aus Gesellschaften mit einer ausgeprägten sozialen Ordnung, mit einer engen Familienbindung und einem starken Zusammenhalt. Wenn wir ihnen nicht nur einen neuen Wohnort, sondern ein neues Zuhause bieten wollen, dürfen wir dies nicht unberücksichtigt lassen.

Von Hermann Hesse stammt der Satz: „Gestaltlose Nebel begegnen sich nie.“ Ein kulturelles Nebeneinander kann Integration nicht befördern, sondern ihr nur im Weg stehen. Denn es verhindert den Austausch, die Begegnung und Bereicherung, die Zuwanderung bedeutet. Die beste Mischung aus Vielfalt und Einheit zu finden, ist unsere Aufgabe.

CHRIST SEIN UND INTEGRATION

Unser Glaube erwartet von uns Christen Offenheit gegenüber allem Fremden. Wir sollten uns daher um einen aufgeschlossenen interreligiösen Dialog bemühen, zu dem das glaubwürdige Formulieren der eigenen Überzeugungen gehört. Ein solcher Dialog befördert Integration. Auch deshalb brauchen wir selbstbewusste Christen: offen und neugierig, aber zugleich authentische Zeugen ihres christlichen Glaubens und ihrer Werte.

Gleichzeitig bietet ein konstruktiver Umgang mit dem Islam auch für die Christen die Möglichkeit, sich stärker auf das konfessionsübergreifende Gemeinsame zu besinnen.

Wie aber gelingt das: Offen und tolerant zu sein und zugleich selbstbewusst und verbindlich? Das Ringen um den richtigen Weg darf, ja muss auch kontrovers ausfallen, wenn es angezeigt ist. Gerade die intensive Diskussion führt zur Klärung unterschiedlicher Positionen und zeichnet unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft aus. Es braucht die inhaltliche Auseinandersetzung, um gemeinsam die besten Lösungen zu finden.

Die auch sichtbare Ankunft des Islam in unseren Städten berührt unser eigenes Selbstverständnis. Sich stärker auf die eigenen religiösen und kulturellen Traditionen zu besinnen als diffuse Ängste vor dem Islam zu schüren, das muss der Weg sein. Wer sich in seiner eigenen Kultur und Religion verankert und aufgehoben weiß, kann gelassener und offener mit anderen Kulturen und Religionen umgehen.

ZUWANDERER BRAUCHEN ANERKENNUNG

Ein erfolgreicher Bildungsweg und ein gelungener Übergang in den Arbeitsmarkt gehört für alle Menschen zum Aufbau eines selbstbestimmten Lebens. Anerkennung für die erbrachte Mühe, das Wissen um die eigenen Fähigkeiten und die Möglichkeit, sich selbst und die eigene Familie selbst ernähren zu können, sind quer durch alle Kulturkreise bestimmende Faktoren für die persönliche Zufriedenheit. Unsere Wertschätzung muss sich daher auch in der Anerkennung der jeweiligen Fähigkeiten und der Lebensleistung des Einzelnen widerspiegeln.

Die Bundesregierung hat sich für diese Legislaturperiode vorgenommen, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Abschlüsse grundsätzlich neu zu regeln. In viel zu vielen Fällen können erfahrene Handwerker und qualifizierte Akademiker ihrem erlernten Beruf in Deutschland nicht nachgehen. Das ist nicht nur eine bittere Erfahrung für die Betroffenen, sondern auch eine Verschwendung an geistigen Ressourcen und technischen Fertigkeiten, die sich unser Land nicht leisten kann.

Die Bundesregierung stellt in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den berufsständischen Kammern die Weichen für die Anerkennung

von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Dies ist ein entscheidender Fortschritt. Oftmals ist nur eine Anpassungsqualifikation oder eine kleine Unterstützung bei der Aneignung des berufsspezifischen Fachvokabulars erforderlich, um eine Anerkennung der Qualifikation und damit den Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Aufgrund der föderalen Struktur wird das kein leichter Weg werden, aber alle Seiten wollen ihn zu einem guten Ende gehen. So hat das Bundeskabinett im Dezember 2009 ein Eckpunktepapier beschlossen, das jetzt umgesetzt wird. In diesem Jahr noch soll ein Gesetzentwurf zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen vorliegen.

KEIN ERFOLG OHNE BILDUNG, KEINE BILDUNG OHNE SPRACHE

Eine gute Bildung ermöglicht einen erfolgreichen Lebensweg. Und Schwächen bei der deutschen Sprache sind dafür noch immer das größte Hemmnis. Eltern müssen ihre Kinder zum Erlernen der deutschen Sprache ermuntern und wir müssen Eltern und Kindern dabei helfen. Denn Erfolg in der Schule bedeutet Anerkennung und Motivation, das gilt für einheimische Kinder ebenso wie für Zuwandererkinder.

Daher kommt den Integrationskursen – mit Sprachkursen als ihrem Kernelement – eine so große Bedeutung für eine erfolgreiche Integration zu. Die Bundesregierung hat dieses Angebot in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Seit Anfang 2005 haben rund 600.000 Personen an diesen Kursen teilgenommen. Um möglichst zielgenau zu sein, wurden sie an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Migranten ausgerichtet, etwa als spezielle Integrationskurse für junge Erwachsene, für Frauen, Eltern oder für Menschen mit besonderem Förderbedarf bzw. für schneller lernende Migranten.

Ein weiteres wichtiges Projekt der Bundesregierung für diese Legislaturperiode sind die Integrationsvereinbarungen. Sie sollen die Vernetzung und Verbindlichkeit der Integrationsförderung erhöhen und sicherstellen, dass die Integrationsmaßnahmen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt beginnen. Wichtig ist: Es geht nicht um Sanktionen. Vielmehr wollen wir Neuankömmlingen die Hand reichen und sie intensiver und persönlicher an das Leben in unserem Land heranführen als bisher, wollen ihnen zeigen, was wir ihnen bieten, aber auch was wir von ihnen erwarten können. Das schafft Vertrauen und Verlässlichkeit.

ZUWANDERUNG IST EIN KOMPLIMENT AN UNSER LAND!

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte, auf die wir zu recht stolz sind. Und schon immer haben Zuwanderer zu diesem Erfolg in erheblichem Maße beigetragen.

Auch heute knüpfen viele Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern dieser Welt große Hoffnungen an ein Leben in Deutschland. Sie wünschen sich ein Leben in Sicherheit und Freiheit. Sie wollen sich ein wenig Wohlstand erarbeiten und sie wollen, dass es ihren Kindern besser geht als ihnen selbst. Wer bei uns lebt, muss nur die Chancen ergreifen, die sich ihm bieten.

Integration ist eine Zukunftsaufgabe für unser Land. Sie hat Zuwanderer und Mehrheitsgesellschaft schon heute verändert und dieser Prozess wird sich fortsetzen. Entscheidend sind Menschen, die offen und neugierig auf unsere Nachbarn aus Zuwandererfamilien zugehen, ohne dabei die eigenen Wertvorstellungen aufzugeben. Die engagierte Mitarbeit der Christen war und ist deshalb besonders bei der Integration unverzichtbar. Zahlreiche christliche Initiativen und Projekte haben bereits bestanden und Migranten ganz praktisch unterstützt, bevor der Staat in der Integrationspolitik tätig geworden ist.

Integration gelingt nur dann, wenn wir uns gemeinsam anstrengen und wenn sich alle einbringen. Integration gelingt, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit zusammen leben und im ständigen Dialog miteinander bleiben. Darauf setze ich auch künftig.

DER CHRISTLICHE BEITRAG ZU EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN KULTUR

Alois Glück

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar dieses Jahres gab es eine besondere Premiere: Die Vertreter von siebzehn Religionsgemeinschaften wurden zu diesem Festival der Ökonomie und der Politik eingeladen. Ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit. Die Akteure der globalen und der ökonomischen Prozesse haben durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erkannt, dass purer Pragmatismus und ökonomische Regeln für die Gestaltung des Zusammenlebens nicht ausreichen. Auch auf solchen Konferenzen wird mittlerweile darüber debattiert, dass der Trend des Auseinanderdriftens bedrohlich wird, in den modernen Gesellschaften, wie auch weltweit.

Im Vordergrund stehen dabei die auch in der Welt der Zahlen messbaren Indikatoren des sozialen Auseinanderdriftens, wachsender Abstände zwischen Arm und Reich, zwischen Aufsteigern und Absteigern. Die große Krise hat aber auch zu der Erkenntnis geführt, dass purer Pragmatismus und auch ein besserer Mix von ökonomischen und sozialen Maßnahmen auf Dauer nicht ausreicht, um den notwendigen Zusammenhalt zu finden. Es geht um die Werte „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Röpke). Pragmatismus ohne Wertekompass führt in die Sackgasse. Die Finanzkrise hat zu einer neuen Debatte über die Bedeutung der Werte geführt. So wurde Vertrauen als die wichtigste Voraussetzung für den

Finanzmarkt entdeckt, die „Grundsätze des ehrbaren Kaufmanns“ wurden in den Wirtschaftsseiten der Zeitungen als notwendige Orientierung aufgeführt. Die sozialen Problemstellungen sind aber noch keine ausreichende Erklärung für die innere Verunsicherung, das Auseinanderdriften.

Die moderne Welt ist durch eine Vielfalt von Identitätskrisen gekennzeichnet. Alte kulturelle Prägungen verlieren in der Geschwindigkeit der Veränderungen, durch die Dominanz der Konsumwelt und durch die Prägungen weltweiter Kommunikation ihre Kraft. Allmählich wird immer mehr begriffen, dass die Globalisierung nicht nur ein ökonomisch-technischer Prozess mit sozialen Auswirkungen ist, sondern vor allem ein kultureller Prozess in der Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Prägungen, unterschiedlichen Wertvorstellungen; immer häufiger auch nicht nur eine Begegnung, sondern eine Konfrontation. Menschen und Völker haben Angst, den festen Boden unter ihren Füßen zu verlieren. Wer bin ich, was sind wir? Angst vor Identitätsverlust führt zu Gegenreaktionen der Abgrenzung, der Überbetonung eigener Kulturen.

Einheit und Vielfalt – das ist längst nicht mehr nur eine innenpolitische Fragestellung, dies ist eine der großen und zentralen Herausforderungen unserer Zeit auf allen Ebenen.

Die Phase nach dem Ausbruch der Finanz- und Weltwirtschaftskrise – die noch längst nicht bewältigt und überwunden ist – ist eine Zeit der Suche nach neuen Ordnungen. Dazu gehören nicht nur die technischen Ordnungen von Regeln für ökonomisches Handeln, das kann auf Dauer nur gelingen, wenn für das globale Wirtschaften auch eine globale Ethik gefunden wird. Ohne eine ausreichende gemeinsame Wertorientierung kann es auf Dauer auch keine ausreichenden technischen und politischen Regeln geben.

Hier kommt den Religionen eine Schlüsselrolle zu. Sie prägten die Kulturen und haben nach wie vor die größte Prägekraft. Paul Nolte hat in seinem neuen Buch *Religion und Bürgergesellschaft. Brauchen wir einen religionsfreundlichen Staat?* die Bedeutung der Religionen so formuliert: „Die moralische und soziale Substanz ist ohne Religion nur schwer vorstellbar. Religion bildet, als Reflexion auf Transzendenz ebenso wie als religiöse Vergemeinschaftung, eine grundlegende Ressource der Bürgergesellschaft, deren Ausfall nicht ohne weiteres kompensierbar ist, also von anderen Institutionen übernommen werden kann.“

Papst Benedikt XVI. hat in seiner Sozialzyklika *Caritas in veritate* diese Aufgaben eindringlich beschrieben.

Der 2. Ökumenische Kirchentag wird sich dieser Aufgabe stellen. Es geht nicht um eine Einheitsreligion – das große Missverständnis, wenn über Weltethos diskutiert wird –, sondern um den gemeinsamen ethischen und moralischen Nenner für die gemeinsame Zukunft.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten steht die Sorge um die soziale Einheit. Wir werden mit zunehmenden Verteilungskonflikten konfrontiert sein, mit der Finanznot in den öffentlichen Haushalten, ja noch mehr: Mit dem Offenbarungseid, dass unsere jetzige Art zu leben und zu wirtschaften nicht zukunftsfähig ist.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir auf neue Problemstellungen in aller Regel mit Geld und Organisation reagiert. Das wird nicht mehr ausreichen.

Wie wollen und wie können wir morgen leben? Darüber müssen wir uns ein gemeinsames Leitbild erarbeiten, weil es nur so gelingt, die großen Herausforderungen der kommenden Zeit auch ohne tiefe Brüche und Konflikte in unserer Gesellschaft zu gestalten. Für uns als Christen und auch beim 2. Ökumenischen Kirchentag stellt sich die Frage, welchen Beitrag wir dazu leisten können und leisten müssen.

Was ist unser Beitrag zu einer „zukunftsfähigen Kultur“ und was sind die Merkmale einer solchen Kultur? Eine humane Zukunft wird es nur geben, wenn wir den Kernsatz unserer Verfassung „die Würde des Menschen ist unantastbar“ lebendig halten und als allgemein verpflichtende Orientierung im Bewusstsein unserer Bevölkerung verankern. Dieses Menschenbild hat seine Quelle im christlichen Glauben, in dem der Mensch Ebenbild Gottes ist und daraus abgeleitet jeder Mensch dieselbe Würde und alle damit verbundenen Ansprüche und Verpflichtungen hat. Dies ist jedem Menschen mitgegeben, wird nicht verliehen und kann nicht entzogen werden. Wo diese Grundsätze aufgeweicht werden, beginnt die Kernschmelze der humanen Welt.

„Das Christentum hat politisches Handeln rechenschaftspflichtig gemacht vor Gott und den Menschen.“ Mit diesem Satz hat Hans Maier treffend unsere besondere Verantwortung als Christen formuliert.

Viele Fehlentwicklungen der Vergangenheit haben ihre Ursache in der Entkoppelung des Anspruchs auf Freiheit und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wenn in der Folge der Clevere, der mit möglichst wenig Anstrengung überall möglichst viel herausholt, das offene oder heimliche Leitbild ist, wenn als „dumm“ gilt, wer nicht überall das Maximale für sich ausschöpft, zerstört sich eine Gesellschaft aus sich selbst heraus.

Für den Zusammenhalt und für die notwendige Gestaltungskraft gegenüber den Aufgaben unserer Zeit ist eine neue Kultur der Verantwortung notwendig. Was heißt das konkret? Verantwortung übernehmen für sich selbst, für seine eigene Lebensgestaltung. Dazu befähigen und dafür erziehen ist die große Herausforderung und gleichzeitig die Grundlage einer Verantwortungskultur. Verantwortung übernehmen für die Mitmenschen, da keiner für sich allein lebt. Für die Christen ist es aber noch mehr, es ist die Nächstenliebe, die über die reinen Nützlichkeitsabwägungen eines Gegenseitigkeitsprinzips hinausweist und die eigentliche Dynamik für das menschliche Engagement ist. Die Religionen, die christliche im Speziellen, sind der Quellgrund für Einstellung und Engagement, die über die Dimension des persönlichen Nutzens hinaus gehen.

Verantwortung übernehmen für das Gemeinwesen. Dies beginnt mit Engagement im kleinen Lebenskreis der Familie, der Nachbarschaft, in der kirchlichen und politischen Gemeinde, in Verbänden und im politischen Engagement. Die größte Gefahr für unsere Demokratie sind nicht ihre erklärten Feinde, sondern die satten Wohlstandsbürger, hat Joachim Gauck einmal formuliert. Wie wahr.

Verantwortung übernehmen für die Nachkommen. Dies ist die größte ethische Herausforderung unserer Zeit. Wir haben kein Recht, auf Kosten der Zukunftschancen der nachkommenden Generationen zu leben. Dies gilt nicht nur für die ökologischen Fragen, für die ganz offensichtliche Übernutzung der Erde, es gilt auch, und in der gegenwärtigen Zeit besonders konkret, für die gigantische Schuldenlast, die wir an die Nachkommen weitergeben. Ohne eine Kurskorrektur, ohne sichtbare und gelebte Verantwortung für die Nachkommen, auch in diesen Fragen, wird ein Generationenkonflikt aufbrechen, der die Einheit aufs Massivste bedroht. Aber woher nimmt ein Volk die Kraft, sich so zu verhalten wie Eltern, die um der Zukunft ihrer Kinder Willen auf manche Annehmlichkeit verzichten? Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, dass auch eine

kühl kalkulierte Solidarität des wechselseitigen Nutzens nicht ausreicht, sondern eine Dimension der Verantwortung erforderlich ist, die einer tieferen Begründung bedarf und damit auch eine besondere Bringschuld der Christen und der Religionen ist. Wer soll auf diesem Weg vorangehen, wenn nicht wir?

Einheit und Vielfalt – das zentrale Spannungsfeld unserer Zeit. Dies korrespondiert mit einem anderen Spannungsfeld: Wie können wir gleichermaßen die notwendige Dynamik der Veränderung und Weiterentwicklung und die innere Stabilität miteinander verbinden?

Werte, gute Einstellungen und Absichten reichen nicht aus. Es bedarf auch der Regeln und vor allem auch der Strukturen, die die Entfaltung und Wirksamkeit dieser Werte fördern.

Im Hinblick auf die Verbindung von Einheit und Vielfalt und von Dynamik und Stabilität ist das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre ein wichtiger Wegweiser. Dieses Prinzip hat eine mehrfache Ausprägung: Als Verantwortungsprinzip, als Vorrang für die Eigenverantwortung. Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er selbst leisten. In der christlichen Soziallehre ist die ebenso wichtige andere Säule die Solidarität mit denen, die sich aus eigener Kraft nicht entsprechend helfen können.

Vorrang der Eigeninitiative, der persönlichen und der gesellschaftlichen, vor dem Handeln und der Zuständigkeit des Staates. Der Staat wiederum hat die Aufgabe, diese Initiativen zu ermöglichen und zu fördern. Vorrang der kleineren Einheit vor der größeren.

In der innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Ordnung hilft dieses Prinzip, Einheit und Vielfalt miteinander zu verbinden. Dies fördert die notwendige Gemeinsamkeit, denn Subsidiarität darf nicht gleichgesetzt werden mit Separatismus. Ein häufiges Missverständnis. Zentralismus ist aber keine weiterführende Antwort in einer Welt der wachsenden Komplexität. Der Föderalismus hat eine besondere deutsche Tradition und Prägung, ist aber als Grundprinzip richtungweisend für eine Welt, in der die Menschen ihre eigene Identität und ihre regionale Vielfalt und Entwicklungsmöglichkeit bewahren und gleichzeitig den Weg zur notwendigen Gemeinsamkeit im Schicksal der einen Welt finden müssen.

Die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips fördert den Wettbewerb der Ideen und Initiativen. Sie fördert gleichermaßen die innere Stabilität durch die Vielfalt der kleineren Einheiten und die Durchschaubarkeit von Strukturen sowie die Wechselbeziehung von Handeln und Wirkung. Dies wiederum fördert die Bereitschaft zum Engagement.

Die notwendige Einheit einer Gesellschaft und einer Nation setzt aber auch eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägung in einen fruchtbaren Dialog treten.

Schließlich: Einheit und Vielfalt ist gegenwärtig auch die große Herausforderung in unseren Kirchen und in der Ökumene. Ein noch sehr offener Prozess.

POLITISCH HANDELN VOR GOTT

Günther Beckstein

Ich freue mich sehr auf den Ökumenischen Kirchentag in München im Mai 2010! Als evangelischer Christ liegt mir viel am Gespräch mit den anderen christlichen Konfessionen. Wie die meisten Lutheraner empfinde ich die theologischen Besonderheiten des protestantischen Bekenntnisses – etwa in der Begegnung mit katholischen Christen – als vergleichsweise überschaubar. Vielleicht hat das auch mit dem Selbstverständnis meiner Kirche zu tun, die sich nicht als die weltumspannende Bewahrerin des Glaubens schlechthin versteht.

Als Martin Luther mit seiner Kritik an der Amtskirche an die Öffentlichkeit trat, tat er das nicht, um eine „neue Kirche“ zu begründen, sondern um die eine Kirche, der er leidenschaftlich verbunden war und an der er litt, von Grund auf zu reformieren. Dass diese Reformation dann ihre eigene Dynamik entwickelte, hatte mit vielen äußeren Einflüssen zu tun. Andere Reformatoren griffen auf und führten fort, was Luther ins Rollen gebracht hatte, und bereits im 16. Jahrhundert verbanden sich soziale und nationale Energien – von menschlicher Emotionalität und menschlichem Ehrgeiz ganz abgesehen – mit dem Impetus zur Erneuerung des Glaubens. Auch die römische Kirche blieb von solchen weltlichen Einflüssen nicht frei, denn auch sie lebte und lebt als Institution in einer realen und sehr politischen Welt, und auch in ihr trugen und tragen Menschen mit all ihren Stärken und all ihren Schwächen Verantwortung.

Heute, wo die Christen aller Prägung sich wieder mehr auf das Einigende als auf das Trennende konzentrieren, stellen wir fest: Die Einheit des Glaubens liegt vor allem im Glauben selbst – in seinem Kern, in der Botschaft von Jesus Christus und einem liebenden Gott, in der Zusage der Vergebung der Sünden und im Versprechen des ewigen Lebens. Deutlich wird das, wenn wir als evangelische und als katholische Christen nahezu dasselbe Glaubensbekenntnis sprechen. Und dort, wo es sich unterscheidet, im Bezug auf die „christliche“ bzw. „katholische“ Kirche, empfinde ich als Nicht-Theologe diese Differenz als eher sekundär. „Katholisch“ heißt schließlich auch „allgemein“, und an einem „allgemeinen“ christlichen Glauben halten wir Evangelischen nun wahrlich fest!

Von dieser Gemeinsamkeit im Glauben abgesehen, gibt es aber freilich unterschiedliche Auffassungen, die die evangelische und die katholische Kirche sehr deutlich voneinander abgrenzen und die demjenigen, der sich seiner Kirche und seiner Konfession verbunden fühlt, bei aller Affinität zur Ökumene auch wichtig sind. Die Unterschiede werden nicht dadurch leichter, dass sie uns Christen nicht nur in zwei Lager teilen, sondern gleich in zwei Dutzend! Aus langjähriger eigener Erfahrung kann ich sagen, dass es auch innerhalb der evangelischen Welt immer wieder zu lebhaften theologischen Gesprächen kommt – ein Zustand, der inzwischen seit fünfhundert Jahren so besteht und bei aller Einheit im Glauben für ein großes Maß an Uneinigkeit sorgt. Wer vor seinem geistigen Auge die Reformatoren Martin Luther, Johannes Hus, John Wiclif, Ulrich Zwingli und Johannes Calvin Revue passieren lässt – allesamt charismatische Persönlichkeiten, die eher mit Durchsetzungskraft als mit dem Willen zum Kompromiss ausgestattet waren –, der ahnt, wie viel an ökumenischem Geist wir evangelische Christen schon in unserer eigenen „Familie“ brauchen! Aus den Gesprächen mit meinen katholischen Freunden weiß ich, dass es ihnen mit Blick auf zwei Jahrtausende Kirchengeschichte nicht recht viel anders ist. Diese Vielfalt mag bisweilen anstrengend sein und den Überblick erschweren. Sie macht aber auch deutlich, dass hier Menschen am Werk sind, die sich Gedanken machen zu dem, was ihren Glauben eigentlich ausmacht, die sich auseinandersetzen mit ihrem Gott. Diese Auseinandersetzung, dieser produktive Diskurs, das Zulassen von fragender Unsicherheit – auch das macht eine lebendige Kirche heute aus!

Lebendig sind die christlichen Kirchen auch insofern, als sie sich nicht nur auf den theoretischen theologischen Diskurs konzentrieren, sondern ganz pragmatisch auch nach dem christlichen Handeln in der Welt fragen. Zwar ging Martin Luther bei seiner reformatorischen Arbeit zunächst nicht von der Politik und von den sozialen Konflikten seiner Zeit aus. Er strebte nicht nach einer „Kirche von unten“, sondern suchte nach dem Wort. Das Wort, wie es die Evangelien überliefern, sollte klar herausgearbeitet, richtig verstanden und konsequent in das Handeln der Kirche umgesetzt werden. Als Luther sich später dann doch auf das gefährliche Feld der Politik begab, war er nicht immer gut mit dieser Entscheidung beraten, und er selbst hat wohl mehr als einmal auch ausdrücklich festgestellt, dass Glaube und Politik zwei verschiedene Bereiche sind und es nicht möglich ist, die Welt nach dem Evangelium zu regieren. Nun: Diese Erkenntnis kann ich als langjähriger bayerischer Innenminister mit einer Fülle an Beispielen und mit durchaus empirischem Anspruch wirklich bestens untermauern!

Dennoch kommen wir Christen und kommen die christlichen Kirchen nicht umhin, sich angesichts der Zu- und Missstände in der Welt immer und immer wieder zu fragen: Was können wir als Christen tun? Was sollen wir als Christen tun? Wie kann es gelingen, Gott in unserem politischen, sozialen und gesellschaftlichen Handeln gerecht zu werden? Auch hier sind wir als Lutheraner – wenn ich das so sagen darf – in einer recht glücklichen Situation. Im Sinne unseres Glaubenslehrers dürfen wir darauf verweisen, dass menschliches Handeln nie wirklich „gerecht“ sein kann. So sehr wir uns bemühen sollen, richtig zu handeln, so sehr sollen wir uns auch in Acht nehmen vor der Annahme, tatsächlich „gerecht“ zu handeln! Die bekannte biblische Geschichte von der Ehebrecherin, die gesteinigt werden soll, ist in diesem Sinne eine Warnung an uns, nicht der eigenen Selbstgerechtigkeit anheim zu fallen: Nach dem damals geltenden „Recht“ war das gegen die Ehebrecherin ausgesprochene Todesurteil korrekt. Als aber die Menschen kamen, um dieses Urteil zu vollziehen, brachte Jesus sie dazu, sich selbst zu prüfen – bevor sie den ersten Stein warfen. Dann blickte er zu Boden und malte im Staub. Als er auf sah, hatten sich alle Ankläger davon gemacht – ihr Übereifer hatte sie blind gemacht und im Glauben an die Gerechtigkeit ihres Handelns engstirnig werden lassen, aber immerhin hatten sie sich von Jesus belehren lassen und waren von ihrem ursprünglichen Vorhaben abgekommen.

Bevor wir also danach fragen, wie wir politisch handeln sollen, um Gott gerecht zu werden, ist es wohl sinnvoll, sich von dem Gedanken zu befreien, man könne Gott überhaupt jemals gerecht werden. Der französische Kardinal Lustiger hat einmal sehr treffend gesagt: *„Wir müssen nicht Gott erreichen. Es genügt, dass Gott uns erreicht.“* Wenn wir also einer politischen Frage gegenüberstehen, wird unsere Antwort vielleicht falsch oder richtig sein, sinnvoll oder fragwürdig. Noch wahrscheinlicher wird sie zwischen diesen beiden Polen changieren und halbwegs richtig oder weitgehend sinnvoll sein. Aber sie wird nie umfassend „gerecht“ sein vor Gott – das schaffen wir einfach nicht. Und als Christen müssen wir es auch nicht: Gott liebt uns mit allen unseren Fehlern und ohne Ansehen unserer Leistungen, unserer Erfolge und unserer irdischen Bedeutung. Er liebt uns einfach so, ohne Gegenleistung.

Dieses Unvermögen des Menschen vor Gott müssen wir im Hinterkopf behalten, wenn immer wieder die Gefahr besteht, dass politische Positionen mit dem moralischen Gehalt des Glaubens in instrumentalisierender Art und Weise in Verbindung gebracht werden. Natürlich haben die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Theologen und Geistlichen allesamt völlig verschiedene Meinungen zu Fragen der Politik, so wie die anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Es ist auch völlig legitim, dass diese Meinungen geäußert und kontrovers diskutiert werden. Wenn wir zurückblicken in die siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, dann erinnern wir uns an die ausgesprochen scharfen politischen Debatten jener Zeit – etwa über die Frage, ob die NATO den damals neuen russischen Mittelstreckenraketen ebenso neue eigene Raketen entgegenstellen sollte oder dürfe. Damals haben gerade zu dieser Frage viele evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer sehr deutlich Position bezogen, und das nicht nur als Bürgerinnen und Bürger, sondern ganz explizit auch als Geistliche. Mit dieser Parteinahme war ich recht unglücklich und bin es noch. Das lag natürlich auf einer rein politischen Ebene ganz einfach daran, dass ich die Logik der Abschreckung für ein tragfähiges Fundament der rationalen Friedenssicherung hielt, was sich wohl auch als die richtige Überlegung bestätigt hat. Das ging zum Zweiten aber auch ganz wesentlich auf den Umstand zurück, dass manche Nachrüstungsgegner die Nachrustungsbefürworter einfach als schlechte Christen bezeichneten und damit letztlich irgendwie den Anspruch stellten, über das Wissen um das vor Gott Gerechte exklusiv zu verfügen.

Nicht dass ich missverstanden werde: Als Bürgerinnen und Bürger bleiben wir natürlich gefordert, uns um die Politik Gedanken zu machen. Als Angehöriger einer Partei, die sich ausdrücklich das „hohe C“ ins Programm geschrieben hat, plädiere ich nachdrücklich dafür, dass wir auch im politischen Handeln als Christen erkennbar bleiben. Aber keine politische Position ist „heilsnotwendig“ im theologischen Sinne, und umgekehrt kann keine Position uns von der Hoffnung auf die Gnade Gottes ausschließen. Gerne erinnere ich mich in diesem Zusammenhang an Otto Dibelius und Martin Niemöller, die sich im Jahre 1937 klar und deutlich gegen den götzenanfälligen Zeitgeist des Nationalsozialismus gewandt haben mit den Worten: *„Jede innerweltliche Position, die sich für das Letzte erklärt, ist eine Absage an Gott. Ob sie will oder nicht. Denn das Letzte ist Gott. Und Gott ist da.“*

Gerade in der Distanz, wie sie auch Jesus gegenüber dem Politischen gewahrt hat, und in der damit verbundenen Relativität des politischen Handelns des Menschen in seiner Welt liegt etwas ungemein Befreiendes: Zu Recht engagieren wir uns in der Politik, aber unser Heil kommt von Gott! Eine bessere Grundlage für verantwortungsbewusstes und gleichermaßen vertrauensvolles Handeln in Gott kann es für den Menschen des 21. Jahrhunderts kaum geben. Dass der Ökumenische Kirchentag in München von diesem Geist erfüllt ist und seinerseits seine Besucherinnen und Besucher mit diesem Geist erfüllt, das wünsche ich mir.

VII. LEISTUNG UND GERECHTIGKEIT:
DIE MEHRUNG DER TALENTE

POTENZIALE ERKENNEN: GLEICHE CHANCEN FÜR JEDE UND JEDEN

Jan-Hendrik Olbertz

Was bedeutet mir der Glaube für meine Arbeit? Die Antwort darauf hängt davon ab, was genau unter Glaube zu verstehen ist. Gemeint sein kann Glauben als Ausdruck von Gewissheit, von Vertrauen, aber auch als Erkenntnisprinzip, also Glaubenserkenntnis im Unterschied zu Vernunftkenntnis. In diesem Sinne haftet dem Glauben oft der Anschein des Defizitären an, wie man es z. B. in dem Satz ausdrückt: „Glauben heißt: nicht wissen“. Mancher wird schon den Ausdruck „Glaubenserkenntnis“ für einen Widerspruch in sich halten. Wäre aber Glauben tatsächlich nur ein Nicht-Wissen, dann müsste man fast alles, was wir zu unserem Wissen zählen, als Glauben bezeichnen. Denn nahezu alles, was wir wissen, haben wir nicht selbst auf seine Wahrheit hin geprüft, sondern wir glauben anderen, dass sie es überprüft haben, und dass ihre Prüfung korrekt war. Vor diesem Hintergrund kann mir die Schöpfungsgeschichte sogar rational betrachtet plausibler erscheinen als die Urknalltheorie.

So genügen gerade die Einsichten, die uns existenziell etwas bedeuten und derer wir uns im Tiefsten gewiss sind, nicht den Anforderungen eines empirisch gesicherten Wissens. Sie können dies schon deshalb nicht, weil es sich dabei um Überzeugungen handelt, deren Gegenstand sich nicht auf einen weiteren zurückführen lässt, und der aus diesem

Grund nur unmittelbar erschlossen werden kann. Dass eine Welt außerhalb meines Vorstellungsvermögens existiert, dass es moralische Gesetze gibt, dass eine Frau mich liebt, das halte ich für wahr und wichtig, auch wenn es zumindest keine Tatbestände sind, die einem empirischen Wissensbegriff zugänglich wären. Nur kann ich mir keinen Menschen vorstellen, der ausschließlich positivistisch dächte. Abgesehen davon, dass man einen Positivismus als Alleinherrschaft des Empirischen gar nicht rein empirisch formulieren und begründen kann, gibt es aus meiner Sicht keinen vernünftigen Grund, ausgerechnet die Koordinaten oder Kategorien unseres Wissens und unseres Lebens als nicht wahrheitsfähig zu beurteilen. Das Gleiche gilt für die Frage, ob es einen Gott gibt. Es ist nicht unvernünftig, zu glauben, dass alles, was ist, einen letzten Grund hat, den wir Christen „Gott“ nennen. Es ist nicht unvernünftig, Respekt und Toleranz anderen Religionen gegenüber walten zu lassen, und auch ungläubige Menschen zu achten. Und es muss keine billige Vertröstung sein, auf ein Leben zu hoffen, in dem es einem guten Menschen auch gut geht. Dass es auf Erden nicht immer so ist, war auch für einen Philosophen wie Immanuel Kant ein schwer erträglicher Gedanke, eine „Antinomie der praktischen Vernunft“, die ihn unter anderem dazu brachte, die Existenz Gottes zu postulieren.

Ebenso wenig ist es unvernünftig, das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe zu akzeptieren. Im Kern besagt es, dass Gutes anzuerkennen oder wertzuschätzen ist, gleich Gutes gleich und Besseres mehr als das weniger Gute, und dass kein Mensch als Mensch wertvoller als ein anderer ist, sondern jeder die gleiche Würde besitzt. Ich glaube, das sagt uns auch die Vernunft.

Damit sind wir bereits vom Glauben als Erkenntnisprinzip bei möglichen Gegenständen oder Inhalten des Glaubens. Das Liebesgebot, wie eben formuliert, verlangt nicht, dass ich alle gleich zu mögen hätte, wohl aber, jeden anderen als meinesgleichen zu achten. Um zu dieser Auffassung zu kommen, muss ich nicht gläubig sein, aber wenn ich Christ bin, gehört sie notwendig zum Glauben dazu. Man kann sich jedenfalls schwer vorstellen, dass jemand von sich sagte, er sei insgesamt ein gläubiger Christ, nur mit der Nächstenliebe habe er es nicht so.

Der Glaube an Gott als Schöpfer und Erlöser kann schon für sich eine große Befreiung sein. Er kann von dem Wahn erlösen, sich selbst als letzte Instanz zu betrachten. Das wiederum kann einen vor zweierlei

bewahren: vor Allmachtsphantasien im Erfolg und vor Verzweiflung im Misserfolg. Beides zu vermeiden, sind nicht nur für einen Politiker Schlüsselqualifikationen. Natürlich soll man alles daran setzen, seine Ziele zu erreichen. Aber dennoch sind Erfolg und Misserfolg keine Kriterien für den Wert einer Person oder zur Beurteilung ihres Lebens. Das gilt auch für alle anderen Werte, deren Verwirklichung nicht ganz in unserer Macht liegt. Natürlich ist es besser, gesund zu sein anstatt krank, wohlhabend anstatt bettelarm, intelligent anstatt dumm. Aber ein Leben in Krankheit oder Armut ist deswegen noch kein misslungenes, und ein Leben in Gesundheit und Wohlstand deswegen noch kein gelungenes, gutes Leben. Das sollten wir auch in Bezug auf Fragen der Bildung beachten. Wertschätzung der Bildung darf keine Verachtung derer nach sich ziehen, die ungebildet sind.

Allerdings ändert das nichts daran, dass wir, sofern uns das möglich ist, Werte anerkennen und verwirklichen sollen. Auch wenn ein kranker Mensch deswegen kein schlechter Mensch ist, bleibt Krankheit ein Übel, dem es, wenn irgend möglich, abzuhelpen gilt.

Der Wert, mit dem es ein Kultusminister beruflich am meisten zu tun hat, ist Bildung. Keineswegs nur formale, zertifizier- und anrechenbare Bildung, sondern mindestens ebenso sehr das, was man Persönlichkeitsbildung nennt. Auch Herzensbildung gehört dazu. Bildung ist immer eine Leistung, die als solche Anstrengung erfordert. Lernen ist ja im Grunde nichts anderes als die Anstrengung, die erforderlich ist, um etwas zu verstehen oder zu wissen, was man vorher nicht verstanden hatte oder wusste.

Das Neue Testament gibt – glücklicherweise – keine Auskunft darüber, ob die Grundschulzeit vier oder sechs Jahre betragen soll. Schon deshalb würde ich für meine Position in dieser Frage nicht den lieben Gott bemühen oder Andersdenkende als weniger christlich betrachten. Selbst in einer Gesellschaft, in der sich alle zum Gebot der Nächstenliebe verstünden, wäre mit Meinungsverschiedenheiten in solchen Fragen zu rechnen. Einigkeit bestünde nur darin, dass wir verpflichtet sind, das Beste für unsere Kinder und Jugendlichen zu tun. Damit wissen wir aber noch nicht, was das für den Einzelnen jeweils Beste ist.

Es mag Fälle geben, in denen es gerecht ist, wenn jedem dasselbe zuteil wird. Vielleicht dann, wenn nach einer Währungsreform jedem dasselbe Startkapital ausgehändigt wird. Meist ist es nicht so einfach, auch nicht im Mess- und Finanzwesen, aus dem das Wort „Talent“ kommt, und erst recht nicht in Fragen der Bildung.

Schon die Bedeutungsänderung des Wortes „Talent“ ist interessant: „Es ist wie mit einem Mann, der auf Reisen ging: Er rief seine Diener und vertraute ihnen sein Vermögen an. Dem einen gab er fünf Talente Silbergeld, einem anderen zwei, wieder einem anderen eines, jedem nach seinen Fähigkeiten“ (Mt 25, 14). Ganz offensichtlich hielt man es schon früh nicht für möglich, dass es hier darum ginge, wie man Geld vermehre. Und so wurde aus der Währung die Gabe bzw. die Begabung, die Gott jedem Menschen mitgibt. Was die Größe dieser Gabe angeht, ist die Bibel bei Matthäus nicht kleinlich. Ein Talent, das ist, verglichen mit Mt 20,2, das Sechstausendfache eines Tageslohnes, also selbst bei 300 Arbeitstagen im Jahr der Lohn für zwanzig Jahre Arbeit.

Demnach erhält also jeder viel, aber nicht von allem gleich viel. Vielleicht gehört dies zu jener Unverwechselbarkeit jedes Menschen, die wir „Individualität“ nennen. Umgekehrt wird von dem, der mehr erhält, auch mehr erwartet: Auch hier von „jedem nach seinen Fähigkeiten“. Nicht nur die Gaben sind individuell, sondern auch die Verantwortung. Aber noch wichtiger ist etwas Anderes: Am Ende zählt nicht, wer wie viele Talente mitbekommen hat, sondern was jeder aus seinen macht. Und wenn es nur eins ist – hat er es verdoppelt, so ist er lobenswerter als der, der zehn hatte und sie vergrub.

Zweifellos gibt es bei dem, was jedem von uns mitgegeben wurde, Unterschiede, die auffällig sind, Unterschiede, die wir für ungerechtfertigt oder für bedauerlich halten. Das heißt allerdings nicht, dass jeder Unterschied ausgeglichen werden könnte oder auch nur sollte. Wer sich durch eine hohe musikalische Begabung auszeichnet, soll genau diese Begabung entfalten und nicht auf ein Durchschnittsmaß „gedimmt“ werden, weil er unbedingt immer mit allen gemeinsam singen muss. So ist es mit vielen Fähigkeiten. Gerechtigkeit kann hier nicht Ergebnisgleichheit bedeuten, wohl aber möglichst gleiche Chancen beim Start. Dann können wir uns getrost darüber freuen, dass manche etwas außerordentlich gut können.

Das christliche Menschenbild sagt uns, dass es kein Kind auf der Welt gibt, das gänzlich unbegabt ist und überhaupt keine Stärken hat. Aber viele Potenziale bleiben unerkannt, werden nicht erweckt oder nur halbherzig gefördert. Der Grundsatz einer jeden Schule sollte daher lauten: Jeder kann etwas, niemand kann alles und keiner kann nichts. Auf dieser Grundlage können wir unseren Kindern getrost etwas zutrauen und etwas abverlangen, können sie in ihrer Selbstgewissheit bestärken, ihnen gelegentlich aber auch Grenzen ziehen, wo es nötig ist, damit sie erfahren, dass sie uns wichtig sind.

CHRISTLICHE BILDUNG ALS UNVERZICHTBARER BESTANDTEIL GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

Thomas Rachel

Die Hoffnungsbotschaft des christlichen Glaubens hat unsere abendländische Kultur und Gesellschaft über viele Jahrhunderte tief und nachhaltig geprägt. Insbesondere unser geschichtliches und kulturelles Selbstverständnis in Deutschland wäre ohne unser christliches Erbe überhaupt nicht verständlich. Nach diversen Säkularisierungsschüben und gesellschaftspolitischen Umbrüchen stehen wir heute zunehmend vor der Frage, ob das, was wir in der Perspektive der historischen Genese so klar und eindeutig beschreiben können, auch für die Zukunft tatsächlich noch Geltung beanspruchen und in seiner Bedeutsamkeit auch nachfolgenden Generationen als wesentlich weitervermittelt werden kann.

I.

Gerade in jüngster Zeit spüren wir allenthalben das fortschreitende Schwinden bisheriger kultureller Selbstverständlichkeiten und Werteprägungen. Die Weglassung des Gottesbezuges in der Präambel der Europäischen Verfassung, die zunehmende Verdrängung des konfessionellen Religionsunterrichtes aus den öffentlichen Schulen (Einführung von „Ethik“ in Berlin und „LER“ in Brandenburg), die

immer aggressivere Aushöhlung unserer christlich geprägten Sonn- und Feiertagskultur von Seiten eines mehr und mehr entgrenzten Marktes oder das bewusste Zurückdrängen von christlichen Symbolen („Kruzifixurteile“) aus den öffentlichen Räumen sind nur einige wenige Beispiele einer äußerst bedenklichen Entwicklung.

Hierbei handelt es sich nämlich keineswegs bloß um die Gefahr eines (vermeintlich verschmerzbaeren) Verlustes kultureller Teilbereiche oder Sondermilieus, sondern vielmehr um den drohenden Identitätsverlust in Bezug auf unsere tragenden Gemeinschaftsgrundlagen. Demzufolge besteht für eine Politik in christlich-demokratischer Verantwortung an diesem Punkt eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Den Vätern und Müttern der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) stand noch drastisch vor Augen, was mit einer Politik, einem Staat und einer ganzen Gesellschaft geschehen kann, wenn diese ihre christlich-kulturellen Wertgrundlagen und geistigen Wurzeln verlieren. Im Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945 heißt es klar und unmissverständlich: „Heute stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.“ Aus dieser Erkenntnis wurde sogleich eine ebenso klare Schlussfolgerung in Bezug auf die künftige Grundlage einer gemeinsamen Politik gezogen: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“

Christlich-Demokratische Politik nimmt die geschichtlich prägend gewordenen christlichen Quellen und Traditionen unserer nationalen Identität also nicht bloß passiv zur Kenntnis, sondern sie bekennt sich vielmehr ausdrücklich zu diesen Quellen und Traditionen. Um der eigenen Identität und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung willen geht es darum, dass diese „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte“ immer wieder neu und fruchtbringend erschlossen werden können. Gerade vor dem Hintergrund des 2. Ökumenischen Kirchentages in München sollte an dieser Stelle auch von Unionsseite aus daran erinnert werden, wie wichtig es ist, dass die christlichen Konfessionen bei ihrem gesellschaftspolitischen und öffentlichen Engagement, unbeschadet ihrer theologisch begründeten Unterschiede, bei dieser wichtigen Aufgabe so viel wie möglich zusammenarbeiten.¹

II.

Für den immer wieder zu leistenden Erschließungsprozess im Hinblick auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ ist der Bereich der Bildung von zentraler Bedeutung.

Es ist in diesem Zusammenhang bis in unsere Gegenwart hinein bedeutsam, dass insbesondere Kirche und Theologie in unserer Geschichte nicht nur substantiell-inhaltlich und von ihrem Grundverständnis her, sondern auch bis in die konkreten Strukturen hinein unser gesamtes abendländisches Bildungsverständnis² mitbegründet, mitgeformt und mitgeprägt haben. Noch lange bevor das für uns heute bestimmend gewordene, moderne (säkularisierte) Bildungsdenken seit dem 18. Jahrhundert langsam aber sicher seinen Siegeszug in den sich bildenden Nationalstaaten Europas antreten konnte, wurden hierfür die geistig-geistlichen Fundamente von kirchlicher und christlich-theologischer Seite aus gelegt.

Das abendländische Schul- und Universitätswesen wurde im Mittelalter begründet und wäre ohne Kirche und Theologie undenkbar. In den Klöstern Europas wurde das gesamte damalige Wissen über Jahrhunderte hinweg aufbewahrt, gesammelt, gepflegt und weitertradiert. Mit der Reformation, die ja aus kulturgeschichtlichem Blickwinkel geradezu als eine einzige große Bildungsbewegung angesehen werden kann (Luthers Bibelübersetzung), begann schließlich, ausgehend vom Gedanken des „Priestertums aller Gläubigen“, eine völlig neue Schwerpunktsetzung in Gestalt des Ideals der Förderung der Bildungsverantwortung und Mündigkeit eines jedes Einzelnen. Martin Luther hat – was heutzutage fast in Vergessenheit geraten ist – mit seinem Sendschreiben „An die Bürgermeister und Ratsherren aller Städte in deutschen Landen“ nichts anderes als das öffentliche Schulwesen in Deutschland eingeleitet. Philipp Melanchthon, dessen 450. Todestages wir in diesem Jahr gedenken, war beispielsweise nicht einfach nur der Wegbegleiter Martin Luthers und ebenfalls ein großer Theologe, sondern auch vor allem einer der bedeutendsten und wirkmächtigsten Gelehrten der deutschen Geschichte (daher sein Ehrentitel „*Praeceptor Germaniae*“): Er sah seine Hauptaufgabe zeitlebens nicht nur in der besonderen Förderung des antiken Bildungskanons und der pädagogischen Betreuung der Studienanfänger. Er wurde vielmehr auch zur treibenden Kraft einer mitteleuropäischen Universitätsreform und Bildungsbewegung, deren Auswirkungen letztlich bis heute nachweisbar sind. Die lange Liste der beeindruckenden Beispiele unserer

tiefen Prägung durch das Christentum im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Erziehung ließe sich problemlos bis in unsere heutige Gegenwart hinein fortsetzen.

Diese Prägung hat dann auch konsequenter- und vernünftigerweise im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihren adäquaten Niederschlag gefunden, nämlich in Form des nach wie vor besonderen Verhältnisses von Staat und Kirche. Die Kooperation von Staat und Kirche folgt zwar in verfassungsrechtlicher Hinsicht dem Trennungsgebot und sichert so natürlich die religiös-weltanschauliche Neutralität und den säkularen Charakter des pluralistischen Verfassungsstaates, indem dieser die religiös-weltanschaulichen Überzeugungen und Entscheidungen der Grundrechtsträger unparteiisch respektieren und berücksichtigen muss. Eine strikte Trennung und Beziehungslosigkeit von Staat und Kirche folgt aus diesen Geboten aber nicht. Sowohl die Theologischen Fakultäten an den Universitäten als auch der konfessionelle Religionsunterricht an den staatlichen Schulen sind eine gemeinsame Angelegenheit von Staat und Kirche. Die Kirchen erfüllen mit der Wahrnehmung ihres eigenen Bildungsauftrages also bis heute sowohl staatliche wie kirchliche Funktionen. Staat und Kirchen sind gewissermaßen traditionelle Partner der gemeinsamen Bildungs- und Kulturverantwortung.

III.

Blicken wir nun schließlich auf das Wesen des christlichen Bildungsbegriffes selbst, so wird noch deutlicher, warum dieser gemeinsamen Bildungs- und Kulturverantwortung auch weiterhin ein unverzichtbarer Stellenwert zugemessen werden muss.

Bildung nach christlichem Verständnis gründet im christlichen Menschenbild. Dahinter steht die biblische Vorstellung von der Abbildhaftigkeit des Menschen im Gegenüber zu seinem Schöpfer-Gott. Der Mensch ist gemäß 1. Mos. 1, 27 nach dem „Bilde Gottes“ (*imago Dei*) geschaffen. Genau diese alttestamentlich-mythologische Bestimmung wird im Neuen Testament abermals aufgegriffen und im Hinblick auf Jesus Christus eigentümlich präzisiert, indem etwa der Apostel Paulus von Christus als dem „zweiten“ Adam reden kann: „Der erste Mensch ist von der Erde und irdisch, der zweite Mensch ist vom Himmel. (...) Und wie wir getragen haben das Bild des irdischen, so werden wir auch tragen das Bild des himmlischen.“ (1. Kor. 15,47+49) In Christus³ ist also die endgültige

Bestimmung aller Menschen offenbar geworden, damit auch wir uns zu dieser Gottesebenbildlichkeit hin vervollkommen lassen. Sowohl im Gegensatz zum Denken des Mythos als auch zu den klassischen antik-philosophischen Vorstellungen, hat der Mensch nach christlichem Verständnis seine Vervollkommnung im Rahmen der persönlichen wie auch der allgemeinen (Heils-)Geschichte erst noch vor sich.⁴ Der Mensch, ob schon von Gott als gut geschaffen, findet sich selbst immer schon und zu jedem Zeitpunkt seines Lebens in der selbstverschuldeten Situation der grundlegenden Entfremdung (Sünde) von Gott vor. Dies führt einerseits dazu, dass die Perspektive des Heils bzw. der Vervollkommnung des Menschen (Rettung und Erlösung) sich nicht, wie beim Mythos, auf einen Urzustand richtet. Andererseits bekommt der Verlauf der Geschichte selbst, nämlich als Ort der persönlichen wie auch der allgemeinen Entwicklung und Entfaltung der wahren Bestimmung des Menschen, nun eine entscheidende und wesentliche Bedeutsamkeit, wie sie im Weltbild der klassisch-philosophischen Antike noch undenkbar gewesen wäre.⁵ Der Gedanke, dass sich der Mensch erst im Laufe und im Modus von Geschichte zu seiner eigentlichen Bestimmung entwickelt, hat nicht zuletzt auch zu den großen geschichtstheologischen bzw. -philosophischen Entwürfen geführt, die wir beispielsweise mit den Namen Augustins (*De civitate Dei*), Lessings (*Erziehung des Menschengeschlechts*) oder Herders (*Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit*) verbinden.

Der Mensch ist herausgefordert erst der zu werden, zu dem er von Gott her eigentlich bestimmt worden ist. In diesem Satz kann man die Besonderheit des christlich inspirierten Bildungsverständnisses ausdrücken. Insofern erfährt der Mensch auch die Grundlage und Ermöglichung seiner Bildungsbiographie überhaupt erst darin, dass er sich selbst als zum „Bilde Gottes“ geschaffen erkennt.⁶

Darum heißt es in der jüngsten Orientierungshilfe des Rates der EKD *Kirche und Bildung* sehr treffend: „Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen [...] ist in der christlichen Tradition weithin so ausgelegt worden, dass sie auch die besondere Bildungsfähigkeit jedes einzelnen Menschen einschließt. Es würde gegen die dem Menschen von Gott her zugesprochene Würde sowie gegen die dem Menschen als Teil von Gottes Schöpfung zugesprochene Sonderstellung verstoßen, wenn ihm Bildungsmöglichkeiten vorenthalten werden.“⁷

Da das christliche Bildungsverständnis in dem besonderen Teilhabeverhältnis des Menschen an der Wirklichkeit Gottes, der Gottesebenbildlichkeit, wurzelt, muss sich diese von Gott gewährte Teilhabe auch in den verschiedenen Bezügen dieser Welt (Gesellschaft, Politik, Kultur, Wissen, Ethik, etc.) erweisen und bewähren.⁸

Hier haben nun die gesellschaftlichen⁹ und politischen Bemühungen um Beteiligungs-, Chancen- und Befähigungsgerechtigkeit im Bereich der Bildung ihr Fundament. Da Bildung nach christlich-demokratischem Verständnis der Schlüssel für individuelle Lebenschancen ist und überragende Bedeutung für die Werte hat, die wir bewahren und entfalten wollen¹⁰, kommt ihr eine zentrale Stellung zu. Bildung und Menschsein gehören nach christlichem Verständnis unmittelbar zusammen, und Bildungsqualität ist insofern in erster Linie an ihrer „humanen Qualität zu messen“.¹¹ Die Freiheit und Würde des Menschen, der Reichtum und die Fülle menschlicher Möglichkeiten kommen erst dann zur Entfaltung, wenn die Talente und Fähigkeiten in angemessener und hinreichender Weise befördert und entwickelt werden.¹²

Abschließend könnte man im Lichte des Kirchentagsmottos formulieren: Unsere Verantwortung für den Bereich der Bildung hängt unmittelbar mit unserem christlichen Menschenbild zusammen, das davon kündet, dass Gott Jesus Christus „auferweckt hat von den Toten und ihm die Herrlichkeit gegeben“ (1. Petr. 1,21) hat, damit wir überhaupt Glauben und Hoffnung haben können.

- 1| An dieser Stelle sei auch noch einmal auf Folgendes ausdrücklich hingewiesen: In diesem Jahr wird die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) ihren 65. Geburtstag feiern. Mit der Gründung der Union wurde, was noch kurz zuvor undenkbar gewesen wäre, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein politisches Band zwischen Christinnen und Christen der beiden großen Konfessionen geknüpft. Dadurch wurde jeder Form einer sich in Konfessionen oder spezielle Interessensgruppen zersplitternden parteipolitischen Klientelbildung ein für alle Mal der Abschied erteilt.
- 2| Schon die Etymologie unseres deutschen Wortes für Bildung, das althochdeutsche Wort „bildunga“ (= „Schöpfung“, „Bildnis“), ist erhellend.
- 3| Christus ist – nach einer bekannten Formulierung von Karl Barth – „der gebildete, weil nach Gott gebildete und durch Gott gebildete Mensch“.
- 4| Vgl. Wolfhart Pannenberg, *Anthropologie in theologischer Perspektive*, Göttingen 1983, S. 482ff. Ihm verdanke ich die folgenden Gedanken.
- 5| Sowohl in der platonischen als auch in der aristotelischen Denktradition ist Geschichte keine relevante Bestimmungsgröße für Wesen und Natur des Menschen an sich.

- 6| *Der folgende Satz aus dem neuen Grundsatzprogramm der CDU ist insofern nicht ohne den hier skizzierten theologischen Hintergrund zu verstehen, da er ansonsten missverständlich wäre: „Bildung ist die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit dieser sich entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit entwickeln kann.“ (Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland (2007), Ziff. 115.)*
- 7| *„Kirche und Bildung – Herausforderungen, Grundsätze und Perspektiven evangelischer Bildungsverantwortung und kirchlichen Bildungshandelns“, Gütersloh 2009, S. 35.*
- 8| *Vgl. die Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland „Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“, Gütersloh 2006, S. 11.*
- 9| *Es gehört zum Wesen der christlichen Bildung, dass dem Einzelnen, der Familie und selbstverständlich auch den elementaren Gemeinschaftsbezügen eine zentrale, unmittelbare und letztlich nicht delegierbare Verantwortung zukommen (Subsidiaritätsprinzip). Wer Bildung einseitig bzw. engführend in erster Linie als Aufgabe „der Politik“ oder „der Gesellschaft“ verstünde, hätte hiervon nicht das Geringste begriffen. Dieser Satz kann natürlich andererseits nicht zur Rechtfertigung herangezogen werden, wenn Politik und Gesellschaft sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung entziehen oder ihr nur unzureichend nachkommen sollten.*
- 10| *Vgl. Freiheit und Sicherheit, Ziff. 90.*
- 11| *„Maße des Menschlichen – Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft – Denkschrift des Rates der EKD“, Gütersloh 2003, S. 9.*
- 12| *Vgl. Freiheit und Sicherheit, Ziff. 90.*

ZUKUNFT BRAUCHT FAMILIEN

FAMILIEN SORGEN FÜR DIE GRÖSSTE SOLIDARITÄT IN UNSERER GESELLSCHAFT – DESWEGEN BRAUCHEN SIE UNSERE UNTERSTÜTZUNG

Hermann Kues

TRAGFÄHIGE ÜBERZEUGUNGEN

Auch als Politiker werde ich nicht selten in Diskussionsrunden gefragt, was für mich das Wesentliche des christlichen Glaubens ausmacht, oder: Warum ich immer noch Christ bin. Ich gebe dann einen Hinweis auf die Bedeutung des Glaubens für den eigenen Lebensvollzug, für Orientierung und Verantwortung. Ich wage aber auch die Antwort: Für mich ist das Christentum eine menschenfreundliche Religion, die noch dazu ein ausgeprägtes Herz für Kinder hat. Mich hat das Wort Jesu „Lasset die Kinder zu mir kommen, denn solchen gehört das Himmelreich“ (Markus 10,14) schon als junger Mensch beeindruckt. Es ist eine Art Leitfaden geblieben. Ich sehe darin die Aufforderung, sich vorrangig um die Kleinen und Schwachen – die „Kinder“ im wörtlichen und im übertragenen Sinne – zu kümmern. Ihnen eine faire Chance zu geben, das gilt für jeden Erwachsenen, der als Erzieher, Ausbilder oder Lehrer Verantwortung trägt, als auch für den Politiker wie auch für jeden verantwortungsbewussten Bürger. Es gibt kaum etwas, das sich mit unserer Religion so schlecht verträgt wie Verwahrlosung oder Missbrauch von Kindern. In unserem immer noch wohlhabenden

Land ist Kinderarmut ein Skandal, und zwar nicht nur im materiellen Sinne, sondern auch im Sinne des Vorenthaltens von Lebenschancen.

Ein zweites Bibelwort gehört in den gleichen Zusammenhang. Bei Matthäus 18,3 heißt es, wer nicht umkehre und werde wie die Kinder, der könne nicht in das Himmelreich eingehen. Tatsächlich erschließt es sich nicht ganz leicht, was es heißt, zu „werden wie die Kinder“. Als Politiker habe ich eine Erfahrung gemacht, die hier auf die Sprünge helfen kann. Bei manchen komplexen oder gar verworrenen Problemen ist es gut, Abstand von allen hintergründigen Erwägungen zu nehmen und sich einfach zu fragen, wie man entscheiden würde, wäre man ein unvoreingenommener Laie oder – besser noch: ein neugieriges Kind, das sich fragt, was „eigentlich“ richtig ist.

Ich habe keine Scheu, mich als christlich geprägter Politiker zu bezeichnen. Das verdanke ich zu einem Gutteil meiner emsländischen Heimat. Sie war bis vor wenigen Jahrzehnten das Armenhaus Deutschlands, die Menschen hatten in einer kargen Moorlandschaft eben das Nötigste zum Leben. Das ist geradezu sprichwörtlich geworden: „Dem Ersten der Tod, dem Zweiten die Not und dem Dritten das Brot“ hieß es von den Neusiedlern des 19. Jahrhunderts. Ihr Glaube war bodenständig und in einem guten Sinne „überlebensnotwendig“. Die Kirchen haben mit ihren Krankenhäusern, Altenheimen und Sozialstationen wesentlich dazu beigetragen, dass das Leben unter ärmlichen Bedingungen erträglich blieb. Später kamen die katholischen Kindergärten und Schulen dazu. Manches begabte Kind aus armem Elternhaus hätte ohne das kirchliche Gymnasium oder den Zuspruch durch Pastor oder Lehrer niemals die Chance zu einem Studium gehabt. Noch heute prägen kirchliche Einrichtungen das öffentliche Leben mit. Moderne Vorbehalte, ob praktische Politik und religiöse Überzeugungen sich miteinander vertragen, waren uns fremd. Diese Grundhaltung ist mir bis heute erhalten geblieben.

Ich glaube, Kirche muss zugleich Überzeugungsgemeinschaft und gesellschaftlicher Aktivposten sein. Papst Benedikt XVI. betont in seinem Jesus-Buch, dass die Kirche heutzutage keine Machtansprüche mehr habe, sondern sich darauf beschränke, aus dem Glauben heraus der modernen Gesellschaft als moralische Instanz ins Gewissen zu reden. Diese Aufgabe steht ohne Zweifel ganz oben an, denn werthaltige Entscheidungen kann man nicht ohne eine ethische Grundausrichtung treffen. Daran mangelt es, und deshalb müssen Christen das Gewicht ihrer Überzeugungen in die Waagschale der politischen Debatten werfen.

Aber: Die Kirchen sind nicht nur Ratgeber, sie sind auch Akteure. Sie gestalten unsere Gesellschaft unmittelbar mit. Ich wünsche mir, dass es weiterhin katholische und evangelische Schulen, Krankenhäuser, Altenheime und Beratungsstellen gibt. Die Akzeptanz dieser Einrichtungen bei Mitbürgern, die sich nicht selbst als Christen bezeichnen, spricht Bände. Sie genießen einen erheblichen Vertrauensvorsprung. Die Kirchen sollten deshalb mutig in gesellschaftlichen Debatten Position beziehen. Dass sie dabei gelegentlich „anecken“ und sich nicht nur Freunde machen, gehört zur Natur der Sache. Wer sich einmischt, muss damit rechnen, auf Gegenargumente und Widerspruch zu stoßen. Demokratie lebt vom Ausgleich der Interessen. Kompromisse sind deshalb nicht per se faul, sie sind im Gegenteil das Reifezeugnis demokratischer Politik. Im alltäglichen Geschäft ist es in der Regel besser, nach gangbaren Lösungen zu suchen als den optimalen nachzutruern. Darüber wird innerkirchlich häufig gestritten, wenn es um das „C“ in der Politik geht. Für mich stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die Kirche auf die Dauer in die Gesellschaft hinein wirken oder ob sie sich wie eine Sekte verkapseln und gegen äußere Einflüsse immunisieren will. Letzteres wäre meines Erachtens fatal, für die Gesellschaft ebenso wie für die Kirche selbst.

DAS CHRISTLICHE MENSCHENBILD ALS LEITFADEN

Als ein Kompass für die Familien- und Gesellschaftspolitik ist das christliche Menschenbild absolut unverzichtbar. Viele Diskussionspartner vermuten hinter dieser Formel eine schwer verständliche Theorie. Dem widerspreche ich. Denn eigentlich geht es um wenige zentrale Elemente:

Das erste ist die Förderung des Einzelnen. Niemand darf verloren gehen oder vorzeitig aufgegeben werden. Jeder hat eine faire Chance verdient, auch eine zweite und dritte. Diese Überzeugung prägt unseren Umgang mit Gescheiterten, Schwächeren, Behinderten und Fremden. Die moralische Aufgewecktheit einer Gesellschaft zeigt sich in der Sensibilität für mögliche Verletzungen der Menschenwürde, insbesondere am Anfang und Ende des Lebens, beim Schutz des Ungeborenen und des Sterbenden, beim respektvollen Umgang mit Minderheiten.

Dem Einzelnen trauen wir Freiheit und Verantwortung zu. Wer sich für eine dauerhafte Partnerschaft, für Kinder, für die Pflege von Angehörigen entscheidet, macht Gebrauch von seiner Freiheit, obwohl er sie paradoxerweise zu einem guten Teil einbüßt. Er stellt sich seiner Verantwortung.

Das Lebensglück besteht nicht darin, alle Sorgen los zu sein, sondern sich für Werte einzusetzen, die man als richtig erkannt hat und die das Leben erst richtig lebenswert machen.

In den vergangenen sechzig Jahren sind die Ansprüche an die Solidargemeinschaft zunehmend stärker betont, die Selbstverpflichtung ist dagegen eher zurückgefahren worden. Es hat sich eine bedenkliche Mentalität eingebürgert, in großen und kleinen Notlagen zuerst nach „Vater Staat“ zu rufen, der es schon richten werde. Diese Mentalität tut uns nicht gut. Wir müssen wieder lernen, im Sinne der Subsidiarität den „kleinen Gemeinschaften“, von denen die Sozialzyklika *Quadragesimo Anno* schon vor siebzig Jahren gesprochen hat, und der einzelnen Person soviel Verantwortung zu lassen, wie sie tragen können.

Allerdings: Dort, wo Menschen in echte Not geraten, aus der sie sich nicht aus eigener Kraft befreien können, haben sie Anspruch auf Solidarität. Es war die große Leistung der christlichen Sozialethik, die biblische Idee der Nächstenliebe zum Sozialstaatsprinzip weiterentwickelt zu haben. Unwürdige Lebensumstände sind nicht durch Spenden, Mildtätigkeit und Caritas allein zu bewältigen, sie sind vielmehr eine Frage der Gerechtigkeit. Der Ausspruch von Leo XIII. in der ersten Sozialzyklika *Rerum Novarum*, es sei eine „Sünde, die zum Himmel schreit“, wenn dem Arbeiter der gerechte Lohn vorenthalten werde, ist ein Markstein. Leider ist er heute wieder zunehmend aktuell geworden.

FAMILIENPOLITIK

Man kann Familienpolitik nicht ohne inneres Engagement betreiben. Sie ist eine echte Herzensangelegenheit. Denn Erhebungen bestätigen immer wieder aufs Neue, dass Menschen sich nach einer intakten Familie sehnen, dass junge Leute sich Kinder wünschen und Alte so weit wie eben möglich im Kreis ihrer Familie bleiben möchten. Familie ist kein Auslaufmodell, wie es noch vor dreißig Jahren gern prognostiziert wurde. Aber: Es wird ihr nicht leicht gemacht. Wissenschaftler wie Franz-Xaver Kaufmann sprechen von den „strukturellen Rücksichtslosigkeiten“ unserer Gesellschaft gegenüber der Familie. Paare, die sich für Kinder entscheiden, schultern große finanzielle Lasten, übernehmen Verantwortung über Jahrzehnte. Von ihrer Erziehungsleistung profitiert die ganze Gesellschaft, aber sie tut sich umgekehrt immer noch schwer, diese Leistung angemessen zu honorieren.

Eltern werden gerade dann beruflich am stärksten gefordert, wenn sie eigentlich Zeit für ihre Kinder bräuchten. Chancen im Job, die sich jetzt bieten und vielleicht nicht genutzt werden, kommen später nicht mehr wieder. Viele verschieben ihren Kinderwunsch immer weiter und geben ihn letztendlich ganz auf, weil sie fürchten, in ihrer Doppelbelastung allein gelassen zu werden.

Es ist absehbar, dass wir für den Verzicht auf Kinder und die anhaltend niedrige Geburtenrate einen hohen Preis zahlen werden. Das gilt für die Gesellschaft als Ganze, aber auch für den Einzelnen. Kurzfristig, in den mittleren Jahren, mag sich die ausschließliche Konzentration auf den Beruf noch als vorteilhaft darstellen, langfristig ist der Verlust an sozialen Bindungen unausweichlich. Wo es wenige Kinder gibt, fehlen die Nichten und Neffen, die Cousins und Cousinen, die verwandtschaftlichen Netze. Dieser Aspekt des demografischen Wandels wird weit weniger diskutiert als die absehbaren fatalen Folgen für die Sozialkassen. In dreißig, vierzig Jahren werden unsere Nachkommen viel Energie – und auch viel Geld – aufwenden müssen, um die sozialen Netze künstlich neu zu knüpfen, die ihnen früher auf natürliche Weise zur Verfügung standen. Unserer Wirtschaft werden die „jungen Köpfe“ fehlen, die eine Gesellschaft braucht, um innovativ, schwungvoll und konkurrenzfähig zu sein.

Wir müssen gegensteuern. Die Vision der Familienpolitik ist die kinderfreundliche Gesellschaft. Auf dem Weg dahin sind wir in wenigen Jahren schon erheblich vorangekommen. Über Frühförderung wird heute weniger emotional und dafür sachgerechter diskutiert. Übergänge vom Kindergarten in die Schule werden mit viel Engagement von Lehrer/innen und Erzieher/innen gekonnt gemanagt. Städte und Landkreise haben Bündnisse für Kinder geschaffen und arbeiten an einem umfassenden Betreuungsangebot. Andere Politikbereiche treten deswegen nicht in den Hintergrund, z. B. die Politik für ältere Menschen. Im Gegenteil: Wenn eine Gesellschaft ihr Herz für Kinder entdeckt, gibt es gute Chancen, dass sie auch andernorts sensibler wird für die Schwächeren, die Anspruch auf unsere Solidarität haben. Wir sprechen von den „Chancen des langen Lebens“, von den „Potenzialen“, die nicht mehr erwerbstätige Menschen zur Bewältigung der Herausforderung einbringen können und wollen.

Mir sagt in diesem Zusammenhang eine Idee des gegenwärtigen Papstes Benedikt XVI. sehr zu. In seiner letzten Enzyklika *Caritas in Veritate* fordert er eine „Kultur des Schenkens und der Unentgeltlichkeit“ als Gegengewicht zu der verbreiteten Gewinnmaximierungsmentalität, die wohl zu Recht als ein Auslöser der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise angesehen wird.

Diese Kultur hat das Gemeinwohl im Sinn, nicht den persönlichen Profit. Ohne sie könnten bürgerschaftliches Engagement ebenso wenig existieren wie Familien, in denen Eltern bis zur Erschöpfung versuchen, Beruf, Haushalt und Kinder „unter einen Hut“ zu bringen. Politik kann den persönlichen Einsatz niemals überflüssig machen. Allerdings kann sie günstige Rahmenbedingungen schaffen. Die familienfreundliche Gesellschaft ist eine Dauerbaustelle. Wer hier an der richtigen Stelle zupacken will, ist auf ein solides Wertefundament angewiesen.

POLITIK AUS CHRISTLICHER ÜBERZEUGUNG

WAS TRÄGT MEIN ENGAGEMENT IN DER POLITIK UND WELCHE
INSPIRATION ZIEHE ICH AUS DEM CHRISTLICHEN GLAUBEN FÜR
MEINE POLITISCHE ARBEIT?

Karl Schiewerling

Im Jahr 2000 hat Tony Blair in der evangelischen Akademie in Bad Boll in einem Referat über die Zukunft Europas gesagt: „Wenn es stürmt, braucht es tiefe Wurzeln.“ Es stürmt und wir brauchen ordentliche Wurzeln. Ich ziehe aus den Wurzeln der christlichen Botschaft Kraft und Orientierung für die tägliche Arbeit. Ich möchte sie im Folgenden darlegen, denn auf der Grundlage dieses Menschenbildes versuche ich meine Politik zu formulieren.

Zentrale Bedeutung hat dabei mein Glaube, der intensiv durch meine Familie geprägt worden ist. Das reicht zurück in das dunkelste Kapitel der Geschichte unseres Landes, in die nationalsozialistische Zeit. Mein Vater, 1901 geboren, war 1933 Gewerkschaftssekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes. Bei der Auflösung der Gewerkschaften boten die Nazis ihm an, dass er in der entsprechenden nationalsozialistischen Organisation mitarbeiten könnte. Er lehnte dieses ab und wurde daraufhin arbeitslos. 1940 wurde er dann unter sehr schweren Bedingungen Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) in der Stadt Essen. Die KAB war dort nicht verboten, stand aber unter

ständiger Beobachtung. Meine Mutter und meine beiden damals kleinen Schwestern haben jedes Mal, wenn mein Vater im Rahmen seines Dienstes unterwegs war, vor einem Bild der Mutter Gottes gebetet, dass mein Vater unversehrt wieder heimkehrt. Ich bin nach dieser Zeit geboren, aber die Erzählungen meiner Eltern haben mich in meiner Kindheit und Jugend sehr beschäftigt und geprägt.

Zu den mich besonders prägenden Umständen gehört, dass einer der bekannten Widerstandskämpfer der nationalsozialistischen Zeit, Nikolaus Groß, zum Kollegenkreis meines Vaters gehörte. Einige Zeit bevor die Gestapo ihn abgeholt hatte, war er bei uns zu Hause und dabei hat sich in etwa folgender Wortwechsel abgespielt: Nikolaus Groß fragte meinen Vater: „Richard, glaubst du, dass wir die Kraft haben, für unseren Glauben in den Tod zu gehen?“ Mein Vater sagte: „Ich weiß es nicht.“ Nikolaus Groß antwortete, dass er wohl die Kraft nicht haben werde, denn er habe sieben Kinder. Er würde seine Frau nicht alleine lassen können. Er wurde später von der Gestapo abgeholt und wer seine Briefe aus dem Gefängnis Plötzensee liest, der sieht, aus welcher unheimlichen Glaubenskraft heraus dieser Nikolaus Groß gelebt hat und wie er dann aus dieser Glaubensüberzeugung in den Tod gegangen ist.

Dass jemand, der für seine Überzeugung hingerichtet wurde, vorher gesagt hat, er glaube nicht, dass er die Kraft für diesen Weg habe, ihn dann doch geht, hat mich nie losgelassen. Woher kommt es, dass Nikolaus Groß es dennoch konnte, dass er seinem Glauben und seiner Überzeugung treu geblieben ist und aus dieser Freiheit des Glaubens mutmachende Briefe an seine Familie und an seine Frau schickt, obwohl er sehr genau wusste, was auf ihn zukam? Die Nationalsozialisten haben seinen Körper bekommen, ermorden konnten sie ihn, aber seinen Geist und seine Seele haben sie nie bekommen. Das ist im Kern Freiheit des Christenmenschen.

Die Bewährung des Glaubens unter widrigen Umständen und auch die damit verbundene Geburtsstunde einer neuen demokratischen Verfassung Deutschlands ist etwas, womit ich mich persönlich stark auseinandergesetzt habe. Aus diesem tief in mir verwurzelten christlichen Menschenbild, aus dieser Auffassung vom Menschen, der seine Verantwortung gegenüber Gott trägt, mit allem was er tut, und gleichzeitig seine Verantwortung trägt gegenüber seinen Mitmenschen, versuche ich, mein Leben zu gestalten.

Parallel zu den Erfahrungen in meinem Elternhaus hat sich mein Glaube während meiner Schulzeit weiterentwickelt. Später war dann die katholische Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit sehr prägend, ohne die ich nicht das wäre, was ich heute bin. Es ist die Grundlage meines Lebens und gleichzeitig das, was Grundlage meines politischen Handelns ist.

PERSÖNLICHES ERLEBEN VON KONFLIKTEN DURCH DEN GELEBTEN GLAUBEN

Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre wurde ich bei den Mannesmann-Röhrenwerken zum Industriekaufmann ausgebildet. Es war eine politisch hoch spannende Zeit des Umbruchs in Deutschland. Ein neues Kapitel in der deutschen Nachkriegsgeschichte begann. Es war die Zeit heftiger geistiger Auseinandersetzungen. Während einer Weihnachtsfeier für die Auszubildenden stellte ein Mitglied der Geschäftsleitung Willy Brandt als den größten Friedensfürsten dar. An meinem Tisch wurde ich etwas lauter und beschwerte mich darüber, dass der größte Friedensfürst Willy Brandt sein solle. Nach meinem Verständnis fand ich dies in der Adventszeit und erst Recht bei einer Weihnachtsfeier höchst unpassend, denn der größte Friedensfürst war und ist für mich Jesus Christus. Laut habe ich mich darüber an meinem Tisch mokiert, so dass von unserem Tisch Unruhe auf den ganzen Saal übersprang. Die Jugendvertretung schlich um unseren Tisch und entdeckte, dass ich der Unruheherd war. Eindeutig machten sie mir klar, dass ich den Mund zu halten habe. Das eigentlich Infame aber war, dass die Jugendvertretung anschließend zu meinem Ausbildungsleiter gegangen ist und ihm deutlich zu verstehen gegeben hat, dass er mich entweder ruhig stellen solle oder seinen Job verlöre. Das war die real existierende Situation 1970 in einem Stahlbetrieb mit 14.000 Beschäftigten, davon 99 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Von meinem Personalchef, von dem ich wusste, dass er mindestens politisch neutral war, wenn nicht der CDU nahestehend, erfuhr ich dann, dass er Mitglied der SPD werden musste, weil er sonst keine Ruhe gehabt hätte. Das hat mich noch mehr aufgeregt. So bin ich dann aus Überzeugung und purem Protest in die CDU, in die Junge Union und in die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft eingetreten.

Vor die Frage gestellt, mich stärker in der Parteipolitik oder in der katholischen Jugendverbandsarbeit zu engagieren, entschied ich mich damals für die katholische verbandliche Jugendarbeit in der Stadt Essen.

Durch meine Kontakte und Besuche in der DDR habe ich etwas davon erfahren, was Christsein unter erschwerten Bedingungen in der DDR bedeutete. Den Bischöfen, Pastoren und Kaplänen hat man nichts getan. Aber der Pfarrgemeinderatsvorsitzende, der Vorsitzende der Kolpingfamilie oder der Jugendliche, der nicht in der FDJ war und nicht zur Jugendweihe ging, die sich zum katholischen Glauben bekannten, diejenigen hatten keine oder nur geringe Perspektiven in der Gesellschaft der DDR. Deswegen bin ich für die Frage der Freiheit und Verantwortung sehr aufmerksam und habe den bekennenden Glauben mit all den negativen Konsequenzen im Blick, die sich daraus ergeben. Das ist etwas, was zutiefst mit meinem Leben verwoben ist. Alles das mündet letztendlich in ein tiefsitzendes Bewusstsein für die Wertefragen und die Fragen unseres Zusammenlebens.

Erfahrungen, die mich bis heute prägen, war die ehrenamtliche Arbeit in einem sozialen Brennpunkt. Hier erlebte ich Menschen, die es kaum schafften, aus eigener Kraft ihr Leben zu gestalten. Unsere Aufgabe war damals, den Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu geben, damit sie aus diesem sozialen Milieu herauskämen und neue Perspektiven jenseits staatlicher Abhängigkeit fänden. Auch hier der unterschiedliche Ansatz: Wir engagierten uns gemeinsam mit Franziskanerpater Joachim Stobbe mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche aus diesem Milieu herauszuholen. In einem anderen sozialen Brennpunkt derselben Stadt gab es andere Kräfte, deren Ziel es war, diese Menschen in ihrer Situation zu belassen und ihr Klassenbewusstsein zu stärken.

Vor diesem Hintergrund ist heute das Verständnis zu sehen, wenn ich insbesondere die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen betrachte, deren Eltern und Großeltern bereits von Sozialtransfer lebten und die nun in der Gefahr stehen, dieselbe Entwicklung wie ihre Eltern zu nehmen, wenn wir ihnen nicht konsequent helfen, aus dieser Situation herauszutreten.

Aus diesen Grundlagen heraus müssen wir uns für die Menschen einsetzen, die aus ihrer eigenen Kraft ihr Leben nicht gestalten können, weil sie in einer Lebenswirklichkeit aufgewachsen sind, die ihnen den Horizont für ihre eigenen Begabungen und Fähigkeiten nicht eröffnet. Deswegen auch der Einsatz für die Kinder in sozial schwierigen Milieus.

Und natürlich hat mich als junger Mensch die Arbeit im BDKJ, dem Jung-KKV und im Kolpingwerk geprägt. Es waren nicht Programme, sondern Menschen, die mich beeinflussten und Orientierung gaben.

MOTIVATION UND INSPIRATION FÜR DIE ARBEIT IN BERLIN

Ich stelle in Berlin in vielen Gesprächen fest, dass es eine große Suche nach Orientierung gibt. Das gibt es nicht nur in der Gesellschaft, das gibt es auch im Deutschen Bundestag. Wenn die CDU sagt, unsere Grundlage ist das christliche Menschenbild, dann muss sie auch sagen, was dieses Menschenbild ist. Es wurzelt in Jesus Christus. Auf ihn berufen wir uns und er ist Maßstab.

Ich darf seit meiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik mitwirken und habe den Schwerpunkt für den Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt unter Hartz IV. Aus dieser Arbeit entwickelte sich dann, geschärft durch meine früheren, auch ehrenamtlichen Tätigkeiten, der Blick für den Bereich der Kinder, die von Sozialhilfen leben, vielleicht schon in der zweiten oder dritten Generation. Ich halte es für notwendig, Strukturen zu verändern, um diesen Kindern zu helfen. Das tue ich aus der Grundhaltung heraus, dass jedes Kind ein Geschöpf Gottes ist und damit seine unverwechselbare Würde hat. Jedes Kind hat Begabungen und Fähigkeiten. In der Heiligen Schrift heißt es: Keiner kann nichts und keiner kann alles, sondern jeder hat Begabungen und Fähigkeiten. Wir müssen uns auch um diese Kinder kümmern, weil wir als Gesellschaft nicht auf sie verzichten können. Wir brauchen jedes Kind, gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Wenn wir diesen Kindern nicht helfen, werden wir eines Tages überfordert sein, alle diese Menschen, die aus eigener Kraft ihr Leben nicht bestreiten können, aufzufangen. Auch diese pragmatischen Akzente gibt es in der Arbeit. Aber die Reihenfolge dieser Motivationskette ist mir wichtig.

Im Mittelpunkt der Grundsicherung steht, dass wir Menschen helfen, aus der Abhängigkeit des Staates herauszukommen, weil es nicht das Lebensziel sein kann, vom Staat abhängig zu sein. Das steht für mich im Mittelpunkt und darauf müssen wir alle Kraft richten, dass wir die inhaltlichen und materiellen Seiten des Gesetzes so ausgestalten, dass wir das hinbekommen. Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen. Man

kann nachlesen, dass ich dieses Thema immer wieder im Bundestag vertreten habe.

Im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement versuche ich ebenfalls, meine Motivation in politische Arbeit münden zu lassen. Ich bin fest davon überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement eines der wichtigsten sozialen Netze ist. Die vielen Verbände, Vereine und Initiativen sind Knotenpunkte in diesem sozialen Netz, das im Zweifel das auffängt, was durch die Maschen des staatlichen sozialen Netzes fällt, wie tägliche Lebenshilfe oder persönliche Zuwendung. Das entspricht den Grundlagen der katholischen Soziallehre der Subsidiarität, Eigenverantwortung und Solidarität. In der letzten Legislaturperiode haben wir einiges auf den Weg gebracht zur Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Das christliche Menschenbild bedeutet für mich zusammenfassend Eigenverantwortung, Verantwortung für die Menschen und Verantwortung vor Gott. Es steht für die Freiheit, die wir Christen haben, und damit die Verpflichtung, alles zu tun, um das Leben auf dieser Welt so gerecht wie möglich zu gestalten.

Bei Gerechtigkeit habe ich hier auch jene Gerechtigkeit im Blick, die das Aushandeln von Kompromissen meint. Jedes Gesetz, das wir machen, ist das Ergebnis eines Aushandelns von Kompromissen und entsteht im Lichte der jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Ob es zu mehr Gerechtigkeit führt, ist offen.

Gerecht ist in der Heiligen Schrift der Mensch, der den Willen Gottes tut. Die Zehn Gebote sind die Leitlinien, die das Verhalten des Einzelnen im Verhältnis zu seinen Mitmenschen regeln. Gerechtigkeit ist demnach weniger ein Zustand als eine Haltung. Das ist zentral für eine menschenwürdige Gesellschaft. Der Staat kann diese Haltung des Einzelnen nicht durch Gesetze ersetzen.

VIII. FREIHEIT UND BINDUNG: WERTE IN DER DIGITALEN KULTUR

FAMILIENPOLITIK IM ZEICHEN DES „C“

POLITIK FÜR DEN ZUSAMMENHALT DER GESELLSCHAFT

Kristina Schröder

Es niemandem recht machen zu können, gehört in einer pluralistischen Demokratie gewissermaßen zum Jobprofil des Politikers. Was den einen zu wenig ist, geht den anderen zu weit, und die Kunst des politischen Kompromisses besteht darin, „den Kuchen so zu teilen, dass jeder meint, er habe das größte Stück bekommen“. Mit dieser Empfehlung von Ludwig Erhard allerdings kommt man als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht weit. Denn hier scheiden sich die Geister schon am privaten Lebensentwurf der jeweiligen Amtsinhaberin. Als beruflich erfolgreiche Mutter von sieben Kindern macht man sich in diesem Amt ebenso eines falschen Familienbildes verdächtig wie als ledige oder frisch verheiratete, jedenfalls kinderlose Frau, ganz so als könne man allein aufgrund der eigenen Lebenssituation keine Politik für Menschen machen, die sich in einer anderen Lebenssituation befinden. Wenn man diesen Gedanken konsequent zu Ende denkt, dann dürfte das Ressort für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nur an Politiker gehen, die weiblich sind, eine dem deutschen Durchschnitt entsprechende familiäre Situation vorweisen können – das wären dann 1,38 Kinder –, und sich sowohl zur Jugend als auch zur Gruppe der Senioren zählen dürfen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Diskussion über persönliche Lebensentwürfe und familiäres Zusammenleben absurde Züge annimmt. Kaum eine familienpolitische Debatte der letzten Jahre kam ohne die Diskreditierung mindestens eines, mit erhobenem Zeigefinger kritisierten Lebensentwurfs aus. Die Forderung nach der „Lufthoheit über den Kinderbetten“ gehörte ebenso zu den schrillen Höhepunkten des familienpolitischen Diskurses wie die Klage über die angebliche Degradierung von Frauen zu „Gebärmaschinen“ oder der Vorwurf, Feminismus und Emanzipation hätten Frauen „vermännlicht“ und durch den Zwang zur Selbstverwirklichung für ihre natürliche Mutterrolle unbrauchbar gemacht.

Wie kommt es, dass Debatten über Rollen- und Familienbilder regelmäßig Züge eines Kulturkampfes annehmen? Sind anklagende Töne und apodiktische Thesen nur die unvermeidliche Begleitmusik eines radikalen gesellschaftlichen Wandels? Oder ist die Aufregung gerechtfertigt, weil grundlegende Werte unseres Zusammenlebens auf dem Spiel stehen – und damit Werte, die wichtiger sind als die Wahlfreiheit von Frauen und Männern, von Paaren und Familien?

Die scheinbar unversöhnlichen Gegensätze, die hier aufeinander treffen, haben vermutlich damit zu tun, dass mentale Muster, die lange zum Kernbestand des gesellschaftlichen Konsenses gehört haben, sich nur langsam verändern und den Veränderungen der Rahmenbedingungen meist hinterher hinken. Tatsächlich ist kaum ein anderes Politikfeld stärker vom gesellschaftlichen Wandel betroffen als die Familienpolitik. Die demographische Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis der Generationen untereinander. Die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt, in der Flexibilität, Mobilität und lebenslanges Lernen unverzichtbar geworden sind, verändern familiäre Strukturen und Beziehungen. Das Internet prägt die Art und Weise, wie wir Bindungen eingehen und aufrecht erhalten. Und die von Soziologen mit dem Schlagwort „Individualisierung“ bezeichneten gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse haben entgegen vielfacher Befürchtungen zwar nicht zur Krise der Familie geführt, aber zu einer Vielfalt von Familienformen, die sich keinem einheitlichen Familienleitbild mehr zuordnen lassen.

Auf diese Veränderungen hat die Familienpolitik in den letzten Jahren reagiert. So steht beispielsweise bei der Familienförderung heute nicht mehr nur das Geld im Mittelpunkt, weil sich mit dem Ende der klaren

Teilung zwischen (mütterlicher) Fürsorge und (väterlicher) Ernährer-Rolle ein Bedürfnis nach besserer Infrastruktur und partnerschaftlich geteilter Familienzeit entwickelte. Für viele jedoch stand damit gleichzeitig ein über Jahrzehnte gepflegtes Familienleitbild zur Disposition. Denn natürlich orientierten der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Einführung von Elternzeit und Vätermoaten sich an den Bedürfnissen derjenigen Mütter und Väter, die sich für das gemeinsame Vereinbaren von Familie und Beruf und damit gegen die klassische Rollenverteilung in der Familie entscheiden – an Bedürfnissen, die, nebenbei bemerkt, lange ignoriert worden waren. Diese politische Anerkennung neuer gesellschaftlicher Realitäten betrachten gerade gläubige Menschen manchmal schlicht als eine Anbiederung an den Zeitgeist, für die man die Diskreditierung der Hausfrauen-Ehe und den Angriff auf das konservative Familienleitbild allzu leichtfertig in Kauf nehme.

Bisher ist es uns nicht gelungen, das – echte oder auch nur vermeintliche, auf jeden Fall vielfach wahrgenommene – Spannungsverhältnis zwischen Familienwirklichkeit und Familienwerten auf eine Art und Weise aufzulösen, die eine an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern orientierte Diskussion ermöglichen würde. Das ist bedauerlich, denn allen Unkenrufen zum Trotz suchen die Menschen – das belegen Umfragen – nach wie vor nach stabilen Beziehungen und sehnen sich nach familiärem Zusammenhalt gerade in Krisenzeiten. Damit ist das Reservoir an Gemeinsamkeiten aber auch schon erschöpft. Denn so unterschiedlich die Bedürfnisse von Familien, so unterschiedlich sind auch die Erwartungen, was die Unterstützung durch den Staat betrifft. Eine Familienpolitik „von der Stange“, zugeschnitten auf ein wie auch immer geartetes Familienbild, geht deshalb immer an der Lebenswirklichkeit einer mehr oder minder großen Zahl von Müttern, Vätern und Kindern vorbei. Deshalb brauchen wir eine auf die Vielfalt von Lebensentwürfen ausgerichtete Familienpolitik.

Dabei fühle ich mich als gläubige Protestantin den christlichen Werten in besonderer Weise verpflichtet. Ich durfte in einer Familie aufwachsen, in der christliche Werte – Verantwortung füreinander, Vertrauen auf gegenseitige Unterstützung, verlässlicher Zusammenhalt – immer getragen haben und bis heute tragen. Aus diesem Grund ist es mir über meine politischen Aufgaben hinaus ein persönliches Anliegen, mich für eine werteorientierte Familienpolitik einzusetzen, die ihre Kraft aus dem christlichen Verständnis von Freiheit und Verantwortung schöpft, dabei

aber auf einseitige Familienleitbilder und Rollenzuweisungen verzichtet. Wie könnte eine solche konzeptionelle Neubestimmung einer Familienpolitik im Zeichen des „C“ aussehen? Dazu einige grundsätzliche Überlegungen:

Erstens: Eine Familien- und Gesellschaftspolitik im Zeichen des „C“ respektiert die Vielfalt gleichberechtigter Lebensentwürfe. Verabschieden sollten wir uns von der Vorstellung, Familienwerte könnten nur in einer ganz bestimmten Form familiären Zusammenlebens gelebt werden. Warum nicht unterschiedliche Formen von Verantwortung zulassen? Als verlässlichster Rahmen für familiäre Verantwortung steht die Ehe zu Recht unter dem besonderen Schutz unseres Grundgesetzes. Doch ob Lebenspartnerschaft oder Lebensabschnittsbeziehung, ob Einverdiener-Ehe oder Doppelverdiener-Patchwork, ob klassische, vertauschte oder gemischte Rollenverteilung – Menschen können auf vielfältige Weise füreinander Verantwortung übernehmen und füreinander einstehen. Dass Menschen Verantwortung übernehmen, sollte eine Gesellschaft immer unterstützen, unabhängig davon, wie Menschen Partnerschaft und Familienleben gestalten und mit ihren beruflichen Zielen und Verpflichtungen in Einklang bringen wollen.

Zweitens: Eine Familienpolitik im Zeichen des „C“ sieht die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen und der Gesellschaft als ihre zentrale Gestaltungsaufgabe. Ziel ist es, Menschen die politische Unterstützung zu geben, die sie brauchen, um ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Familie und ihrem Umfeld gerecht zu werden – egal, in welcher Lebenssituation sie sich befinden, egal, ob sie berufstätig sind oder nicht und egal, wie sie sich familiäre Aufgaben teilen. Was zählt, ist, dass die Unterstützung denjenigen zugute kommt, die sie brauchen, vor allem den Kindern, insbesondere auch denjenigen, die in einem schwierigen sozialen Umfeld aufwachsen.

Drittens: Nicht Geld, sondern Zeit ist die Leitwährung moderner Familien- und Gesellschaftspolitik. Denn Verantwortungsfähigkeit setzt Zeit für Verantwortung voraus: Zeit, in der Familie füreinander da zu sein; Zeit, sich um Kinder oder um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern; Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren; Zeit, sich im Freundeskreis und in der Nachbarschaft gegenseitig zu helfen. Von maßgeblicher Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Strukturen unserer Arbeitswelt. Es sollte uns zu denken geben, dass familiäre Fürsorgepflichten im Berufsleben

immer noch als Handicap gelten. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass unsere Arbeitskultur von einer Leistungselite geprägt ist, die sich deshalb so kompromisslos ihrer Karriere widmen kann, weil sie die Zuständigkeit für Kinder und Küche aus ihrem Leben outgesourced – und das heißt meist: an die Ehefrau delegiert – hat. Die Folge ist, dass Frauen und Männer, die sich als Eltern Zeit für Verantwortung nehmen, dafür mit Gehaltseinbußen und eingeschränkten beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten bezahlen. Was aber bedeutet es für die Verantwortungsfähigkeit des einzelnen und den Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn Zeit für Verantwortung mit beruflichen Entwicklungschancen bezahlt werden muss und wenn nur diejenigen nach ganz oben kommen, die sich keine Zeit für Verantwortung nehmen?

Viertens: Faire Chancen für jeden sind in unserer Gesellschaft die integrierende Kraft. Eine Chancengesellschaft ist der Nährboden für Solidarität und Zusammenhalt. Nur wer selbst eine faire Chance hat, kann Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen. Faire Start- und Bildungschancen für Kinder sind deshalb Leitbild meiner Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Die Chance des einzelnen auf persönliche Entwicklung und gesellschaftlichen Aufstieg ist eine treibende Kraft, die uns alle nach vorne bringt. Menschen brauchen Anlass zum Optimismus und die Aussicht auf Erfolg. Bessere Präventionsinstrumente gegen Frustration, Aggression und soziale Ausgrenzung gibt es nicht.

Fünftens: Jedem eine faire Chance heißt auch, verschiedenen Lebens- und Familienentwürfen eine faire Chance zu geben. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese These zumindest als Gebot politischer Klugheit von allen Seiten akzeptiert würde. Eine am Leitbild des gesellschaftlichen Zusammenhalts orientierte Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik integriert, statt zu spalten, und hat deshalb im Hinblick auf das Ziel einer christlichen Verantwortungskultur in unserer Gesellschaft mehr Aussicht auf Erfolg als Grabenkämpfe um Deutungshoheiten und den vorzugswürdigeren Lebensentwurf. Denn solche Diskussionen erlauben keine Kompromisse. Im Gegenteil: Sie verhindern Verständigung. Genau das aber kann gerade nicht im Sinne einer Politik im Zeichen des „C“ sein.

Was aber ist – positiv formuliert – Politik im Zeichen des „C“? Ich würde es so formulieren:

Politik im Zeichen des „C“ ist, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft grundlegenden Werte zu bewahren. Politik im Zeichen des „C“ ist, die nur weltanschaulich begründbaren Werte der individuellen Entscheidungsfreiheit zu überlassen. Und Politik im Zeichen des „C“ ist die Fähigkeit, das eine vom anderen zu unterscheiden. Deshalb ist das Bemühen um die richtige Balance zwischen Verantwortung und Freiheit essentieller Bestandteil christlicher Politik. Sich darüber in einer pluralistischen Gesellschaft immer wieder neu zu verständigen, erfordert Vermittlungsfähigkeit und Dialogbereitschaft. Dazu fühle ich mich durch meinen christlichen Glauben verpflichtet.

DAS WICHTIGSTE ABER IST DER MUT

Julia Klöckner

Welche Aufgabe hat politisches Handeln, und woran messen sich entsprechend seine Qualität, sein Erfolg und sein Gelingen – oder seine Versäumnisse, seine Mängel und sein Versagen? Folgt man öffentlichen Debatten über die Qualität von Politik und Politikern, fällt eine eigentümliche Begrenzung des Blickes auf.

Da geht es um die „handwerkliche“ Umsetzung rechtlicher Vorgaben und Professionalität der „Verkäufe“. Es geht um gelungene Selbstdarstellung und Bekanntheitsgrade, um das Aufgreifen von Stimmungen, das rechte „Surfen“ auf einem aktuellen Trend der Zeit, darum, mit seinem Image „gut aufgestellt“ zu sein oder „in die Zeit zu passen“, um Interessenvertretung und Durchsetzungsfähigkeit und natürlich um den Stimmungs- und Stimmenerfolg, geleitet von Posten und Machterhalt. Es wäre nun natürlich naiv zu meinen, dass es um all das überhaupt nicht ginge.

Wichtiger aber sind Inhalte, Grundlagen und Prämissen, die politischen Entscheidungen zugrunde liegen. Orientierungsmarken für das Handeln. Die christliche Soziallehre, das christliche Menschenbild sind ein belastbares Fundament! Zu wissen, was einen leitet und dies auch deutlich zu machen – das ist Aufgabe der Politiker. Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind dabei die Voraussetzungen für Vertrauen der Bürger in die Politik.

Dabei sollten Politiker stets den eigentlichen Auftrag ihres politischen Handelns vor Augen haben: das Gestalten. Keinesfalls darf sich der Auftrag zur Gestaltung hinter persönlichen Karrieren, die dem Selbstzweck dienen, oder hinter der beredten Wahrnehmung organisierter Klientelinteressen verflüchtigen. Diese Versuchung geht mit einem bedenklichen Rückgang an Bindungskraft, Wertschätzung und Identifikation einher. Die Glaubwürdigkeit des politischen Engagements hängt entscheidend davon ab, dass es ernstlich getragen ist von einer Vorstellung davon, wozu die Ordnungen, die Politik zu setzen und um die sie zu ringen hat, dienen sollen.

Politik soll nicht Lebensentwürfe vorgeben. Sie muss aber um Zustimmung für konkrete Lösungen werben, die das Gelingen unseres gemeinsamen Lebens befördern, erleichtern und ermöglichen sollen.

Wenn Politik überzeugend sein soll, wird sie daran erkennbar sein, dass sie selbst von eigenen Überzeugungen motiviert und getragen ist, von Leistungsvorstellungen und einem Menschenbild, die natürlich bestreitbar und diskutierbar sind. Demokratie ist mehr, als ein Markt von Interessengegensätzen auf politischer Bühne. Für eine Volkspartei kann es dabei nicht um die Vertretung ausgewählter Klientelinteressen gehen, wie es für Verbände wohl angemessen ist, und auch nicht um deren politisch effektive Bündelung. Volkspartei impliziert dabei nicht die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, mit dem Ergebnis Positionen zu „verwässern“, sondern von einer Position aus alle Bevölkerungsteile anzusprechen. Der Politiker darf sich nicht als der Anwalt von Sonderinteressen verstehen, sondern sollte sich im Blick auf die Gesamtheit der Bevölkerung zu einem wertenden Standpunkt bekennen, an den er sich gebunden weiß, der eingebunden ist in eine – in der CDU christliche und christdemokratische – Lebensorientierung. Diese Auffassung von Verantwortung ist nirgends so kurz und treffend formuliert worden wie in der Präambel unseres Grundgesetzes, wo es heißt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“.

Wenn Politik versucht, nur demoskopische Bestandsaufnahmen in den Gewinn und den Erhalt politischer Macht umzusetzen – Macht, der es um nicht mehr als eben sie selbst geht –, dann greift sie zu kurz und läuft auf längere Sicht Gefahr, ihre Legitimation zu verlieren.

So hat auch die Art und Weise, wie wir zu unseren Positionen gelangen, etwas mit Werten und Wertegebundenheit zu tun. Als Christin kann ich mich nicht mit dem gängigen Werterelativismus anfreunden, der seine Kriterien aus einem jeweils demoskopisch erhobenen „Wertewandel“, einer bloßen Mehrheitsentscheidung oder einem gängigen Zeitgeist bezieht. Die Moral fragt nicht nach der „Normativität des Faktischen“, sondern fordert die „Faktizität des Normativen“ (Wolfgang Ockenfels 2009). Und das ethisch Normative lässt sich nicht begründen aus dem, was zufällig und empirisch greifbar vorhanden ist, sondern bezeichnet das Gute, das sein sollte. Dabei werden selbstverständlich die tragenden Überzeugungen, die durch das konkrete Bemühen um verantwortliche Gestaltung über aktuelle Stimmungstrends hinaus deutlich werden sollen, diskussionswürdig und vielfältig bleiben.

In der Auseinandersetzung um wertende Standpunkte lebt und bewährt sich eine politische Kultur. Es geht nicht um widerspruchlos von jedem geteilte Korrektheiten, sondern um Überzeugungen, die den engagierten Meinungsstreit um die richtige und verantwortungsvolle Gestaltung unseres Zusammenlebens auch tatsächlich wert sind. Dieses Ringen um grundsätzliche Positionen sollte den Akteuren mehr bedeuten, als der Appell an die Interessengruppen, von deren Vertretung man sich Mehrheitserfolge erhofft.

Es ist eine wichtige Aufgabe in dieser Frage weiterhin deutlich zu machen, wie wir in der politischen Diskussion Verantwortung für die politische Gestaltung in der Bindung an uns tragende Grundüberzeugungen wahrnehmen.

Diese Aufgabe erfordert Mut, um auch hier nicht zuerst Stimmungen aufzunehmen und zu reflektieren oder aktuelle Interessenlagen, die sich Gehör verschaffen, widerzuspiegeln, sondern für Prioritäten einzutreten. Mut ist eine sehr wichtige Eigenschaft, die Politiker brauchen. Mut, für Überzeugungen zu werben, die auf leitende Vorstellungen von menschlichem Leben verweisen, über die sicher keine Einstimmigkeit zu erzielen ist und denen auch nicht jeder folgen muss, aber an denen sich christdemokratische Politik glaubwürdig ausrichten will. Mut dazu, politische Diskussionen auch auf persönliche Orientierung und differierende Menschenbilder hin durchscheinend zu machen unter Bedingungen vielfältiger Orientierungsunsicherheit und Beliebigkeit. Ein Mut, der letztlich, so bin ich überzeugt, auch Erfolg verspricht und attraktiv sein wird, auch wenn

er, will er glaubwürdig sein, nicht ungeduldig nach Erfolgen schießt. Wenn man den Mut aufbringt, in offener Debatte politische Anliegen glaubwürdig zu vertreten und Orientierung bei der normativen Zukunftsgestaltung anzubieten, lebt, bewährt und bereichert sich die politische Kultur eines Landes. Es ist – meine ich – der Mühe wert.

In meinem täglichen politischen Handeln fühle ich mich als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverbraucherschutzministerium einer normativ gestaltenden Politik verpflichtet. Gerade in neuen, sich schnell entwickelnden Bereichen, die im wahrsten Sinne Neuland sind, bedarf es Leitlinien. Nehmen wir die Entwicklung der Kommunikationstechnologien: Im Hinblick auf die digitale Kultur ist es auch hier mein persönliches Anliegen, dass wir nicht deskriptiv verwalten, sondern normativ gestalten. Datenschutz als Verbraucherschutz, Kundensouveränität und Mündigkeit liegen diesem Verständnis im Speziellen zugrunde.

Generell: Wertorientierte Politik muss stets auf einer möglichst objektiven und realistischen Betrachtung der Wirklichkeit basieren. Ziel muss es sein, realistisch einzuschätzen, welche Chancen und Gefährdungspotenziale aus dieser Wirklichkeit für den Bürger bzw. für die Gesellschaft resultieren könnten. Auch in der digitalen Welt. Wie gehen die Internetnutzer miteinander um? Gelten hier Spielregeln? Was nutzt der Anbieter, was weiß der Teilnehmer? Welche Kultur des Miteinanders entwickelt sich?

In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Internet in rasanter Geschwindigkeit von einem virtuellen in einen wahrhaften Lebensraum gewandelt. Dieser Lebensraum deckt weite Felder des gesellschaftlichen Lebens ab. So werden etwa wirtschaftliche Aktivitäten, Kommunikation zwischen den Bürgern, echte oder scheinbare Freundschaften gepflegt, werden Informationsgewinnung und Informationsübermittlung erheblich durch die Nutzung des Internets geprägt.

Angesichts dieser revolutionären Entwicklung scheint sich auch eine regelrechte „digitale Kultur“ auszubilden, die keine Grenzen mehr kennt: weder örtliche, noch zeitliche, noch personelle. Dennoch bleibt der Begriff der „digitalen Kultur“ ob dieser Grenzenlosigkeit inhaltlich diffus: So kann *jeder* Internetnutzer im kommunikativen Bereich in Sekundenschnelle eine Unmenge an Informationen über jedes beliebige Thema in Erfahrung bringen, während er zugleich über diverse Kommunikationssysteme und

online-basierte soziale Netzwerke mit einer prinzipiell unbegrenzten Zahl von Personen in Kontakt treten kann. Kommunikationssysteme wie *facebook*, *twitter*, *wer-kennt-wen*, *studi-vz* oder themenbasierte *blogs* verdeutlichen einerseits die Vielfalt der Anwendungsmöglichkeiten des Internets, zeigen aber auch gleichermaßen den Willen der Menschen, diese Medien umfassend zu nutzen. Zugleich können alle ins Internet gestellte Daten des Einzelnen auch millionenfach von anderen, von stets anonym bleibenden Nutzern, be- und genutzt werden. Mobbing, Verleumdungen sind im Netz einfach, ein moderner Pranger, Voyeure und distanzlose Schauspielereien – Opfer sind hier schnell ausgemacht. An Schulen ist es zum Problem geworden, dass Mitschüler im Internet fertig gemacht werden, sich so genannte Hassgruppen, denen man beitreten kann, in sozialen Internetnetzwerken gründen oder dass unvorteilhafte Bilder – ob manipuliert oder nicht – über die eigenen Lehrer ins Netz gestellt werden. Lächerlichmachen anderer und das Verbergen hinter einer Fassade führen zu einer Verrohung. Deshalb sind eine Wertorientierung, Respekt, klare Spielregeln im Internet unabdingbar!

CHRISTLICHE KOMMUNIKATION IM DIGITALEN ZEITALTER

Bernhard Felmberg

Die Globalisierung, Beschleunigung, Virtualisierung und Entpersonalisierung der Kommunikation ist im Begriff, unsere Kultur grundlegend zu verändern. Die Voraussetzungen dafür, dass Werte gemeinschaftlich diskutiert und entwickelt werden, sind immer seltener gegeben. Durch die Aufspaltung der Kommunikation in unserer Gesellschaft in unterschiedlichste Foren, die kaum noch miteinander verbunden sind, besteht die Gefahr, dass Werte nicht mehr von einer großen gesellschaftlichen Mehrheit getragen werden. Die Parteien und andere, das gesellschaftliche Denken und Handeln prägende Institutionen, haben an Bindekraft verloren. Trotzdem ist und bleibt die Vermittlung von Werten gesellschaftspolitischer Auftrag aller, und gerade auch der Kirche.

WERTE MIT UND OHNE GOTT

Der Bestsellerautor Jeremy Rifkin geht in seinem neuen Buch *Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein* von „der Evolution der Empathie“ aus. Die Entwicklung des Mitgefühls befindet sich seiner Ansicht nach gegenwärtig an einem Scheidepunkt. Nachdem der Mensch die Fähigkeit des Mitgefühls immer weiter entwickelt habe, habe die Empathie inzwischen eine globale Dimension erreicht. „Das Internet verwandelt die Welt in einen gigantischen globalen Marktplatz, auf dem buchstäblich Milliarden

von Menschen miteinander Kontakt aufnehmen, kollaborieren und gleichzeitig in realer Zeit Werte schaffen können.“ Rifkin geht davon aus, dass Menschen weltweit füreinander Mitgefühl entwickeln, weil sie durch die zunehmend stärkere global mediale Vernetzung Anteil aneinander nehmen können. Er sieht hier die Chance eines weltumspannenden kulturellen und ökologischen Verantwortungsgefühls.¹ Doch auch er ist nicht sicher, ob diese Entwicklung in die „Rettung der Welt“ mündet: „Die junge Generation scheint zwischen Narzissmus und Empathie hin und her gerissen zu sein. Um die Gesellschaft von Grund auf und auf allen Ebenen neu zu gestalten, bedarf es eines starken persönlichen und politischen Engagements.“² Die entscheidende Frage bleibt Rifkin schuldig: Woher nimmt der Mensch die Motivation, sich gegen den Egoismus und für die Menschlichkeit zu entscheiden?

An diesem Punkt kommt die christliche Religion ins Spiel. Denn auch wenn gläubige Menschen keinen Alleinvertretungsanspruch im Blick auf menschliche Werte haben, so werden ihre Werte ihnen doch im Horizont des Glaubens heilig, unantastbar und kostbar für das eigene Leben. Der Glaube bewirkt die Gewissheit, dass ein Wert über sich selbst und diese Welt hinaus weist. Seine normative Kraft bezieht einen Wert darauf, dass er vor Gott verantwortet werden muss.

Ich stimme Jeremy Rifkin in seiner positiven Einschätzung des Potenzials einer globalen, digitalen Kultur zu – das kommt allerdings nur dann zum Tragen, wenn sich die Menschen für die „globale Empathie“ entscheiden sollten. Aus christlicher Sicht bestehen gute Gründe, das zu tun. Dieser Grund liegt im Zentrum dessen, was sie glauben: in dem Gebot, Gott und den Nächsten zu lieben.

WERTE IM WANDEL DER ZEIT

Wie aber können wir den rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft begegnen? Im Grunde gibt es für Christen nur ein einziges, unveränderliches Kriterium für die Ausprägung ihrer Werte, nämlich das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe. Alle Haltungen, Maximen oder Prinzipien sollten das Liebesgebot zur Grundlage haben. Dietrich Bonhoeffer entwickelte vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der NS-Zeit eine Situationsethik, für die das Fehlen von ewig gültigen Prinzipien konstitutiv ist. „Die Kirche darf also keine Prinzipien verkündigen, die immer wahr sind, sondern nur Gebote, die heute wahr sind. Gott ist uns ‚immer gerade ‚heute‘ Gott.“³ Die bleibenden Werte werden also in jeder histori-

schen Situation neu gedeutet und bewertet. Für einen Christen richten sie sich immer am Kriterium der Gottes- und der Nächstenliebe aus. Ein im wahrsten Sinne des Wortes „gewissenhafter“ Umgang mit Werten kann auch dazu führen, dass grundsätzlich geltende Gebote in Frage gestellt werden. So gelangte Dietrich Bonhoeffer zu der Überzeugung, dass ein Mord an Adolf Hitler notwendig wäre, selbst, wenn man sich dadurch vor Gott schuldig macht. Wie schon Martin Luther geht es auch Bonhoeffer um das „protestantische Prinzip“, also die Infragestellung von Regeln, die nur noch um ihrer selbst willen befolgt werden. Der Wandel der Zeit ist dabei nicht zwingend mit einem Wandel der Werte verbunden. Aus christlicher Sicht haben alle Werte unabhängig vom Zeitgeist im Evangelium Jesu Christi ihren Grund.

WELCHE WERTE BRAUCHT DIE DIGITALE KULTUR?

Was sind also im Zeitalter der Globalisierung, Vernetzung und digitaler Medien die spezifischen Herausforderungen für die christliche Ethik? Zwei Aspekte christlicher Theologie sehe ich in besonderer Weise zentral: Das eine ist die Versöhnung Gottes mit dem Menschen, und das andere ist der Auftrag der Kirche in der Welt.

1. Intimität bewahren – dem Nächsten begegnen, so dass etwas bleibt

Die digitalen Medien sind nicht allein ursächlich dafür, dass die Beziehungsfähigkeit der Menschen in modernen Gesellschaften leidet. Die Flexibilität, die die digitale Kultur ermöglicht, bringt auch neue Anforderungen mit sich, zum Beispiel an Berufsbilder und die Mobilität von Arbeitnehmern. Das macht die Bildung sozialer Beziehungen schwieriger. Immer häufiger verlagern sich auch aus diesem Grund Kontakte auf die elektronische oder virtuelle Ebene. In der Konsequenz klagen manche Menschen darüber, dass sie im Internet viele „Freunde“ haben, in der Realität aber kaum noch Mut und Gelegenheit, sich zu öffnen, um das Wagnis echter Beziehungen einzugehen. Nutzer von internetbasierten Social-Networks bauen im Netz ein Idealbild ihrer selbst auf; damit wächst die Gefahr, in realen Begegnungen dem virtuellen Bild nicht zu entsprechen. Ein grenzenlos scheinendes Angebot an digitalen „Beziehungen“, gepaart mit einer immer größer werdenden Unsicherheit bei realen sozialen Kontakten fördert die strukturelle Unverbindlichkeit im Umgang miteinander – in der virtuellen Welt und auch in der realen.

Die zunehmende, von der digitalen Kultur beförderte „Unmusikalität“ im Blick auf zwischenmenschliche Begegnungen fordert die christliche Ethik zweifach heraus: Zum einen widerspricht diese Entwicklung dem Willen Gottes, dass Menschen in seinem Namen aufeinander zugehen und ihre Entfremdung überwinden. Die Sehnsucht nach dem, „was bleibt“, hat Gott in unser Herz gelegt. Um in der Begegnung aber das zu Tage zu fördern, was von Wert ist und daher Bestand haben kann, bedarf es der selbstlosen Offenheit. Um unser Gegenüber wirklich verstehen zu können, müssen wir für einen Moment von uns selbst absehen und bereit sein, uns beeindruckt zu lassen. Dies birgt immer auch das Risiko, sich selbst infrage stellen zu müssen oder gar verletzt zu werden. Um mich öffnen zu können, bedarf es der Gewissheit, dass mich etwas trägt und schützt, das größer ist als alles andere. Christliche Kommunikation geschieht idealerweise in der Beziehung zu Gott, der verspricht, dass uns die offenerzige Begegnung nicht schadet, sondern das Wertvolle erhält.

Die zweite Herausforderung liegt in der Vermittlung des Evangeliums, die sich letztlich nur in der persönlichen Begegnung ereignen kann. Medien können informieren und Austausch ermöglichen. Das Gebot der Gottes- und der Nächstenliebe wird aber erst plausibel, wenn sie als sinnvoll und heilsam im eigenen Leben erfahren wird. Für diese Erfahrungen bedarf es persönlicher, realer und verlässlicher Beziehungen. Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischöfin Dr. Käßmann, hat in einem Vortrag ein passendes Bild für die Funktion christlicher Werte in den Medien gewählt. Sie spricht von „Werten als Immunsystem in der neuen Medienwelt“⁴ und von der „beständigen Einübung des Glaubens in der christlichen Gemeinschaft“ als Immunisierungsstrategie. Mit Immunität meint sie nicht eine Abwehr neuer Medien, sondern die „gute Balance des komplexen Netzwerkes“, also die Fähigkeit, mit den sich bietenden Möglichkeiten sinnvoll umzugehen. Dieses Bild ist zutreffend, weil es den bleibenden Vorrang der realen Begegnung vor der virtuellen zum Ausdruck bringt, ohne dass die Aufgabe der Mitgestaltung digitaler Kultur aus dem Blick gerät. Egal, ob ein kirchlicher Webauftritt geplant ist, ein Forum eingerichtet wird oder ein seelsorgerliches Format – zentrales Kriterium für die Gestaltung von Medien sollte immer die Frage sein, ob sie letztlich der persönlichen Begegnung von Menschen im christlichen Rahmen förderlich oder zumindest nicht abträglich ist.

2. Öffentlichkeit schaffen – werthaltig in die Gesellschaft sprechen

Je mehr sich unsere Gesellschaft verzweigt, desto notwendiger wird es, dass Werte generations- und milieuübergreifend nachvollzogen werden können. Dabei gilt: Ihre Geltung muss im je eigenen Leben verankert werden können. Die Wahrhaftigkeit verkündigter Werte wird immer daran gemessen, ob sie der Überprüfung durch die realen Verhältnisse standhält. Die christlichen Kirchen verfügen seit altersher über Strukturen, die das eine mit dem anderen in Verbindung bringen: In der Ortsgemeinde wird das Evangelium verkündet; die Konsequenzen christlicher Glaubensaussagen, die Werte, die gepredigt werden, können in diesem Zusammenhang idealerweise auch erlebt werden, zum Beispiel durch die Erfahrung geistlicher Gemeinschaft und durch die diakonische Arbeit, die in den Gemeinden täglich geleistet wird.

Predigten wirken in das Leben der Menschen, weil sie unmittelbar damit zu tun haben. Das bezieht sich oft auf den Alltag, aber auch auf besondere Ereignisse wie Geburt, Hochzeit oder Sterben. Die Menschen erwarten zu Recht Begleitung, aber auch die Be-Wertung von Situationen oder Ereignissen, die sie beschäftigen. Wie stark eine Predigt noch immer als meinungsbildendes Ereignis wirken kann, ist zuletzt durch die Dresdener Neujahrspredigt der ehemaligen Bischöfin Dr. Käßmann deutlich geworden. Ihr Satz „Nichts ist gut in Afghanistan“ wurde wochenlang kontrovers diskutiert. Seine Wirkung war groß, weil der Kirche in der Friedensfrage Kompetenz und somit Sprachrecht eingeräumt wird; die Worte von Frau Dr. Käßmann standen im Kontext des Wertgefüges des christlichen Glaubens.

Selbstverständlich resultierte die enorme Resonanz dieser Predigt auch daraus, dass sie medial weit verbreitet wurde. Die Bedeutung der Verwendung zeitgemäßer Kommunikationsmittel zur Übermittlung des Evangeliums als Grundlage aller christlichen Werte war zu allen Zeiten offensichtlich. Der Buchdruck im 16. Jahrhundert ermöglichte den Reformatoren, die Idee der Rechtfertigung des Sünders allein aus dem Glauben in kurzer Zeit in die Herzen der Menschen zu pflanzen. Durch die Übersetzung der Bibel in die deutsche Sprache wurde das Wort Gottes der alleinigen Deutungshoheit des Klerus entrissen und das Priestertum aller Getauften umgesetzt. Damit gemeinsame Wertbindungen gesamtgesellschaftlich relevant bleiben, muss sich die Kirche auch weiterhin der modernen Kommunikationsmittel, der neuen Medien bedienen. Zuver-

sichtlich stimmt die erfolgreiche Einbindung von Internetpublikationen wie beispielsweise *evangelisch.de*, *chrismon.de* oder *ekd.de* in die cross-mediale Zusammenarbeit mit anderen evangelischen Medien im Print-, Rundfunk- und Fernsehbereich. In diesem Zusammenspiel wird die Bedeutung des Internets weiter zunehmen.

Die Kirchen können mit der multimedialen Ausrichtung ihrer publizistischen Aktivitäten wirken – und ebenso mit ihrer Rückbindung an authentische Kommunikations- und Beziehungsstrukturen vor Ort. Wesentlich bleibt indes, dass sie mit der Verkündigung des Evangeliums und des göttlichen Liebesgebotes immer wieder das entscheidende Kriterium für die Ausprägung aller persönlichen und gesellschaftlichen Werte ins Bewusstsein bringen. Ausschlaggebend ist nicht, wer wann welche Medien nutzt, und auf welchen unterschiedlichen Wegen Menschen kommunizieren – wichtig bleibt, dass die ethische Grundlage allen Handelns gelegt und definiert ist, bevor die Diversifizierung medialer Nutzung durch die Einzelnen entsteht.

Dies bedeutet auch, dass der frühkindlichen Bildung und der Werteverziehung im christlichen Sinn noch größere Bedeutung zuwachsen wird. Die Kirche muss auch im Blick auf die Herausforderungen der digitalen Kultur ihre Verantwortung für eine gerechte und umfassende Bildung wahrnehmen. Eine junge medienkompetente und werteorientierte Generation kann die Komplexität und Dynamik neuer Medien beherrschen anstatt von ihr beherrscht zu sein. Vor allem jedoch bildet sie den Grundstein für die Fortsetzung unserer sozialen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft im Zeitalter der digitalen Kultur.

- 1| Jeremy Rifkin: *Die Empathische Zivilisation*, Frankfurt a.M. 2010, S. 395-397.
- 2| Jeremy Rifkin: *Die Empathische Zivilisation*, Frankfurt a.M. 2010, S. 415.
- 3| *Dietrich Bonhoeffer Werke*, Bd. 11, hrsg. von Eberhard Bethge u.a., Gütersloh 1994, S. 332.
- 4| Margot Käßmann: *Werte als Immunsystem in der neuen Medienwelt*, Vortrag auf der Tagung „Jugendmedienschutz 2.0“, Erfurt, 11. April 2008.

IX. VERNUNFT UND VERANTWORTUNG:
DEUTSCHLANDS AUFGABE IN DER
WELT

DIE CHRISTLICHE BOTSCHAFT VOM HEIL FÜR ALLE MENSCHEN

HOFFNUNG UND HERAUSFORDERUNG AUCH FÜR DIE POLITIK

Stephan Ackermann

Am Beginn der christlichen Botschaft steht eine Provokation. Eigentlich ist es eine frohe Botschaft. Sie bringt aber ihren Verkünder schon zu Beginn an den Rand des Abgrunds. Lukas berichtet im 4. Kapitel seines Evangeliums, dass Jesus in seiner Heimatstadt Nazareth am Sabbat in der Synagoge aus dem Propheten Jesaja vorliest: „Der Geist des Herrn [...] hat mich gesandt, damit ich den Armen eine frohe Botschaft bringe; damit ich den Gefangenen die Befreiung verkünde und den Blinden das Augenlicht“, und weiter heißt es im Vers 21 aus dem Mund Jesu: „Heute hat sich das Schriftwort, das ihr eben gehört habt, erfüllt.“ Zunächst herrscht freudiges Erstaunen, doch schnell wird klar, wie ernst es Jesus mit diesem Wort tatsächlich ist.

Zu diesem „Heute“ kommt die Erkenntnis, dass Gott sein Heil nicht nur einem, sondern allen Völkern zugesagt hat, oder richtiger ausgedrückt: Gott hat das Heil einem Volk zugesagt um der anderen willen. Deshalb hat er die Propheten zu den Armen gesandt, den Fremden und Ausgegrenzten, zur Witwe in Sarepta (1 Kön 17,8-16) und zum syrischen Feldherrn Naaman (2 Kön 5,1-27). Und das verheißene Friedensreich realisiert sich nach christlich-jüdischer Vorstellung und Tradition erst in der Vielfalt der Völkerfami-

lie, wie sie in den wunderschönen Bildern der Wallfahrt zum Zionsberg (Jes 2,1-5) oder dem Mahl im himmlischen Jerusalem (25,6-8; Offb 19,1-9) beschrieben ist. Diese endzeitlichen Bilder sind Verheißung und Zumutung zugleich. Das haben die Zeitgenossen Jesu sehr genau gespürt.

„Stell Dich in die Mitte“ (Mk 3,3), sagt Jesus zu dem Mann mit der verdorrten Hand im Angesicht der Schriftgelehrten, die darauf warten, ob er am Sabbat heilt oder nicht, ob er das Sabbatgebot hält oder es brechen wird. Jesus stellt den Menschen in den Mittelpunkt und heilt ihn am Sabbat. Er hat den Menschen über den Sabbat gestellt, die Freiheit der Kinder Gottes über das Gesetz, den Willen des Vaters zum Heil für alle Menschen über die Autoritätsansprüche der Religionsvertreter. So ist es kein Wunder, dass am Ende sein gewaltsamer Tod steht. Dieser ist kein tragischer Unglücksfall, sondern die Konsequenz aus Jesu Leben, seinen Worten und seinen Taten.

Die christliche Botschaft ist durchtränkt von dieser leidenschaftlichen Liebe Gottes, von seinem Heilswillen für alle Menschen, vor allem für die Armen und Ausgegrenzten. Gottes leidenschaftliche Liebe drückt sich u. a. aus in der prophetischen Kritik an Machtverhältnissen, die Ungerechtigkeit, Unfrieden und Unterdrückung bewirken oder verfestigen. Was hat diese provozierende christliche Botschaft der Politik zu sagen? Anders gefragt: Wie wirkt sich das „C“ in der Politik, gerade auch in ihrer internationalen Verantwortung aus? Ich bin überzeugt davon, dass die prophetische Vision der jüdisch-christlichen Botschaft für unsere krisengeschüttelte Zeit enormes Hoffnungspotenzial in sich birgt.

DIE MENSCHHEITSFAMILIE – DER MENSCH IM MITTELPUNKT

In der Umsetzung des Evangeliums hat die christliche Soziallehre immer wieder betont, dass der Mensch im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung stehen muss. Die unveräußerliche Würde jedes einzelnen Menschen als Ebenbild Gottes und Gottes universaler Heilswille, der der Menschheitsfamilie grenzen- und generationenübergreifend gilt: Dies sind zwei relevante Orientierungsmarken, wenn heute nach einer Politik im Zeichen des „C“ gefragt wird.

Mit großer Selbstverständlichkeit ist der Begriff der Menschheitsfamilie die entscheidende Bezugsgröße auch in der jüngsten Sozialenzyklika von Papst Benedikt XVI. *Caritas in Veritate* (CiV). Denn das Salz der kirchlichen Beiträge für den politischen Dialog liegt darin, dass die Kirche nationale Grenzen überschreitet. Lange vor den Nationalstaaten hat sie das Evangelium verkündet und in Gemeinden vor Ort überall auf der Welt gelebt, aus der Feier der Eucharistie. Diese ist die bleibende Gabe der Liebe Gottes. Die Eucharistie ist Fest. Sie beinhaltet aber immer auch den Auftrag, im Alltag nicht gegen die Liebe zu handeln. Die Kirche kennt keine Fremden. Für Menschen in der Illegalität, für solche „ohne Papiere“, („sans papiers“) fordert sie deshalb, dass Menschenrechte, auch das Recht auf Bildung und auf medizinische Versorgung gewährleistet werden muss. Weil die Kirche selbst universal ist, kann sie glaubhaft einbringen, dass das globale Gemeinwohl immer Vorrang haben muss vor nationalen Interessen.

Die „Liebe in der Wahrheit“ hat viele politische Implikationen, wie sie etwa im fünften Kapitel der Enzyklika über die Zusammenarbeit der Menschheitsfamilie ausgeführt sind. Da wird u. a. die viel diskutierte „politische Weltautorität“ gefordert, in der auch „den ärmeren Nationen eine wirksame Stimme in den gemeinschaftlichen Entscheidungen“ (CiV 67) zukomme. In der Tradition der kirchlichen Sozialverkündigung geht es hier eindeutig um eine Reform und Stärkung der Vereinten Nationen, die deren Handlungsfähigkeit sichert, um ein kohärentes Agieren zu Gunsten der Würde und der Rechte aller Menschen zu gewährleisten. Die Forderung nach einem Weltwirtschaftsrat wurde gerade in der Finanzkrise zu Recht immer wieder erhoben. Es braucht eine multilaterale Struktur, die die ärmsten Länder, die am heftigsten von der Krise betroffen sind, in nachhaltige Lösungen einbindet. Der Kreis der G-20 kann nur ein Schritt auf dem Weg dorthin sein. Er ist noch nicht die Lösung.

Die unveräußerliche Würde des Menschen gilt es, in allen Phasen des Lebens zu achten, auch wenn der Mensch z. B. am Ende seines Lebens anderen und sich selbst scheinbar sinn- und nutzlos vorkommt. Der Staat hat den Schutz dieser Würde zu gewährleisten. Das fordert die Politik heraus und führt zu oft komplizierten Abwägungen, aber das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar, nicht gegen vermeintlichen medizinischen Fortschritt, auch nicht gegen Interessen der Stammzellenforschung. Und wenn es um nationale Sicherheit geht, ist es nicht rechtens, ein Flugzeug

abzuschließen und das Leben der Insassen zu opfern, um größere terroristische Anschläge zu verhüten. Das Recht auf Leben geht vor.

In der Menschwerdung Jesu hat sich Gott mit dem Menschen identifiziert. Deshalb heißt es in den Gerichtsreden Jesu: „Was ihr für einen der Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40) In keiner anderen Frage ist die christliche Botschaft so grundlegend, so eindeutig und in dem Sinne radikal, wie dort, wo es um das Eintreten für den konkreten einzelnen Menschen geht, der immer unvollkommen, aber immer Ebenbild Gottes ist.

GLOBALES GEMEINWOHL: AUSWEG AUS DER SACKASSE VON EIGENNUTZ UND PARTIKULARINTERESSEN

Politiker meinen oft, sie müssten in ihren Argumenten anknüpfen an Eigennutz und Eigeninteresse von Bürgerinnen und Bürgern. Dort seien Menschen am ehesten abzuholen, wenn Ziele, die etwas „kosten“, mehrheitsfähig werden sollen. Zum Beispiel könne für die Steigerung des Entwicklungsetats leichter dann geworben werden, wenn man deutlich mache, dass Armutsbekämpfung den Migrationsdruck eindämmen könne oder eine Anpassung an den Klimawandel befördere. Aber können wir wirklich kein Interesse am Wohl des oder der Nächsten – auch der „fernen“ Nächsten – voraussetzen? Sind uns die Menschen in Afrika oder Asien im Zuge der Globalisierung nicht näher gekommen? Haben uns die vielen – auch weltkirchlichen – Partnerschaften nicht auch menschlich näher gebracht? Liegt mir die Schwester oder der Bruder in Bolivien oder in Nigeria nicht auch am Herzen? Die weltweite Hilfe für die Erdbebenopfer in Haiti hat doch wieder einmal gezeigt, dass die spontane Reaktion, dem auch fernen Nächsten zu helfen, wenn er in Not ist, in großen Teilen der Bevölkerung noch immer vital vorhanden ist.

Und wie weit trägt der Eigennutz? In der Abwägung der Güter oder Kriterien darf letztlich der Eigennutz nicht handlungsentscheidend werden vor dem Ziel und Kriterium der Gerechtigkeit. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass auch die wirtschaftliche Globalisierung dauerhaft nur dann die Zustimmung der Menschen finden wird, wenn die Ordnung des internationalen ökonomischen Austauschs den grundlegenden Gerechtigkeitsansprüchen Rechnung trägt.

Gleich, ob es um Rüstungsexporte geht nach der Devise: „Wenn wir nicht liefern, machen es halt die anderen, und immerhin können wir Arbeitsplätze damit erhalten“, ob es um Vorbehalte gegenüber dem Emissionshandel geht („Wenn sich die USA nicht auf Klimaziele festlegen, dann kann Europa es auch nicht ...“) oder um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer („Steuer gegen Armut“), immer werden Partikularinteressen ins Feld geführt, die kurzfristig der je eigenen Nation, bestimmten Bevölkerungsgruppen oder den anzusiedelnden Unternehmen etc. näher sind. Die Antwort auf den Widerstreit der Partikularinteressen aber ist die Verwiesenheit und Orientierung jedes Menschen auf den Anderen hin, auf den nahen und fernen Mitmenschen. Es ist das, was wir mit einem anderen Wort Gemeinwohlorientierung nennen. Die Solidarität, die aus einer mitfühlenden und -sorgenden Liebe erwächst, ermutigt zu Vorleistungen der stärkeren Akteure am globalen Markt, etwa bei der Einführung einer Steuer gegen Armut: Wir müssen über den eigenen Schatten springen, sonst kommen wir nicht voran.

Die Globalisierung hat eine Explosion der weltweiten wechselseitigen Abhängigkeiten gebracht und alte Probleme wie z. B. den Zugang zu Wasser oder Nahrung verschärft. Sie zieht aber auch neue Herausforderungen nach sich wie Arbeitsmobilität, Sozialdumping und Bedrohung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch Standortwettbewerb. Der dynamisierte globale Wettbewerb hat den Druck auf die Beschäftigung erhöht und Deregulierung sowie Abbau von sozialer Sicherung mit sich gebracht. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen gehen einher mit Armut und Ausgrenzung. Dies fordert nicht nur die Politik heraus, sondern auch wirtschaftliche Akteure, Unternehmer wie Gewerkschaften, sowie die Zivilgesellschaft vor Ort, national wie international. In diesem Kontext ist die Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation für die Umsetzung der Rechte und der menschlichen Würde bei der Arbeit von großer Bedeutung. Gewerkschaftsorganisationen sollten sich den neuen Herausforderungen stellen und auf die Menschen in informellen, prekären Arbeitsverhältnissen zugehen, wie dies z. B. beim Europäischen Verband der Wanderarbeiter gelungen ist.

Es gibt großen Änderungsbedarf sowohl im Norden wie im Süden, z. B. wenn es um „Korruption und Illegalität im Verhalten wirtschaftlicher und politischer Vertreter der alten und neuen reichen Länder ebenso wie in den armen Ländern selbst“ (CIV 22) geht. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen haben als achties Ziel eine Entwicklungspart-

nerschaft beschrieben, die den reichen Norden wie den armen Süden und ebenso die Schwellenländer meint und herausfordert. Ändern muss sich Politik dort wie hier, damit Menschen überleben, damit Klimawandel bewältigt, Hunger und Elend überwunden werden können und ein menschenwürdiges Arbeiten und Leben für alle möglich wird.

MEHR ALS VERNUNFT UND VERANTWORTUNG: DIE LIEBE ALS FERMENT AUCH FÜR POLITIK

„Die zunehmend globalisierte Gesellschaft macht uns zu Nachbarn, aber nicht zu Geschwistern“ (CiV 19). Einsicht in die wechselseitige Abhängigkeit der Menschen, ja in die stetig zunehmende Interdependenz erreicht unsere Vernunft, aber im Krisenfall ist dann doch das eigene Hemd näher als der Rock. Das verbindliche Zusammengehörigkeitsgefühl, in dem es einem zu Herzen geht, wenn die oder der andere leidet oder sich freut, erwächst aus der Liebe. Dabei geht es weniger um moralische Anstrengung, sondern um die Erkenntnis, dass „Gottes Liebe ausgegossen ist in unsere Herzen durch den Heiligen Geist, der uns gegeben ist“ (Röm 5,5). Diese, uns von Gott gegebene Liebe ist weder abstrakt noch sentimental. Sie wird konkret in gegenseitigem Respekt, in Solidarität, in Wahrheit, in Treue, in Barmherzigkeit und Versöhnungsbereitschaft. Und: Eben diese Liebe ist Voraussetzung, um in existenziellen Krisen zu solidarischen Lösungen zu kommen. Vielleicht liegt es an der Terminologie, vielleicht aber auch am Inhalt, dass der öffentliche Diskurs und Teile der Politik sich mit der Enzyklika *Caritas in Veritate* und ihrer Kernbotschaft schwer taten. Denn der Mainstream des zeitgenössischen Denkens ist in Effizienz und Nützlichkeitsdenken befangen.

„Nur mit der vom Licht der Vernunft und des Glaubens erleuchteten Liebe ist es möglich, Entwicklungsziele zu erreichen, die einen menschlicheren und vermenschlicheren Wert besitzen. Das Teilen der Güter und Ressourcen, aus dem die echte Entwicklung hervorgeht, wird nicht allein durch technischen Fortschritt und durch bloß vom Kalkül bestimmte Beziehungen gewährleistet, sondern durch das Potential der Liebe, die das Böse durch das Gute besiegt (vgl. Röm 12,21) und die Menschen dafür öffnet, in ihrem Gewissen und in ihrer Freiheit aufeinander einzugehen“, so heißt es in dieser Enzyklika (CiV 9).

Es geht darum, eine gemeinsame Grundlage und Plattform zu schaffen, die rational nachvollziehbar ist für alle: Die Wahrheit über die Welt heißt Liebe. Denn aus der Liebe Gottes geht die Welt hervor, in ihr nur ist wahre Entwicklung möglich, und in ihr findet die Schöpfung ihre Vervollständigung. In dieser Kernaussage ist die christliche Botschaft zugänglich für alle: Geliebt zu werden und lieben zu können, das ist die Ursehnsucht und die Urbegabung des Menschen. Darin sind wir Menschen über alle Grenzen von Sprache, Kultur, Ort und Zeit miteinander verbunden.

Auf die Kraft, die in dieser Wahrheit steckt, kann auch eine Politik bauen, die den Menschen dienen will. Freilich, Politik im Zeichen des „C“ ist keine Garantie für Wahlgewinne. Denn die christliche Botschaft bleibt in ihrem Kern sperrig, provozierend und herausfordernd. Letzteres gilt übrigens nicht nur für den Raum der Politik, sondern auch für den Raum der Kirche. Doch auf die Wahrheit der Liebe, das heißt: auf Gott zu bauen und zu vertrauen, entlastet auch. Die Abgeordnete, der Minister, das engagierte Parteimitglied, sie alle sind herausgerufen, alles in ihrer Kraft stehende für Gerechtigkeit und Frieden zu tun. Im gleichen Atemzug dürfen sie sich auch darauf verlassen, dass Gottes Heilswirken vor ihnen da war und nach ihnen weitergehen wird. Wir sind umfungen von der Liebe Gottes. Das Vertrauen darauf macht frei, das in den Blick zu nehmen, worauf es ankommt. Zugleich eröffnet es den Raum für kreative Lösungen.

WERTE LEITEN UNS

Philipp Mißfelder

Mit dem Begriff der „Hoffnung“ verbindet sich für uns als Christen eine der zentralen Botschaften unseres Glaubens: Gott trägt, begleitet und tröstet uns. Ohne die Hoffnung auf Besserung, ohne eine optimistische Haltung, Dinge verändern zu können, ist deswegen auch politisches Handeln nicht möglich.

Im Alltag der Politik, der von mühsamen Verhandlungen, langen Debatten und der Suche nach Kompromissen gekennzeichnet ist, ist es nicht immer leicht, hoffnungsvoll zu bleiben. Oft geht es mit Veränderungen nicht so voran wie gewünscht oder erhofft. Vieles geht nicht schnell genug, auch die Richtung stimmt nicht immer. Aber als Christ weiß ich, alles hat seine Zeit. Frei von Ängsten und Furcht zu sein, nicht allein zu sein, sondern Geborgenheit zu finden und auf Gott zu vertrauen – das lässt mich als Katholik zuversichtlich an die Aufgaben herangehen. Mein Glaube dient mir als innerer Kompass. Für mich bedeutet das konkret, sich politische Entscheidungen nicht leicht zu machen, sondern abzuwägen, zu prüfen und darüber nachzudenken, wo die ethischen Grenzen unseres Handelns liegen. Der Mensch darf nicht alles tun, wozu er technisch fähig ist.

Das gilt für Themen der Innen-, aber auch der Außenpolitik. Denn das „C“ ist das Alleinstellungsmerkmal von CDU und CSU, in denen sich schon unmittelbar nach dem Ende des

Zweiten Weltkrieges dank der einmaligen Integrationsleistung großer Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Hermann Ehlers, Jakob Kaiser, Karl Arnold, Adam Stegerwald, Josef Müller oder Andreas Hermes Katholiken und Protestanten zu einer echten „Union“ vereinigt haben. Dadurch sind zugleich die Werte und Prinzipien der Katholischen Soziallehre und der Evangelischen Sozialethik miteinander verbunden und seit über sechzig Jahren Richtschnur unseres politischen Handelns. Das Leitbild ist der selbstständig denkende und zugleich ethisch fundiert handelnde Bürger, der in Freiheit Verantwortung für sich und andere übernimmt. Politik auf der Grundlage des christlichen Verständnisses des Menschen und seiner Umwelt zu gestalten, heißt für mich beispielsweise, für den Schutz von Ehe und Familie als Keimzelle unseres Zusammenlebens, die Bewahrung der Schöpfung sowie für den Schutz des Lebens einzutreten. Es ist unser Auftrag als Christdemokraten, sich dafür einzusetzen, das Leben von seinem Beginn bis zum Ende zu schützen. Gerade bei diesen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, die sich unmittelbar auf politische Entscheidungen zur embryonalen Stammzellforschung oder zu Spätabtreibungen auswirken, leitet mich mein christlicher Glaube.

Die Orientierung am christlich-jüdischen Erbe mit Werten wie der personalen Würde jedes Einzelnen, Nächstenliebe und Rücksichtnahme sind aus Sicht der Union ebenso universell und unteilbar wie die Menschenrechte. Unsere Politik ist somit stets an diese überzeitlichen Werte gebunden. Für die Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bedeutet es, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit einzutreten. Die Konstanten sind dabei eindeutig und seit Jahrzehnten Kennzeichen deutscher Außenpolitik: Neben der Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses in der EU sind dies die deutsch-französische Freundschaft, die transatlantische Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika und die enge Freundschaft zu Israel. Dass unser Land nach den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Holocaust und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges als geachtetes Mitglied in die Staatengemeinschaft zurückkehren konnte, ist Ausdruck des Vertrauens, das unsere Freunde und Partner in uns setzen. Und es sind Zeichen der Hoffnung, dass sich die Gräben der Vergangenheit durch Aussöhnung überwinden lassen. So verdanken wir maßgeblich den USA und ihren Präsidenten Ronald Reagan und George Bush, deren Politik die Blockkonfrontation zu beenden und den Kommunismus zu bezwingen half, die Einheit Deutschlands. Bundeskanzler Helmut Kohl,

der die historisch einmalige Chance zur Wiedervereinigung durch sein beherztes und mit den Bündnispartnern abgestimmtes Handeln ergriff, konnte sich stets des Rückhalts der amerikanischen Verbündeten gewiss sein. Ein für die Menschen in Osteuropa weit sichtbares Zeichen des Glaubens und der Hoffnung ging in dieser Zeit von Papst Johannes Paul II. aus, der nicht nur während der Reisen in seine polnische Heimat dem Kommunismus frei von Furcht die Stirn bot. Die Hoffnung auf Veränderung und Freiheit war stärker als Mauer und Stacheldraht.

Das sicherlich wichtigste Symbol der Hoffnung ist die gewachsene tiefe Bindung Deutschlands an Israel, die 1960 mit dem Treffen der großen Staatsmänner David Ben Gurion und Konrad Adenauer in New York ihren Anfang nahm und über die historische Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Knesset 2008 bis zur ersten gemeinsamen deutsch-israelischen Kabinettsitzung im Januar dieses Jahres reicht. Die einzige Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, die nicht nur von militanten Terrorgruppen wie der Hamas, sondern auch durch den weltweit wachsenden Islamismus und insbesondere das iranische Nuklearprogramm bedroht wird, kann stets auf unsere Unterstützung zählen. Es gibt keine Neutralität gegenüber Israel. Das besondere Verhältnis zu Israel ist Teil unserer Staatsräson.

Es bleibt unser Auftrag, diese Beziehungen durch konsequentes Handeln zu stärken und an der Seite unserer internationalen Partner zu stehen. Denn die globalen Bedrohungen sind vielfältig, wie sich seit den Anschlägen des 11. September 2001 gezeigt hat. Deutschland hat auf die veränderte Sicherheitslage reagiert und engagiert sich im Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen internationaler Friedenseinsätze – sei es am Horn von Afrika oder in Afghanistan, wo es nun vorrangig gilt, das zivile Engagement zu verdoppeln und den Afghanen schrittweise die Verantwortung für ihre Sicherheit zu übergeben. Auch in den Krisengebieten auf dem Balkan sorgt unser Land nach dem Ende des Bürgerkriegs für Sicherheit und Stabilität. Gekoppelt daran sind Ziele wie die Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes der Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung von Islamismus, Antisemitismus und Extremismus sowie insbesondere die Durchsetzung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Als Querschnittsaufgabe der Außen-, der Entwicklungshilfe-, der Wirtschafts- und der Sicherheitspolitik unseres Landes ist der Einsatz für die Menschenrechte weltweit eines der zentralen Anliegen. Dabei ist weiterhin der Schwerpunkt der Schutz der Frauen und Mädchen. Sie sind von den Folgen bewaffneter Konflikte besonders betroffen und werden besonders häufig Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen. Etwa 75 Prozent der geschätzten sechzig Millionen Flüchtlinge aus Krisen- und Konfliktgebieten sind nach UN-Angaben Frauen und Kinder. Ihnen muss geholfen werden. Doch die Lage ist keineswegs hoffnungslos, es gibt Erfolge – zum Beispiel in Afghanistan: Bevor die Taliban 1996 nach ihrem Einmarsch in Kabul den jungen Frauen den Besuch der Universität verboten, waren von den damals knapp 10.000 Studenten immerhin 4.000 Frauen. Heute aber studieren in Afghanistan rund 34.000 junge Menschen, 7.000 von ihnen sind Frauen. Dort gelangen Frauen schrittweise in einflussreiche Positionen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft, so dass erstmals nach dem Ende der Taliban-Herrschaft eine Diplomatin als Geschäftsträgerin der afghanischen Botschaft in Berlin amtiert. Das Bewusstsein für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Staaten wie Afghanistan oder auch im Iran, wo sich gerade junge Frauen zunehmend gegen rechtliche Diskriminierungen wie den Schleierzwang zur Wehr setzen, zu schaffen, bleibt trotz einiger Hoffnungsschimmer ein langer Weg, der Ausdauer erfordert.

Aus unserem christlichen Verständnis heraus schweigen wir als CDU und CSU nicht, wenn etwa das Castro-Regime auf Kuba Oppositionelle verhaften und hohe Gefängnisstrafen verhängen lässt. Erst im Februar starb mit Orlando Zapata Tamayo einer der bekanntesten kubanischen Dissidenten nach 85 Tagen Hungerstreik während der Haft. Dass die freie Entfaltung der Person und ihr Recht auf Selbstbestimmung auch in Europa und seiner unmittelbaren geografischen Nachbarschaft nicht gewährleistet sind, zeigt sich am Beispiel Weißrusslands, dessen Diktator Alexander Lukaschenko die demokratischen Bewegungen rücksichtslos unterdrückt. Allerdings besteht angesichts kleiner Fortschritte in jüngster Zeit die Hoffnung, dass nicht zuletzt dank der breiten Unterstützung der Opposition durch die Europäische Union sowie zahlreiche Organisationen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. oder auch die Junge Union Freiheit und Demokratie in Weißrussland bald siegen werden. Eine spezielle Herausforderung unserer Außenpolitik ist die Türkei: Obwohl sich das Land um Aufnahme in die Europäische Union bemüht und ein zuverlässiger Partner in der NATO ist, wird die freie Religionsausübung vor allem

der christlichen Minderheiten seit Jahrzehnten stark eingeschränkt. Zudem ist offen, welche Folgen die Spannung zwischen der einflussreichen säkularen Armee und der AK-Partei mit ihrem stark islamistischen Hintergrund nach sich ziehen wird. Bei den laufenden Beitrittsverhandlungen sind diese Defizite von entscheidender Bedeutung, würde doch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei die Integrationsfähigkeit Europas überfordern und die europäische Einigung schwächen. Das Angebot einer privilegierten Partnerschaft ist für die Europäische Union und die Türkei der beste Weg, die Zusammenarbeit auch künftig vertrauensvoll fortzusetzen.

Unsere Werte und damit das, was uns verbindet, zu bewahren, muss auch die Grundlage des weiteren Zusammenwachsens Europas sein. Allerdings sind hierbei in den vergangenen Jahren nicht nur hoffnungsfrohe Signale ausgesendet worden: Das Scheitern aller politischen Versuche, den Gottesbezug in den europäischen Verfassungsvertrag aufzunehmen, sowie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg, wonach das Anbringen von Kreuzfixen in Klassenzimmern gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt, stehen in einer Reihe politisch-ideologischer Entscheidungen, mit der sich Europa immer mehr von seinen religiösen Wurzeln entfernt. Die Hintergründe dieser fatalen Entwicklungen liegen in einer brisanten Mischung aus falsch verstandener Toleranz, positivistischer Gedankenlosigkeit und religionsfeindlichem Vorsatz. Doch ein von 2.000 Jahren christlich-jüdischen Erbes und seinen geistig-kulturellen Traditionen befreites Europa wird seinen Bürgern keine Verankerung bieten und somit keine Akzeptanz finden können. Die Religion aus dem öffentlichen Leben, der Politik oder auch der Wissenschaft zu verdrängen, schadet der europäischen Einigung. Hinzu kommt, dass gerade in der jungen Generation das Interesse an Glaubensfragen und damit an Maßstäben für das eigene Tun, aber auch an der Vermittlung von Werten stetig wächst. Es ist für uns als Union christlicher Demokraten eine bleibende Aufgabe, für die Religionsfreiheit, zu der im Übrigen auch das Nicht-Glauben gehört, einzustehen und die Menschen mit ihrem Wunsch nach Orientierung in einer unübersichtlich gewordenen Welt nicht allein zu lassen. Meine feste Hoffnung ist, dass uns dies als Christen gelingt.

AUF DER SEITE DER STARKEN

Arnold Vaatz

In der siebten Klasse, im Jahr 1969, mussten wir ein Gedicht lernen und vortragen. Es hieß „Die schlesischen Weber“ und stammte aus der Feder von Heinrich Heine. Eine Strophe lautete:

*„Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterskälte und Hungersnöthen;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt –“*

Seit meinem Schulanfang war ich zur Christenlehre gegangen. Unser Pfarrer war ein gutherziger, sympathischer Mensch, der ernst nahm, was er sagte und uns lehrte ernst zu nehmen, was wir sagten.

„Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten“ konnte nur die öffentliche Ankündigung des Abbruchs meines Gesprächs mit Gott bedeuten. Wenn ich im Gottesdienst nach jedem Vers des Fürbittengebetes im Chor das „Herr, erhöre uns!“ mitmurmelte oder in schwierigen Situationen mit Inbrunst darum bat, dass Gott mich erhören möge, dann konnte ich nicht diese Strophe des Webergedichtes vortragen. Dann kam ich an die Reihe. Ich ließ diese Strophe weg. Die anderen sagte ich fehlerfrei her.

Es hatte für mich keine anhaltenden Folgen. Allerdings werde ich die Augenblicke danach wohl nie vergessen. Ich ging auf meinen Platz und setzte mich. Die Lehrerin ließ mich aufstehen und fragte mich, was „das eben“ sollte. Ich stand neben der Bank, schaute auf meine Fußspitzen und antwortete nicht. Sie kam auf mich zu und hob mit dem Zeigefinger mein Kinn, so dass ich sie ansehen musste. Es dauerte nur wenige, aber endlose Sekunden, dann ließ sie von mir ab, ich durfte mich setzen, sie ging nach vorn und fragte die Klasse, was ich falsch gemacht hätte. Die Hände flogen in die Luft: „Er hat eine Strophe ausgelassen!“. Es gab dann noch eine Mitteilung an meine Eltern, viel mehr kam nicht. Nicht auszudenken, wenn eine andere Person – etwa unser damaliger stellvertretender Direktor – die Deutschstunde geleitet hätte.

Sieben Jahre später übergoss sich auf dem Platz vor der Michaeliskirche in Zeitz der evangelische Pastor Oskar Brüsewitz mit Benzin und verbrannte sich aus Protest dagegen, dass Schüler bei Strafe des Entzugs ihrer persönlichen Lebensperspektive in der DDR zur Annahme der Religion des Marxismus und damit des Atheismus gezwungen wurden.

Weitere dreizehn Jahre später hatten sich die Menschen in der DDR ein Herz gefasst und die Zeit der erzwungenen Bekenntnisse beendet. Es war nicht mehr möglich, dass der Staat die Wehrlosesten in der Gesellschaft, die Kinder, vor seiner Allmacht strammstehen lässt, sie zwingt, ihm nachzusprechen. Im Gegenteil: Es wurde offen über diese systematische, über eine Generation stattgefundene geistige Schändung geredet. Das Schulsystem wurde zu einem der zentralen Auslöser für die Wut der Menschen auf die Verbrechen der SED an der Seele der Menschen. Es hatte zwar einerseits in naturwissenschaftlichen und sprachlichen Fächern bei den Kindern für solide Bildung gesorgt. Andererseits hatte es aber in allen politischen Fragen, in Fragen der Ökonomie und der Wertevermittlung das Urvertrauen der Kinder durch Lügen getäuscht und missbraucht und so die Schutzbefohlenen für ihre Leben geschädigt.

Die Allgegenwart der inneren Zensur, des Zwangs zu Lüge und Lippenbekenntnis in der Gesellschaft war einer der Auslöser von Massenflucht und Revolution im Jahr 1989. Bald war auch die Schule als Keimzelle der schizophrenen Zweisprachigkeit, in der die DDR sich durch die Jahre gelogen hatte, ausgemacht.

An eine der zahllosen turbulenten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld der Volkskammerwahlen des Jahres 1990 erinnere ich mich genau. Wo es war, weiß ich nicht mehr, nur dass der Saal ziemlich voll und schlecht beleuchtet war. Es erhob sich ein Mann und erklärte, im Jahr 1946 als Neulehrer tätig gewesen und 1961 nach einem Fluchversuch und einer Haftzeit aus dem Schuldienst entfernt worden zu sein. „Nach 1945“, so fuhr er fort, „wurden fast ausnahmslos alle Lehrer, die in der Nazizeit tätig waren, ob an Verbrechen beteiligt oder nicht, in der sowjetischen Besatzungszone vom Schuldienst entfernt. Und alle meine Lehrerkollegen – bis 1961 auch ich selbst – haben stets erklärt, dass diese Maßnahme richtig und notwendig gewesen sei. Das stimmt doch, oder?“ – Kein Widerspruch im Saal. „Also“, fuhr er fort, „müssen doch heute alle Lehrer entlassen werden, die dem SED-Regime gedient haben! Die SED-Lehrer können doch für sich selbst keinen besseren Umgang einfordern, als den, den sie selbst bei andern für richtig hielten!“ Das Plädoyer traf auf Widerspruch. Ein anderer Redner erhob sich und sagte in etwa: „Dies ist ja gerade das Andere an uns, dass wir aus dem ewigen Kreislauf von Rache und Vergeltung ausbrechen wollen! Es darf weder pauschale Verurteilungen noch Kollektivstrafen geben.“ Es genüge, so fuhr er fort, wenn man die Lehrer für Staatsbürgerkunde und Geschichte vom Schuldienst künftig fernhielte. Die anderen Lehrer sollten die Gelegenheit haben, sich vor den Eltern und Schülern zu entschuldigen, zu bekennen und zu widerrufen, wo sie gelogen haben, und durch doppelte Anstrengung wettmachen, was sie an Schaden angerichtet haben. Diese Meinung traf auf Beifall.

Ein Jahr nach dem versöhnlichen Ausklang dieser Diskussionsveranstaltung war ich auf dem Weg zu einer Plenarsitzung in den Sächsischen Landtag. Er kam damals in der Dreikönigskirche in der Dresdner Neustadt zusammen. Schon von Ferne sah ich, dass vor dem Eingang eine Kundgebung im Gange war. Den Handzetteln entnahm ich, dass es sich um eine Veranstaltung der Lehrgewerkschaft GEW handelte. Unter den Demonstranten sah ich einen Lehrer, den ich kannte. Ich fragte ihn, ob diese Lehrer gekommen seien, um sich für den Schaden zu entschuldigen, den sie bei der Umsetzung der Direktiven der SED an den Schülern angerichtet hätten und zu fragen, wie sie ihn wieder gutmachen könnten. Anstelle einer Antwort drehte er sich beiseite und stieß in eine Trillerpfeife.

Man nahm nicht nur eine andere Behandlung für sich in Anspruch als man sie gegenüber anderen für richtig befunden hatte. Noch zwei Jahre zuvor hatte der Großteil dieser Leute an jedem ersten Mai durch die Zeitung vorgegebene Losungen in geordneter Marschformation an den Tribünen der SED-Führung – die sich nie einer öffentlichen Wahl stellen musste – vorbeigetragen und mit ihren Schulklassen Kampflieder eingeübt. So hündisch und krumm sie aber vor der Macht in der DDR gekuschelt hatten (als Mut nötig gewesen wäre), so mutig und maßlos wurden sie gegenüber der ersten frei gewählten Vertretung des neuen Freistaates Sachsen (als Einsicht erforderlich gewesen wäre); denn dass bei zurückgehenden Schülerzahlen auch die Zahl der Lehrer reduziert werden musste, sollte jedem Schüler klar sein, der eine Textaufgabe lösen kann. Um wie vieles mehr einem Lehrer, der sie in einer Klassenarbeit korrigiert.

Ich lernte in diesen Tagen, dass die Gesellschaft eine Denkweise kritiklos hinnimmt, die nicht die Verantwortung des Lehrers für die Entfaltung der Talente des Schülers, für seine Grundausstattung mit Wissen und Urteilsvermögen zum Kernziel erklärt, und die Leistung des Lehrers danach bemisst, wie er diese Aufgabe löst – sondern die Arbeitsplatzsicherheit des Lehrers; und zwar unter Hintanstellung der Frage, ob er dem Schutzbefohlenen durch seinen Unterricht eher genützt oder eher geschadet hat.

Also sprach ich den Lehrer, der sich von mir weggedreht hatte, noch einmal an: Ich fragte ihn, wie ich meine schulpflichtigen Kinder davor schützen könne, von den hier anwesenden Lehrern unterrichtet zu werden. Der Lehrer fuhr herum und sah mich an. In seinem Gesicht war der blanke Hass: Wieso ich es mit meinen „zusammengeklauten“ Landtagsdiäten wagen könne, den Kampf der Lehrer um gleiche Lebensbedingungen wie im Westen zu kritisieren.

Die Lehrer wollten gleichen Lohn für gleiche Arbeit – durchaus legitim. Nur forderten dies Leute, die über Jahre den Kindern alles Vergleichen ihrer Lebensumstände mit dem, was man vom Hörensagen über die westliche Welt wusste, aberzogen hatten. Aus eben diesem früher von ihnen tabuisierten Fundus aus Vergleichen argumentierten sie jetzt selbst. Dafür, dass auf Lebenszeit bestellte öffentlich Bedienstete im Osten im Vergleich zu ihren Kollegen im Westen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten, sollten die in der privaten Wirtschaft (Ost) tätigen Bezah-

ler dieser Wohltat auf unabsehbare Zeit mit Löhnen in Höhe von um die 50 Prozent ihrer westlichen Pendant vorlieb nehmen oder ihre Arbeit verlieren, weil sie unter der für öffentliche Zwecke absorbierten Steuerlast bei höheren Löhnen nicht mehr rentabel war. Unter Gerechtigkeit verstand ich etwas anderes. Es warf für mich Grundfragen auf.

Die Fixierung allen politischen Denkens auf die Begründung von Ansprüchen auf Geld und die damit verbundene Kultivierung des leistungsfreien Neides auf den Reichen als positive sozialistische Grundtugend erschien und erscheint mir als Symptom geistiger Armut. Ich darf das sagen, weil die Einfachheit unserer Lebensumstände, wie ich sie als Kind und als Jugendlicher kennenlernte, für mich nie ein Stein des Anstoßes war. Es gab in unserem Nachbardorf einmal ein großes Ereignis: Eine Frau hatte im Lotto gewonnen und leistete sich dafür eine Reise mit dem Flugzeug nach Bulgarien. Für niemanden in unserem Ort war ein derartiger Luxus im Bereich des Vorstellbaren. Als wir in der Christenlehre darüber stritten, wie ungerecht doch die Welt sei, hat unser einstiger Dorfpfarrer zu uns Kindern gesagt: „Was regt ihr euch auf? Jeder von Euch, so arm er auch in seinem Leben sein wird, wird zu jeder Zeit einen Menschen kennen, der noch ärmer ist. Und jeder von Euch, so reich er auch in seinem Leben sein wird, wird jemanden kennen, der noch reicher ist. Und dabei ist der Reichtum nur ein Gut, das unterschiedlich verteilt ist. Die Menschen sind unterschiedlich intelligent, unterschiedlich musikalisch, unterschiedlich sportlich, unterschiedlich schön und unterschiedlich gesund. Ihr Leben ist unterschiedlich lang. Jedes von diesen Gütern ist ungleich verteilt. Wollt ihr wegen alldem mit Euren Schicksalen hadern? Nein? Und warum dann beim Geld?“

In diesen Sätzen habe ich immer den Gleichmut des Evangeliums gegenüber materiellem Reichtum gesehen und sie mir gut gemerkt. Freilich steht Jesus stets auf der Seite der Schwachen! Wie Karl Marx. Aber Karl Marx sagt zu dem Armen: Holt Euch den Reichtum, und wenn es sein muss mit Gewalt! Jesus Christus sagt zu den Reichen: Gebt ab von Eurem Reichtum und denkt daran, wie wertlos er ist. Nicht nur – aber auch – über der Probe, ob der Weg von Karl Marx funktioniert, wurde das 20. Jahrhundert das bisher blutigste in der Weltgeschichte.

Wer sind die Schwachen der Gesellschaft heute? Ich wage zu bezweifeln, dass es den materiell Schwachen jemals in einer Gesellschaft so gut ging, wie in der Bundesrepublik Deutschland von heute. Egal, ob diese mate-

riell Schwachen selbst Leistungen für die Gesellschaft grundsätzlich verweigern oder nicht wird ihnen ein historisch einmaliges Maß an Solidarität zuteil. Es ist auch leichter als jemals zuvor, die organisierten Interessen der materiell Schwachen zu vertreten. Kein Mensch in diesem Land darf ihnen gegenüber ein kritisches Wort sagen, ohne dass er sofort von einer hochprofitablen Empörungswirtschaft zur Raison gebracht wird.

Ungleich schwerer hat es ein Mensch, der anstelle der Frage: „Wer gibt mir Arbeit?“ die Frage stellt „Wie schaffe ich Arbeit?“; und dabei seine Kraft und sein Vermögen aufs Spiel setzt. Wenn gegenüber diesem Menschen das eingegangene Risiko zuschlägt, dann hilft ihm keiner. Ist er erfolgreich, dann hat er sich nicht selten durch den Neid der Zuschauer-gesellschaft und in erbarmungslosen Marathonläufen durch die Bürokratie zu kämpfen. Der Erfolg unserer Gesellschaft und das Volumen der gern von den Kirchen in Anspruch genommenen Kirchensteuer kommt zuerst aber aus seiner Kreativität und seiner Bereitschaft, Arbeit zu organisieren und erst dann aus der Bereitschaft seiner Angestellten, sich durch eine Tätigkeit für sein Unternehmen eine Existenz zu schaffen. Was die Kirchen für ihn tun, ist leicht gesagt: Weniger als nichts. Es wäre nicht populär.

Die Kirche ist heute, wie meist in ihrer teils blutigen Geschichte, auf der Seite der Starken. Die Starken, das ist in einer Demokratie nicht mehr der Adel, sondern eine andere Kraft: die Mehrheit. Die Mehrheit ist nicht der Unternehmer. Die Mehrheit ist jene Kraft, die ihn verachtet, weil sie ihn beneidet, und doch ohne seinen Erfolg nichts ist. Meine heutige Distanz zur Kirche ist deren Distanz zu den Werten, die sie selbst einst mich gelehrt hat – oder anders gesagt: Ihre Beflissenheit, mit denen sie an den Ästen sägt, auf denen sie sitzt. Ich selbst möchte auf der Seite der Schwachen sein: Die Schwachen von heute sind diejenigen, die sich trotz einer Übermacht von Hass, Neid und Verachtung durch die Medien und zahlreiche Vertreter organisierter Interessen unbeirrt dafür einsetzen, dass die Quellen nicht versiegen, die dieses Land so wohlhabend und so großzügig gemacht haben.

HOFFNUNG IST KONKRET

Martin Hein

VERSTÄNDIGUNG: WOVON REDEN WIR?

„Damit ihr Hoffnung habt“ lautet das programmatische Motto des 2. Ökumenischen Kirchentags in München. Es stammt aus einem Schriftstück der ältesten Christenheit, dem 1. Petrusbrief. Als Dokument des Zuspruchs und der Mahnung ist dieser Brief vor einem dunklen Hintergrund verfasst worden: Der Gemeinde Jesu Christi droht Verfolgung. Wahrscheinlich wird sie schon hart bedrängt – ein Schicksal, das Christen in manchen Teilen der Welt nach wie vor widerfährt.

Wenn der 1. Petrusbrief die christliche Gemeinde in dieser krisenhaften Situation auf Hoffnung ausrichtet, ist das keine billige Vertröstung oder eine bloße Beschwichtigung. Die Hoffnung und die aus ihr erwachsende Gewissheit haben eine Voraussetzung, die genau benannt werden kann: den Tod und die Auferstehung Jesu Christi. Das setzt die christliche Hoffnung in einen weiten, Raum und Zeit übergreifenden Horizont.

Wie aber wird diese Hoffnung, die über die dunkle Gegenwart hinausblicken lässt, in den jeweiligen Lebensbedingungen, die uns Menschen bestimmen, wirksam? Können wir sie in Politik und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts verorten und fruchtbar machen? Diese Fragen drängen sich

geradezu auf, denn an Verzagttheit, Ängstlichkeit und Sorge herrscht in unserem Land kein Mangel – im Gegenteil. Um die Hoffnung scheint es dagegen schlecht bestellt zu sein, nicht zuletzt um die politische Hoffnung. Vorbei sind die Zeiten, in denen man auf das „Prinzip Hoffnung“ als eine Haltung setzte, die die Gesellschaft wie das individuelle Leben revolutionierte, oder die Aufbruchsstimmung des Jahres 1989 teilte.

Die politische Hoffnung in unserem Land ist brüchig, ja vielleicht sogar akut gefährdet. Wir stellen nicht nur eine oft beklagte Politikverdrossenheit und einen Rückzug ins Private fest, sondern es verbreitet sich zunehmend die Meinung, es verbinde sich mit der Politik aufs Ganze gesehen nichts Gutes.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Unrealistische Erwartungen an die Möglichkeiten der Politik spielen ebenso eine Rolle wie die Schnelllebigkeit unserer medial wahrgenommenen Welt. Ein Politiker, der in seiner Praxis dem Diktum Max Webers folgt – „Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß“ –, mag allenfalls parteiintern oder bei Experten Beifall ernten, nicht aber in der breiten Öffentlichkeit. Erfolge, die sich erst langfristig einstellen, werden nicht honoriert. Denn noch weniger als die Hoffnung gehört Geduld zu den Tugenden unserer Zeit.

Allerdings kann die Politik den Hoffnungsverlust auch selbst verschulden: Das ist der Fall, wenn sie (nicht nur in Wahlkämpfen) unrealistische Hoffnungen und Erwartungen weckt – beispielsweise auf rasche Steuersenkungen in Zeiten klammer, von der Wirtschaftskrise gebeutelter öffentlicher Kassen. Hinterher ist die Enttäuschung umso größer.

Sollte die Hoffnung deshalb aus unserem Gemeinwesen verschwunden sein? Kann sie, die einst als konstitutiv für das menschliche Leben angesehen wurde („*dum spiro spero*“ – „Solange ich atme, hoffe ich“, sagte Cicero), nur noch in einem individuell abgegrenzten Gärtchen kultiviert und gelebt werden?

Hoffnung im Horizont der Auferstehung Jesu Christi betrifft nicht bloß eine individuelle oder religiöse Sonderzone! Vielmehr kann als Leitsatz gelten:

Wenn der christliche Glaube jeden Menschen als einmaliges und gewolltes Geschöpf Gottes ansieht und dieser deshalb eine Würde besitzt, die unveräußerlich ist, weil sie ihm von Gott geschenkt ist, dann folgt daraus, dass jedem Menschen in gleicher Weise die Liebe Gottes uneingeschränkt gilt und er zur Liebe gegenüber anderen fähig wird.

Diese Grundvoraussetzungen christlicher Anthropologie entfalten enorme Hoffnungspotenziale für unsere Gesellschaft.

KONKRETIONEN: WAS STEHT AN?

Bereits im 1. Artikel unseres Grundgesetzes wird der Gedanke der unantastbaren Würde des Menschen unterstrichen – verbunden mit der ausdrücklichen Verpflichtung des Staates, sie zu achten und zu schützen. Der Gedanke der Menschenwürde stellt die Basis aller weiteren Artikel dar, die sodann folgen. Zwar ist richtig, wie Horst Dreier betont, dass der Bezug auf die Menschenwürde in den notwendigen politischen Debatten nicht für jeden beliebigen Sachverhalt als ultimatives Argument instrumentalisiert werden sollte. Aber die Würde des Menschen muss letztes regulatives Kriterium allen politischen Handelns sein. Das hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zu den Regelleistungen nach dem SGB II („Hartz IV-Gesetz“) in Viele überraschender Weise deutlich gemacht: Die in Artikel 1 GG ausgesagte, absolut geltende Würde jedes Einzelnen impliziere den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Was die konkrete Gestaltung in diesem Fall (aber auch ähnlich gearteten) angeht, sei die Politik gefragt. Hier kann sich – in meinen eigenen Worten – eine Politik der Hoffnung bewähren!

Denn wir stehen insgesamt vor großen Herausforderungen – national wie auch international. Zu ihnen gehört, dass wir bereits im nationalen Maßstab in den kommenden Jahren auf verschiedensten Gebieten gewaltige Integrationsleistungen erbringen müssen. Es gibt eine Reihe von zentrifugalen Kräften, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährden. Daran kann – zum Wohl aller – bei allen Unterschieden im Einzelnen niemandem gelegen sein.

Drei konkrete Problemfelder seien genannt und im Folgenden genauer beleuchtet: die wachsende Diskrepanz zwischen Reich und Arm, die demographische Entwicklung sowie die Integration von Migranten.

(1) Hoffnung ist konkret. Das Grundgesetz wurde unter dem Eindruck des Endes der Weimarer Republik und der menschenverachtenden Erfahrungen der NS-Zeit formuliert. Die Politik der jungen Bundesrepublik hat auf der Basis dieser Verfassung einen Weg gefunden, der innerhalb der Gesellschaft weitgehend einen Ausgleich ermöglicht – und eine auf das Ganze gesehene gelungene Integration: Es ist das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das die Balance zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Sozialstaat wahrt und das seine Wurzeln in der christlichen Sozialethik nicht leugnen will. Dieses Modell besitzt nach wie vor Vorbildcharakter. Gewiss haben sich die Zeiten geändert. Die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft müssen neu interpretiert werden. Es ist notwendig, ihre Prinzipien stets in zeitgemäße (rechtliche) Formen zu gießen, die den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Doch der Grundgedanke bleibt: Der Rechtsstaat, der sich als demokratisch, freiheitlich und sozial versteht, muss die Bedingungen für eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln und in gleicher Weise für eine soziale Absicherung Bedürftiger schaffen, das ihnen ein Leben in Würde sichert. Der zentrale Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft ist dabei, dass die Starken jene tragen, die schwächer sind, und dass so die unterschiedlichen Verhältnisse und Lebensbedingungen nicht immer weiter auseinander-treten.

Das Grundgesetz gewährleistet nach Artikel 14 Absatz 2 das Recht auf Eigentum und stellt zugleich fest: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Dieser ursprüngliche Konsens scheint in unserer Gesellschaft seit geraumer Zeit in Frage gestellt zu sein. Nicht nur, dass versucht wird, den Sozialstaat schlecht zu reden. Es gibt zu denken, dass es für manche, die in gesicherten Verhältnissen leben, geradezu selbstverständlich zu sein scheint, sich der Sozialbindung des Eigentums durch Steuerflucht zu entziehen. Flankiert wird diese Haltung durch eine intellektuelle Begleitmusik, die das Prinzip der Steuern als das Geld des Staates, das er zum Wohl der Gesellschaft einsetzen soll, grundsätzlich in Frage stellt und, wie etwa Peter Sloterdijk, von „Staats-Kleptokratie“ glaubt tönen zu müssen. Es war der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof, der in der aufbrandenden Debatte daran erinnerte, dass die Steuer „ein Preis der Freiheit“ ist.

Für den Umgang mit denen, die Leistungen des Sozialstaates in Anspruch nehmen, hat man das Prinzip „Fördern und Fordern“ formuliert. Das ist mit demselben Recht auf die Starken dieser Gesellschaft anzuwenden!

(2) Hoffnung ist konkret. Wo lassen wir Menschen stehen, die anscheinend ohne Perspektive, ohne Hoffnung sind? Diese Frage stellt sich auch mit Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland. Es kann nicht sein, dass heute im großen Stil Schulden zulasten der nachwachsenden, absehbar an Zahl kleiner werdenden Generationen gemacht werden. Der Wille der politisch Verantwortlichen, Familien zu stützen, ist anzuerkennen. Dennoch ist er bislang nicht mit letzter Konsequenz umgesetzt worden. Umgekehrt gibt zu denken, dass ein wohlhabendes Land wie Deutschland bereits jetzt nicht in der Lage ist, die Pflege älterer Menschen auskömmlich zu finanzieren. Es fehlt offenbar der politische, ja der gesellschaftliche Wille dazu. Pflegebedürftige haben eine schwache Lobby. Angesichts der in den nächsten Jahrzehnten rapide wachsenden Zahl von alten (und somit potenziell pflegebedürftigen) Menschen lässt dies Schlimmes befürchten.

Damit verbindet sich die Frage: Wie viel Gleichheit braucht der Mensch zur Hoffnung? Bei allen Unterschieden im Einzelnen – hinsichtlich Wirtschaftskraft, ökonomischer und sozialer Infrastruktur – wird man (noch) von relativ vergleichbaren Lebensbedingungen in den Regionen Deutschlands sprechen können. Herausforderungen zeichnen sich jedoch bereits ab: Ob etwa die flächendeckende medizinische Versorgung dünner besiedelter Gegenden auch in Zukunft gesichert sein wird, ist nicht ausgemacht. Von ungleichen Verhältnissen muss man erst recht in der Gesamtperspektive der Europäischen Union sprechen – einer politischen Größe, die unser Rechtsleben zunehmend bestimmt. Mit der Aufnahme einiger Staaten Süd-, Mittel- und Osteuropas sind deren wirtschaftliche und soziale Probleme keinesfalls gelöst. Der Eindruck liegt immer noch nahe, als sei die Europäische Union weiterhin primär eine Wirtschaftsgemeinschaft. Das wäre nicht zu monieren, wenn mit vergleichbarem Eifer das Projekt eines sozialen Europas angegangen würde. Davon ist bislang jedoch nichts zu erkennen. Initiativen wie die Jahr für Jahr ausgerufenen Aktion „Hoffnung für Osteuropa“ der Evangelischen Kirchen und Diakonischen Werke sind deshalb notwendig, um zu helfen und zugleich Sensibilität für die sozialen Probleme in vielen Ländern Europas zu wecken. Es wäre fatal, wenn die Menschen etwa in den ehemaligen Staaten des Ostblocks ihre Hoffnungen in die Freiheit und in Europa

enttäuscht sähen. Dass antieuropäische Populisten nicht nur in den neuen Mitgliedsländern der EU Wahlerfolge verbuchen können, ist ein Warnzeichen!

(3) Hoffnung ist konkret. Das betrifft auch eine dritte Herausforderung. Hoffnung ist Thema aller Religionen, so unterschiedlich ihre Inhalte ansonsten auch sein mögen. Unstrittig ist unser Land christlich geprägt; die große Mehrzahl der Menschen gehört den beiden großen christlichen Konfessionen an. Zugleich ist Deutschland auf dem Weg zu einer multi-religiösen Gesellschaft. Ja, es ist bereits multireligiös. Diese Renaissance der Religion(en) wird in der „Wertedebatte“ von Vielen begrüßt, von anderen jedoch beargwöhnt – mit nachvollziehbaren Argumenten, wenn man an einen religiös motivierten politischen Fundamentalismus denkt, aber auch aus der Perspektive eines bornierten militanten Atheismus heraus.

Die Reaktion der Judikative und bisweilen auch der Legislative legt den Eindruck nahe, dass unsere Gesellschaft auf die Renaissance der Religion nicht adäquat vorbereitet ist. Es gibt die Tendenz, Religion aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen: Wie in der Rechtsprechung der EU sind auch in Deutschland punktuell derartige Bestrebungen zu beobachten. Doch gilt hier: Verdrängung hilft wenig. So wenig wie die Hoffnung lässt sich Religion auf eine primär private individuelle Angelegenheit reduzieren. Dem Staat muss daran gelegen sein, die Gesellschaft stützenden, Hoffnung stiftenden Potenziale der Religionen zu fördern und zu nutzen. Für muslimische Migranten und Bürger unseres Landes etwa ist ebenso an die Einführung eines konfessionellen Islamunterrichts an den öffentlichen Schulen unter den gleichen Bedingungen zu denken, die für den christlichen konfessionellen Religionsunterricht gelten, wie an die akademische Ausbildung von Religionslehrern und Imamen an staatlichen deutschen Universitäten – nach den bewährten Grundsätzen und Vorgaben des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. So kann Integration gelingen.

DIE KIRCHE ALS HOFFNUNGSTRÄGERIN: WAS HEISST DAS?

Die evangelische Kirche ist um des ihr gegebenen Auftrags und um des Gemeinwohls willen bereit, auch in Zukunft daran mitzuwirken, dass in unserer Gesellschaft die Hoffnung lebendig bleibt. Nichts wäre schlimmer als eine hoffnungslose Gesellschaft!

Die Hoffnung, die die Kirche aus dem Evangelium heraus verkündigt, verspricht nicht das Blaue vom Himmel; sie weiß sich von Gott zur realistischen und damit lebensdienlichen Hoffnung berufen. Hoffnung in christlicher Perspektive bedeutet auch keinen Blankoscheck für das Gelingen aller Vorhaben; sie garantiert nicht den Erfolg auf ganzer Linie. Der im politischen Streit errungene Kompromiss gehört ebenso hinzu wie die Möglichkeit des Scheiterns. Doch es wäre ein unbegründeter Pessimismus und geradezu fahrlässig, angesichts der skizzierten anstehenden Probleme die Hoffnung fahren zu lassen.

Die christliche Hoffnung besitzt die Kraft, sich angesichts von Krisenszenarien und Rückschlägen zu erneuern: Sie vertraut dabei nicht auf die eigenen Möglichkeiten, sondern auf die Gegenwart, den Zuspruch und die Kraft Gottes. Bereits der Apostel Paulus wusste: Eine Hoffnung, die auf Gottes Beistand baut, „lässt nicht zuschanden werden“ (Römer 5,5). Dafür stehen wir ein.

HERAUSGEBER UND AUTOREN

Dr. Stephan Ackermann

Bischof von Trier, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Peter Altmaier, MdB

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Hermann Barth

Präsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Günther Beckstein, MdB

Bayerischer Ministerpräsident a. D., Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Marie-Luise Dött, MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Prälat Dr. Bernhard Felmborg

Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und bei der Europäischen Union

Dr. Joachim Fetzer

Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerkes Wirtschaftsethik (DNWE)

Ingrid Fischbach, MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Beisitzerin im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Dr. Johannes Friedrich

Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Alois Glück

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages, Präsident des Bayerischen Landtages a. D.

Tanja Gönner

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und für Verkehr des Landes Baden-Württemberg

Hermann Gröhe, MdB

Generalsekretär der CDU, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Martin Hein

Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

Volker Kauder, MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Julia Klöckner, MdB

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Dr. Hermann Kues, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Prof. Dr. Norbert Lammert

Präsident des Deutschen Bundestages, stellv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

*Christine Lieberknecht, MdL
Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen und Landesvorsitzende
der CDU Thüringen*

*Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Inneren*

*Dr. Reinhard Marx
Erzbischof von München und Freising, Vorsitzender der Kommission für
gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz*

*Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und
Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands*

*Philipp Mißfelder, MdB
Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands und Mitglied im
Präsidium der CDU, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag*

*Prof. Dr. med. Dr. phil. Dr. theol. h.c. Eckhard Nagel
Direktor des Instituts für Medizinmanagement und Gesundheitswissen-
schaften an der Universität Bayreuth, Leiter des Transplantationszen-
trums sowie Chefarzt im Bereich Allgemein-, Viszeral- und Transplan-
tationschirurgie im Klinikum Augsburg, evang. Präsident des 2. Ökume-
nischen Kirchentags, Mitglied im Deutschen Ethikrat*

*Prof. Dr. Paul Nolte
Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin, Professor für Neuere
Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte am Friedrich-Meinecke-
Institut der Freien Universität Berlin*

*Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz
Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Mitglied im Präsidium
des Deutschen Evangelischen Kirchentages*

*Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.*

*Thomas Rachel, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung
und Forschung, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU (EAK)*

*Dr. Norbert Röttgen, MdB
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*

*Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundesminister der Finanzen*

*Prof. Dr. Annette Schavan, MdB
Stellv. Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin für Bildung
und Forschung*

*Karl Schiewerling, MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

*Dr. Kristina Schröder, MdB
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

*Arnold Vaatz, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag*

*Prof. Dr. Christian Waldhoff
Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Direktor des Kirchen-
rechtlichen Instituts der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Bonn*

*Dr. Robert Zollitsch
Erzbischof von Freiburg, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Karlies Abmeier

Koordinatorin Religion und Wertorientierung

Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Tel.: +49-(0)30-26996-3374

E-Mail: karlies.abmeier@kas.de